

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON  
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ  
HORST MÖLLER

## AUS DEM INHALT

FRANK-LOTHAR KROLL  
Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers

HORST MÜHLEISEN  
Das Testament Hindenburgs von 1934

JEAN SOLCHANY  
Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus  
in Deutschland 1945–1949

FRANZ-JOSEF KOS  
Der Dessauer Schauprozeß von 1950

DOKUMENTATION  
Der Trepper-Report über die „Rote Kapelle“  
(Hans Coppi)

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von  
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ  
HORST MÖLLER

in Verbindung mit  
Theodor Eschenburg,  
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,  
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:  
Norbert Frei, Udo Wengst, Jürgen Zarusky  
Chefredakteur: Hans Woller  
Stellvertreter: Andreas Wirsching

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

---

44. Jahrgang

Heft 3

Juli 1996

---

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

- Frank-Lothar Kroll* Geschichte und Politik im Weltbild Hitlers . . . . . 327
- Horst Mühleisen* Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934 . . . 355
- Jean Solchany* Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus.  
Konservative Interpretationen des Nationalsozialis-  
mus in Deutschland 1945–1949 . . . . . 373
- Franz-Josef Kos* Politische Justiz in der DDR. Der Dessauer Schau-  
prozeß vom April 1950 . . . . . 395

### DOKUMENTATION

- Hans Coppi* Die „Rote Kapelle“ im Spannungsfeld von Wider-  
stand und nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Der  
Trepper-Report vom Juni 1943 . . . . . 431

## NOTIZEN

Kolloquium zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager ( <i>Sybille Steinbacher/Bernd Wagner</i> ) .....	459
Historisch relevante Ressourcen in Internet und WorldWideWeb. Angebot, Bewertung und Ausblick ( <i>Thomas A. Schröder</i> ) .....	465
ABSTRACTS .....	479
MITARBEITER DIESES HEFTES .....	481

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Anke Thulke. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreis incl. gesetzlicher MWSt 1996: Jahresabonnement Inland DM 92,40 (DM 78,- + DM 14,40 Versandkosten); Österreich öS 701,- (577,- + 124,- Versandkosten); Schweiz und übriges Ausland DM/sFr 94,80 (78,- + 16,80 Versandkosten).

Studentenabonnement (nur Inland) DM 74,40 (60,- + 14,40 Versandkosten); Einzelheft DM 26,-, öS 192,-, sFR 26,- + Versandkosten. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3-11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilage: Vandenhoeck & Ruprecht · *Geschichte und Gegenwart*

FRANK-LOTHAR KROLL

## GESCHICHTE UND POLITIK IM WELTBILD HITLERS

Wem an einer Rekonstruktion nationalsozialistischer Geschichtsbilder gelegen ist, wer es unternimmt, Funktion und Stellenwert der Historie im Dritten Reich zu orten, kann sich diesem Vorhaben auf unterschiedlichen Wegen zu nähern versuchen. Er kann – zum einen – die Rolle der Geschichtswissenschaft, d. h. der akademischen Forschung, ihrer Institutionen, Organisationen und Fachvertreter bei der Herausbildung und Vermittlung einer genuin nationalsozialistischen Geschichts„erkenntnis“ in den Blick nehmen<sup>1</sup>; er kann – weiter – sein Interesse dem Bereich des schulischen Geschichtsunterrichts zuwenden, wie sich dieser aus den überlieferten Quellenarten der Schulbücher, Lehrpläne und Unterrichtsaufzeichnungen rekonstruieren läßt<sup>2</sup>; er kann – schließlich – den verschiedenen Ausprägungsformen „praktischer“ Geschichtsvermittlung im öffentlichen Raum nachspüren und etwa den historischen Film<sup>3</sup> oder den historischen Roman<sup>4</sup>, Gedenk- und Weiheveranstaltungen<sup>5</sup> oder Jubi-

<sup>1</sup> Vgl. dazu beispielhaft die Studien von Helmut Heiber, *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland*, Stuttgart 1966; Karl Ferdinand Werner, *Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967; Volker Losemann, *Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933–1945*, Hamburg 1977; Willi Oberkrone, *Volks Geschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*, Göttingen 1993; neuerdings die umfassende und akribische Gesamtdarstellung von Karen Schönwälder, *Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 1992; dazu direkt Frank-Lothar Kroll, *Ein höchst verhängnisvoller Irrtum. Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht im „Dritten Reich“*, in: *Das Parlament* 1994, Nr. 17 vom 29. 4. 1994, S. 15.

<sup>2</sup> Vgl. vor allem Franz Selmeier, *Das nationalsozialistische Geschichtsbild und der Geschichtsunterricht 1933–1945*, phil. Diss. München 1969; Helmut Genschel, *Politische Erziehung durch Geschichtsunterricht. Der Beitrag der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts zur politischen Erziehung im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1980; zuletzt zusammenfassend Horst Gies, *Geschichtsunterricht unter der Diktatur Hitlers*, Köln/Weimar/Wien 1992.

<sup>3</sup> Vgl. Dorothea Hollstein, *„Jud Süß“ und die Deutschen. Antisemitische Vorurteile im nationalsozialistischen Spielfilm*, Frankfurt a. M./Berlin 1983.

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Rolf Geissler, *Dekadenz und Heroismus. Zeitroman und völkisch-nationalsozialistische Literaturkritik*, Stuttgart 1964; Peter Zimmermann, *Der Bauernroman: Antifeudalismus – Konservatismus – Faschismus*, Stuttgart 1975; Wolfgang Wippermann, *Geschichte und Ideologie im historischen Roman des Dritten Reiches*, in: Horst Denkler/Karl Prümm (Hrsg.), *Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen – Traditionen – Wirkungen*, Stuttgart 1976, S. 183–206.

<sup>5</sup> Vgl. Klaus Vondung, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971; Henning Eichberg, *Massenspiele, NS-Thingspiel, Arbeiterweihespiel und olympisches Zeremoniell*, Stuttgart 1977.

läums- und Parteifeiern<sup>6</sup> analysieren und die ihnen jeweils zugeordneten Funktionszusammenhänge dechiffrieren. An den politisch relevanten Kern der nationalsozialistischen Geschichtsauffassung führt die Erforschung all dieser Erscheinungsformen eines „veröffentlichten“ Geschichtsbildes indes nur sehr bedingt heran, weil mit ihnen lediglich die äußere Fassade der weltanschaulichen Intentionen des Regimes eingefangen, nicht hingegen jene letzte bzw. erste Bedeutungsebene freigelegt wird, auf welcher sich für die Führungsspitze des Dritten Reiches die Perzeption von „Geschichte“ vollzog. Eine den Konnex von Ideologie und Politik betonende Studie wird daher ihr Augenmerk zunächst und vor allem auf die Funktion des Faktors „Geschichte“ im Denken und Handeln eben jener Spitzenfiguren des Regimes zu richten haben und dabei den Stellenwert rekonstruieren müssen, den ihre jeweilige Geschichtsauffassung für die Begründung, Absicherung und rechtfertigende Überhöhung nationalsozialistischer Politik insgesamt besaß.

Es ist unschwer ersichtlich, daß nicht viele nationalsozialistische Politiker für ein derartiges Rekonstruktionsvorhaben in Betracht kommen. Jene, die – wie Hermann Göring, Robert Ley oder Wilhelm Frick – die Politik des Regimes in entscheidenden Stellungen langfristig mitgestalteten, dabei aber weitgehend ohne eigenes ideologisches Profil blieben, scheiden von vornherein ebenso aus wie die Gruppe der „reinen“ Theoretiker, denen – wie beispielsweise Ernst Kriek, Hans F.K. Günther oder Otto Strasser – die Ideologie der Partei zwar manchen prägenden Impuls verdankte, die aber niemals einen nennenswerten politischen Einfluß im etablierten Dritten Reich zu gewinnen vermochten. Von analytischem Interesse ist vielmehr jene kleine Gruppe ideologisch relevanter Politiker bzw. politisch relevanter Ideologen, die nach 1933 in verantwortlichen Spitzenpositionen wirkten und zu den maßgeblichen Ideenspendern des Nationalsozialismus gehörten. Beide Kriterien, das einer ideologischen Prägestärke *und* einer faktisch gegebenen Einbindung in den konkreten politischen Entscheidungsprozeß, erfüllten von den Protagonisten des Regimes – neben und nach dem Führer des Reiches selbst – in erster Linie Alfred Rosenberg, Richard Walther Darré, Heinrich Himmler und Joseph Goebbels. Sie alle konnten mit einer spezifisch durchgeformten Weltanschauung und mit einem dieser Weltanschauung jeweils korrespondierenden Geschichtsbild aufwarten, ihnen allen standen im Rahmen ihrer – unterschiedlich zu gewichtenden – Herrschaftsbezirke die entsprechenden Macht- und Einflußmöglichkeiten zur Verfügung, um dieser Weltanschauung und diesem Geschichtsbild Gehör und Resonanz im Bereich der politischen Praxis zu verschaffen.

Wenn sich in der hier präsentierten Detailstudie das Erkenntnisinteresse gleichwohl nicht auf die Geschichtsbilder der genannten Ideologen richtet, sondern primär der Erhellung des wechselseitigen Bestimmungsverhältnisses von historischer Weltansicht und politischer Entscheidungsfindung bei Adolf Hitler gilt, so darf diese thematische Eingrenzung keineswegs als Ausdruck personalistischer Blickverengung im

<sup>6</sup> Vgl. z. B. Siegfried Zelnhefer, Die Reichsparteitage der NSDAP. Geschichte, Struktur und Bedeutung der größten Propagandafeste im nationalsozialistischen Feierjahr, Nürnberg 1991.

Sinne einer konventionell hitlerzentrischen Sichtweise mißverstanden werden. Abgesehen davon, daß jede vergleichende Betrachtung nationalsozialistischer Ideologientwürfe ohnehin nur in stetem Rückbezug zu den Positionen des in allen Fragen der großen Politik bis zuletzt maßgeblichen Führers erfolgen kann – andernfalls ergäbe sich die Versuchung, den Gedankengängen einzelner Weltanschauungsträger des Regimes ein Maß an Originalität und Eigenständigkeit zuzusprechen, das sie so niemals besaßen<sup>7</sup> –, empfiehlt sich die Konzentration der Analyse auf das Geschichtsbild Hitlers auch aus sachlogischen Erwägungen. Während nämlich die Konzeptionen der anderen nationalsozialistischen Geschichtsideologen mehr oder weniger sektoral begrenzte Phobien artikulierten – Darré den antizivilisatorischen, Rosenberg und Himmler den antichristlichen, Goebbels den antikapitalistischen Affekt –, war Hitlers Geschichtsmodell infolge seines weitmaschigen und in vielen Fällen auf präzise inhaltliche Festlegungen bewußt verzichtenden Bezugssystems eine Art Scharnier, welches die unterschiedlichen Weltanschauungsvarianten innerhalb der nationalsozialistischen Führungsspitze miteinander verklammerte und sich insofern – wie Martin Broszat 1970 zutreffend vermerkte<sup>8</sup> – in hohem Maße als Integrationsmoment für die vielfach divergierenden Lehren und Dogmen der in sich bekanntlich höchst heterogen zusammengesetzten Ideologie des Regimes erwies. Dieser Sachverhalt rechtfertigt die im folgenden gewählte Vorgehensweise, gemäß derer zunächst (I.) die im engeren Sinne theoretischen Aspekte und Komponenten des Hitlerschen Geschichtsmodells zur Diskussion gestellt, dann (II.) des Diktators Beurteilung konkreter historischer Phänomene erörtert und schließlich (III.) in einem knappen Aufriß jene Gesichtspunkte erwogen werden sollen, die den totalitären Zugriff des Nationalsozialismus auf „Geschichte“ und deren „Verwertung“ im Dienst politischer Gegenwartsinteressen generell auszeichneten.

## I.

Daß in Hitlers geistigem Koordinatensystem Phänomenen und Problemen der Geschichte der Rang eines festen und unverrückbaren Bezugspunktes zugesprochen werden kann, daß dem Rekurs auf die Vergangenheit zentrale Bedeutung nicht nur für die Konstituierung der Weltsicht des Diktators, sondern auch für dessen praktisches politisches Handeln zukam, ist der historischen Forschung seit geraumer Zeit bekannt. Kaum eine der großen einschlägigen Monographien zur Person bzw. zum Programm und zur Politik Hitlers verzichtet denn auch auf eine mehr oder weniger allgemein gehaltene

<sup>7</sup> Dieser Versuchung drohen, zumindest partiell, die ansonsten vorzüglichen Studien von Josef Ackermann, *Heinrich Himmler als Ideologe*, Göttingen 1970, und Bernd Wegner, *Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933–1945. Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite*, Paderborn 1990, zu erliegen.

<sup>8</sup> Vgl. Martin Broszat, *Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus*, in: VfZ 18 (1970), S. 402f.

Skizzierung seines Geschichtsmodells im Rahmen seiner Weltanschauung<sup>9</sup>. Dort, wo dieses Modell dann explizit zur Diskussion steht, dominiert indes eine entweder durch thematische Beschränkung<sup>10</sup>, durch Ausblendung der geschichts„theoretischen“ Implikationen<sup>11</sup> oder durch eine allzu starke Verengung auf bestimmte inhaltliche Aspekte des Geschichtsverständnisses geprägte Fragehaltung<sup>12</sup>, so daß aufs Ganze gesehen eine umfassende Aufarbeitung des Geschichtsbezugs von Hitlers Politik fehlt – auch und gerade unter systematischer Berücksichtigung der seit 1992 erscheinenden vielbändigen Quellenpublikation sämtlicher Reden, Schriften und Anordnungen des Diktators.

Die „theoretischen“ Komponenten seiner Geschichtskonzeption bewegten sich zunächst vollständig im Einzugsfeld der geläufigen Fiktionen und Phobien rassebezogener Spekulationen, welche in „rassischen Qualitäten“ und „blutmäßigen Dispositionen“ die Antriebskräfte weltgeschichtlicher Entwicklungen erblickten<sup>13</sup>. Einem Denkmodus wertender Zuordnung verpflichtet, wies diese „Theorie“ dem Wirken der einzelnen Rassen – entsprechend ihrer vermeintlich verschiedenartigen schöpferischen Begabung – einen höchst unterschiedlichen Stellenwert im Geschichtsprozeß zu. Galt das „Ariertum“ als die ausschließlich zu kultur- und staatsformender Tätigkeit befähigte „Vorzugs-“ bzw. „Führungsrasse“, die infolge ihrer schöpferischen Exklusivveranlagung ein gleichsam der Logik geschichtlicher Entwicklung entspringendes „Anrecht“ auf weltpolitische Eroberung besaß<sup>14</sup>, so erschien das Judentum auf

<sup>9</sup> Vgl. Joachim C. Fest, *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1973, S. 59 ff., 287 ff.; Werner Maser, *Adolf Hitler. Legende – Mythos – Wirklichkeit*, München/Esslingen 1971, S. 158–262; Andreas Hillgruber, *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, Göttingen 1979, S. 67–76; Marlies Steinert, *Hitler*, München 1994, S. 175–220.

<sup>10</sup> Vgl. Konrad Barthel, *Friedrich der Große in Hitlers Geschichtsbild*, Wiesbaden 1977; Vappu Tallgren, *Hitler und die Helden. Heroismus und Weltanschauung*, Helsinki 1981.

<sup>11</sup> Vgl. Enrico Syring, *Hitler. Seine politische Utopie*, Berlin/Frankfurt a. M. 1994. Syring beschränkt sich auf die Analyse von Hitlers Interpretation der deutschen Geschichte ab 1648 – eine sektorale Verengung, die dem ausdrücklich universal konzipierten Geschichtsbild des Diktators geradezu entgegensteht und wesentliche Aspekte – die Perzeption der Antike, des Germanentums, des Christentums und des Mittelalters – ausblendet. Zudem stehen nur Hitlers Selbstaussagen bis zum Jahre 1933 zur Erörterung. Das Buch endet mithin dort, wo die politische Relevanz der Hitlerschen Geschichtsauffassung erst ihr volles Gewicht erlangt.

<sup>12</sup> Vgl. Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Stuttgart 1981, S. 97–119.

<sup>13</sup> Die geistesgeschichtlichen Traditionslinien dieser Denkweise rekonstruiert vorzüglich Patrik von zur Mühlen, *Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe*, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1977; vgl. daneben auch George L. Mosse, *Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1991, bes. S. 99–119; vollkommen unzulänglich, da im wesentlichen eine Aneinanderreihung – schlecht gewählter – Quellenzitate bietend, ist die oft genannte Arbeit von Karl Saller, *Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda*, Darmstadt 1961.

<sup>14</sup> „Wir wissen, daß das, was den Menschen ausmacht, [...] ausschließlich das Ergebnis eines besonderen Menschen ist, einer besonderen Art von Mensch, nämlich des arischen Menschen [...]. Dort, wo der Arier hinkommt, herrscht Kultur, wenn er geht, verschwindet sie allmählich, und wenn er nach 2000 Jahren wiederkommt, ist an ihrer Stelle vielleicht Wüste, durch ihn entsteht sie aber wieder“; Adolf Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933*.

Grund seiner der arischen „Kulturbegabung“ diametral entgegengesetzten „destruktiven“ Wesenseigenschaften<sup>15</sup> als *das* retardierende, kontraproduktive Moment im Geschichtsprozess schlechthin. In einer geradezu spiegelbildlichen Entsprechung zur „Kultursendung“ der arischen Rasse verband sich für Hitler mit dem Wirken der Juden die Freisetzung all jener Kräfte, die nicht zur Blüte, sondern zum Ruin der Kultur, zur Auslöschung humaner Daseinsmöglichkeiten und damit letztlich zum Ende der Welt und des Geschichtsprozesses selbst führen mußten<sup>16</sup>. „Gelöst“ wurde dieser arisch-jüdische Ur-Antagonismus – Hitler zufolge – ausschließlich durch die kämpferische Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltprinzipien<sup>17</sup>. Die Konzeption vom arisch-jüdischen „Rassenkonflikt“ wiederum entsprach den sozialdarwinistischen Ausgangsprämissen eines Denkens<sup>18</sup>, welches in der Lebensform des Kampfes

Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl Juli 1926–Mai 1928, hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München/New York/London/Paris 1992, S. 440 bzw. 134. Zur „kulturschöpferischen“ Rolle des „Ariers“ vgl. ebenda, S. 612, 758; ferner ders., *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe, München 1933, S. 148, 316 ff., 322 f., 421, 431 ff., 439, 479; ders., *Hitlers Zweites Buch*. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 50, 127; ders., *Reden und Proklamationen 1932–1945*, hrsg. und kommentiert von Max Domarus, 2 Bde., Wiesbaden 1962/63, S. 363; ders., *Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1980, S. 137, 156. Für den geistesgeschichtlichen Zusammenhang insgesamt Léon Poliakov, *Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus*, Hamburg 1993, bes. S. 244 ff.

- <sup>15</sup> Zu diesen angeblich „jüdischen“ Wesenseigenschaften rechnete Hitler die Unfähigkeit zu innovativem Denken (vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 330 ff.; ders., *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hrsg. von Eberhard Jäckel und Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 662 f., 714, 717 ff., 775, 854), die Bewertung des Phänomens „Arbeit“ als rein materielle Verrichtung zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse und Interessen (vgl. ebenda, S. 220, 276, 621 f.), den Hang zu „schmarotzender“ Lebensweise auf Kosten fremder Völker (vgl. ebenda, S. 572) sowie die fehlende Bereitschaft, die gemeinsame Lebenswelt durch eigenschöpferische Leistungen zu bereichern (vgl. ebenda, S. 156, 463 f.; ferner ders., *Zweites Buch*, S. 221; ders., *Reden 1932–1945*, S. 1844, 1868). Zu den ideengeschichtlichen Hintergründen der Formel von der „schmarotzerhaften“ und „parasitären“ Existenz des Juden vgl. Alexander Bein, „Der jüdische Parasit“, in: *VfZ* 13 (1965), S. 121–149.
- <sup>16</sup> Vgl. vor allem Hitlers politisches Testament. Die Bormann Diktate vom Februar und April 1945, Hamburg 1981, S. 65 f.; ferner Reginald H. Phelps, Hitlers „grundlegende“ Rede über den Antisemitismus, in: *VfZ* 16 (1968), S. 390–420; für den Zusammenhang auch Norman Cohn, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung*, Köln/Berlin 1969, bes. S. 228 ff., 247 ff.
- <sup>17</sup> Zum „Kampfprinzip“ als „Vater aller Dinge“ und Grundmotiv des Lebens in Natur und Menschenwelt schlechthin vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 104 f., 317, 739, 773; ders., *Zweites Buch*, S. 46 f.; ders., *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. II, S. 17 ff., 191 f., 378 ff., 406, 439, 625 f., 723 ff., 726 f., 729, 764, 834; ders., *Reden 1932–1945*, S. 1422, 1477 f., 2161; ders., *Monologe*, S. 71, 144.
- <sup>18</sup> Für den geistesgeschichtlichen Zusammenhang noch immer grundlegend Hans-Günther Zmarzlik, *Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Phänomen*, in: *VfZ* 11 (1963), S. 246–273; weitaus weniger stringent ist dagegen die neuere Analyse von Hannsjoachim W. Koch, *Der Sozialdarwinismus. Seine Genese und sein Einfluß auf das imperialistische Denken*, München 1973, S. 151–158; vgl. neuerdings Maurice Ollender, *Die Sprachen des Paradieses. Arisch und Semitisch – eine Schicksalsgemeinschaft*, Frankfurt a. M. 1995, S. 136 ff.



die notwendige und unentbehrliche Voraussetzung zum Aufstieg und zur Weiterentwicklung des Menschengeschlechtes erblickte.

Hitler hat seine zu einer Art „Geschichtsgesetz“ erhobene Überzeugung vom Kampf als „Vater aller Dinge“<sup>19</sup> mit geradezu ermüdender Gleichmäßigkeit, vor allem in den Jahren vor 1933, wieder und wieder vorgetragen. Zu den dabei verkündeten Grundformeln zählten die Devise vom „Recht des Stärkeren“ und vom verdienten „Untergang des Schwachen“ ebenso<sup>20</sup> wie der Rekurs auf die Prinzipien der „natürlichen Auslese“ und des „Überlebens der Tüchtigsten“<sup>21</sup>, welche, in konventionell sozialdarwinistischer Argumentationsführung, von der Ebene des Naturgeschehens auf den Bereich zwischenmenschlichen Handelns und auf konkrete historisch-politische Größen wie z. B. „Volk“, „Staat“ oder „Nation“ transponiert wurden. Politik war gemäß dieser Prämissen nichts anderes als die Durchführung des – rassenantagonistisch zugespitzten – „Lebenskampfes“ eines Volkes zur Sicherung seiner physischen Existenz<sup>22</sup>, Geschichte galt als Akt nachträglicher Rekonstruktion der Formen und Verlaufsprozesse dieses Kampfes<sup>23</sup>. Eine eigene, charakteristische Note erhielt die „Kampfphilosophie“ Hitlers dadurch, daß er Kampf und Krieg nicht einfach als passiv hinzunehmendes Schicksal verstand, sondern ihnen einen hochgradig positiven Sinngehalt zusprach und in ihnen die unabdingbaren Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des Menschengeschlechtes erblickte: „Kampf“ ermögliche der Menschheit den Aufstieg zu politischer und kultureller Größe und sei überhaupt Motor und Prinzip des zivilisatorischen Fortschritts, weil es den einzelnen zu immer neuer Höchstleistung stimuliere, seine physischen und intellektuellen Kräfte mobilisiere und dadurch die stete Aktionsbereitschaft des gesellschaftlichen Gesamtkörpers garantiere<sup>24</sup>. Der Aspekt des Fortschritts stand somit in unlöslicher Verbindung zum Aspekt des Kampfes, des Krieges und der Zerstörung; ja, Fortschritt schien überhaupt nur durch Zerstörung, durch Niederwerfung „alles Morsche[n], alles Schwächliche[n], alles Kranke[n]“<sup>25</sup> möglich. Die verhängnisvollen Konsequenzen dieser sozialdarwinistischen Verbiegung der Fortschrittsidee durch das – zugleich als Handlungsnorm für die politische Praxis dienende – Kampfprinzip sind bekannt; das Geschichtssaxiom vom Völkerkampf ums Lebensrecht konnte sich im Falle einer Nieder-

<sup>19</sup> Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, S. 136, 462.

<sup>20</sup> Vgl. ders., Mein Kampf, S. 66, 312f., 316, 372, 421f., 570f., 769; ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, S. 530, 669, 815; ders., Reden 1932–1945, S. 2204.

<sup>21</sup> Zum Ausleseprinzip vgl. ders., Mein Kampf, S. 144f., 147f., 577, 656, 676; ders., Zweites Buch, S. 56; ders., Reden 1932–1945, S. 506; ders., Monologe, S. 76, 143; ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, S. 406.

<sup>22</sup> Selbsterhaltung und Fortpflanzung als „Urziele“ politischen Handelns, vgl. ders., Mein Kampf, S. 166, 195f., 310, 365f., 728, 740; ders., Zweites Buch, S. 46ff., 62.

<sup>23</sup> Vgl. ebenda, S. 47f.

<sup>24</sup> Zur sozialdarwinistischen Verbiegung des Fortschritts-Prinzips vgl. Hitler, Mein Kampf, S. 149, 313, 494ff.; ders., Zweites Buch, S. 50, 138; ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, S. 93, 229, 379f., 630, 761.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 757.

lage der „arischen Rasse“ auch gegen das Deutsche Reich selbst richten und hat es schließlich auch getan<sup>26</sup>.

Mit dem Mythos vom arischen „Kulturschöpfertum“, dem ihm zugeordneten Gegenmythos jüdischen „Destruktionsstrebens“ und dem beide Mythen zusammenbindenden Axiom vom „Rassenkampf“ zwischen Ariern und Juden sind die theoretischen Implikationen von Hitlers Geschichtsverständnis im wesentlichen ausgemessen. Ihm einen darüber hinausgehenden denkerischen Anspruch zu unterstellen<sup>27</sup>, hieße, seinen Erkenntnishorizont überzubewerten. Richtig ist freilich, daß sich mit seinem Geschichtsdogma vom arisch-jüdischen „Rassenkampf“ ein ganzes Bündel konzeptioneller Weiterungen verband, deren Konsequenzen für seine praktische Politik eine in hohem Grade prägende Bedeutung besaßen.

### 1. Dialektisches Denken

Qualität und Charakter der Hitlerschen Bezugnahme auf Wühlarbeit und Wirkungsmacht des Judentums ließen dieses weder zur „Ergänzung“ noch gar zu einer bloßen Zutat zum Konzept „arisch“ dominierter Kulturentwicklung werden. „Der“ Jude erschien vielmehr als unverzichtbarer Bestandteil einer auf Gegnerschaft geradezu angewiesenen Denkhaltung, die des Verweises auf ein klar konturiertes Negativ-Bild bedurfte, um sich des Wertes der eigenen Existenz desto entschiedener versichern zu können. Hitler folgte hier einer gleichsam dialektischen Denkform, deren Quintessenz in der Überzeugung bestand, „daß etwas Schlechtes da sein muß, um das Gute zu reizen, das Gute überhaupt in Erscheinung treten zu lassen [. . .] Das Negativ ist gebunden an das Positiv. An dem Tage, an dem nichts mehr überwunden werden muß, hört der Mensch auf, sich zu entwickeln.“<sup>28</sup> Ariertum und Judentum waren in diesem Sinne komplementär aufeinander bezogene Größen wie „Aktion“ und „Reaktion“ bzw. wie „These“ und „Antithese“. Denn nicht allein das Judentum bedurfte der arischen Kulturträgerschaft, um zu seiner „parasitären“ geschichtlichen Existenz zu gelangen. Auch für den „Arier“ war das Judentum zwar nicht die Voraussetzung, wohl jedoch eine Art negative Antriebskraft, um in der Konfrontation mit der vermeintlichen Gegenrasse überhaupt erst geschichtliche Wirksamkeit entfalten zu können<sup>29</sup>.

<sup>26</sup> Hitler hat diese Möglichkeit eines aus seiner Sicht „negativen“ Ausgangs des „Rassenkampfes“ im Rahmen einer „Sieg oder Vernichtung“, „Sein oder Nichtsein“, „Leben oder Tod“ bringenden Alternativlösung mehrfach ausdrücklich erwogen und in diesem Falle der „arischen Rasse“ als einer erwiesenermaßen „minderwertigeren“, weil im Sinne des Sozialdarwinismus „schwächeren“, jedes zukünftige Lebensrecht abgesprochen; vgl. z. B. *Mein Kampf*, S. 105, 282; ders., *Reden 1932–1945*, S. 1422.

<sup>27</sup> So neuerdings in der quellenfernen und unscharf verallgemeinernden Untersuchung von Rainer Rothermund, *Jedes Ende ist ein Anfang. Auffassungen vom Ende der Geschichte*, Darmstadt 1994, S. 117–129.

<sup>28</sup> Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. II, S. 396 bzw. 392.

<sup>29</sup> In diesem Sinne hat Joseph Goebbels, dessen Antisemitismus anderen, antikapitalistischen Denkmustern verpflichtet war als der Hitlersche Judenhaß (dazu jetzt grundlegend Ulrich Höver, *Joseph Goebbels – ein nationaler Sozialist*, Bonn/Berlin 1992, bes. S. 176, 179, 257), diesem freilich

Wenn nun aber der Geschichtsverlauf seine eigentliche Dynamik durch das dialektische Wechselverhältnis zweier gegnerischer und doch einander zugeordneter Weltprinzipien erhielt, dann war mit dem Ausscheiden eines dieser beiden Weltprinzipien – also mit der von Hitler fraglos intendierten Vernichtung der jüdischen Gegenrasse – im Grunde auch der Geschichtsprozeß selbst an sein Ende gelangt. Er war „aufgehoben“ und seines „Inhalts“ beraubt, denn mit der Existenz des jüdischen „Antipoden“<sup>30</sup> entfiel letztlich auch der Ermöglichungsgrund für die geschichtskonstituierende Polarität von „Aufbau“ und „Zerstörung“, „Schöpfung“ und „Chaos“, „Gut“ und „Böse“, „Licht“ und „Finsternis“. Was sich prinzipiell als ein Wesenszug jeder dualistisch konzipierten Welt- und Geschichtssicht erweist – die mit dem „Ausfall“ der „negativen“ Leitkoordinate gegebene „Erfüllung“ des Geschichtssinns –, geriet bei Hitler nun freilich insofern zu einem besonderen Problem, als sich ihm die Frage der Notwendigkeit eines fundamentalen „Gegenwurfs“ nicht nur unter geschichts-„philosophischen“, sondern immer zugleich auch unter politisch-praktischen Gesichtspunkten stellte: Die bekannte und vielfach geschilderte Konzentration des Feindbildes auf einen alleinigen Generalgegner – eine Konzentration der neben ideologischen Motiven vor allem psychologisch-taktische Erwägungen zugrunde lagen<sup>31</sup> – erfüllte ihren Zweck selbstverständlich eben nur so weit und nur so lange, wie diesem Feind eine akute Wirkungsmacht zugesprochen werden konnte. War diese Macht gebrochen, war der jüdische „Weltfeind“ besiegt, so verlor die dualistisch zugespitzte Fixiertheit unter taktischen Gesichtspunkten ihren Wert. Die systematisch betriebene Denunzierung und Dämonisierung des „Fremden“ – Ausfluß Hitlerschen Geschichtsdenkens, aber daneben auch praktisches Gebot einer um Durchschlagskraft bemühten politischen Taktik – wäre in diesem Falle zwangsläufig zu einer Orientierung auf andere Feindgruppen genötigt gewesen.

Bei anderen führenden Repräsentanten des Nationalsozialismus war diese Orientierung auf andere Feindgruppen tatsächlich von vorneherein gegeben. Darré etwa,

---

an Intensität keineswegs nachstand, dem Judentum „die schicksalhafte Mission“ zugewiesen, „die kranke arische Rasse wieder zu sich selbst zu bringen“; Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I: Aufzeichnungen 1924–1941, Bd. 1, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, München/New York/London/Paris 1987, S. 60.

<sup>30</sup> Adolf Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen: Februar 1925 bis Januar 1933. Bd. I: Die Wiedergründung der NSDAP: Februar 1925–Juni 1926, hrsg. und kommentiert von Clemens Vollnhals, München/New York/London/Paris 1992, S. 196.

<sup>31</sup> Hitler hat in diesem Sinne mehrfach betont, daß es im Interesse gesteigerter kämpferischer Einsatzbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten erwünscht und erforderlich sei, „auseinanderliegende Gegner immer als nur zu einer Kategorie gehörend erscheinen [zu] lassen, [...] so daß in der Einsicht der Masse [...] der Kampf nur gegen einen Feind allein geführt wird. Dies stärkt den Glauben an das eigene Recht und steigert die Erbitterung gegen den Angreifer auf dasselbe“; Mein Kampf, S. 129; vgl. auch ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. I, S. 21 ff.; explizit zu Hitlers „Feindbildern“ und zu seiner Perzeption des „Fremden“ August Nitschke, Der Feind. Erlebnis, Theorie und Begegnung. Formen politischen Handelns im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1964, S. 135–163.

dem nicht die „arische“, sondern eine wesenhaft bäuerlich strukturierte „nordische“ Rasse als kulturschöpferische und geschichtskonstituierende Größe galt<sup>32</sup>, erblickte nicht so sehr im Judentum, als vielmehr im „Nomadentum“ jenes negative Grundprinzip, welches den aufbauenden Kräften des „Nordens“ kontrastierend gegenübergestellt wurde und durch sein kulturzerstörendes Wirken den Geschichtsprozeß zu einem dialektisch bewegten Widerspiel von „Gut“ und „Schlecht“ werden ließ<sup>33</sup>. Ähnliches galt auch für Himmler, für den sich – unbeschadet seiner grundsätzlich antisemitischen Orientierung – der die Weltgeschichte prägende „Rassenkampf“<sup>34</sup> primär nicht zwischen „Ariertum“ und „Judentum“, sondern, weitaus konkreter, zwischen „Germanentum“ und „Slawentum“ bzw. zwischen „Europa“ und „Asien“ vollzog. In beiden Fällen war damit freilich keineswegs eine Durchbrechung, Relativierung oder gar Überwindung des dualistischen Geschichtsmodells gegeben. Im Gegenteil, bot doch der Bezug auf andere Feindgruppen – Darré z. B. subsumierte dem Begriff „Nomadentum“ so verschiedenartige Völkerschaften wie Juden und Mongolen, Türken und Araber, Seldschuken, Tataren und Turkmenen – machtpolitisch wesentlich effektiver auszunutzende Möglichkeiten zur theoretischen und praktischen Herabminderung „fremden“ Volkstums als die eindimensionale Feindbildfixierung Hitlers<sup>35</sup>.

## 2. Universalistischer Ausgriff

Hitler hat bei alledem keinen Zweifel daran gelassen, daß für ihn der arisch-jüdische Dualismus den Charakter eines globalen Ringens besaß – lokalisierbar in allen Epochen, Gegenden und Kulturkreisen der Menschheitsgeschichte, bei den altorientalischen Völkern ebenso wie zu Zeiten des Römischen Reiches, im christlichen Mittelalter oder in der Phase der Herausbildung der europäischen Nationalstaaten seit Mitte

<sup>32</sup> Vgl. Richard Walther Darré, *Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse*, München <sup>2</sup>1933, S.39f., 45, 59, 68; ders., *Neuadel aus Blut und Boden*, München 1930, S.135f., 188ff., 194f.; ders., *Um Blut und Boden. Reden und Aufsätze*, München <sup>2</sup>1940, S.39; ders., *Erkenntnisse und Werden. Aufsätze aus der Zeit vor der Machtergreifung*, Goslar 1940, S.186f.; dazu auch Hans-Jürgen Lurzhöft, *Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920–1940*, Stuttgart 1971, bes. S.52ff., 116ff.

<sup>33</sup> Vgl. Darré, *Bauerntum*, S.40ff., 50ff., 62, 154ff., 297ff., 336ff., 454ff. Unfähig zu werteschaffender Aufbauarbeit, unfähig auch zu produktivem und eigenschöpferischem Tun, eigne dem Nomaden lediglich die Gabe einer schmarotzerhaften Ausbeutung bereits vorhandener Werte. Nach erfolgter Vernichtung lasse er sein „Wirtsvolk“ im Zustand der Auflösung und des Zusammenbruchs zurück.

<sup>34</sup> Heinrich Himmler, *Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen*, hrsg. von Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, mit einer Einführung von Joachim C. Fest, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974, S.57; vgl. ferner ders., *Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation*, München 1936, S.3.

<sup>35</sup> Diese Möglichkeiten sind dann im Gefolge des Ostkriegs und der deutschen Besatzungspolitik gegenüber den Völkern der Sowjetunion auch massiv ausgeschöpft worden; vgl. Gerhard Hass, *Zum Rußlandbild der SS*, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Das Rußlandbild im Dritten Reich*, Köln/Weimar/Wien 1994, S.201–224.

des 15. Jahrhunderts<sup>36</sup>. Der „Weltkampf“ zwischen Ariertum und Judentum erschien als ein den Geschichtsprozeß von Beginn an prägendes universales, ja geradezu planetarisches Prinzip. Diesem universalen Anspruch entsprechend, zielte Hitlers Griff auf das „Ganze“ der Vergangenheit, die er – unbefangen von allen Erkenntnissen der Vor- und Frühgeschichtsforschung und uninteressiert auch an den halb- bzw. pseudowissenschaftlichen Absicherungsbemühungen, mit denen etwa Himmler oder Darré ihre jeweiligen Geschichtskonstruktionen zu stützen suchten<sup>37</sup> – unterschiedslos seinem historischen Weltbild inkorporierte. Er hegte dabei keine Scheu, selbst mythologische Überlieferungen als Faktoren der Realgeschichte zu behandeln, in ihnen lediglich die „Erinnerung [. . .] an eine einstige Wirklichkeit“<sup>38</sup> erblickend, und sah das starr verfochtene dualistische Geschichtsmodell auch in vorgeschichtlichen Zeiten bestätigt – dort interpretiert als „Kampf zwischen Göttern und Riesen“<sup>39</sup>.

Diese Ausweitung des geschichtlichen Deutungshorizontes ins Universale, ins Globale, ins „Kosmische“ verlieh der Geschichtsschau ein – im Vergleich zu einer „nur“ an historischen Greifbarkeiten orientierten Interpretationshaltung – entschieden suggestiver wirkendes Gewicht. Wenn das vermeintliche Geschichtsgesetz vom polaren Dualismus zwischen Ariern und Juden für alle Zeiten und Räume, ja sogar mit Blick auf die „Vorwelt“ Geltung beanspruchen konnte, dann gewann es ein Maß von Unumstößlichkeit, Unerschütterlichkeit und widerspruchslös zu akzeptierender Gewißheit, dem mit nüchternen Sachargumenten nicht mehr beizukommen war. Als grundierender Rechtfertigung für Hitlers politische Aktivitäten kam daher dem „universalistischen“ Gestus seines Geschichtsbildes eine herausragende Bedeutung zu.

<sup>36</sup> Vgl. Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, S. 463 f.

<sup>37</sup> Zu den entsprechenden Bemühungen Himmlers vgl. Michael H. Kater, *Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches*, Stuttgart 1974; zu denjenigen Darrés neuerdings Mathias Eidenbenz, *„Blut und Boden“. Zur Funktion und Genese der Metaphern des Agrarismus und Biologismus in der nationalsozialistischen Bauernpropaganda* R. W. Darrés, Bern/Berlin/Frankfurt a. M./New York/Paris/Wien 1993.

<sup>38</sup> Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, hrsg. von Percy Ernst Schramm, Andreas Hillgruber und Martin Vogt, Stuttgart 1963, S. 116.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 166. Hitlers „Deutung“ der Vorgeschichte – sichtbar beeinflusst von der in völkischen Kreisen damals populären „Welt-Eis-Lehre“ Hanns Hörbigers (dazu zeitgenössisch Edmund Kiß, *Welt-Eis-Lehre*, Leipzig 1933) – erschöpfte sich in Spekulationen über eine gigantische urzeitliche Naturkatastrophe mit Mondeinbrüchen, Sintfluten und vulkanischen Eruptionen „um das Jahr 10000 vor unserer Zeitrechnung“ (Hitler, *Tischgespräche*, S. 167), welche ihm als Epochen-scheide zwischen „uns“ und der „Vorwelt“, d. h. zwischen der „eigenen“, geschichtlich rekonstruierbaren Zeit und einer nur noch in Mythen und Legenden greifbaren Ära „davor“ galt. Für den Zusammenhang vgl. die von Hitler zum Tode Gustaf Kossinnas, des „Altmeisters“ der deutschen Vorgeschichtsforschung, herausgegebene Sondernummer der „Nationalsozialistischen Monatshefte“, 3 (1932), H. 27, S. 241–288, „Deutsche Vorgeschichte“.

### 3. Endzeitliche Perspektive

Bei aller Neigung zum universalen Ausgriff mied das dualistische Geschichtsmodell Hitlers indes die von vielen faschistischen und nationalsozialistischen Ideologen so häufig bemühte Denkfigur der „Rückkehr in den Ursprung“<sup>40</sup>. Anders als Rosenberg und Darré, die einem historisch relativ konkret faßbaren „nordisch-germanischen“ Vorbild verpflichtet waren und dessen Erneuerung bzw. Wiederherstellung in der Gegenwart erstrebten<sup>41</sup>, hat Hitler für die Idee einer Restituierung „heiler“, vor-zivilisatorischer Urzustände keine Sympathien gehegt. Im Gegenteil: Seine abwertenden, später noch näher in Augenschein zu nehmenden Kommentare zu allen Varianten völkischer Germanentümelei widerlegen eine Interpretation, welche die Quintessenz Hitlerschen Denkens und Handelns darin erblickt, „noch einmal an den Ausgangspunkt, in jene besseren, naturbestimmten, harmonischen Zeiten vor dem Beginn des Irrweges zurückzugelangen“<sup>42</sup>.

Richtig ist freilich, daß Hitlers Geschichtskonzeption nicht beliebig zur Zukunft hin offenstand. Sie kannte ein Ende, doch dieses Ende war keine Rückkehr zum Anfang, Hitlers „Endzeit“ war nicht die wiedergeholte „Urzeit“, sondern die nach der finalen Auseinandersetzung zwischen arischer und jüdischer Rasse anbrechende „neue“ Weltzeit, die entweder – bei einem Sieg des Judentums – zum apokalyptischen Weltenbrand führen oder – im Falle eines arischen Triumphes – die dauerhafte Heilung der Welt und des Menschen verbürgen mußte. So oder so war damit ein definitiver Abschluß aller bisherigen Geschichte erreicht, der sich freilich nicht als vage Möglichkeit in nebulöser Zukunftsferne präsentierte. Abschluß und Ende standen vielmehr unmittelbar bevor und waren auf jeden Fall noch zu Hitlers Lebzeiten einzulösen. Damit aber gewann sein „Endzeit“-Denken, das übrigens in striktem Gegensatz zu dem von Himmler verfochtenen zyklischen Weltverständnis stand<sup>43</sup>, den Charakter einer konkreten Utopie, besser noch: einer konkreten Eschatologie, welcher alles gegenwärtige Geschehen zur Auseinandersetzung „im Angesicht des Endes“ geriet.

<sup>40</sup> Diese untersucht im großen, religions- bzw. mythengeschichtlichen Rahmen, leider ohne ausdrückliche Bezugnahme auf den Antimodernismus im 20. Jahrhundert, Mircea Eliade, *Die Sehnsucht nach dem Ursprung. Von den Quellen der Humanität*, Wien 1973, S. 96 ff., 115 ff.

<sup>41</sup> Während Rosenberg in einem auf der Basis „germanischer“ Charakterwerte wie Ehre, Freiheit, Tatgesinnung „erneuerten“ Christentum den Ausgangspunkt der vom Nationalsozialismus einzuleitenden „Weltwende“ erblickte, strebte Darré nach der biologischen „Züchtung“ eines am germanischen „Auslesevorbild“ orientierten „neuen Menschen“.

<sup>42</sup> Fest, *Hitler*, S. 148. Damit ist nicht die Hitlersche, sondern die von dieser erheblich abweichende Darrésche Konzeption charakterisiert.

<sup>43</sup> Himmlers zyklische Geschichtskonzeption kulminierte in der von ihm explizit vorgetragenen Lehre von der „ewigen Wiederkehr“, die das Menschheitsgeschehen als eine analoge Konfiguration zu den kosmischen Rhythmen von Geburt und Tod, Tag und Nacht, Ebbe und Flut wertete und mit Blick auf die Depossedierung und Enthumanisierung des Individuums verhängnisvolle Konsequenzen nach sich zog.

Man wird sicherlich nicht jede außenpolitische Vabanque-Aktion des Diktators nach 1933 mit dieser „endzeitlich“ orientierten Dimension seines Geschichtsdenkens in Verbindung bringen können. Unzweifelhaft hat sie jedoch seine Neigung bzw. seinen Willen zur Herbeiführung zugespitzter Situationen und Alternativ-Konstellationen entscheidend verstärkt und – als gleichsam atmosphärische Grundierung – sein politisches Handeln mit einer überaus brisanten Hypothek belastet, die sich bis zum Schluß als ein Wirkmoment von bestimmender Kraft erwies und noch seine letzten schriftlichen Aufzeichnungen beherrschte. „Wenn ich“, so Hitler am 3. Februar 1945, „diesen Krieg gewinne, dann setze ich der jüdischen Weltmacht ein Ende, ich versetze ihr den Todesstreich. Verliere ich diesen Krieg, dann ist der jüdische Triumph noch lange nicht berechtigt, denn die Juden würden darüber außer sich geraten und den Verstand verlieren. Sie würden ihre Anmaßung derart auf die Spitze treiben, daß sie selber damit wieder die Nägel zu ihrem Sarge schlagen. [. . .] Damit wäre dafür gesorgt, daß der Antisemitismus nicht ausstirbt: die Juden selbst nähren und schüren ihn unaufhörlich. Die Ursache müßte erst verschwinden, damit die Abwehr aufhört.“<sup>44</sup>

#### 4. Zukunftsbezug und Gegenwartsbewußtsein

Die endzeitliche Perspektive in Hitlers Welt- und Geschichtssicht mit ihrer Konzeption vom finalen „Rassenkampf“ zwischen Ariern und Juden ließ die Kategorie Zukunft zu einem zentralen Faktor seines Geschichtsverständnisses werden. „Zukunft“ besaß dabei für den Diktator die Qualität eines plan- und beherrschbaren Zustandes – im Unterschied zur Vergangenheit, die als vollendet und unabänderlich zu gelten hatte, dabei zwar mittels verschiedenartigster Manipulationen „in Form“ gebracht und gewaltsam auf die Bedürfnisse der eigenen Gegenwart hin geordnet werden konnte, sich letztlich aber jeder echten Beeinflußbarkeit entzog. Die Gestaltung der Zukunft hingegen konnte Hitler weitgehend selbst übernehmen. Sie lag im Bereich des subjektiv Machbaren, ihr galt mithin auch die letzte Zielrichtung seines politischen „Programms“, das mit Blick auf die Zukunft den eigenen Planungen nahezu unerschöpfliche Perspektiven zu eröffnen schien. Daß Hitlers „Zukunft“ dabei stets nur die „eine“ Zukunft der vom Nationalsozialismus herbeigeführten Umwandlung und Neuordnung der Welt gewesen ist, daß es nur einen im nationalsozialistischen Sinne „positiven“ Ausgang des „Weltkampfes“ geben konnte, galt ihm gleichsam als Axiom aller seiner diesbezüglichen Planungen und Projektionen. Erwägungen für den Fall eines Sieges der gegnerischen Kräfte – und damit eines Scheiterns der nationalsozialistischen „Idee“ – lagen hingegen vollkommen außerhalb der von ihm für denkbar gehaltenen weltpolitischen Entwicklungsrichtung. Verlor das Reich seinen politischen „Lebenskampf“, dann hatte auch die Geschichte selbst ihren „Sinn“ eingebüßt.

<sup>44</sup> Hitler, Politisches Testament, S. 66.

Doch nicht nur der Blick auf die Zukunft, auch die unter „welthistorischer“ Perspektive vorgenommene Ortung der Gegenwart bildete ein konstitutives Element in Hitlers Geschichtskonzeption. Hitler empfand die eigene Zeit als *die* epochale Wende im gesamtgeschichtlichen Entwicklungsprozeß, und er erblickte im Auftreten des Nationalsozialismus jene Größe, die diese „Weltwende“<sup>45</sup> herbeiführte. Zahlreich und unübersehbar waren solche Bekundungen, mit denen er einer wechselnden Zuhörerschaft das Bewußtsein suggerierte, „die ungeheuerlichste Umwälzung [. . .] seit geschichtlichem Denken“<sup>46</sup> zu erleben und diesen fundamentalen, welt- und menschheitsgeschichtlichen Epochenbruch selbst aktiv mitgestalten zu können. Dieser permanent bekundete Anspruch, eine neue Weltzeit einzuleiten, empfing seine Legitimation aus einem Bündel sowohl negativer als auch positiver Bezugsgrößen. Im Negativen zeichne sich die Epochenqualität des Nationalsozialismus vor allem dadurch aus, daß er das „bürgerliche“ Zeitalter mit seinen fast zweitausendjährigen christlichen Traditionsbeständen zu einem definitiven Abschluß bringe<sup>47</sup>. Im Positiven hingegen manifestiere sich das welthistorisch Singuläre des nationalsozialistischen Gezeitenwechsels darin, daß hier, erstmals in der deutschen Geschichte, das Volk mit all seinen schichtenspezifischen Interessengegensätzen zu einer festgefühten Einheit zusammengefaßt und damit die jahrhundertertealte Spaltung der deutschen Nation in Stände und Klassen, Konfessionen und Parteien, Stämme und Regionen aufgehoben worden sei. „Heute vollzieht sich eine neue Staatsgründung, deren Eigenart es ist, daß sie [. . .] in der geschlossenen Volksgemeinschaft das Primäre sieht [. . .]. Noch niemals war in der deutschen Geschichte eine solche innere Einigkeit in Geist, Willensbildung und Führung vorhanden gewesen. Das haben viele Generationen vor uns sich ersehnt, und wir sind die glücklichen Zeugen der Erfüllung.“<sup>48</sup>

Das Postulat einer alle Klassenunterschiede nivellierenden Volksgemeinschaft, das den nationalsozialistischen Anspruch, eine Zeitenwende weltgeschichtlichen Ausmaßes heraufzuführen, in Hitlers Sichtweise legitimierte, war Ausdruck und Funktion der Idee eines „nationalen Sozialismus“, zugleich aber auch engstens verknüpft mit

<sup>45</sup> Ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. I, S. 49.

<sup>46</sup> Ders., Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, S. 1191f.; ähnlich ders., Reden 1932–1945, S. 173, 715; ders., Monologe, S. 182.

<sup>47</sup> Hitlers Theorie vom „Ende des bürgerlichen Zeitalters“ (vgl. z. B. Hitler, *Mein Kampf*, S. 237, 450, 774; ders., *Zweites Buch*, S. 82; ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. I, S. 357; Bd. II, S. 121 [„Die Mission dieses Bürgertums ist erledigt“], 205, 367) war sowohl im linken wie im rechten politischen Lager der zwanziger und dreißiger Jahre verbreitet. Dies galt vor allem für die führenden Repräsentanten der „Konservativen Revolution“ wie z. B. Max Hildebert Boehm, Edgar Julius Jung, Ernst Jünger, Ernst Niekisch oder Oswald Spengler. Im „nationalbolschewistischen“ Umfeld Jüngers und Niekischs gingen die antibürgerlichen Ressentiments in ihrer Radikalität dann allerdings noch weit über diejenigen Hitlers hinaus. Die mit alledem in hohem Maße gegebene symptomatische Bedeutung der Hitlerschen Theorie, die ganz wesentlich zu deren zeitgenössischer Anziehungskraft beitrug, erkennt nicht Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Hamburg/Leamington Spa/New York 1987, S. 139ff., der ansonsten Hitlers „antibürgerliche“ Position erstmals in großem Rahmen dargestellt hat.

<sup>48</sup> Hitler, Reden 1932–1945, S. 761 und 723.



den in ihrer Bedeutung für seine Geschichtsauffassung bereits skizzierten Fiktionen und Phobien des völkischen Rassedenkens. Denn zur vollgültigen Etablierung einer die Nation sozial einigenden Volksgemeinschaft gehörte unweigerlich auch deren biologische Kräftigung – mit dem Ziel, den drohenden „Rassetod“ des deutschen Volkes gleichsam in letzter Stunde abzuwenden und der neugeeinten Nation durch ein Bündel aufeinander bezogener staatlicher Maßnahmen zur „Rassenzucht“, „Rassenhygiene“ und „Blutspflege“<sup>49</sup> die Möglichkeit des „Überlebens“ in Gegenwart und Zukunft zu verschaffen. So waren in Hitlers Geschichtsbild und in seinem diesem zugeordneten Gegenwartsbewußtsein Komponenten des „nationalen Sozialismus“ wie auch des völkischen Rassismus auf eine komplex miteinander verwobene und erst bei genauerem Zusehen erkennbare Weise präsent. Priorität besaß dabei unzweifelhaft die rassistische Komponente. Sie verlieh seinem Geschichtsbild, wie erwiesen, die entscheidenden inhaltlichen Grundakzente, denen gegenüber die Leitgedanken eines „nationalen Sozialismus“ deutlich zurücktraten. Aber gänzlich an den Rand gerieten diese „sozialistischen“ Strukturelemente nicht – im Unterschied zu den Geschichtsbildern der anderen ideologisch führenden Repräsentanten des Regimes, die entweder – wie Rosenberg, Himmler oder Darré – dem „rassischen“ oder – wie Goebbels und Gregor Strasser – dem „sozialistischen“ Geschichtsmodell verpflichtet waren. Hitlers Geschichtskonzeption bot mit der – wenn auch unterschiedlichen – Gewichtung beider Komponenten eine Art Scharnier, welches die verschiedenen Weltanschauungsvarianten innerhalb der nationalsozialistischen Führungsspitze zusammenband.

Die bisherigen Erörterungen galten den abstrakten Komponenten in Hitlers Geschichtsverständnis. Die dabei herausgestellten Hauptaspekte – Kampfprinzip; arisch-jüdischer Rassenantagonismus mit seinen dualistischen, universalistischen und endzeitlichen Implikationen; Zukunftsbezug und „epochales“ Gegenwartsbewußtsein; „nationaler Sozialismus“ als Signatur des Epochenumbruchs – gehörten zu den statischen Größen im Denken Hitlers und blieben – kleinere, zumeist taktisch motivierte Akzentverlagerungen ungerechnet<sup>50</sup> – von den sich wandelnden politischen Situationen und Machtkonstellationen im wesentlichen unbeeinflusst. Dies galt so nicht unbedingt auch für Hitlers Einschätzung konkreter Phänomene der Geschichte – also einzelner historischer Epochen, Ereignisse und Gestalten, so wie er sie sich in seiner krausen Phantasie zurechtlegte. Auch sie stimulierten und präformierten seine politische Weltansicht, auch sie dienten der legitimierenden Absicherung eigener Herrschaftsansprüche in Gegenwart und Zukunft. Aber stärker als seine relativ konstanten geschichts-„theoretischen“ Positionen unterlag sein „pragmatischer“ Blick auf die Historie gewissen Modifikationen, die sich im Gefolge veränderter politischer Möglichkeiten nach 1923, nach 1933 und dann wieder nach 1939/41 jeweils neu ergaben.

<sup>49</sup> Ders., *Mein Kampf*, S. 438, 445f., 448, 492f., 732; ders., *Zweites Buch*, S. 130.

<sup>50</sup> So wurde etwa die geschichts-„theoretisch“ argumentierende Lehre vom bevorstehenden Untergang des Bürgertums aus naheliegenden Gründen öffentlich nur bis zum Jahre 1930, also in der Zeit vor der parteitaktisch gebotenen Rücksichtnahme auf bürgerliche Wählerinteressen vorgetragen.

## II.

Hitler hat nicht allen historischen Zeitabschnitten und Geschehensregionen den gleichen „Wert“ und eine dementsprechende Leitbildfunktion für die Gestaltung der vom Nationalsozialismus vermeintlich herbeigeführten weltgeschichtlichen Epochenwende beigemessen. Anders als Rosenberg, der sich in einer aufwendig präsentierten Synopse extensiv um die Deutung fremder und ferner Kulturkreise bemüht hat<sup>51</sup>, waren Hitlers diesbezügliche Interessen niemals ernsthaft auf Epochen der außereuropäischen Kultur- und Menschheitsentwicklung gerichtet, obgleich er für die von ihm dem Geschichtsprozeß unterstellten Gesetzmäßigkeiten globalen Rang und universale Geltung beanspruchte. Sein Blickfeld blieb im wesentlichen auf zwei historische Geschehensräume beschränkt: auf den germanischen und den antiken Kulturkreis. Beide wurden von ihm in bestimmte historische Funktionszusammenhänge gebracht, deren Analyse und Interpretation – von der Forschung bisher erstaunlicherweise noch nicht zusammenhängend geleistet – die politische Leitbildfunktion geschichtlicher Phänomene in Hitlers Weltansicht exemplarisch zu erhellen vermag.

Entgegen weitverbreiteten Pauschalurteilen hat Hitler der Welt des Germanentums nur sehr geringe Sympathien entgegengebracht<sup>52</sup>. Im Unterschied zu Himmler, Rosenberg oder Darré nahm er auf die germanische Vorzeit nur selten Bezug. Wenn er sie überhaupt in bejahender Einstellung zitierte, so geschah dies keineswegs unter dem Gesichtspunkt retrospektiver Verklärung. Nicht als vorbildhafte geschichtliche Erscheinung, sondern allenfalls im Sinne einer Berufung auf überzeitliche, vom Germanentum angeblich mit besonderer Intensität verkörperte Tugenden, wie z. B. „Tapferkeit“, „Kampfesmut“ oder „Rassebewußtsein“, gestand Hitler der germanischen Welt eine begrenzte Leitbildfunktion zu. Ausdrücklich verworfen wurden von ihm dagegen alle Versuche völkischer Ideologen, die germanische Frühzeit zum idealisierten Bezugspunkt einer weltanschaulichen Haltung oder gar zum konkreten Vorbild aktueller staatlicher Planungen zu erheben. Wer glaubte, „die Nation wäre nur dann glücklich zu machen, wenn sie die Erfahrungen [...] einer zweitausendjährigen Geschichte vertilgt, um im vermeintlichen Bärenfell aufs neue ihre Wanderung anzutreten“<sup>53</sup>,

<sup>51</sup> Vgl. z. B. die höchst anfechtbaren Deutungen des indischen, islamischen oder ostasiatischen Kulturkreises, in: Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1933, S. 267f., 272, 389ff. (Indien), 264, 272, 651f., 670, 672 (Ostasien), 366ff. (Islam).

<sup>52</sup> Dies wird nicht deutlich bei Klaus von See, *Deutsche Germanen-Ideologie vom Humanismus bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1970; richtig hingegen, wenngleich ohne unmittelbaren Bezug auf Hitler, Jost Hermand, *Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1988, S. 227. Eine umfassende monographische Untersuchung zum Germanenkult bzw. zu dessen eingeschränkter Geltung im Dritten Reich fehlt. Eine Vorstudie bietet Volker Losemann, *Aspekte der nationalsozialistischen Germanenideologie*, in: Peter Kneissl/Volker Losemann (Hrsg.), *Alte Geschichte und Wissenschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Christ zum 65. Geburtstag*, Darmstadt 1988, S. 256–284.

<sup>53</sup> Hitler, *Reden 1932–1945*, S. 354.

wurde von ihm ebenso bewußt und gezielt der Lächerlichkeit preisgegeben wie die vor allem im Umfeld der SS verbreitete Germanenschwärmerei: „Wir sind Nationalsozialisten und haben mit der völkischen Idee nichts zu tun. [. . .] Überhaupt nichts zu tun [. . .] mit den alten völkischen bieder gemeinten Dingen, mit wallenden Bärten und Haupthaar. Wir haben alle die Haare kurz geschnitten.“<sup>54</sup> Dem entsprach es, wenn Hitler 1940 in der deutschen Besetzung Dänemarks und Norwegens eine rein machtpolitisch zu rechtfertigende Aktion erblickte und – anders als beispielsweise Rosenberg<sup>55</sup> – mit ihr keineswegs Planungen für eine weitausgreifende „großgermanische“ Politik verband<sup>56</sup>.

Unangemessen erschien Hitler der Bezug auf das Germanentum paradoxerweise aber auch dort, wo er es zur Begründung politischer Ansprüche ausdrücklich heranzog. Sein Fernziel eines „Germanischen Reiches deutscher Nation“ orientierte sich, wie noch zu zeigen sein wird, weitaus eher an den Zuständen der mittelalterlichen Kaiserzeit, in denen er eine erste, zeitgemäße Realisierung des germanischen Reichtraumes erblickte, als an den „germanischen“ Verhältnissen der Völkerwanderungs-epoche. Diesem Befund entsprach die auffällige Tatsache, daß Hitler eine Titulierung des Germanen als „Kulturschöpfer“ durchgängig vermied. Nicht der Germane, sondern der Arier gründe Staaten, entwickle geistige und künstlerische Energien, führe die Menschheit zu materiellem Fortschritt und zur Entfaltung ideeller Schöpferkräfte. Das Germanentum erschien in diesem Sinne nur als eine von vielen möglichen Ausprägungsformen „arischen“ Wesens und durchaus nicht als dessen Gipfelpunkt.

Man wird nicht fehl gehen, diese konsequente Bezugnahme auf die übergeordnete Einheit „Ariertum“ und die gleichzeitige Zurückstellung des Begriffs „Germanentum“ mit einem eminent politischen Anliegen in Verbindung zu bringen: dem Anspruch auf staatliche Zusammenfassung aller „arischen“ und eben nicht nur aller „germanischen“ Völker im Rahmen einer deutschen Weltherrschaft, bot sich damit doch die willkommene Möglichkeit, zahlreiche Völker und Regionen innerhalb wie außerhalb Europas dem Superioritätsanspruch des Reiches als *der* arischen Führungsmacht zuzuordnen und so globale Machtambitionen Deutschlands unter Hinweis auf vermeintlich vorhandene „gesamtarische“ Gemeinsamkeiten zu legitimieren. Die ideologischen Fundamente dafür hatte freilich nicht Hitler selbst, sondern Rosenberg gelegt, dessen Geschichts„theorie“ alle großen Hochkulturen der Welt auf Grund ihrer angeblich gemeinsamen „nordisch-arischen“ Herkunft<sup>57</sup> in eine Art

<sup>54</sup> Ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. I, S. 334, und Bd. II, S. 694; für den Zusammenhang noch immer wichtig Martin Broszat, Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: Deutsche Rundschau 84 (1958), S. 53–68.

<sup>55</sup> Vgl. Hans-Günther Seraphim (Hrsg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, Göttingen/Berlin/Frankfurt 1956, S. 93 ff.

<sup>56</sup> Dazu vorzüglich Hans-Dietrich Looock, Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: VfZ 8 (1960), bes. S. 55 ff., sowie ders., Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970, S. 158 ff.

<sup>57</sup> Vgl. Rosenberg, Der Mythos des 20. Jahrhunderts, S. 28 ff. („nordischer“ Ursprung Indiens), 32 ff. (Persiens), 34 ff. (Griechenlands), 54 (Roms), 112 ff., 213 (Rußlands); dazu die Bemerkungen von

universalgeschichtliche Verwandtschaftsbeziehung brachte und dem nationalsozialistischen Deutschland als der gleichsam aktuellen Inkarnation nordisch-arischer „Rassenwerte“ die Führungsrolle im weltgeschichtlichen Entwicklungsprozeß zusprach.

Ihren Zenit hatte die Schöpferkraft arischen Menschentums, Hitler zufolge, nicht bei den Germanen, sondern in der Antike erreicht. Sie war seine „Idealzeit“, ihr brachte er uneingeschränkte Wertschätzung und Bewunderung entgegen, ihre Leistungen auf kulturellem wie auf politischem Gebiet bildeten die unübertreffbaren Gipfelpunkte menschlicher Daseinsgestaltung, denen es nachzustreben und die es in gewandelter Form für die eigene Gegenwart fruchtbar zu machen galt. Die Schöpfungen der Antike erschienen dabei gerade im Vergleich zu den eher kümmerlichen und von einem niedrigen Daseinsstand kündenden Erzeugnissen der germanischen Frühzeit in hellem Licht, „antike Kultur“ und „germanische Unkultur“ wurden von Hitler vor allem im intimen Kreis seiner Tischgenossen immer wieder einander gegenübergestellt, und es besteht kein Zweifel, auf welcher Seite dabei seine Sympathien lagen: „In einer Zeit, wo die anderen schon Steinstraßen besaßen, hat unser Land Zeugnisse einer Kultur nicht aufzuweisen. [...] Die Germanen [...] waren nach 2000 Jahren noch Lackel.“<sup>58</sup> Kulturträger seien stets und ausschließlich die Mittelmeerländer gewesen. Erst in ihrem Einzugsbereich habe der Germane ein rudimentäres zivilisatorisches Gepräge zu erlangen vermocht, die Begegnung mit der griechisch-römischen Lebenswelt sei überhaupt Bedingung und Voraussetzung für die Entfaltung seines Geistes gewesen: „Unser Land war ein Sauland. [...] Wenn man uns nach unseren Vorfahren fragt, müssen wir immer auf die Griechen hinweisen. [...] Wer weiß, ob der Neandertaler nicht ein Affe war?“<sup>59</sup>

Hitlers Hochschätzung der Antike, mit der sich übrigens auch ein Plädoyer für deren verstärkte propagandistische Verwertung im schulischen Geschichtsunterricht verband<sup>60</sup>, setzte sich aus drei unterschiedlichen Motivkomplexen zusammen. Zunächst, und noch diesseits aller politischen Begründung, galten ihm Kunst und Kultur des antiken Griechenlands als höchstmögliche Manifestationsformen ästhetischer Schönheit schlechthin<sup>61</sup>. In konventionell klassizistischer Argumentationsführung erhob er Anmut und Würde, Heiterkeit und Unbeschwertheit, Harmonie und Vollkommenheit der griechisch-römischen Kunstanschauung und der sie tragenden Geisteshaltung zur vorbildhaften Norm<sup>62</sup>, der gegenüber die künstlerisch-religiöse Vorstellungswelt des Christentums als Abstieg, Auflösung und Verfall erschien<sup>63</sup>. Der

Arno Borst, *Der Turmbau von Babel. Geschichte der Meinungen über Ursprung und Vielfalt der Sprachen und Völker*, Bd. 3, Stuttgart 1961, S. 1856 ff.

<sup>58</sup> Hitler, *Tischgespräche*, S. 173.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 159.

<sup>60</sup> Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 470; ders., *Tischgespräche*, S. 478.

<sup>61</sup> Vgl. ders., *Reden 1932–1945*, S. 1699; ders., *Tischgespräche*, S. 166, 190.

<sup>62</sup> Vgl. ders., *Monologe*, S. 96 f., 180, 376.

<sup>63</sup> Vgl. ebenda, S. 41, 106 f., 370. Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M./Berlin 1969, S. 55, vermerkt in rückblickender Betrachtung Hitlers Einschätzung von Antike und Germanentum auf eine aus den Quellen so nicht unmittelbar abzuleitende Weise: „Hitler schätzte im klassizistischen

Parthenon-Tempel einerseits, verzerrte und ausgemergelte Christusgestalten in Kirchen und Klöstern andererseits<sup>64</sup> – auf diese banale Antithese reduzierte sich für Hitler das komplizierte, von wechselseitiger Durchdringung und Befruchtung geprägte Beziehungsgeflecht zwischen antiker und christlicher Ausdruckswelt.

Diese Apologie der antiken Kunstschönheit folgte den seit Mitte des 18. Jahrhunderts gängigen Mustern einer relativ unreflektierten Altertumsverehrung und fand in Hitlers Architekturideen vielfältigen Niederschlag<sup>65</sup>. Eine besondere Relevanz im Rahmen seines politischen Koordinatensystems besaß sie nicht – im Unterschied zu jenen beiden anderen Motiven, die Hitlers Lobpreis der Antike die eigentliche Brisanz verliehen und diese Epoche als Maßstab und Richtschnur nationalsozialistischen Wollens erscheinen ließen: dem Rassegedanken und der Weltreichsidee.

Die altgriechischen Städte hatten nach Hitlers Überzeugung eine planmäßige, auf den Prinzipien von „Blutsreinheit“, „Aufzucht“ und „Ausmerzungen“ basierende „Rassenpolitik“ betrieben, deren Mißachtung eine der wesentlichen Ursachen ihres Niedergangs gewesen sei<sup>66</sup>. Hitler konnte sich in dieser Auffassung relativ einig wissen mit den Ansichten einer wissenschaftlich keineswegs einflusslosen Gruppierung innerhalb der althistorischen Forschung, deren Hauptvertreter – Helmut Berve und Friedrich Schachermeyr – bereits in den zwanziger Jahren dezidiert „rassisch“ orientierte Deutungsversuche der griechischen bzw. römischen Geschichte vorgelegt hatten<sup>67</sup>. Darbietungen dieser Art verliehen den sporadisch geäußerten Bekundungen Hitlers die notwendige fachliche Basis. Ihren Vorgaben entsprechend, wenn auch ohne ausdrückliche Bezugnahme auf sie, erblickte Hitler in Sparta die mustergültige Verkörperung eines von „rassischen“ Gesichtspunkten geleiteten Gemeinwesens<sup>68</sup>. Rom hingegen wurde von ihm in erster Linie nicht einem „rassepolitischen“ Bezugsrahmen zugeordnet<sup>69</sup>, sondern als immer wieder herangezogenes Idealbild einer auf

---

Stil dessen überzeitlichen Charakter umso mehr, als er sogar glaubte, in dem dorischen Stamm einige Anknüpfungspunkte an seine (!) germanische Welt gefunden zu haben.“

<sup>64</sup> Vgl. Hitler, *Monologe*, S. 288.

<sup>65</sup> Dazu einschlägig Jochen Thies, *Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers*, Düsseldorf 1976, sowie Manfred Hinz, *Massenkult und Todessymbolik in der nationalsozialistischen Architektur*, Köln 1984.

<sup>66</sup> Vgl. Hitler, *Reden 1932–1945*, S. 765; ders., *Tischgespräche*, S. 171, 443.

<sup>67</sup> Dazu im einzelnen Volker Losemann, *Programme deutscher Althistoriker in der „Machtergreifungsphase“*, in: *Quaderni di storia* 11 (1980), S. 35–105, sowie Beat Näf, *Von Perikles zu Hitler? Die athenische Demokratie und die deutsche Althistorie bis 1945*, Frankfurt a. M. 1986.

<sup>68</sup> Vgl. Hitler, *Zweites Buch*, S. 56f.; zur Perzeption Spartas aus typisch nationalsozialistischer Sicht Johann von Leers, *Blut und Rasse in der Gesetzgebung. Ein Gang durch die Völkergeschichte*, München 1936, S. 22ff.; ferner O.-W. von Vacano, *Sparta. Der Lebenskampf einer nordischen Herrschicht*, Kempten 1940.

<sup>69</sup> Vgl. die sporadischen Erwähnungen in Hitler, *Tischgespräche*, S. 168, 443. Gleichwohl griff er gelegentlich auf die vor allem von Rosenberg propagierte und nicht nur im völkischen Lager geläufige Überzeugung zurück, daß die vom Christentum forcierte „Rassenvermischung“ für den Zusammenbruch des Römischen Reiches verantwortlich gewesen sei; vgl. ders., *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. II, S. 504.

Hegemonialherrschaft beruhenden Weltreichs-Gestaltung bemüht. Es bildete damit den politisch zweifellos wichtigsten Anknüpfungspunkt seiner Antike-„Rezeption“.

Keine andere Staatsschöpfung in der Geschichte ist von Hitler mit höherem Lob bedacht worden als die römische<sup>70</sup>. Sie war für ihn die Inkarnation dessen, was „arisches“ Menschentum unter Anspannung aller Kräfte auf politischem Gebiet überhaupt zu leisten vermochte. Dabei blieben Hitlers Vorstellungen von Art und Charakter römischer Gemeinschaftsbildung bzw. Herrschaftsorganisation vage und unbestimmt. Gemäß seines mehrfach erhobenen Postulats, „Geschichte in ihren Zusammenhängen“<sup>71</sup> und „in ganz großen Linien“<sup>72</sup> aufzufassen, vermied er jedes nähere Eingehen auf die ihm vermutlich auch gar nicht bekannten Einzelheiten der römischen Kaiser- und Reichsgeschichte und akzentuierte statt dessen immer wieder jenen Bezugspunkt, der für ihn im Rahmen seiner historischen Rückprojektion eigener politischer Absichten eindeutige Priorität besaß: den Anspruch auf Ausdehnung des zunächst eng begrenzten stadtrömischen Herrschaftsbereichs über nahezu sämtliche Regionen der damals bekannten Welt, welcher die primäre Antriebskraft römischer Staatsgesinnung gewesen sei<sup>73</sup> und den es durch die eigenen weltpolitischen Aktivitäten „in [den] Schatten zu stellen“<sup>74</sup> gelte. Mit einer prinzipiell gesamteuropäisch dimensionierten „Raumpolitik“<sup>75</sup>, die alle umliegenden Völker konsequent dem eigenen Einflußbereich zu inkorporieren suchte, um das so konsolidierte Herrschaftsgebiet „zum Kristallisationspunkt eines Weltreichs“<sup>76</sup> auszugestalten, habe das antike Rom alles das realisiert, was auch der nationalsozialistischen Staatsführung als letzter Zielpunkt ihrer Außenpolitik vorschwebte. Die vielfach diskutierten und nicht selten in ihrer Existenz angezweifelte Weltherrschaftsideen Hitlers<sup>77</sup> gewannen angesichts derart pointiert herausgestellter Vorbildhaftigkeit des Römischen Weltreichs eine im konkreten historischen Beispiel gespiegelte Realität, die sich freilich nur einer die

<sup>70</sup> Demgegenüber nahm das preußische Vorbild bei Hitler einen eher untergeordneten Rang ein. Es wurde im Kreis der führenden nationalsozialistischen Geschichtsideologen vor allem von Himmler und Goebbels zu aktivieren versucht. Vgl. zusammenfassend Eberhard Kessel, Adolf Hitler und der Verrat am Preußentum, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 46* (1961), S. 357–394; Manfred Schlenke, Das „preußische Beispiel“ in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus, in: *Ebenda, B 27* (1968), S. 15–23; Wolfgang Wippermann, Nationalsozialismus und Preußentum, in: *Ebenda, B 52* (1981), S. 13–22; neuerdings auch Hans Mommsen, Preußentum und Nationalsozialismus, in: Wolfgang Benz/Hans Buchheim/Hans Mommsen (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1993, S. 29–41.

<sup>71</sup> Hitler, *Tischgespräche*, S. 478.

<sup>72</sup> Ders., *Mein Kampf*, S. 470.

<sup>73</sup> Vgl. ders., *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, S. 226; ders., *Politisches Testament*, S. 122.

<sup>74</sup> Ders., *Monologe*, S. 101.

<sup>75</sup> Ders., *Zweites Buch*, S. 178.

<sup>76</sup> *Ebenda*, S. 129.

<sup>77</sup> Zur umfassenden und ausgewogenen Diskussion dieser noch immer strittigen Frage unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Forschungsmeinungen vgl. Dietrich Aigner, *Hitler und die Weltherrschaft*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Nationalsozialistische Außenpolitik*, Darmstadt 1978, S. 49–69; ferner Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*, München 1987, S. 189ff.

Filiationen des Hitlerschen Geschichtsbildes quellennah aufspürenden Betrachtungsweise offenbart.

Rom war die in ihrer Strahlkraft zwar unerreichte, jedoch keineswegs alleinige Ausprägungsform der Reichs- und Weltreichsidee. Neben dem „Prototyp“ des Römischen erschien ihm vor allem das Britische Weltreich als ein zu Stellungnahme und Kritik immer wieder herausforderndes Staatsgebilde, dessen geschichtlicher Entwicklung und gegenwärtigem Erscheinungsbild sich mit Blick auf seine eigenen Herrschaftsziele zwei beachtenswerte Lehrbeispiele entnehmen ließen: die jahrhundertlang systematisch betriebene politische Vorbereitung bzw. Flankierung der britischen Welthegeemonie einerseits sowie der Modellfall einer geglückten administrativen Absicherung des sukzessive erworbenen Territorialbesitzes andererseits.

Politisch verhinderte das Inselreich – so Hitler – seit den Zeiten Elisabeths I. den Aufstieg einer kontinentalen Großmacht zur Hegemonie<sup>78</sup>, indem es das Staatsgefüge Europas in labiler Balance erhielt und so die kontinentale Voraussetzung der transozeanischen Weltmachtstellung des eigenen Landes schuf<sup>79</sup>. Administrativ hingegen erblickte Hitler das angesichts der „Kleinheit des Mutterlandes“<sup>80</sup> umso unergründlichere Geheimnis des britischen Herrschaftserfolges in der von der Kolonialpolitik vermeintlich strikt eingehaltenen Vermeidung von „Bastardierung“ durch „Rassenmischung“ zwischen Eroberern und Unterworfenen. Die Tatsache, daß die britische Kolonialverwaltung der einheimischen Bevölkerung ein relativ hohes Maß an Selbständigkeit gewährte, galt ihm als eine mit dem Vorwand kultureller Traditionswahrung geschickt bemäntelte Vernachlässigung der Lebens-, Bildungs- und Aufstiegschancen der kolonialisierten Völker, die mit dem Ziel bequemerer Beherrschbarkeit und effektiverer Ausbeutung betrieben wurde<sup>81</sup>. Hitler vermengte hier die am Gedanken innerer Autonomie orientierte, in hohem Maße funktional bzw. situativ bedingte Herrschaftsmethode der – vor allem in Indien praktizierten – „Indirect Rule“<sup>82</sup> mit seinen eigenen, im Prinzipiellen und Dogmatischen wurzelnden, auf sy-

<sup>78</sup> Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 691, 695 f.; zur Perzeption des britischen Vorbildes durch Hitler zusammenfassend Josef Henke, *England in Hitlers politischem Kalkül 1935–1939*, Boppard am Rhein 1973, S. 20 ff.; Andreas Hillgruber, *England in Hitlers außenpolitischer Konzeption*, in: *HZ* 218 (1974), S. 65–84.

<sup>79</sup> Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 696; ders., *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, S. 1207. Dies war übrigens auch die These von Ludwig Dehio, *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*, Krefeld 1948, S. 226 ff.

<sup>80</sup> Hitler, *Monologe*, S. 333.

<sup>81</sup> Vgl. ebenda, S. 73 f., 193, 196, 320.

<sup>82</sup> Eine versteckte Anspielung Hitlers auf diese schon vor 1914 praktizierte und nach 1918 von Frederick D. Lugard theoretisch formulierte Methode britischer Kolonialverwaltung, welche die traditionellen einheimischen Eliten als Mittelsmänner und Teilhaber an der Kolonialherrschaft benutzte, findet sich in einer Rede aus dem Jahr 1928, in der Hitler lobend hervorhob, daß England „Indien ... seine Fürsten beläßt, seine eigene Vertretung, den ganzen parlamentarischen Zauber, damit das Volk durch diese Äußerlichkeiten eine gewisse Beschäftigung erhält, abgelenkt wird von der wirklichen Tatsache, daß der Engländer der ausschließliche Herr ist und der Inder der Sklave“; ders., *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. II, S. 843.

stematische Entmündigung, Unterdrückung und Ausbeutung „nichtarischer“ Völkerschaften abzielenden Zukunftsvorstellungen<sup>83</sup>. Insofern kam dem britischen Beispiel bei der Herausformung der von Hitler dem Ostraum zugedachten Verwaltungspraxis eine eminent wichtige Vorbildfunktion zu. Diese Vorbildfunktion ist freilich nicht etwa so zu verstehen, als ob Hitler hier an die bewußte Übernahme des Prinzips einer mißverstandenen und umgedeuteten „Indirect Rule“ gedacht hätte; seine Vorstellungen und Visionen über die zukünftige Gestaltung des Ostens zogen sich ja auch nicht als konstante gedankliche Linie durch alle Phasen seiner persönlichen und politischen Entwicklung von der „Kampfzeit“ bis 1945 hindurch, sondern waren in hohem Maße vom konkreten Geschichtsverlauf abhängig und sind infolgedessen erst nach der deutschen Okkupation der Sowjetunion eingehender bedacht und artikuliert worden<sup>84</sup>. Entscheidend war vielmehr, daß sein ebenso subjektiver wie selektiver Blick auf einen bestimmten Aspekt des im übrigen ja durchaus mehrdimensionalen Methodenarsenals britischer Kolonialherrschaft wesentlich dazu beitrug, die ohnehin nicht sehr hohe Hemmschwelle im Umgang mit anderen Völkern noch zusätzlich zu reduzieren und in den von den Briten in Übersee praktizierten Herrschaftstechniken gleichsam den Normalfall für den Umgang mit den europäischen Nachbarvölkern zu erblicken. So stellte Hitler auf dem Höhepunkt der deutschen Siegesillusionen während des Unternehmens „Barbarossa“ unmißverständlich fest: „Die Geburtsstätte des englischen Sendungsbewußtseins ist Indien. Vor 400 Jahren hatten die Engländer nichts davon. Die Riesenräume Indiens haben sie gezwungen, mit wenigen Menschen Millionen zu regieren. [...] Was für England Indien war, wird für uns der Ostraum sein.“<sup>85</sup> Und bezüglich der „Form“ derartiger Beherr-

<sup>83</sup> Hitlers Vorstellungen über die künftige Gestaltung des Ostens als jener Region, in der sich nicht nur die finale Auseinandersetzung zwischen arischem Menschentum und jüdischer bzw. slawischer „Gegenrasse“ vollzog, sondern von der auch die rassische Regeneration der germanisch-arischen Welt ihren Ausgang nehmen sollte, skizziert – auf noch geringer Quellenbasis – Gerald Reitlinger, *Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1962, S. 39ff.; vgl. ferner Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941*, Frankfurt a. M. 1965, S. 516ff.; sowie Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Königstein/Düsseldorf 2<sup>1981</sup>.

<sup>84</sup> Obgleich die generelle Fixiertheit seines Denkens und Handelns auf den Ostraum schon seit 1923 gegeben war – niedergelegt in der bekannten Sentenz vom „Stoppen“ des „ewigen Germanenzug[s] nach dem Süden und Westen“ und von der Notwendigkeit einer „Umleitung“ dieses Zuges „in Richtung auf das Land im Osten“ (Hitler, *Mein Kampf*, S. 742) –, fanden sich in Hitlers öffentlichen Bekundungen der zwanziger und dreißiger Jahre – außer einigen allgemeinen Anspielungen auf die vorbildhafte deutsche Kolonisation der „Ostmark“ im Mittelalter (vgl. ebenda, S. 75, 733), auf den zu erwartenden Zusammenbruch des „Riesenreich[s] im Osten“ (ebenda, S. 743) oder auf die Wünschbarkeit einer Erweiterung der deutschen Scholle im Rahmen einer aktiven „Ostpolitik“ (ebenda, S. 757) – kaum einschlägige Äußerungen zu Fragen und Problem des Ostens. Der Grund für diese Zurückhaltung dürfte vor allem in den Erfordernissen tagespolitischer Rücksichtnahme gegenüber der UdSSR wie auch gegenüber der politischen Öffentlichkeit ganz allgemein zu suchen sein. Mit Eröffnung des Ostfeldzugs 1941 entfielen derartige Sachzwänge.

<sup>85</sup> Ders., *Tischgespräche*, S. 143; zur Parallelisierung zwischen Britisch-Indien und den besetzten Ostgebieten als „unser Indien“ (ders., *Monologe*, S. 62) vgl. *Tischgespräche*, S. 48, 74, 361. Ein wei-



sung fiel in derselben Unterredung die bekannte Äußerung von den „wunderbare[n] Gebäulichkeiten“ und „Paläste[n]“ deutscher Siedlungs- und Regierungsstellen, von „schönen Dörfern, durch die besten Straßen verbunden. Was dann kommt, ist die andere Welt, in der wir die Russen leben lassen wollen, wie sie es wünschen. Nur, daß wir sie beherrschen. Im Falle einer Revolution brauchen wir dann nur ein paar Bomben zu werfen auf deren Städte, und die Sache ist erledigt. Einmal im Jahr wird dann ein Trupp Kirgisen durch die Reichshauptstadt geführt, um ihre Vorstellung mit der Gewalt und Größe ihrer steinernen Denkmale zu erfüllen.“<sup>86</sup>

Gemessen an der uneingeschränkten Hochschätzung des Römischen und an der von Bewunderung getragenen Beurteilung des Britischen Weltreichs waren Hitlers Stellungnahmen zur Reichsbildung der Deutschen im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit von auffallender Zurückhaltung geprägt. Galt das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ den meisten nationalsozialistischen Theoretikern als der zentrale Bezugspunkt ihrer im einzelnen erheblich voneinander abweichenden und mit der konkreten historischen Erscheinung nur in den seltensten Fällen übereinstimmenden „Reichsidee“<sup>87</sup>, so wurde das „Reich“ bei Hitler zwar mit manchen konventionell lobenden Attributen bedacht – „unsterblich“<sup>88</sup>, „gewaltig“<sup>89</sup>, „groß“<sup>90</sup>, „mächtig“<sup>91</sup>, „tausendjährig“<sup>92</sup> –, es blieb aber bei alledem ein höchst schemenhaftes, hinsichtlich seiner konkreten Inhalte und Leistungen nicht näher umschriebenes Gebilde. Das „Alte Reich“ erschien als mythisch überhöhte Großform geschichtlichen Lebens, als „wundervoller Zauber“<sup>93</sup>, der jedoch nur unbestimmte Reminiszenzen, aber keine „positiven“, d. h. unmittelbar auf die eigene Zeit und Zielsetzung übertragbare Anknüpfungspunkte zu bieten vermochte. Im Gegenteil: Dort, wo sich Hitler eingehender mit der konkreten Reichsgestalt auseinandersetzte, geschah dies fast immer mit Verweis auf ihre Fehler und Unzulänglichkeiten: auf die „Eigenbrödelei deutscher Fürsten“<sup>94</sup>, die durch ihre von dynastischen Interessen bestimmte Hausmachtspolitik

teres historisches Vorbild war für Hitler in dieser Hinsicht auch „die Verdrängung der amerikanischen Ureinwohner durch die Europäer“ (ebenda, S. 320).

<sup>86</sup> Ebenda, S. 143.

<sup>87</sup> Es existiert bisher noch keine befriedigende Gesamtdarstellung zum nationalsozialistischen Reichsgedanken. Die mißglückte Überblicksskizze von Lothar Kettenacker, *Der Mythos vom Reich*, in: Karl Heinz Bohrer (Hrsg.), *Mythos und Moderne. Begriff und Bild einer Rekonstruktion*, Frankfurt a. M. 1983, S. 261–289, verkennt völlig die Differenzen zwischen den äußerst vielgestaltigen Ausprägungsformen der konservativen bzw. katholisch-universalen Reichsidee einerseits und dem – in sich auch nicht einheitlichen – Reichsmythos des Nationalsozialismus andererseits. Gerade dadurch wird dessen singulärer Charakter nivellierend verharmlost. Zum Ganzen vgl. neuerdings Rolf Peter Sieferle, *Die Konservative Revolution und das „Dritte Reich“*, in: Dietrich Harth/Jan Assmann (Hrsg.), *Revolution und Mythos*, Frankfurt a. M. 1992, S. 178–205.

<sup>88</sup> Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, S. 1231.

<sup>89</sup> Ders., *Reden 1932–1945*, S. 905.

<sup>90</sup> Ders., *Tischgespräche*, S. 174.

<sup>91</sup> Ders., *Reden 1932–1945*, S. 889.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 1151, 1182.

<sup>93</sup> Ders., *Mein Kampf*, S. 11.

<sup>94</sup> Ders., *Monologe*, S. 305.

der territorialen Zersplitterung des Reiches skrupellos Vorschub leisteten<sup>95</sup>; auf die damit einhergehende chronische Schwäche der Reichszentralgewalt und des Kaisertums als den legitimen „Träger[n] des deutschen Einheitsgedankens“<sup>96</sup>; auf die mangelnde Konsequenz einer klar umrissenen Italien- oder einer bewusst forcierten Ostpolitik<sup>97</sup>.

So überrascht es nicht, wenn Hitler gemäß seiner Fixiertheit auf das antike Vorbild die gesamte deutsche Kaisergeschichte des Mittelalters als einen bloßen „Abglanz alt-römischer Staatenbildungen“<sup>98</sup> wertete und im „Reich“ lediglich eine minder bedeutende Nachfolgeorganisation der römischen Weltmächtschöpfung erblickte. Man wird eine solche Sichtweise sicherlich nicht als direkte Wiederaufnahme des traditionsreichen Gedankens einer „translatio imperii“ interpretieren können, wie sie etwa, in bewußter Anknüpfung an das mittelalterlich-christliche Vorbild, im Umfeld der reichskatholischen Bewegung der dreißiger Jahre erfolgt ist<sup>99</sup>. Gleichwohl war Hitler – wenn nicht namentlich, so doch jedenfalls der Sache nach – entschieden darum bemüht, einen eindeutigen Kontinuitätszusammenhang zwischen Römischem und „Heiligem Deutschen Reich“ herzustellen, um angesichts der klar empfundenen Inferiorität des letzteren das mittelalterliche deutsche Reich als eine vom Licht des antiken Rom gleichsam aufgehellte Schöpfung erscheinen zu lassen – und es damit zumindest partiell aufzuwerten. Ein solches Verfahren diene – was von der Forschung bisher erstaunlicherweise übersehen worden ist – primär der Rechtfertigung gesamteuropäischer Herrschafts- und Hegemonialansprüche des Nationalsozialismus gegenüber dem italienischen Faschismus, der den Rom-Mythos ebenfalls instrumentalisierte. Durch Betonung der kulturellen, historischen und „blutmäßigen“ Zu-

<sup>95</sup> Vgl. ders., Tischgespräche, S. 289, 429, 440.

<sup>96</sup> Ebenda, S. 289; vgl. auch S. 412, 478.

<sup>97</sup> Die Kritik an den Italienzügen der deutschen Kaiser im Mittelalter, die durch ihren Ausgriff nach Süden zum Spielball außerdeutscher Gewalten wurden und die Macht im Innern des Reiches zunehmend an eigensüchtige Territorialfürsten verloren, wurde im Kreis der nationalsozialistischen Geschichtsideologen vor allem von Darré, *Um Blut und Boden*, S. 163 ff., vorgetragen und dann später von Himmler als Hauptargument zur „historischen“ Rechtfertigung der deutschen Ost-Expansion verwendet: Statt die germanischen Volkskräfte jenseits der Alpen zu zersplittern, hätte eine „bodenbewußte“ Politik dafür Sorge tragen müssen, sie im Dienste der Raumgewinnung im Osten zu bündeln; vgl. dazu Gerd Althoff, *Die Beurteilung der mittelalterlichen Ostpolitik als Paradigma für zeitgebundene Geschichtsbewertung*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Deutschen und ihr Mittelalter. Themen und Funktionen moderner Geschichtsbilder vom Mittelalter*, Darmstadt 1992, S. 147–164, 210–217.

<sup>98</sup> Hitler, Tischgespräche, S. 231; vgl. auch S. 174, 228.

<sup>99</sup> Protagonisten dieser in strikter Gegnerschaft zum Nationalsozialismus vorgetragenen Reichsmystik waren, neben konservativen Publizisten, vor allem katholische Schriftsteller wie z. B. Werner Bergengruen, Gertrud von le Fort oder Reinhold Schneider; vgl. dazu Klaus Breunig, *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934)*, München 1969, bes. S. 55 ff., 114 ff., 238 ff.; aus zeitgenössischer katholischer Sicht Alois Dempf, *Das Dritte Reich. Schicksale einer Idee*, in: *Hochland* 29 (1931/32), S. 36–48, 158–172; zur „Translatio“-Idee und deren Nachwirkungen Werner Goetz, *Translatio Imperii. Ein Beitrag zur Geschichte des Geschichtsdenkens und der politischen Theorien im Mittelalter*, Tübingen 1958.

sammengehörigkeit<sup>100</sup> von „Römern“ und „Germanen“ suchte Hitler außerdem die aktuelle politische Allianz mit Mussolini gleichsam nach vorne, d. h. in die Geschichte hinein zu verlängern, um so Konkurrenzempfindungen zwischen deutscher und italienischer, nationalsozialistischer und faschistischer „Reichsidee“ mit dem Hinweis auf deren gemeinsame geschichtliche Verwurzelung präventiv zu harmonisieren bzw. zu neutralisieren.

Bot bereits das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ für Hitler nur geringen Anlaß zu einer positiven Würdigung der in ihm angelegten Entwicklungsmöglichkeiten, so erschien das zweite deutsche Kaiserreich von 1871 in einem vollends fragwürdigen Licht. Das einzige positive Merkmal bestand in Hitlers Augen in der Tatsache seiner Begründung, durch welche die seit dem Westfälischen Frieden vorherrschende politische Ohnmacht, Zersplitterung und Zerrissenheit Deutschlands beseitigt und dessen äußere staatliche Einheit hergestellt worden sei<sup>101</sup>. Gegenüber allen anderen ihm gestellten Aufgaben habe das Bismarck-Reich jedoch restlos versagt. Weder habe es die Einheit zu innerer Einigkeit im Sinne eines sozial geschlossenen, die Klassenspaltung überwindenden Volkskörpers auszubauen<sup>102</sup>, noch dem wachsenden Verfall des sittlich-moralischen bzw. geistig-kulturellen Lebens durch aktive Einwirkung des Staates Einhalt zu gebieten<sup>103</sup>, noch gar die außenpolitischen Aktivitäten nach 1890 auf klare und eindeutig fixierte Expansionsziele hin zu bündeln vermocht<sup>104</sup>. Die Geschichte des kaiserlichen Deutschlands erschien so als eine ununterbrochene Abfolge versäumter Gelegenheiten, falscher Entscheidungen und fehlerhaften staatsmännischen Kalküls, dem gegenüber das Projekt des Dritten Reiches in umso strahlenderer Perspektive aufzuleuchten vermochte.

Hierin aber, d. h. in einer durch „negative“ Vergangenheitsbetrachtung flankierend abgesicherten Aufwertung der Gegenwart, lag letztlich wohl auch die eigentliche Ursache für die von Hitler so konsequent betriebene Herabminderung sowohl des ersten als auch des zweiten deutschen Kaiserreichs: Beide dienten als Gegen-Bilder, die in ihrer bewußt pejorativ gefärbten Grundierung vor den präzedenzlosen Leistungen der nationalsozialistischen Politik zu einem profillosen Schemen verblaßten. Versprach doch diese Politik gerade all das einzulösen, was beide Reiche auf deutschem Boden schuldig geblieben waren und worauf sich Hitlers bereits erörterter Anspruch, eine weltgeschichtliche Epochenwende fundamentalsten Ausmaßes herbeigeführt zu haben, im wesentlichen stützte: Die Verwirklichung einer „echten“ Nationaleinheit durch sozialen Ausgleich im Innern sowie die Geltendmachung territorialer Vorherrschaftsansprüche im europäischen Raum durch aktive Expansion des deutschen Macht- und Einflußbereichs nach außen. Der vermeintlichen Singula-

<sup>100</sup> Vgl. Hitler, Reden 1932–1945, S. 860f., 1061f.; ders., Monologe, S. 98, 246.

<sup>101</sup> Vgl. ders., Zweites Buch, S. 83.

<sup>102</sup> Vgl. ders., Mein Kampf, S. 255f.

<sup>103</sup> Vgl. ebenda, S. 252, 282f., 359ff.

<sup>104</sup> Vgl. ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. I, S. 187f.; ders., Zweites Buch, S. 94f., 98, 103, 169ff., 184f., 204, 211; zum Ganzen jetzt ausführlich Syring, Hitler, S. 57–78.

rität dieser „Leistungen“ trug dann im übrigen auch die Terminologie des Regimes Rechnung. Am 13. Juni 1939, kurz nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Prag und der Okkupation Böhmens und Mährens, untersagte Hitler ausdrücklich die offizielle Weiterverwendung des Begriffs Drittes Reich seitens staatlicher Institutionen und parteiamtlicher Organisationen<sup>105</sup>, um so jede – seiner Ansicht nach – unangemessene Bezugnahme auf Vorläufer kategorisch auszuschließen.

### III.

Der eingehendere Blick auf Hitlers Umgang mit dem vielfältigen Assoziationskomplex „Reichsidee“ hat einen durchgängig zu vermerkenden Sachverhalt ans Licht gebracht, den man, der Paradoxie des von ihm bezeichneten Tatbestandes entsprechend, als Hitlers *ungeschichtlichen Geschichtsbezug* bezeichnen könnte. Eine – hier nicht mehr im einzelnen zu leistende – Analyse seiner wechselnden Berufungen und Bezugnahmen auf historische Persönlichkeiten würde zu einem ähnlichen Befund führen und den Charakter dieses „ungeschichtlichen“ Verhältnisses zur Geschichte noch präziser zu Tage fördern. Denn auch bei den von ihm namentlich herausgestellten „Vorbildern“ handelte es sich – von wenigen Ausnahmen wie z. B. Friedrich dem Großen<sup>106</sup> abgesehen – in erster Linie nicht um konkrete Gestalten, sondern zumeist um eher anonyme Symbolträger deutscher Macht wie z. B. Herzöge, Könige, Kaiser, Feldherrn<sup>107</sup> oder, noch unspezifischer, um die „großen Männer unserer Geschichte“<sup>108</sup>, welche er der Erwähnung würdig befand und derer er in zumeist stereotypen Wendungen gedachte. Es scheint auch hier, als wollte er durch eine derart sparsame Berücksichtigung unmittelbarer „Vorläufer“ die Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit der eigenen Erscheinung in umso glanzvollerem Licht erstrahlen lassen. Hitlers immer erneut hervortretende Neigung, in der Historie – wie in allen Bereichen der ihn umgebenden Außenwelt – eine bloße Rückprojektion seines eigenen weltanschaulichen Gestaltungswillens bzw. eine Art Vergrößerungsspiegel für das von ihm selbst veranstaltete welthistorische Szenarium zu erblicken, kann denn auch als Grundkonstante seiner Einstellung zur Vergangenheit, ja als Fixpunkt seines Verhältnisses zur Geschichte überhaupt gelten. Bei seinen wechselnden Assoziationen ging es so niemals um „die“ Geschichte als ein anhand von Daten, Ereignissen oder Sinnzusammenhängen rekonstruiertes Bild vergangenen Geschehens, sondern um ein entsprechend der „großen Entwicklungslinien“<sup>109</sup> von einer „höheren Warte aus“<sup>110</sup>

<sup>105</sup> Vgl. Runderlaß der Reichskanzlei vom 13. Juni 1939, in: Verfügungen, Anordnungen, Bekanntgaben, hrsg. von der Partei-Kanzlei, Bd. I, München o. J. [1942], S. 206.

<sup>106</sup> Vgl. Hitler, Reden 1932–1945, S. 2172; ders., Monologe, S. 365.

<sup>107</sup> Vgl. ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, S. 506; ders., Reden 1932–1945, S. 353, 1067.

<sup>108</sup> Ebenda, S. 1426; ders., Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. II, S. 401, 567; für den Zusammenhang vgl. Tallgren, Hitler und die Helden, S. 47–62.

<sup>109</sup> Hitler, Mein Kampf, S. 467.

<sup>110</sup> Ders., Reden 1932–1945, S. 906.

zurechtgemachtes pseudohistorisches Konstrukt, das den Betrachter in der geschichtlichen Tatsachenwelt stets nur jene ideologisch vorgeformten Entwicklungsgesetzlichkeiten und Sinnzusammenhänge wiederfinden ließ, die er selbst in sie hineingelegt hatte. „Geschichte“ vermittelte von vorneherein die der eigenen Wunsch- und Vorstellungswelt adäquaten „Lehren“, deren Verkünder dann auch den vermessenen Anspruch erheben konnte, über eine „klare Erkenntnis des voraussichtlichen Ablaufs der geschichtlichen Ereignisse“<sup>111</sup> in der Zukunft zu verfügen.

Man wird nicht fehl gehen, wenn man in diesem strikt instrumentalen, subjektiv-zweckbezogenen Verhältnis zur Vergangenheit das charakteristische Strukturmerkmal nicht nur der Hitlerschen Variante, sondern sämtlicher Ausprägungsformen nationalsozialistischer Geschichtsauffassung erblickt, welches sie – jenseits aller individuellen inhaltlichen Unterschiede – eng miteinander verband. Historische Personen, Institutionen und Geschehenszusammenhänge wurden zwar immer wieder ausdrücklich in den eigenen Argumentationshorizont einbezogen, jedoch weder im Sinne eines echten Interesses an der Vergangenheit noch unter dem Gesichtspunkt der in ihnen möglicherweise enthaltenen lehrhaften, exemplarisch oder anthropologisch bedeutsamen Aspekte verarbeitet, sondern zu einem Steinbruch beliebig verwertbarer Geschichtsspolien degradiert, die dann – je nach aktueller Bedarfslage – als positive oder negative Bezugsgrößen ihre Verwendung fanden.

Dabei waren es teilweise durchaus verschiedenartige, mit den entsprechenden Präferenzen Hitlers keineswegs nahtlos übereinstimmende „Vorbilder“, derer sich die jeweiligen nationalsozialistischen Geschichtsideologen zur rechtfertigenden Unterstützung aktueller politischer Nah- bzw. Fernziele bedienten<sup>112</sup>. Himmler etwa wies all jenen Strömungen der deutschen Geschichte Vorbild- bzw. Vorläuferfunktionen zu, welche in seinen Augen eine Kontinuitätslinie „germanischer“ Lebensäußerungen über die Jahrhunderte hinweg bekundeten – von Arminius und Heinrich I. über die kirchenkritischen Bewegungen des Hoch- und Spätmittelalters bis zu Götz von Berlichingen und Friedrich dem Großen. Letzterer wurde auch von Goebbels im Sinne einer Akzentuierung exemplarischer „Tugenden“ – Durchhaltewille und Standhaftigkeit in Krisenzeiten – zur Leitfigur erhoben; Preußen selbst galt dem Reichspropagandaminister hingegen nicht, wie Himmler, als Verkörperung einer „germanischen“, sondern einer beispielhaft „sozialistischen“ Haltung, die dem eigenen, nationalsozialistischen Willen entsprechen sollte. Für Rosenberg wiederum reduzierte sich der gesamte abendländische Geschichtsverlauf auf die Antithese „Rom oder Germanentum“, d. h. auf die kämpferische Auseinandersetzung zwischen dem universalen Machtstreben des römisch-katholischen Christentums und dem „nationalen“ Selbstbehauptungswillen der germanisch-nordischen Glaubenswelt, wobei

<sup>111</sup> Ebenda, S. 1421.

<sup>112</sup> Der Herausarbeitung dieser unterschiedlichen Ausprägungsformen nationalsozialistischer Geschichtsideologien widmet sich die Erlanger Habilitationsschrift des Verfassers, „Utopie als Ideologie. Geschichtsverständnis und geschichtliches Denken im Nationalsozialismus“, deren Buchveröffentlichung für 1997 geplant ist.

dem Nationalsozialismus der Rang einer letzten und entscheidenden Manifestationsform dieser „germanischen“ Gegenwart zugesprochen wurde. Die Berufung auf „germanische“ Vorbilder war schließlich auch für Darré die Ausgangsbasis einer erstrebten und propagierten „rassischen Erneuerung“ Deutschlands; nur daß sich bei ihm die als Vorbild angesehene „germanische“ Wertewelt gänzlich von der objektiven Lebenswirklichkeit vergangener Zeiten gelöst hatte. „Germanentum“ wurde hier zur bloßen Chiffre für eigene Weltanschauungsinhalte, war eine Projektion bzw. Rückspiegelung subjektiver Vorgaben des eigenen Denkens, das sich „seine“ historische „Wirklichkeit“ selbst konstruierte und dieses Konstrukt dann als Fundus bzw. als Arsenal vorbildhafter „Idealzeiten“ zu nutzen wußte.

In allen diesen Sichtweisen rannen die einzelnen Geschichtsepochen zu einer durch ihre gemeinsame Ausrichtung auf Zwecke und Interessen der Gegenwart weitestgehend nivellierten Einheit zusammen. Sie erhielten den Charakter austauschbarer, ihres Eigenwertes entkleideter Versatzstücke, die nicht mehr „an sich“ galten, sondern Rang und Bedeutung allein in Relation zum Nationalsozialismus gewannen. Hinter dessen vermeintlicher Geschichtsbezogenheit verbarg sich so in Wahrheit eine zutiefst anti-historische, ja im Grunde geschichtsfeindliche Einstellung, die alles vergangene Geschehen der totalen Verfügbarkeit im Dienst der nationalsozialistischen „Idee“ unterwarf und der es am Ende immer nur um die Rechtfertigung eigener politischer Absichten und Zielvorgaben ging. „Geschichte“ erschien damit als Instanz zur Legitimation von Herrschaft, als Mittel zu ihrer Absicherung und als Instrument zu ihrer Stabilisierung. Als eine spezifische Extremform interessenbezogener Gegenwartsgestaltung ist diese Art von „Geschichts“deutung, zumindest formal, mit jenen Gepflogenheiten vergleichbar, derer sich die SED-Diktatur nach 1945 unter der Bezeichnung „Erbe-Aneignung“ zur politischen Indiennahme und Verfremdung der Historie bediente. Die Unbedingtheit, mit der dies in beiden totalitären Weltanschauungsstaaten geschah, die Intensität und die Qualität ihres dabei über alle legitimen Formen gegenwartsbezogener Geschichtsbetrachtung weit hinausgehenden Zugriffs auf „Vergangenheit“ böte Anlaß genug für eine vergleichende Betrachtung. Dies aber wäre Gegenstand einer anderen Untersuchung.

HORST MÜHLEISEN

## DAS TESTAMENT HINDENBURGS VOM 11. MAI 1934

### I.

Im Frühjahr 1934 zeigten sich beim Reichspräsidenten Paul von Beneckendorff und Hindenburg, der im siebenundachtzigsten Lebensjahre stand, die ersten Anzeichen jener Krankheit, die am 2. August desselben Jahres zu seinem Tode führen sollte. Edgar J. Jung, Mitarbeiter Franz von Papens, des „Stellvertreters des Reichskanzlers“, drängte deshalb Anfang März 1934 den Vizekanzler, festzustellen, ob Hindenburg beabsichtige, ein Testament oder einen letzten Willen zu hinterlassen. Jung meinte, das Staatsoberhaupt müsse dafür gewonnen werden, sich für die Wiedereinführung der Monarchie auszusprechen; dadurch solle verhindert werden, daß zusätzlich zum Amt des Reichskanzlers auch das des Reichspräsidenten der NSDAP zufalle. Papeu erwiderte, er werde erst dann an Hindenburg herantreten, wenn Hitler ihm mitgeteilt habe, wie er sich die Nachfolge des Reichspräsidenten vorstelle.

Diese Initiative scheint nicht die einzige gewesen zu sein. Staatssekretär Otto Meissner, der Leiter des „Büros des Reichspräsidenten“, berichtet, daß Hindenburg ihm schon Anfang 1934 erzählt habe, er werde von verschiedenen Seiten gedrängt, eine politische Willensäußerung zu hinterlassen, habe aber keine Neigung dazu. Was er dem deutschen Volke zu sagen habe, sei in den Schlußworten seines nach dem Ersten Weltkriege erschienenen Buches „Aus meinem Leben“ niedergelegt. Dieser Auffassung hatte Meissner zugestimmt.

Am 8. März 1934 fand das Gespräch zwischen Papeu und Hitler statt<sup>1</sup>. Der Vizekanzler erörterte mit dem Reichskanzler die Frage der Nachfolge des Staatsoberhauptes und schlug vor, das Amt des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers auch künftig getrennt zu belassen. Papeu legte, seinem Bericht zufolge, dar, wie schwierig es für Hitler sein müsse, die Leitung der NS-Bewegung in andere Hände zu legen, falls er selbst die Absicht habe, Hindenburgs Nachfolger zu werden. Denn in einem solchen Falle müsse er als objektives und unparteiisches Staatsoberhaupt über allen politischen Richtungen stehen. Er, Papeu, sei zu dem Schluß gelangt,

<sup>1</sup> Die stenographische Notiz des Grafen Hans Reinhard von Kageneck in seinem Taschenkalender lautet am 8. 3. 1934: „Chef [Papeu] in RK [Reichskanzlei] u. [nd] H. [Hitler] wg [wegen] Nachf. [olger]“ (schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989).

Maschinenschriftliche Aufzeichnung Graf Kagenecks, Schloß Munzingen bei Freiburg i. Br., „Das Testament Hindenburgs“ [vom 6. 9. 1989] und mündliche Mitteilungen am 29. 7. 1989.

daß es Hitler nicht zuzumuten sei, sein Werk einem anderen anzuvertrauen, und es bliebe daher nur die Lösung, die konstitutionelle Monarchie wieder einzuführen.

„Fast war ich erstaunt, wie schnell mein Vorschlag eine positive Reaktion fand“, schreibt Papen, und das hätte ihm in der Tat zu denken geben müssen. Der Reichskanzler sei „voll des Lobes [gewesen] über das Werk einiger hervorragender preussischer Könige“ wie beispielsweise Friedrich Wilhelms I., den er als einen „der vorzüglichsten Administratoren unserer Geschichte“ rühmte<sup>2</sup>. Hitler habe angeregt, um zur Monarchie zurückzukehren, müsse man dem deutschen Volke das Leben solcher Herrscherpersönlichkeiten wieder näherbringen. Er sei von dem Gedanken so beeindruckt gewesen, daß er sogleich Anweisungen erteilt habe, das Leben dieses Preußenkönigs verfilmen zu lassen.

Hitler zeigte sich also im Gespräch mit Papen einer Restauration der monarchischen Staatsform „zwecks Stabilisierung seines großen Werkes“<sup>3</sup> nicht abgeneigt, machte aber, gemäß seiner Methode, immer einen Vorbehalt zu nennen, sofort geltend, die innere Situation des Reiches müsse erst konsolidiert werden und die Bestimmungen des Vertrages von Versailles, die die Souveränität beschränkten, müßten erst beseitigt sein, bevor ein Monarch hoffen könne, seine Stellung zu festigen. Hitler erhob auch keine grundsätzlichen Einwände gegen das Haus Hohenzollern, fand es indes schwierig für einen zukünftigen Kaiser, nicht mehr zugleich König von Preußen sein zu können, und betonte, daß er die Restauration der Länderdynastien ablehne. Auch müsse Deutschland vor Einführung der Monarchie auf wirtschaftlichem Gebiet erst wieder gesunden<sup>4</sup>. Nach diesen Ausführungen nannte der Reichskanzler Namen: Gegen den Kronprinzen Wilhelm äußerte er Bedenken, auch dessen Bruder, Prinz August Wilhelm, der vierte Sohn des Kaisers, war nach Hitlers Bekundungen nicht geeignet, obgleich dieser ein überzeugtes Parteimitglied war und keine Gelegenheit versäumte, sich in SA-Uniform zu zeigen. Papen und Hitler wurden sich am 8. März aber immerhin darin einig, einen Thronanwärter unter den Söhnen des Kronprinzen zu suchen. Papen schlug den Prinzen Louis Ferdinand, den zweitältesten, vor, dessen bisheriger Lebensweg ihn beeindruckte, und schließlich verständigten sich der Reichskanzler und sein Vizekanzler darauf, Louis Ferdinand in den Dienst der Reichskanzlei zu nehmen und den Prinzen auf seine Aufgabe vorzubereiten.

Hitler dachte freilich nie ernsthaft an eine Restauration der konstitutionellen Monarchie in Deutschland, sein wohlwollendes, geradezu demonstratives Interesse war nur vorgetäuscht. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang seine Äußerung vom März 1927, in der er über die monarchische Staatsform sagte, sie sei „nur äußere

<sup>2</sup> Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 369. Vgl. auch Fritz Günther von Tschirschky, *Erinnerungen eines Hochverrätters*, Stuttgart 1972, S. 148.

<sup>3</sup> So Kageneck (wörtliches Zitat Papens) in seiner maschinenschriftlichen Aufzeichnung [vom 6. 9. 1989].

<sup>4</sup> Auch für die folgenden Ausführungen vgl. Amtsgericht München, Registratur S, Spruchkammerakten Franz von Papen, Bd. 3, Berufungsverhandlung gegen Papen am 18. 1. 1949 in Nürnberg, 1. Verhandlungstag, S. 27.



Form“. Und: „Der Inhalt all dieser Formen ist unser Volk.“ Seine Zuhörer sollten nicht glauben, „daß eine Monarchie etwas Schöneres ist als eine Republik, wenn sie von zerlumpten, kranken, ungesunden Gestalten bevölkert wird. Der Inhalt ist das Wertvollste. Die Form ist das Wandelbare.“<sup>5</sup> In Gesprächen mit führenden Vertretern des Adels, so mit Friedrich von Berg, dem vorletzten Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers und Königs von Preußen, im Frühjahr oder Herbst 1933 lehnte Hitler die Monarchie für Deutschland zwar nicht „absolut“ ab, betonte aber: Solange er lebe, sei an eine Wiedereinführung nicht zu denken, weil das Volk nur ihn, Hitler, und niemand anderen haben wolle. Dies waren taktische Erwägungen, um die konservativ-monarchistische Bewegung, die in den zwanziger und dreißiger Jahren eine beträchtliche Anhängerschaft hatte, für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Dieselben Gedankengänge äußerte er im Frühjahr 1934 gegenüber Generalmajor a. D. Wilhelm von Dommès, dem Generalbevollmächtigten des preußischen Königshauses<sup>6</sup>.

Zwischen diesen beiden Äußerungen sprach sich Hitler, soweit bekannt, zweimal dezidiert gegen die Monarchie aus. Dies war am 23. März 1933 der Fall, als er in seiner Regierungserklärung zum „Ermächtigungsgesetz“ sagte: „Sie [die Regierung] sieht daher die Frage einer monarchistischen Restauration schon aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zustände zur Zeit als indiskutabel an.“ Am 30. Januar 1934 betonte er: „Bei aller Würdigung der Werte der Monarchie, bei aller Ehrerbietung vor den wirklich großen Kaisern und Königen unserer deutschen Geschichte, steht die Frage der endgültigen Gestaltung der Staatsform des Deutschen Reiches heute außer jeder Diskussion. Wie immer aber auch die Nation und ihre Führer dereinst die Entscheidung treffen mögen, eines sollen sie nie vergessen: Wer Deutschlands letzte Spitze verkörpert, erhält seine Berufung durch das deutsche Volk und ist ihm ausschließlich verpflichtet!“ Danach sprach Hitler den Schlußsatz: „Ich selbst fühle mich nur als Beauftragter der Nation zur Durchführung jener Reformen, die es ihm einst ermöglichen werden, die letzte Entscheidung über die endgültige Verfassung des Reiches zu treffen.“<sup>7</sup>

Diese Aussage war ein weiteres Signal, mit dem Hitler seinen Anspruch anmeldete, Hindenburgs Nachfolger zu werden. Bereits im September 1933 hatte er geplant, beim Tode des Reichspräsidenten dessen Amt mit dem des Kanzlers zu vereinigen und sich als „Reichsführer“ auszurufen. Ähnlich hatte er sich gegenüber Dommès geäußert, der am 25. Oktober 1933 bei ihm gewesen war, um mit ihm über die mögliche Rückkehr von Kaiser Wilhelm II. nach Deutschland zu sprechen. Über diese Un-

<sup>5</sup> Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II/1, hrsg. und kommentiert von Bärbel Dusik, München 1992, S. 176 f.

<sup>6</sup> Friedrich v. Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918. Erinnerungen aus seinem Nachlaß, hrsg. von Werner Conze/Erich Matthias, bearb. von Heinrich Potthoff, Düsseldorf 1971, S. 72, Anm. 67. Zu Dommès vgl. Sigurd von Ilsemann, Der Kaiser in Holland. Monarchie und Nationalsozialismus 1924–1941. Aufzeichnungen des letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II., Bd. 2, hrsg. von Harald von Königswald, München 1968, S. 258.

<sup>7</sup> Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. I, 1. Halbband 1932–1934, Wiesbaden 1973, S. 232, 353.

terredung hat der Generalbevollmächtigte des preußischen Königshauses am selben Tage einen Bericht geschrieben und diesen dem einstigen Monarchen zugeleitet. Darin verdient die letzte Ziffer besondere Aufmerksamkeit: „Bei Hindenburgs Tode wird Hitler in irgendeiner Form der Nachfolger. Dabei aber bleibt er gleichzeitig Kanzler.“<sup>8</sup> Dies mutet wie eine Vorwegnahme der Ereignisse an, denn der Reichskanzler erwog tatsächlich nie ernsthaft, die Monarchie wiedereinzuführen.

Papen, dessen Naivität gegenüber Hitler grenzenlos war, sah dennoch eine gewisse Chance, seine Idee der Wiedereinführung der Monarchie zu realisieren. Er bat seinen Freund Kurt Freiherrn von Lersner, den ehemaligen Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles, auf Benito Mussolini einzuwirken. Dieser sollte Hitler bei dem bevorstehenden Treffen Mitte Juni 1934 in Venedig dazu bewegen, „unter allen Umständen“<sup>9</sup> zur monarchischen Staatsform zurückzukehren. Mussolini sollte dem Reichskanzler mitteilen, er habe sehr gute Erfahrungen mit König Viktor Emanuel III. als unabhängige Spitze des Staates gemacht. Mussolini habe Lersner versichert, er werde alles tun, um dieser Bitte nachzukommen. Natürlich ist daraus nichts geworden. Mussolini hat diesen Punkt im Gespräch mit Hitler wohl nicht berührt.

Am 9. oder 10. März 1934<sup>10</sup> suchte Papen den Reichspräsidenten auf und besprach mit Hindenburg „freimütig die Notwendigkeit“, dafür Sorge zu tragen, daß „ein chaotischer Zustand“ vermieden werde, sollte der Reichspräsident regierungsunfähig werden. Papen will Hindenburg dabei darauf hingewiesen haben, nach der Weimarer Reichsverfassung würden im Falle des Todes des Staatsoberhauptes dessen Befugnisse auf den Kanzler übergehen, bis ein neuer Präsident gewählt sei. Es schien Papen, wie er weiter darlegte, „sehr zweifelhaft“, ob die Nationalsozialisten sich an diese Wahlverpflichtung halten würden. Falls sie der Verfassung folgten, so gab es keinen Zweifel, daß sie Hitler aufstellen würden. Der einzige Weg, eine solche Lösung zu verhindern, bestand in den Augen des Vizekanzlers darin, dem deutschen Volke und Hitler durch ein politisches Testament Hindenburgs die Einführung der Monarchie zu empfehlen. Das Staatsoberhaupt besitze, so Papen weiter, „noch immer ein außerordentliches Ansehen im ganzen Land“<sup>11</sup>, und sein letzter Wille könne es Hitler erleichtern, gegenüber den radikalen Strömungen der Partei die monarchische Lösung durchzusetzen. Dies aber war, wie so oft bei Papen, ein Trugschluß.

Mit dem Gedanken, ein Testament zu verfassen, erklärte sich Hindenburg – laut Papen – einverstanden. Er bat den Vizekanzler, einen letzten Willen zu entwerfen, und verwies dabei ebenso wie Meißner gegenüber auf den Rechenschaftsbericht in seinem Buche „Aus meinem Leben“, den Papen als Grundlage des Testaments betrachten sollte. Der Vizekanzler gab sich große Mühe, den Entwurf in Stil, Ton und

<sup>8</sup> Ilsemann, *Der Kaiser in Holland*, S. 237.

<sup>9</sup> Papen, *Wahrheit*, S. 373.

<sup>10</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender vom 9. oder 10. 3. 1934, die dieser aus Platzmangel querschrieb, lautet: „Chef [Papen] bei Hdbg. [Hindenburg] wg [wegen] Test.[ament]“ (schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989).

<sup>11</sup> Papen, *Wahrheit*, S. 370. Vgl. auch Tschirschky, *Erinnerungen*, S. 150.

Inhalt der Gedankenwelt des Reichspräsidenten anzupassen – was auch gelang, denn Papen war mit Hindenburgs Vorlieben und Neigungen, nicht zuletzt aus seiner Zeit als Reichskanzler, bestens vertraut. Der nicht erhalten gebliebene Entwurf sollte vor allem die beiden Punkte, die der Vizekanzler vorgeschlagen hatte, enthalten: 1. Trennung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, 2. Wiedereinführung der monarchischen Staatsform in Deutschland nach dem Tode des Reichspräsidenten<sup>12</sup>.

Hitler war über die Stoßrichtung der Initiative informiert, Papen selbst setzte ihn ins Bild, bevor er den Entwurf ausarbeitete. Das, was Papens Privatsekretär Fritz Günther von Tschirschky in seinen Erinnerungen über die Entstehung des Konzepts schreibt, ist in allen Punkten und ausschmückenden Einzelheiten unrichtig. Papen hatte keinen „als Testamentsentwurf gedachten Schriftsatz“ von Hindenburg erhalten, dessen zweiter Teil aus dem Jahre 1932 stammte, wie Tschirschky behauptet<sup>13</sup>. Der Vizekanzler fertigte den Entwurf alleine an; mit dem nationalsozialistischen Wortschatz, der in den letzten, mit den Worten „Ich danke der Vorsehung . . .“ beginnenden Passagen des veröffentlichten Testaments zu finden ist, war er vertraut. Im März 1933 hatte er eine Sammlung eigener Reden herausgegeben, die viele Substantive und Wendungen enthalten, die die Nationalsozialisten, besonders aber Hitler, gebrauchten. Papen verwendete dort auch den Begriff „Vorsehung“<sup>14</sup>, und im Januar 1934 war sein Beitrag „Die erste Jahresbilanz“ erschienen, der einer Verherrlichung Hitlers, seiner Partei und seiner Erfolge gleichkam. Auch darin finden sich Formulierungen, die wie eine Vorwegnahme des politischen Testaments anmuten<sup>15</sup>.

Gleichwohl verleugnete Papen seine Autorschaft an den umstrittenen Absätzen, die nicht aus Hindenburgs Buch stammen. In seinem Spruchkammerverfahren, das im Januar/Februar 1947 stattfand, wick Papen aus, versteckte sich hinter allgemeinen Formulierungen<sup>16</sup> und behauptete, Hindenburg habe diesen Teil geschrieben<sup>17</sup>. Zwei

<sup>12</sup> Dies ist vielleicht nicht der erste Testamentsentwurf gewesen. Bereits 1928 wird ein politisches Testament erwähnt, das Hindenburg dem Admiral Reinhard Scheer gezeigt haben soll, als dieser zum Reichspräsidenten gerufen wurde und Hindenburg ihm mitteilte, wenn er nur eine andere Verfassung hätte, so wollte er schon anders regieren. Diese Äußerung deutet darauf hin, daß das Staatsoberhaupt den Gedanken an die Wiedereinführung der konstitutionellen Monarchie nicht aufgegeben hatte. Aber aus ihr sprach auch Skepsis, mehr noch Resignation. Nach einem längeren Gespräch habe Hindenburg sein Testament aus der Schublade genommen und es dem Admiral gezeigt. Darin habe er Scheer dem deutschen Volke als seinen Nachfolger empfohlen. Über den Verbleib dieses Dokuments ist nichts bekannt geworden. Vgl. Wilhelm Widenmann, *Marine-Attaché an der kaiserlich-deutschen Botschaft in London 1907–1912*, Göttingen 1952, S. 301.

<sup>13</sup> Tschirschky, *Erinnerungen*, S. 150.

<sup>14</sup> Franz von Papen, *Appell an das deutsche Gewissen. Reden zur nationalen Revolution*, Oldenburg 1933, S. 94.

<sup>15</sup> Vgl. Franz von Papen, *Die erste Jahresbilanz*, in: *Pester Lloyd*, 28. 1. 1934, S. 6–8, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), *Zeitgeschichtliche Sammlung* (künftig: ZSg), 117/1135.

<sup>16</sup> Vgl. Amtsgericht München, Registratur S, Spruchkammerverfahren Franz von Papen, Spruchkammerakten, Bd. 3, Vernehmung Papens, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4. 2. 1947 in Nürnberg, S. 320f.

<sup>17</sup> Ebenda.

Jahre danach, im März 1949, widerrief Papen diese Aussage im Verfahren gegen Oskar von Hindenburg, in dem er als Zeuge auftrat, und räumte ein, daß „diese Sätze gedanklich zweifellos“ von ihm stammten<sup>18</sup>. Die Erklärung für dieses Verhalten liegt auf der Hand: Ende Januar 1949 hatte die Berufungskammer Nürnberg-Fürth Papen als Belasteten in die Gruppe II eingestuft<sup>19</sup>; nun waren weitere Prozesse nicht mehr zu erwarten, so daß er seine Aussage vom Februar 1947 zurücknehmen konnte.

Papens mit Schreibmaschine geschriebener Entwurf enthielt nach sorgfältiger und kritischer Auswertung aller erreichbaren Zeugnisse folgende wesentliche Punkte: 1. die Empfehlung, nach dem Tode des Reichspräsidenten die konstitutionelle Monarchie wieder einzuführen, 2. den Hinweis darauf, daß die monarchische Staatsform dem deutschen Volke am besten entspreche, 3. die Trennung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, 4. die politische Unabhängigkeit der Reichswehr, 5. Äußerungen über Hitlers positive Leistungen mit dem abschließenden Hinweis, „das große Ziel der Beseitigung der Klassengegensätze und der Versöhnung des ganzen Volkes müsse noch erreicht werden“<sup>20</sup>.

Anfang April legte Papen Hindenburg seinen Entwurf vor<sup>21</sup>. „Er las ihn und verschloß ihn in seinem Schreibtisch mit den Worten, daß er einige Zeit darüber nachdenken müsse“, schreibt Papen<sup>22</sup>. Am 28. April 1934 war Papen wieder beim Staatsoberhaupt<sup>23</sup>, und Hindenburg eröffnete dem Vizekanzler, er halte es nach reiflicher Überlegung nicht für richtig, dem deutschen Volke eine Empfehlung über die zukünftige Staatsform zu hinterlassen. Die Nation müsse sich selbst darüber klarwerden, welche Staatsform sie letztlich bevorzuge. Daher habe er sich entschlossen, nur den Rechenschaftsbericht in sein Testament aufzunehmen. Die Empfehlung, zur Monarchie zurückzukehren, werde er an Hitler persönlich in Form eines Briefes richten. Der Wortlaut dieses Schreibens, das untrennbar zum politischen Testament des Staatsoberhauptes gehört, ist indes nicht überliefert<sup>24</sup>.

<sup>18</sup> Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Nds. 171, Lüneburg Uzn/11363, Spruchkammerverfahren Oskar von Hindenburg, Bd. 26, Vernehmung Papens am 15. 3. 1949 in Uelzen, S. 123.

<sup>19</sup> Vgl. Spruch der Berufungskammer I Nürnberg-Fürth vom 26. 1. 1949, in: Staatsarchiv Nürnberg, KV-Prozesse IMT Q – 17.

<sup>20</sup> Papen, Wahrheit, S. 371.

<sup>21</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender lautet Anfang April 1934: „Chef [Papen] mit Entwurf-Test.[ament] bei Hdbg [Hindenburg]“.

<sup>22</sup> Papen, Wahrheit, S. 371.

<sup>23</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender lautet am 28. 4. 1934: Papen „bei Hdbg [Hindenburg] / Test.[ament] in 2 Dok.[umente]“. Dies berichtete der Vizekanzler Kageneck bei einem Essen, nachdem Papen einen Vortrag vor der technisch-wissenschaftlichen Vereinigung gehalten hatte. (Schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989).

<sup>24</sup> Vgl. den Artikel: Hindenburgs Testament gefälscht, in: Die Neue Zeitung vom 26. 11. 1945, S. 1. Der Beitrag enthält auch eine „gekürzte Wiedergabe“ des persönlichen Briefes von Hindenburg an Hitler. Darin wird vor einer Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers gewarnt und die Wiedereinführung der Monarchie empfohlen. Allerdings ist der Ausdruck „Es ist mein Wille“ sehr umstritten. Vgl. auch den Abdruck bei Walther Hubatsch, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen/Berlin/Frankfurt/Zürich 1966, S. 383. Oskar von Hindenburg gibt einen

Ergänzend dazu bemerkte Papen im Januar 1947, Hindenburg habe Hitler nicht unter Druck setzen wollen, die Monarchie nach seinem Ableben wieder einzuführen, und habe daher diesen Kernpunkt aus seinem Konzept des politischen Testaments herausgenommen, um ihn dem Reichskanzler in einem Brief zu übermitteln. Papens Aussage, die die Unmittelbarkeit von Hindenburgs Begründung wiedergibt, kommt ebenso große Bedeutung zu wie der von Oskar von Hindenburg; dieser teilte mit, der Reichspräsident habe die Streichung jener Abschnitte, in denen die Rückkehr zur Monarchie empfohlen wurde, deshalb vorgenommen, „um keine Unruhe und Zerrissenheit [in die Nation] hineinzutragen“<sup>25</sup>.

Über Hindenburgs Entscheidung, Papens Entwurf zu teilen, ist viel gerätselt worden, weil diese Maßnahme unverständlich schien. Doch sie war klar durchdacht und folgerichtig. Der Reichspräsident hatte wegen der Restauration der Monarchie schon lange resigniert. Er war realistisch genug, um zu erkennen, daß es unmöglich sein würde, nach seinem Tode die Monarchie wieder einzuführen, und er machte daraus auch kein Hehl. Im Oktober 1932 hatte ein Vertreter des Kaisers in einer Unterredung von ihm verlangt, daß der Reichspräsident „sein noch nicht gesühntes Verbrechen von Spa“ wiedergutmachen müsse. „Die Sühne müsse darin bestehen, daß er die Vorbereitung treffe für die Wiederherstellung der Monarchie durch Vorbereitung meiner Rückberufung durch ihn im Auftrage des Deutschen Volkes. Ich habe dieses Vorgehen genehmigt [. . .].“<sup>26</sup> Das Gespräch hatte nur die große Illusion offenbart, die auf Seiten Wilhelms II. noch immer bestand, und endete, wie zu erwarten war, enttäuschend. Ein Jahr später, Ende Oktober 1933, hatte Hindenburg an Generalleutnant a. D. August von Cramon, der mit der Forderung an ihn herangetreten war, den ehemaligen Kaiser an seinem 75. Geburtstag am 27. Januar 1934 auf den Thron zurückzurufen, einen deutlichen Absagebrief geschrieben<sup>27</sup>. Daher konnte Papens Versuch, das

---

anderen Wortlaut des persönlichen Briefes an Hitler aus dem Gedächtnis an. Vgl. ebenda, S. 143, Anm. 24. Wedige von der Schulenburg bezeichnet die in der Neuen Zeitung vom 26. 11. 1945 veröffentlichte Fassung des Schreibens als „Fälschung“. Vgl. ebenda, S. 383, Anm. 3. Da der authentische Text nicht vorliegt, sind alle weiteren Erwägungen spekulativ.

<sup>25</sup> Spruchkammerverfahren von Papen (wie Anm. 16). Vernehmung Oskar von Hindenburgs, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 30. 1. 1947, S. 185. Manche Hinweise sprechen dafür, daß der Teil von Papens Entwurf, der dann zum persönlichen Brief Hindenburgs an Hitler wurde, vor den vier Schlußabsätzen stand, die mit den Worten „Ich danke der Vorsehung . . .“ eingeleitet werden. An dieser Stelle wäre dieser Abschnitt am richtigen Platz gewesen und hätte als dritter Teil – Innenpolitik – nach den Themen Reichswehr und Außenpolitik sein Gewicht erhalten. Denn das veröffentlichte Testament mutet bruchstückhaft an. Hindenburgs Dank an Hitler wäre in dieser Anordnung verständlich, da sich diese Worte an die außenpolitischen Betrachtungen anschließen.

<sup>26</sup> Kaiser Wilhelm II. an Admiral Magnus von Levetzow, Doorn, 27. 10. 1932, in: Autographen aus allen Gebieten. Auktion am 3. und 4. 3. 1994 im Opernhaus Berlin, Katalog 655, Teil 2, Musik, Theater, Geschichte, hrsg. von J. A. Stargardt, Berlin, S. 152, [Nr.] 1322. Faksimile der ersten Seite dieses Briefes auf S. 151.

<sup>27</sup> Vgl. Hindenburg an Cramon, 23. 10. 1933, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA), Nachlaß Cramon, N 266/25, fol. 1<sup>v</sup>, 3<sup>r</sup>. Vgl. auch die maschinenschriftliche Aufzeichnung Cramons vom Oktober 1933 „Argumente für eine Rückkehr seiner Majestät des Kaisers und Königs in Seine Rechte anlässlich des 75. Geburtstages“, mit dem handschriftlichen Vermerk

Staatsoberhaupt zu bewegen, in sein politisches Testament den Wunsch nach Wiedereinführung der Monarchie aufzunehmen, nicht dessen Unterstützung finden.

Zu vermuten bleibt, daß Hindenburg 1934 weder mit Kaiser Wilhelm II. noch mit Generalfeldmarschall August von Mackensen Verbindung aufnahm, um die Frage einer Restauration der Monarchie zu erörtern. Keiner von beiden kannte zu diesem Zeitpunkt (April/Mai 1934) Papens Testamentsentwurf oder Hindenburgs Entscheidung vom 28. April, das Konzept des Vizekanzlers zu teilen; sie erfuhren auch keine Einzelheiten über den weiteren Fortgang der Testamentsfrage. Frei erfunden ist hingegen, daß der Reichspräsident zwei Monate vor seinem Tode den ehemaligen Hausminister des Kaisers, Oberst a. D. Leopold von Kleist, empfangen hat, der im Auftrage des einstigen Herrschers das Staatsoberhaupt gefragt haben will, „ob er in seinem abschließenden Testament werbende Worte für die deutsche Monarchie aussprechen wollte“<sup>28</sup>. Kleist soll dabei Hindenburgs Vermächtnis an die deutsche Jugend aus dem Jahre 1919 erwähnt und auf die darin enthaltenen Aussagen zur Monarchie verwiesen haben. Hindenburg habe sich aber auf den Standpunkt zurückgezogen, daß sich die Frage der Staatsform nicht durch Willensentschluß von oben her regeln lasse. Darüber müsse das ganze Volk entscheiden, die gegenwärtige Krise sei dazu aber nicht geeignet, er habe deshalb auf ein politisches Testament verzichtet. Für diese Bekundungen Hindenburgs gegenüber Kleist gibt es keinen Beleg. Der einstige Hausminister hatte ja auch bereits im Dezember 1932 seinen Abschied genommen.

Festzuhalten bleibt also, daß Hindenburg zwar Papens Entwurf teilte, daß er sich aber insofern an die Vorlage hielt, als er Hitler nicht als seinen Nachfolger vorschlug. Papen war nämlich ehrgeizig genug, selbst Reichspräsident werden zu wollen<sup>29</sup>, und vermied es deshalb, in seinem Konzept Namen zu nennen. Damit bewies er erneut, daß er Hitler und den Nationalsozialismus heillos unter- und sich selbst maßlos überschätzte.

Ende April/Anfang Mai 1934 wußte nur ein kleiner Kreis von Papens Entwurf und von Hindenburgs Absicht, nur einen etwas erweiterten Rechenschaftsbericht als Testament und einen Brief an Hitler zu hinterlassen: Hitler und Franz von Papen natürlich, außerdem Oberst Oskar von Hindenburg<sup>30</sup>, seit 1. Mai 1925 persönlicher Adjutant seines Vaters, und schließlich Rittmeister Wedige von der Schulenburg, der seit 23. November 1925 der zweite persönliche Adjutant des Reichspräsidenten

Cramons: „Mit einem diesbezüglichen Begleitschreiben an den Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg übersandt“, in: Ebenda, N 266/46, fol. 1–4.

<sup>28</sup> Gerhard Schultze-Pfaelzer, Die Wahrheit über das Hindenburg-Testament, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. 8. 1946, S. 1 f., Zitat S. 2. Darauf erfolgte eine Gendarstellung von Oskar von Hindenburg und Wedige von der Schulenburg, die am 8. 8. 1946 in Medingen zwei eidesstattliche Erklärungen abgaben, veröffentlicht unter dem Titel: Das Testament Hindenburgs – keine Fälschung? Zwei historische Dokumente zerstören eine Legende, in: Ebenda vom 20. 8. 1946, S. 1.

<sup>29</sup> Vgl. Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I, Bd. 2, München 1987, S. 472.

<sup>30</sup> Spruchkammerverfahren O. von Hindenburg (wie Anm. 18), Vernehmung Hindenburgs am 15. 3. 1949, S. 167 f.

war. Schulenburgs Zeugnis besitzt im Hinblick auf die endgültige Ausarbeitung des politischen Testaments erhebliche Bedeutung, denn er wurde „persönlich von dem Herrn Reichspräsidenten angewiesen [. . .], wie ich es machen sollte, sowohl bei dem Testament als auch bei dem Brief an Hitler“<sup>31</sup>. Anfang Mai 1934 rief Hindenburg Rittmeister von der Schulenburg in sein Arbeitszimmer, übergab ihm Papens maschinenschriftlichen Entwurf und beauftragte ihn, die Reinschrift zu fertigen. Das politische Testament setzte sich zusammen aus:

1. Dem letzten Kapitel („Mein Abschied“) aus den Erinnerungen des Feldmarschalls „Aus meinem Leben“<sup>32</sup>. Dieser Abschnitt war in Papens Entwurf nicht enthalten. Schulenburg schrieb ihn „aus dem Buche direkt“<sup>33</sup> ab.
2. Dem von Hindenburg bearbeiteten und veränderten Schreibmaschinenentwurf, den von Papen ausgearbeitet hatte. Über diesen Teil machte Schulenburg ausführliche Angaben: „Dieser Entwurf enthielt Korrekturen in Bleistift von der Hand des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg und außerdem einige Linienführungen, die für Satzumstellung gedacht waren.“<sup>34</sup>
3. Dem persönlichen Brief an den Reichskanzler, dessen Inhalt aus Papens Entwurf herausgenommen war. Dabei handelt es sich, nach Auswertung aller Zeugnisse, um den wichtigsten Teil von Papens Konzept, um den eigentlichen „Sinn und Zweck des Testaments“, „die Empfehlung einer monarchischen Staatsform“<sup>35</sup>, „daß aber die Zeit dazu noch nicht reif sei“<sup>36</sup>.

Oskar von Hindenburg, Papen und Schulenburg berichteten 1947 und 1949 übereinstimmend, die vorgenommene Teilung des Entwurfs habe dem ausdrücklichen Wunsch und Willen Hindenburgs entsprochen.

Schulenburg schrieb die beiden ersten Teile und den persönlichen Brief an Hitler handschriftlich nach des Reichspräsidenten Anweisungen in Reinschrift und schloß beide Dokumente ab. Am 11. Mai 1934, dem neunten Jahrestag seiner Amtsübernah-

<sup>31</sup> Ebenda, Vernehmung Schulenburgs am 15. 3. 1949, S. 180; Spruchkammerverfahren von Papen (wie Anm. 16), Vernehmung Schulenburgs, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4. 2. 1947, S. 313.

<sup>32</sup> Vgl. Generalfeldmarschall von Hindenburg, *Aus meinem Leben*, Leipzig 1920, S. 403–406. Daraus sind indes drei Abschnitte (S. 405) nicht übernommen worden. Es handelt sich um Zitate aus einer Denkschrift, die Oberstleutnant Hermann von Boyen, der spätere Generalfeldmarschall und Kriegsminister, im Jahre 1811 für seinen König Friedrich Wilhelm III. schrieb. Die Weglassung erfolgte vermutlich der Kürze wegen.

<sup>33</sup> Spruchkammerverfahren O. von Hindenburg (wie Anm. 18), Vernehmung Schulenburgs am 15. 3. 1949, S. 177; Spruchkammerverfahren von Papen (wie Anm. 16), Vernehmung Schulenburgs, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4. 2. 1947, S. 313.

<sup>34</sup> Ebenda. Vgl. auch Wolfgang Kalischer, *Hindenburg und das Reichspräsidentenamt im „Nationalen Umbruch“ (1932–1934)*, Diss. phil. FU Berlin 1957, S. 289.

<sup>35</sup> Spruchkammerverfahren O. von Hindenburg (wie Anm. 18), Vernehmung Papens am 15. 3. 1949, S. 126; Spruchkammerverfahren von Papen (wie Anm. 16), Vernehmung Papens, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 30. 1. 1947, S. 177; Kalischer, *Hindenburg und das Reichspräsidentenamt*, S. 289.

<sup>36</sup> Spruchkammerverfahren von Papen (wie Anm. 16), Vernehmung Schulenburgs, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4. 2. 1947, S. 314.

me, legten Oskar von Hindenburg und Schulenburg beide Schriftstücke dem Staatsoberhaupt vor, um sie unterschreiben und ausfertigen zu lassen. Hindenburg unterzeichnete in Anwesenheit seiner beiden Adjutanten und gebot, Stillschweigen zu bewahren. Danach siegelte er beide Dokumente mit seinem Petschaftssiegel, nachdem er das politische Testament selbst mit einem Zwirn aus verschiedenen Farben zusammengeheftet hatte. Beide Dokumente wurden in je einen Umschlag getan, auch diese Couverts wurden jeweils fünffach versiegelt. Danach wies der Reichspräsident Schulenburg an, die Umschläge zu beschriften. Der Text, den der Adjutant auf das Couvert des politischen Testaments schrieb, lautete nach der Veröffentlichung des Deutschen Nachrichtenbüros, die am 15. August 1934 erschien: „Dem deutschen Volke und seinem Kanzler. Mein Testament. Dieser Brief ist durch meinen Sohn dem Herrn Reichskanzler zu übergeben.“<sup>37</sup> Der Umschlag mit Hindenburgs persönlichem Brief an Hitler trug die Aufschrift: „An den Herrn Reichskanzler. Mein letzter Wunsch!“<sup>38</sup>

Nachdem die beiden Schriftstücke couvertiert und beschriftet worden waren, wurden sie in den Panzerschrank gelegt, der in Hindenburgs Arbeitszimmer stand und zu dem nur er einen Schlüssel besaß. Am 4. Juni 1934 reiste der Reichspräsident mit seinen beiden Adjutanten nach Gut Neudeck in Westpreußen ab. Vor der Abreise handigte er Schulenburg die beiden couvertierten Schriftstücke mit dem Auftrag aus, sie nach Neudeck mitzunehmen, wo Schulenburg sie in den Panzerschrank einschloß, zu dem er Zugang hatte. In diesem Schrank befanden sich die beiden Schriftstücke bis zum 9. August 1934. Zwei Tage vor der Abreise, am 2. Juni, hatte der Reichspräsident Vizekanzler von Papen<sup>39</sup> empfangen. Es sollte die letzte Begegnung Papens mit Hindenburg sein, den „die Verhältnisse und Spannungen innerpolitischer Art sehr beunruhigten“<sup>40</sup>. Das Staatsoberhaupt sollte Berlin nicht mehr wiedersehen.

Im Spruchkammerverfahren von 1947 sagten Oskar von Hindenburg und Schulenburg aus, auch Papen sei bei der Unterzeichnung zugegen gewesen, was dieser aber bestritt. Weshalb hätte der Vizekanzler auch anwesend sein sollen? Die beiden Zeugen genühten, und das Notizbuch des Grafen Hans Reinhard von Kageneck, Papens zweiten Privatsekretärs, enthält keinen Hinweis auf die Gegenwart des Vizekanzlers am 11. Mai 1934. Franz von Papen hat von der Unterzeichnung der beiden Schriftstücke wohl überhaupt nichts erfahren, denn Hindenburg vollzog die Ausfertigung während der üblichen Dienstgeschäfte. Papens Anwesenheit am 11. Mai wäre bedeutsam für die Darstellung der Ereignisse nach dem Tode des Reichspräsidenten, die die Bemühungen, das Testament zu finden, die Veröffentlichung und die Frage nach einer möglichen Fälschung einschließt.

<sup>37</sup> Deutsches Nachrichtenbüro, Berlin, Nr. 1738, 15. 8. 1934, in: BAK, Akten der Reichskanzlei, R 43 I/581, fol. 169–170.

<sup>38</sup> Vgl. Spruchkammerverfahren von Papen (wie Anm. 16), Vernehmung Schulenburgs, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 4. 2. 1947, S. 314; Spruchkammerverfahren O. von Hindenburg (wie Anm. 18), Vernehmung Hindenburgs am 15. 3. 1949, S. 168.

<sup>39</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender lautet am 2. 6. 1934: „Chef [Papen] bei Hdbg [Hindenburg], deprimiert“ (schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989).

<sup>40</sup> Maschinenschriftliche Aufzeichnung Kagenecks, „Das Testament Hindenburgs“ [vom 6. 9. 1989].



## II.

Am 2. August 1934, um neun Uhr vormittags, starb Reichspräsident von Hindenburg auf seinem Gut Neudeck. Am Tage zuvor war Hitler in Neudeck gewesen, um Hindenburg, der bereits im Sterben lag, nochmals zu sehen. Unmittelbar nach des Reichskanzlers Rückkehr hatte die Reichsregierung, noch zu Lebzeiten des Reichspräsidenten, am Abend das „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches“ beschlossen, das die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorsah und mit dem Tod Hindenburgs in Kraft treten sollte. Dies war dem Staatsoberhaupt gegenüber nicht nur ein Akt der Pietätlosigkeit, sondern auch eine Art kalter Staatsstreich, der Hitlers Skrupellosigkeit einmal mehr offenbarte. Das letzte Hindernis war beseitigt, das Hitlers unumschränkter Diktatur noch im Wege gestanden hatte.

Das Nachfolgegesetz lag am Morgen des 2. August vor. Presse und Rundfunk veröffentlichten es im Anschluß an die Nachricht von Hindenburgs Ableben. Am Abend desselben Tages fand eine Ministerbesprechung statt, und Hitler entschied in einem Schreiben an Innenminister Wilhelm Frick, daß er sich künftig „Führer und Reichskanzler“ nennen wolle, weil Hindenburg dem Titel Reichspräsident „eine einmalige Bedeutung“ gegeben habe, wobei er auf „die Größe des Dahingeshiedenen“ hinwies<sup>41</sup>. Gleichzeitig forderte er, eine Volksabstimmung über das Gesetz vom 1. August durchzuführen, die am 19. August stattfinden sollte.

Einen Tag nach Hindenburgs Tod tauchten Gerüchte darüber auf, daß das Testament des Reichspräsidenten nicht aufgefunden werden konnte. Meissner, sein ehemaliger Staatssekretär, habe „heute fieberhaft in dem Berliner Palais des Präsidenten gesucht“, aber das Dokument nicht gefunden; „auch in Neudeck hat man keine Spur davon entdeckt“<sup>42</sup>. Fast schien es, als wäre um Hindenburgs letzten Willen ein Geheimnis entstanden, zumal es am 5. August in einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter hieß, das Vorhandensein eines politischen Testaments werde „in allen offiziellen Kreisen entschieden bestritten“<sup>43</sup>. In derselben Meldung wurde darauf verwiesen, das persönliche Familientestament sei vorhanden; Oberst von Hindenburg besitze es, aber es werde nicht veröffentlicht. Das steigerte die Verwirrung natürlich noch zusätzlich. Auch Papen, seit dem 31. Juli Sonderbevollmächtigter des Reiches in Wien, legte eine falsche Fährte, als er seine Ernennungsurkunde, die Hindenburgs Unterschrift trug, zitierte und ausdrücklich davon sprach, „dieser Befehl“ sei „zugleich ein Vermächtnis, dem nichts hinzuzufügen ist“<sup>44</sup>.

<sup>41</sup> Ministerbesprechung vom 2. 8. 1934, in: Karl-Heinz Minuth (Bearb.), Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34, Bd. 2, Boppard a. R. 1983, S. 1387 (Nr. 383, Ziffer 3).

<sup>42</sup> Konrad Heiden, Adolf Hitler. Ein Mann gegen Europa. Eine Biographie, Bd. 2, Zürich 1937, S. 82f. Vgl. auch Bella Fromm, Blood and banquets. A Berlin social diary, London o. J. [1943], S. 156.

<sup>43</sup> Heiden, Hitler, S. 83, Meldung der Nachrichtenagentur Reuter vom 5. 8. 1934 in vollem Wortlaut.

<sup>44</sup> Ebenda.

Am 7. August wurde der verstorbene Reichspräsident im Tannenberg-Nationaldenkmal bei Hohenstein in Ostpreußen beigesetzt. Nach Berlin zurückgekehrt, fragte der „Führer und Reichskanzler“ den Chef der Präsidialkanzlei Meissner, ob Hindenburg ein politisches Testament hinterlassen habe. Der Staatssekretär behauptete, davon nichts zu wissen, doch diese Äußerung traf nicht zu, denn Meissner hatte am 3. August im Palais nach dem Testament gesucht. Der „Führer“ wußte ohnehin von dem Dokument, denn Papen hatte ihm den Entwurf gezeigt und das Konzept mit ihm besprochen, bevor er Hindenburg Anfang April den Schreibmaschinenentwurf übergeben hatte. Meissner telefonierte daraufhin noch am 7. August mit Oberst von Hindenburg auf Gut Neudeck und erfuhr, daß ein politischer Rechenschaftsbericht, an dem Papen mitgearbeitet habe, vorliege, der an das deutsche Volk und den Kanzler gerichtet sei. Meissner teilte dies Hitler mit, worauf dieser erklärte, er werde sich selbst mit Papen in Verbindung setzen und alles weitere mit ihm regeln. Das geschah: Der Reichskanzler rief Papen, der sein neues Amt in Wien noch nicht angetreten hatte und ebenfalls von der Beisetzung in die Hauptstadt gekommen war, am 8. August an und fragte auch ihn, wo sich das politische Testament befinde. Bereitwillig erwiderte der ehemalige Vizekanzler, er werde sich sofort bei Oskar von Hindenburg erkundigen. „Dann bitte ich Sie, mich möglichst bald in den Besitz dieses Dokuments zu setzen“, lautete Hitlers Antwort<sup>45</sup>.

Papen beauftragte nun seinen zweiten Sekretär, Graf Kageneck, nach Gut Neudeck zu fahren, um sich von Oberst von Hindenburg das Schriftstück geben zu lassen und nach Berlin zu bringen. Inzwischen waren auch in der ausländischen Presse Gerüchte über das Testament aufgekommen<sup>46</sup>, die ein Handeln erforderten. Kageneck fuhr am Abend des 8. August<sup>47</sup> mit einem Schreiben Papens los und kam am nächsten Tage auf Gut Neudeck an. Es kann als sicher angenommen werden, daß Papen seinen Mitarbeiter bei Oskar von Hindenburg telefonisch angekündigt hat. Dieser empfing ihn sofort, und gemeinsam gingen sie zum Schreibtisch des verstorbenen Reichspräsidenten. Hindenburg schloß eine Schublade auf, entnahm einen großen Umschlag, holte die beiden couvertierten Schriftstücke heraus und legte sie Graf Kageneck vor. Rittmeister von der Schulenburg hatte sie zuvor aus dem Panzerschrank genommen und Oskar von Hindenburg übergeben. Kageneck war erstaunt, zwei versiegelte Couverts mit den erwähnten Aufschriften zu sehen; beide Umschläge trugen „die markanten Unterschriften Hindenburgs“<sup>48</sup>. Nachdem Papens Sekretär deren Unversehrtheit geprüft hatte, legte Hindenburg die Couverts in den großen Umschlag zurück, versiegelte ihn und händigte ihn Kageneck

<sup>45</sup> Papen, *Wahrheit*, S. 373.

<sup>46</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender lautet am 8. 8. 1934: „Aufregung in der ausländischen Presse wg [wegen] Test.[ament] Hdbgs [Hindenburgs]“ (schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989). Maschinenschriftliche Aufzeichnung Graf Kagenecks „Das Testament Hindenburgs“ [vom 6. 9. 1989].

<sup>47</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender lautet am 8. 8. 1934: „11.28 ab.[ends] Abf.[ahrt] nach Ostpreußen“ (schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989).

<sup>48</sup> Maschinenschriftliche Aufzeichnung Kagenecks, „Das Testament Hindenburgs“ [vom 6. 9. 1989].

aus<sup>49</sup>. Über Thorn – Posen fuhr Graf Kageneck nach Berlin zurück, wo er am späten Abend des 9. August eintraf und Papen den versiegelten Umschlag übergab<sup>50</sup>.

Es fragt sich, weshalb Oberst von Hindenburg das Testament und den persönlichen Brief seines Vaters an Hitler sieben Tage zurückhielt, weshalb überhaupt dieses Verwirrspiel um den Rechenschaftsbericht entstand, das die Legendenbildung erheblich förderte. Auf dem Umschlag mit dem politischen Testament stand: „Dieser Brief ist durch meinen Sohn dem Herrn Reichskanzler zu übergeben.“ Diesen Auftrag, ja Befehl mißachtete Oskar von Hindenburg, obgleich er bei der Trauerfeier im Reichstag am 6. August und bei der Beisetzung des Reichspräsidenten am 7. August Gelegenheit gehabt hätte, Hitler die beiden Staatsdokumente auszuhändigen. Oskar von Hindenburg versuchte diese Verzögerung 1947 im Spruchkammerverfahren gegen Franz von Papen, in dem er als Zeuge vernommen wurde, damit zu erklären, daß die Zeit vom 2. bis 7. August für ihn „außerordentlich anstrengende Tage gewesen“<sup>51</sup> seien. In seinem eigenen Spruchkammerverfahren, das im März 1949 stattfand, wurde Oskar von Hindenburg nochmals eingehend über diesen Punkt befragt, und wieder beschrieb er seine körperlichen und seelischen Qualen nach dem Tode des Reichspräsidenten. Es gelang ihm aber nicht, glaubhaft darzulegen, weshalb er die beiden Schriftstücke nicht unmittelbar nach seines Vaters Ableben Hitler übergeben hatte. Hindenburg machte geltend, zur Trauerfeier im Reichstag und zur Beisetzung habe er „die Schriftstücke ja auch gar nicht mitnehmen [wollen], habe sie auch gar nicht bei mir gehabt“<sup>52</sup>. Oskar von Hindenburg hatte zwei Gelegenheiten, die beiden Staatsdokumente zu übergeben, nicht genutzt. Das beste wäre aber ohnehin gewesen, er wäre unmittelbar nach dem Tode des Reichspräsidenten nach Berlin geflogen, um seinen Auftrag auszuführen. War es nun Verdrängung? Wollte Hindenburg Hitler nicht sehen und nicht sprechen? Eine befriedigende Antwort gibt es nicht. Hindenburgs Verhalten bleibt rätselhaft, es sei denn, man nimmt eine Absprache zwischen Hitler, Hindenburg und Papen an, das Testament erst wenige Tage vor der Volksabstimmung am 19. August zu veröffentlichen, um das Vermächtnis des toten Staatsoberhauptes zugunsten Hitlers einzusetzen. Ein Wahltrick also? Dies würde vieles erklären.

Graf Kageneck übergab Papen am 9. August den versiegelten Umschlag mit den beiden Schreiben. Wieder verging längere Zeit, ehe Papen Gelegenheit fand, Hitler das Couvert zu überreichen. Dies geschah am 14. August 1934, als Papen, der auf dem Wege nach Wien war, zusammen mit seinem Sekretär Tschirschky nach Berch-

<sup>49</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender lautet am 9. 8. 1934: „erh.[alte] Test.[ament], 2 Dok.[umente], über Thorn – Posen zurück“ (schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989).

<sup>50</sup> Vgl. die maschinenschriftliche Aufzeichnung Kagenecks, „Das Testament Hindenburgs“ [vom 6. 9. 1989]. Vgl. auch Papen, Wahrheit, S. 374.

<sup>51</sup> Vgl. Spruchkammerverfahren von Papen (wie Anm. 16), Vernehmung Hindenburgs, Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 30. 1. 1947, S. 188.

<sup>52</sup> Vgl. Spruchkammerverfahren O. von Hindenburg (wie Anm. 18), Vernehmung Hindenburgs am 15. 3. 1949, S. 171 f.

tesgaden flog, bevor er am folgenden Tage sein neues Amt in Wien antrat<sup>53</sup>. Auf dem Obersalzberg brachte Hitlers Adjutant, SA-Gruppenführer Wilhelm Brückner, Papen und Tschirschky sofort zum „Führer und Reichskanzler“. Anwesend waren auch Konstantin Freiherr von Neurath, der Reichsaußenminister, und Walther Funk, der Pressechef der Reichsregierung. Papen überreichte Hitler den großen Umschlag, dieser brach das Siegel und nahm die beiden versiegelten Umschläge heraus; dann öffnete er das Couvert mit der Aufschrift „Dem deutschen Volke und seinem Kanzler. Mein Testament“ und las das mehrseitige Schriftstück durch. Schließlich brach er den zweiten versiegelten Umschlag mit der Aufschrift „An den Herrn Reichskanzler. Mein letzter Wunsch!“, der Hindenburgs persönlichen Brief an Hitler enthielt. Tschirschky berichtet, Hitler habe nicht nur von der Existenz der beiden Dokumente gewußt, sondern auch deren Inhalt gekannt und sie daraufhin geprüft, ob sie tatsächlich so waren, wie er gehört hatte. Diese Beobachtung deckt sich mit Papens Bekundung, nach der Hitler beide Schriftstücke „mit größter Aufmerksamkeit“<sup>54</sup> studiert habe. Nachdem der Reichskanzler auch die Lektüre des an ihn persönlich gerichteten Briefes<sup>55</sup> beendet hatte, erklärte er: „Diese Empfehlungen des verstorbenen Präsidenten sind an mich persönlich gerichtet.“ Und: „Ich werde später entscheiden, ob und wann ich ihrer Veröffentlichung zustimmen werde.“ Der Gedanke, die Monarchie wieder einzuführen und damit Hindenburgs Empfehlung zu folgen, entsprach eben nicht Hitlers Vorstellungen, obwohl der Reichspräsident erwartet haben mochte, daß der Reichskanzler „zu gegebener Zeit“<sup>56</sup> seinen Wunsch doch erfüllen würde.

„Mein letzter Wunsch!“ war damit hinterlegt worden. Er war nicht dazu bestimmt, veröffentlicht zu werden. Gleichwohl drängte Papen, so sagte er selbst, darauf, beide Schreiben der Öffentlichkeit zu übergeben. Zwischen ihm und Hitler soll eine Diskussion entstanden sein, die „immer hitziger“ wurde<sup>57</sup> und in die wohl auch Tschirschky eingriff, zumal Hitler an seiner Absicht festhielt, nur den Rechenschaftsbericht des Reichspräsidenten dem deutschen Volke bekanntzugeben. Hitler sei „sehr unwillig“ geworden, habe die Unterredung abgebrochen und Funk beauftragt, das Testament unverzüglich zu veröffentlichen. Über den Verbleib des persönlichen Briefes ist nichts bekannt geworden. Vermutlich ließ Hitler ihn vernichten oder er selbst besorgte die Vernichtung.

Wenn Hitler den Inhalt der beiden Schreiben wirklich kannte, dann kann er darüber nur von einem informiert worden sein: Papen. Dieser hatte den Reichskanzler

<sup>53</sup> Die stenographische Notiz Kagenecks in seinem Taschenkalender lautet am 14. 8. 1934: „Chef [Papen] fliegt mit Tschirschky nach Berchtesgaden – Obersalzberg zum Führer“ (schriftliche Mitteilungen vom 12. 9. 1989).

<sup>54</sup> Papen, *Wahrheit*, S. 374.

<sup>55</sup> Einer anderen Quelle zufolge soll Hitler nach der Lektüre „überaus bestürzt“ gewesen sein. Vgl. Gaston Oulman, Gespräch mit Papens Sekretär, in: *Die Neue Zeitung* vom 24. 2. 1947, S. 5; Tschirschky, *Erinnerungen*, S. 225.

<sup>56</sup> Spruchkammerverfahren O. von Hindenburg (wie Anm. 18), Vernehmung Hindenburgs am 15. 3. 1949, S. 175.

<sup>57</sup> Tschirschky, *Erinnerungen*, S. 225.

Ende April/Anfang Mai über das Testament unterrichtet und damit dem Reichspräsidenten gegenüber keinen Vertrauensbruch begangen, denn das Stillschweigen, das Hindenburg am 11. Mai 1934 seinen Adjutanten, Oberst von Hindenburg und Rittmeister von der Schulenburg, geboten hatte, galt nicht für Papen, der damals nicht dabei gewesen war. Papens Informationen waren Hitlers Trumpf gewesen. Da er von Hindenburgs Empfehlung, die konstitutionelle Monarchie wieder einzuführen, wußte, konnte er rechtzeitig handeln und noch zu Lebzeiten des Reichspräsidenten das „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches“ erlassen<sup>58</sup>. Dies aber war nur der Anfang gewesen, und darauf hatte er sein weiteres Vorgehen bis zur Volksabstimmung am 19. August aufgebaut.

Am 15. August veröffentlichte das Deutsche Nachrichtenbüro „das politische Testament Hindenburgs“ mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß Vizekanzler a. D. von Papen „im Auftrage des Obersten von Hindenburg dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“ das Testament des Reichspräsidenten überbracht habe und daß Papen „im Auftrag des Führers“ das Dokument der Öffentlichkeit übergebe, das Hindenburg „dem deutschen Volke“ gewidmet habe<sup>59</sup>.

Die ausländische Presse nahm die Veröffentlichung des Testaments zurückhaltend und verwundert auf, und führende Zeitungen äußerten Zweifel an der Echtheit<sup>60</sup>. Die „Times“ meinte indes hintergründig, das Ereignis sei „ebenso wichtig wie der Reichstagsbrand“. Überhaupt waren die Vermutungen breit gefächert. Die meisten Artikel wiesen auf den merkwürdigen Umstand hin, daß die Veröffentlichung des Testaments unmittelbar vor der Volksabstimmung erfolgt sei, damit die Wähler für Hitler stimmten.

Am 16. August publizierte das Deutsche Nachrichtenbüro eine Erklärung Papens, in der er von „der nationalen Trauer um Deutschlands heimgegangenen Eckehardt“ sprach und gleichzeitig erwähnte, daß „die uns feindliche Umwelt oft sich in rätselhaften Vermutungen über ein politisches Testament Hindenburgs ergangen“ habe, „dessen Veröffentlichung der Nationalsozialismus wahrscheinlich niemals zulassen

<sup>58</sup> So Fritz Günther von Tschirschky in einem Gespräch mit Helmut Krausnick am 3. 10. 1954 in München, S. 10 der Niederschrift, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschriftum Nr. 568/1.

<sup>59</sup> Vgl. Anm. 37. Das Testament ist abgedruckt bei Hubatsch, Hindenburg, S. 380–383.

<sup>60</sup> Vgl. Berner Tagblatt vom 16. 8. 1934; Le Journal Derrière (Paris) vom 16. 8. 1934; The Times vom 16. 8. 1934; Le Journal vom 18. 8. 1934; Luxemburger Wort vom 18./19. 8. 1934, in: BAK, ZSg 117/866, ehem. Hauptarchiv der NSDAP. Um den Fälschungsvorwurf auszuräumen, befahl Reichswehrminister Generaloberst Werner von Blomberg am 13. 9. 1934, Rittmeister von der Schulenburg, der sich im Kurlazarett Reichenhall befand, „protokollarisch zu vernehmen über die Abfassung, Niederschrift und Veröffentlichung des Testaments des verewigten Generalfeldmarschalls von Hindenburg“, in: BA-MA, RH 1/v. 13 a, fol. 106'. Im selben Monat fand die Vernehmung durch den obersten Richter des Wehrkreises VII, München, statt. Anwesend war auch Oberst Ludwig Kübler, der Chef des Stabes. Schulenburg bestätigte die Echtheit des politischen Testaments. Ob die Reichsregierung daraufhin den Versuch unternahm, die Fälschungsgerichte zu widerlegen, ist nicht bekannt; Belege ließen sich nicht finden. Auch das Vernehmungsprotokoll vom September 1934 konnte trotz eingehender Recherchen nicht ermittelt werden.

würde“. Er selbst, so Papen stolz, habe das Testament Hitler übergeben, und es gebe „keine bessere Widerlegung der genannten Verdächtigungen und keinen schlüssigeren Beweis für die Loyalität, mit der der Führer die Erbschaft des verewigten Feldmarschalls zu übernehmen gelobt hat, als die Tatsache, daß er auch nicht einen Augenblick gezögert hat, das historische Dokument der Öffentlichkeit zu übergeben“. Der wesentliche Inhalt des Vermächtnisses sei Hindenburgs Wunsch, die von ihm erstrebte und vom Reichskanzler am 30. Januar 1933 „verwirklichte Einigung des gesamten deutschen Volkes innerlich mehr und mehr gefestigt zu sehen“. Diese Einheit, so Papen aus dem Testament zitierend, führe Deutschland der „Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes“ zu. Dies sei „auch der einzige Wunsch Adolf Hitlers“. Ferner mahnte Papen: „Wir können daher in dieser Stunde nicht besser das Vermächtnis des geliebten Feldmarschalls erfüllen, als uns eng und unverbrüchlich um den Führer zu scharen.“ Und abschließend stellte Papen fest: „Nur die aus dem freien Willen des Volkes geborene Einheit der Nation in Führung und Gefolgschaft wird uns befähigen, die Schwierigkeiten der Zeit zu überwinden, um stärker als Garant des Friedens unserer geschichtlichen und kulturellen Mission gerecht zu werden.“<sup>61</sup> Diese Aussage ist, wenn auch in anderen Worten, ebenfalls im politischen Testament enthalten.

Weshalb schwieg Papen in den ersten Augusttagen? Weshalb brach er sein Schweigen wenige Tage vor der Volksabstimmung? Und weshalb erwähnte er den persönlichen Brief mit keiner Silbe? Stichhaltige Belege gibt es nicht, aber das Verhalten Papens ist ein weiterer Hinweis darauf, daß zwischen Hitler, Papen und Oskar von Hindenburg eine Absprache bestand, das Testament erst wenige Tage vor der Volksabstimmung zu veröffentlichen und dabei den Sachverhalt so darzustellen, daß Hitler davon profitierte. Dieser hatte am 14. August nach Lektüre der beiden Schreiben festgestellt, was er bereits wußte, daß Hindenburg ihn nicht zu seinem Nachfolger berufen hatte. Es war ein Testament gegen Hitler als Staatsoberhaupt, und er mußte bestrebt sein, diesen Inhalt in das Gegenteil zu verkehren. Keiner war dafür besser geeignet als Papen, der deshalb den Auftrag erhielt, eine Presseerklärung auszuarbeiten, um dem deutschen Volk einzureden, der verstorbene Reichspräsident wünsche Hitler als seinen Nachfolger.

Doch Hitler und Papen wollten, so ist zu vermuten, ganz sicher gehen und bauten noch eine letzte Sicherung ein. Hier kam erneut Oskar von Hindenburg ins Spiel, der sich ebenfalls zum willfährigen Wahlhelfer machte. Wenige Tage vor dem 18. August erhielt er den Entwurf einer Ansprache, die im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ausgearbeitet worden war. Da sie ihm nicht gefiel, schrieb er selbst eine Rede, die er am 18. August im Rundfunk verlas<sup>62</sup>. Am Tage zuvor war in

<sup>61</sup> Zit. nach dem maschinenschriftlichen Konzept „Erklärung [Presse-notiz] des Vizekanzlers a. D. von Papen am 16. August 1934“, in: BAK, Akten der Reichskanzlei R 43 I/581, fol. 168<sup>v</sup>. Wie aus dem Stempel hervorgeht, besaß Hitler davon Kenntnis und war mit der Veröffentlichung einverstanden.

<sup>62</sup> Der Wortlaut der Rede ist abgedruckt in: Herbert Michaelis/Ernst Schraepfer (Hrsg. und Bearb.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuord-

der Pressekonferenz des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda angeordnet worden, Hindenburgs Ansprache müsse „unter allen Umständen noch vor der Wahl, also bis spätestens in den Sonntag-Morgenblättern veröffentlicht werden“; auch empfahl die Konferenz „eine gute Aufmachung“<sup>63</sup>.

Hindenburg erwähnte das Testament seines Vaters mit keinem Wort. Vielmehr stellte er eine Behauptung auf, für die jeder Beleg fehlt: „Mein nunmehr verewigter Vater selbst hat in Adolf Hitler seinen unmittelbaren Nachfolger als Oberhaupt des Deutschen Reiches gesehen.“ Er „handle daher im Sinne meines Vaters“, wenn er alle deutschen Frauen und Männer auffordere, bei der Volksbefragung am 19. August dem Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August zuzustimmen.

Am 19. August 1934 gingen 95,71 Prozent von 45 550 402 Stimmberechtigten zur Volksabstimmung. Davon stimmten mit Ja – für Hitler – 38 394 479; die Nein-Stimmen betragen 4 301 429, und 873 787 Stimmen wurden als ungültig bezeichnet. Hitler konnte sich nun, besonders dem Ausland gegenüber, darauf berufen, von fast neunzig Prozent des deutschen Volkes sein Mandat als Staatsoberhaupt, „Führer und Reichskanzler“, erhalten zu haben.

---

nung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 10: Das Dritte Reich. Die Errichtung des Führerstaates. Die Abwendung von dem System der kollektiven Sicherheit, Berlin [1966], S. 277.

<sup>63</sup> Mitschriften von „Bestellungen“ und „Vertraulichen Informationen“ der Pressekonferenz des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda vom 17. 8. 1934, Anweisung Nr. 662, in: BAK, ZSg 101/4, Sammlung Brammer, fol. 62<sup>r</sup>.

JEAN SOLCHANY

VOM ANTIMODERNISMUS ZUM  
ANTITOTALITARISMUS

KONSERVATIVE INTERPRETATIONEN DES  
NATIONALSOZIALISMUS IN DEUTSCHLAND  
1945–1949

Vor dem Hintergrund des Historikerstreits und nach dem Fall der Mauer haben sich die deutschen Intellektuellen in den letzten Jahren mehr denn je der Frage zugewendet, in welcher Weise die Deutschen nach 1945 mit ihrer Vergangenheit umgegangen sind<sup>1</sup>. Den Schwerpunkt der Auseinandersetzung bildete dabei das heikle Problem der „Vergangenheitsbewältigung“, ohne daß sich in der umfangreichen Literatur ein übereinstimmendes Ergebnis abgezeichnet hätte. Gegensätzliche Thesen über Verdrängung einerseits oder exzessive Selbstgeißelung<sup>2</sup> andererseits offenbaren nicht nur die Vielfalt der angebotenen Interpretationen, sondern auch den emotionalen Charakter der Auseinandersetzungen. Trotz der unbestreitbaren Verdienste zahlreicher Studien scheinen Untersuchungen zur „Vergangenheitsbewältigung“ noch viel zu häufig die Form eines Prozesses anzunehmen: Entweder beschuldigt man die Deutschen, die Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit zurückgewiesen zu haben, oder aber man bemüht sich um eine Entlastung von allen vorgebrachten Anschuldigungen, um eine als beispielhaft angesehene Vergangenheitsbewältigung gewissermaßen zu glorifizieren.

Doch die Vielschichtigkeit kollektiver Erinnerung erfordert es, allzu polemischen Erklärungen zu mißtrauen, und zwingt zu größter methodischer Umsicht. Die Quel-

<sup>1</sup> Als Einführung in die Auseinandersetzungen vgl. die Zusammenfassung von Peter Dudek, „Vergangenheitsbewältigung“. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2 (1992), S. 44–53, sowie die ältere, aber ebenso ausgewogene Synthese von Peter Graf Kielmansegg, *Länge Schatten. Der schwierige Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit*, Berlin 1989. Vgl. auch die um eine vergleichende Betrachtungsweise bemühten Studien über die beiden „Vergangenheitsbewältigungen“ in den Jahren 1945 und 1989 von Christa Hoffmann, *Stunden Null? Vergangenheitsbewältigung in Deutschland 1945 und 1989*, Bonn/Berlin 1992, und Klaus Sühl, *Vergangenheitsbewältigung 1945 und 1989. Ein unmöglicher Vergleich?*, Berlin 1992. Zu den neuesten Veröffentlichungen vgl. Jürgen Danyel (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995.

<sup>2</sup> Vgl. Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*, Hamburg 1987, und Manfred Kittel, *Die Legende von der „Zweiten Schuld“*. *Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer*, Frankfurt a. M., 1993. Zu den fünfziger Jahren vgl. auch das Werk von Ulrich Brochhagen, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994, in dem er den von Manfred Kittel vertretenen Thesen widerspricht.



len, die dem Historiker zur Verfügung stehen, sind in der Tat vielfältig. Wenn man nur die schriftlichen Zeugnisse berücksichtigt, ist ihre Vielfalt – angefangen von wissenschaftlichen Studien bis hin zu Meinungsumfragen – schon beeindruckend. Ihre Auswertung ist jedoch schwierig, wenn der Anspruch erhoben wird, mit einem gewissen Grad an Genauigkeit nachzuzeichnen, in welcher Weise die eigene Vergangenheit rückblickend wahrgenommen wurde, ein Vorgang, der erhebliche Rückwirkungen auf die Ausformung der jeweiligen politischen Kultur ausübt. Die Berücksichtigung der wissenschaftlichen Literatur zum Nationalsozialismus ermöglicht zwar die Analyse eines zusammenhängenden historischen Diskurses, begrenzt aber die Untersuchung auf einen äußerst eingeschränkten Personenkreis. Auf der anderen Seite kann der Rückgriff auf Meinungsumfragen die Gesamtheit der Bevölkerung erfassen, doch informieren diese kaum oder zumindest nur in höchst unvollständiger Weise über die im Nachkriegsdeutschland verbreiteten Ansichten zum Nationalsozialismus. Zudem können Umfragen und die Suggestivität der Prozentzahlen zu Verallgemeinerungen verleiten, obwohl der Umgang mit der Vergangenheit unterschiedlich gehandhabt wurde und die ideologische, berufliche und generationsbedingte Vielschichtigkeit der deutschen Gesellschaft widerspiegelt.

Diese Schwierigkeiten, die durch die Beschäftigung mit dem kollektiven Gedächtnis aufgeworfen werden, führen dazu, Fallstudien den Vorzug zu geben gegenüber allgemein gehaltenen Betrachtungen, die gelegentlich in die Irre zu führen drohen. Die Geschichte der Erinnerung an den Nationalsozialismus, ihrer Aneignung, Vielfalt und Entwicklung, erfordert vertiefte Analysen verhältnismäßig begrenzter Forschungsbereiche. Einzig eine Vielzahl solcher Fallstudien wird eine nüchterne Bilanz der Vergangenheitsbewältigung ermöglichen, die Klischees ebenso entgeht wie Emotionen. Indessen sind entsprechende Forschungen zu diesem höchst sensiblen Thema selten. Insbesondere sind die vielen Untersuchungen zum Nationalsozialismus, die in Deutschland bereits kurz nach Kriegsende erstellt wurden, lange vernachlässigt worden, obwohl die Fülle der verfügbaren Quellen ein aufschlußreiches Eintauchen in die historische Vorstellungswelt der deutschen Eliten ermöglicht, jenseits der Erzeugnisse der Fachhistoriker<sup>3</sup>.

<sup>3</sup> Zu dieser Frage vgl. die mit einer umfassenderen Bibliographie versehene Dissertation des Autors, *Comprendre le nazisme dans l'Allemagne des années zero. La réflexion sur le national-socialisme dans l'Allemagne de l'immédiat après-guerre (1945-1949)*, Straßburg 1994. Eine leicht veränderte Fassung dieser Arbeit erscheint demnächst bei „Presses Universitaires de France“, eine Zusammenfassung findet man in dem Aufsatz „Y-a-t-il eu ‚maîtrise du passé‘ dans l'Allemagne des années zero?“, in: *Liber. Revue internationale des livres* 18 (1994), S. 12-13. Vgl. auch Barbro Eberan, *Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? . . . ? . . . ? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945-1949*, München <sup>2</sup>1985, und Wolfgang Wippermann, „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“? Zur Interpretationsgeschichte des Dritten Reiches im Nachkriegsdeutschland, in: Horst Denkler/Karl Prümml (Hrsg.), *Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen*, Stuttgart 1976, S. 9-43.

*Die frühesten Überlegungen*

In einem Land, das sich mit einem politischen und moralischen Trauma ersten Ranges konfrontiert sah, haben Drucksachen und Artikel zur deutschen Geschichte oder zum Nationalsozialismus das Denken zahlreicher Deutscher geprägt, die durch die Niederlage verunsichert waren und sich auf die Suche nach neuen identitätsstiftenden Bezugsgrößen begeben hatten. Von den konservativen Revolutionären bis hin zu den Kommunisten hat sich die Gesamtheit der Intellektuellen über das Krankenlager eines kraftlosen Deutschland gebeugt, um die Ursachen der Katastrophe, die Deutschland erschüttert hatte, offenzulegen. Sicherlich erreichten diese ersten politisch-historischen Betrachtungen über den Nationalsozialismus nur besonders gebildete Bevölkerungsschichten, aber aufgrund der Besonderheiten der Verlagslandschaft in der deutschen Nachkriegszeit, zumindest bis zur Währungsreform 1948, darf man ihre Verbreitung und Wirkung nicht unterschätzen. Die kulturpolitischen Zeitschriften, die als Sinnbilder der unmittelbaren Nachkriegszeit gelten können, erreichten häufig beachtliche Auflagen, die sich zwischen 30 000 und 200 000 Exemplaren einer Ausgabe bewegten. In Anbetracht der Tatsache, daß diese Veröffentlichungen gewöhnlich auf ein äußerst begrenztes Publikum beschränkt blieben, sind diese Auflagenstärken ausgesprochen außergewöhnlich<sup>4</sup>. Dasselbe gilt für die Werke einiger führender Intellektueller in der unmittelbaren Nachkriegszeit: „Der Irrweg einer Nation“ von Alexander Abusch erreichte eine Auflage von 80 000 Exemplaren<sup>5</sup>; die Schriften des Historikers Friedrich Meinecke oder des Nationalökonomens Wilhelm Röpke wurden ebenfalls mehrfach aufgelegt<sup>6</sup>. Zudem erleichterten die zahlreichen

<sup>4</sup> Für genaue Informationen über die Auflagenstärke verschiedener Zeitschriften siehe Ingrid Laurien/Iris Vielberg (Hrsg.), Politisch-kulturelle Zeitschriften in den deutschen Besatzungszonen 1945–1949. Eine Sammlung bibliographischer Daten, Göttingen 1986. Unter den Arbeiten, die den Zeitschriften der Besatzungszeit gewidmet sind, vgl. vor allem die zusammenfassenden Untersuchungen von Doris von der Brélie-Lewien, Katholische Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Göttingen 1986, und Ingrid Laurien, Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit, Frankfurt a. M. 1991. Zur Publikation von Büchern und Drucksachen in den Jahren nach dem Krieg siehe die ausgesprochen wertvolle Dokumentation von Christoph Cobet, Deutschlands Erneuerung 1945–1950. Bio-Bibliographische Dokumentation mit 443 Texten, Frankfurt a. M. 1985.

<sup>5</sup> Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte, Berlin 1946.

<sup>6</sup> Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, und Wilhelm Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach/Zürich 1945. Erwähnenswert sind auch einige weniger bekannte Autoren, deren Werke ebenfalls verhältnismäßig hohe Auflagen erreichten: Fritz Harzendorf, So kam es. Der deutsche Irrweg von Bismarck bis Hitler, Konstanz 1946 (50 000 Exemplare); Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung, Stuttgart 1947 (50 000 Exemplare); Wolfram von Hanstein, Von Luther bis Hitler. Ein wichtiger Abriss deutscher Geschichte, Dresden 1946 (30 000 Exemplare);

Rezensionen, die in Zeitschriften veröffentlicht wurden, die weite Verbreitung der zentralen Thesen von Werken mit geringerer Auflagenstärke.

Diese Blütezeit von Zeitschriften und Büchern auf hohem intellektuellem Niveau, die auf einem freien Markt zweifelsohne niemals eine derartige Bekanntheit erreicht hätten, wurde durch die alliierte Pressekontrolle begünstigt. Zumindest in den westlichen Besatzungszonen entstand dadurch unbestreitbar eine umfassende Auseinandersetzung über die Ursachen und das Wesen des Nationalsozialismus. Indem sie das kollektive Nachdenken über den Nationalsozialismus initiierte, bildete diese ganz unmittelbare Reflexion vielleicht den wichtigsten Ausdruck einer grundsätzlichen Selbstbesinnung der deutschen Intellektuellen nach 1945. Zwar bezeugen zahlreiche Hinweise eine tiefgreifende Kontinuität in der Art und Weise, wie über Geschichte nachgedacht wurde. Im wesentlichen gingen die Überlegungen der unmittelbaren Nachkriegszeit aus der Bereitstellung eines Grundbestandes an Bildern und Vorstellungen hervor, die seit Jahrzehnten die historischen Anschauungen der Publizisten und Hochschullehrer geprägt hatten. Unmittelbar nach 1945 ließ so die dringende Notwendigkeit des Nachdenkens tief verwurzelte historische Stereotypen wiederaufleben. Über diese Kontinuitäten hinaus läßt der historische Diskurs der „Stunde Null“ jedoch auch einen tatsächlichen Wandel in der Wahrnehmung der Vergangenheit erkennen. Hier verschränkte sich die Kurzfristigkeit der Ereignisse mit der langen Dauer des historischen Gedächtnisses. Der durch die Niederlage bedingte Schock, dessen Auswirkungen sich direkt bis auf die Gründung der beiden deutschen Staaten erstreckte, bildete im übrigen das ideale Beispiel für ein einschneidendes Ereignis, das seinerseits ein neuartiges Bewußtsein hervorbringt. Wenn auch hier nicht der Ort ist, um den Wert kollektiver Psychoanalysen zu ermitteln, so scheint es doch, daß die so häufig erwähnte These von der verdrängten Vergangenheit die Komplexität und Vielfalt dieser historischen Betrachtungen zu sehr verkürzt. Denn sie haben zu einem nicht unwesentlichen Teil zur Demokratisierung der politischen Kultur in Deutschland ebenso beigetragen wie zur dauerhaften Verwerfung rassistischer, nationalistischer und diktatorischer Ideologien. In dieser Hinsicht sind die konservativen Analysen des Nationalsozialismus äußerst aufschlußreich.

*Die konservativen Intellektuellen gegenüber dem Nationalsozialismus: auf unterschiedlichen Wegen zu übereinstimmenden Analysen*

Die Bedeutung dieser Überlegungen, die einen Wandel der ideologischen Grundlagen des deutschen Konservatismus nach 1945 bezeugen, ist in der Tat kaum zu überschätzen. In der vertieften Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entwickelten die konservativen Intellektuellen eine neue historische Perspektive, wobei ein Paradigmenwechsel vom – bis dahin weithin dominierenden – antidemokrati-

---

Carl Hermann Mueller-Graaf, Irrweg und Umkehr. Betrachtungen über das Schicksal Deutschlands, Basel 1946 (20000 Exemplare).

schen Nationalismus zur antitotalitären Demokratie vollzogen wurde. Oder anders gesagt: Ihre Interpretationen des Nationalsozialismus haben zum Demokratisierungsprozeß des Konservativismus im Nachkriegsdeutschland beigetragen. Diese Feststellung mag insofern überraschend, ja sogar paradox wirken, als nach 1945 zur Erklärung des Nationalsozialismus auf völlig traditionelle, antimodernistische Argumentationen zurückgegriffen wurde und keineswegs innovative Konzepte entwickelt wurden. Im folgenden wird also zu zeigen sein, wie die konservativen Schriften über den Nationalsozialismus als Anzeichen einer zwar zögerlichen, aber unleugbaren Demokratisierung des deutschen Konservativismus nach 1945 gedeutet werden können. Bevor diese These weiter ausgeführt wird, muß jedoch betont werden, daß im folgenden sehr unterschiedliche Autoren als „konservativ“ bezeichnet werden.

In mehrfacher Hinsicht unterscheiden sich die hier behandelten, mehr oder weniger gut bekannten Intellektuellen vor 1945 sowohl in ihrem beruflichen Werdegang als auch in ihrer Weltanschauung. So bildeten die Universitätshistoriker wie Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter oder Siegfried A. Kaehler nur eine Minderheit unter jenen Konservativen, die sich nach Kriegsende mit dem Wesen des Nationalsozialismus auseinandersetzten. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Volkswirtschaftler wie Constantin von Dietze, Alfred Müller-Armack oder Wilhelm Röpke, hohe Beamte oder Freiberufler wie zum Beispiel Otto Heinrich von der Gablentz, Carl Hermann Mueller-Graaf oder Hermann Kapphan, Theologen wie der evangelische Walter Künneth oder der katholische Alois Winkelhofer. Nicht weniger wichtig sind schließlich die zahlreichen konservativen Publizisten, von denen hier vor allem Rudolf Pechel, Walter Hagemann, Paul Rohrbach und Eugen Gürster namentlich erwähnt werden sollen. Von einer einheitlichen Reaktion auf die Errichtung des nationalsozialistischen Regimes waren sie weit entfernt: Zu unterschiedlich waren die beruflichen Laufbahnen sowie die politischen und weltanschaulichen Ansichten.

Wilhelm Röpke war 1933 vor allem ein engagierter Hochschullehrer, der schon seit langem seiner völligen Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie Ausdruck verliehen hatte. Er entschied sich deshalb sehr schnell dafür, ins Exil zu gehen, zunächst nach Istanbul, später dann nach Genf. Auch Eugen Gürster war bereits als ein unbeirrbarer Gegner des Nationalsozialismus hervorgetreten, als er im März 1933 von seinen Aufgaben als Chefdramaturg des Darmstädter Landestheaters zurücktrat, um in die Schweiz zu emigrieren. Im Gegensatz dazu haben sich andere Intellektuelle, die ebenfalls nach 1945 durch Schriften zur deutschen Geschichte auf sich aufmerksam machen sollten, zumindest anfangs den neuen nationalsozialistischen Machthabern gegenüber weniger eindeutig verhalten. So machte sich Rudolf Pechel Illusionen über das Wesen des Nationalsozialismus und glaubte sogar, in der Regierung Hitlers die Verwirklichung seiner eigenen politischen Wunschorstellungen erfüllt zu sehen: „Das – im eigentlichen Sinne – konservativ-revolutionäre Prinzip, das den Führergedanken und die organische Gliederung des Volkes (...) beinhaltet, steht vor dem Siege“<sup>7</sup>, bekräftigte er im Oktober 1933. Nur wenige Monate zu-

<sup>7</sup> Rudolf Pechel, Die farbige Weltrevolution, in: Deutsche Rundschau 60 (1933), S. 18–23, Zitat S. 23.

vor hatte er seine Mitarbeit in Goebbels Propagandaministerium angeboten, um dem Einfluß der linken deutschen Exilzeitschrift „Die Weltbühne“ entgegenzuwirken<sup>8</sup>. Selbst ein so bekannter Historiker wie Gerhard Ritter zögerte nicht, den Tag von Potsdam als „Wendepunkt deutscher Geschichte“ zu bewerten: Er beschwor die „jugendlich-sieghafte Kraft“, mit der die revolutionäre Volksbewegung zum Angriff auf die „parlamentarischen Parteien“ übergehe<sup>9</sup>. Jenseits dieser verschiedenen Verhaltensweisen gegenüber dem NS-Regime unterschied sich ein liberaler Konservativer wie Wilhelm Röpke von einem klassischen Konservativen wie Gerhard Ritter oder einem Anhänger der Konservativen Revolution wie Rudolf Pechel in seiner Sicht auf Geschichte, Politik und Gesellschaft.

In den folgenden Jahren hat jedoch nur die Außenpolitik der Nationalsozialisten dauerhafte Zustimmung bei einem großen Teil der Konservativen hervorgerufen. Die Begeisterung Friedrich Meineckes während des Frankreichfeldzuges offenbart die beherrschende Kraft des Nationalismus selbst unter den gemäßigten Konservativen in Deutschland: „Freude, Bewunderung und Stolz auf dieses Heer müssen zunächst auch für mich dominieren. Und Straßburgs Wiedergewinnung! Wie sollte einem da das Herz nicht schlagen!“<sup>10</sup>

Allerdings dauerte die begeisterte Zustimmung zur Innenpolitik der Nationalsozialisten, die von einigen Konservativen an den Tag gelegt worden war, nur kurze Zeit und wurde von einem Schweigen abgelöst, das gleichbedeutend war mit tiefer Enttäuschung: Die Brutalität des neuen Regimes verletzte ebenso wie sein plebejischer Charakter das Feingefühl der konservativen Eliten, die sich in der Tat mit einem autoritären, weniger revolutionären, von der Reichswehr gestützten Regime zufriedengegeben hätten. Trotz einiger mehrdeutiger Stellungnahmen in der ersten Zeit trat der Theologe Walter Künneth niemals den Deutschen Christen bei und übte im Gegenteil nachdrückliche Kritik am Hauptwerk des Parteiideologen Alfred Rosenberg, dem „Mythus des 20. Jahrhunderts“<sup>11</sup>. Der Weg ins Exil war für eine Anzahl von Konservativen, wie beispielsweise den vom Nationalsozialismus enttäuschten

<sup>8</sup> Vgl. dazu Rosemarie von Knesebeck, Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“ 1946–1961. Zeitgeschichte im Spiegel einer konservativen politischen Zeitschrift. Eine Studie zur konservativen Publizistik nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1975, S.78.

<sup>9</sup> Gerhard Ritter, Hindenburg als historische Gestalt, in: Die Woche, 2. 8. 1934. Siehe auch ders., Wir erleben Geschichte, in: Berliner Lokal-Anzeiger, 14. 1. 1934. Über Gerhard Ritter und seine unmittelbare Reaktion auf die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten vgl. die ausführliche Einleitung von Klaus Schwabe/Rolf Reichhardt (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard am Rhein 1984.

<sup>10</sup> Aus einem Brief von Friedrich Meinecke an Siegfried A. Kaehler vom 4. 7. 1940, in: Ludwig Dehio/Peter Klassen (Hrsg.), Friedrich Meinecke. Ausgewählter Briefwechsel, Stuttgart 1962, S. 3. Siehe dazu Karen Schönwalder, Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Zur Auseinandersetzung der deutschen Historikerschaft mit Ideologie und Praxis der Außenpolitik des deutschen Reiches zwischen 1933 und 1945, Diss. Marburg 1990.

<sup>11</sup> Alfred Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts, München 1930; Walter Künneth, Antwort auf den Mythus, Berlin 1935. Das Werk Alfred Rosenbergs hatte auch innerhalb der katholischen Kirche heftigen Widerspruch hervorgerufen.

Hermann Rauschnig, eine mögliche Konsequenz. Andere wählten den Weg in die sogenannte innere Emigration. Einige traten sogar in eine mehr oder weniger offene Opposition zum Regime und wurden manchmal zu dessen Opfern. Durch die Ermordung seines Freundes Edgar Julius Jung während des „Röhm-Putsches“ brutal in die Wirklichkeit zurückgerufen, suchte Rudolf Pechel in der Deutschen Rundschau eine kritischere Tonart anzuschlagen: eine schwierige Aufgabe, die 1942 zu seiner Festnahme und Deportation in das Konzentrationslager Sachsenhausen führte, wo er bis zum Kriegsende inhaftiert blieb. Gerhard Ritter wurde seinerseits als Mitverschwörer des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 verdächtigt, von der Gestapo verhaftet und erst am 25. April 1945 freigelassen, in ein Berlin, in dem Weltuntergangsstimmung herrschte und das von der Roten Armee eingeschlossen war. Seit 1934/35 gingen bestimmte Konservative allmählich zum Nationalsozialismus auf Distanz und reagierten mit einem Rückzug aus dem politischen und intellektuellen Leben oder sogar mit Widerstand in seinen verschiedenen Ausprägungen. Diese mehr oder weniger deutliche Ablehnung hat das Nachdenken über das Wesen eines Regimes, das als verbrecherisch wahrgenommen wurde, ausgelöst. Die Schriften der unmittelbaren Nachkriegszeit stellen das ausformulierte Ergebnis dar.

Was Herangehensweise und Schlußfolgerungen betrifft, weisen die Schriften der Widerständler und der inneren Emigranten eine hohe Ähnlichkeit mit den gleichzeitigen Analysen derjenigen Intellektuellen auf, die, wie Eugen Gürster, Hermann Rauschnig oder Wilhelm Röpke, ins Exil in die Schweiz oder die USA gegangen waren. Nach 1945 verfaßten diejenigen, die zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft unterschiedliche, ja sogar abweichende Wege eingeschlagen hatten, weitgehend ähnliche Analysen des Nationalsozialismus. Diese Übereinstimmung ihrer Urteile macht es möglich, ein weites Spektrum an Überlegungen zum Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland zusammenfassend als konservativ zu bezeichnen. Die Definition des Konservatismus ist ganz bewußt weit gefaßt. Tatsächlich kann man von einem „konservativen Nebel“ sprechen, der so unterschiedliche Menschen wie Otto Heinrich von der Gablentz, Franz Albert Kramer, Rudolf Pechel und auch Wilhelm Röpke umschloß. Jenseits aller ideologischen und konfessionellen Gräben entwickelten Liberal- und Sozialkonservative die gleiche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung, die zutiefst durch die noch frische Erfahrung mit dem Nationalsozialismus gekennzeichnet war. Im folgenden geht es daher weniger darum, die feinen Unterschiede zwischen einzelnen Autoren und Werken zu betonen, als vielmehr die sehr starken Übereinstimmungen in der konservativen Sicht auf den Nationalsozialismus und auf die Geschichte herauszuarbeiten.

Auch wenn die Mehrheit der Konservativen die Konzeption des deutschen Irrwegs – im Ausland und unter den „progressiven“ Publizisten in Deutschland die vorherrschende Auffassung – teilweise bejahte, vertraten sie die Meinung, daß die Theorie vom Sonderweg keine zufriedenstellende Erklärung war: Man beschuldigte sie einer verengten Wahrnehmung der Katastrophe, die es weniger in ihrer schrecklichen Einmaligkeit als vielmehr in ihrer dramatischen Beispielhaftigkeit zu analysieren gelte. Hermann Rauschnig zufolge gab es keinen Zweifel daran, daß die jüngste

Geschichte Deutschlands keinen Einzelfall darstellte, sondern vielmehr ein typisches Beispiel<sup>12</sup>. Rudolf Pechel betrachtete ebenfalls die Beschäftigung mit dem deutschen Problem als eine Fallstudie für die politische, soziale und kulturelle Krise des gesamten abendländischen Kulturkreises<sup>13</sup>. Begriffe wie „Krankheit“, „Pest“ oder „Krise“ charakterisieren die Interpretationsmuster, in deren Zentrum die Kritik an den Auswüchsen der Moderne steht, gekennzeichnet durch „Vermassung“ und „Säkularisation“. Es soll nun gezeigt werden, wie diese Topoi eines typisch konservativen Antimodernismus für eine nachdrückliche Kritik am Nationalsozialismus eingesetzt worden sind.

### *Der Nationalsozialismus: Stigma der „Vermassung“*

Die Konservativen erwähnten das Einbrechen der Massen in die Geschichte mit Abscheu: Die Vermassung wurde einstimmig als das wesentliche Zivilisationsmerkmal im letzten Jahrhundert der europäischen Geschichte angesehen. Der Publizist Hans Windisch kritisierte die durch die Industrialisierung verursachte Zusammenballung der Bevölkerung<sup>14</sup>. In dieser Perspektive erschien die Großstadt als ein häßlicher Auswuchs der Moderne. Gerhard Nebel etwa beschrieb sie als ein künstliches, von allen elementaren Naturkräften abgeschnittenes Konglomerat: „Die Glocke von stinkenden Kohlen- und Schwefelgasen, von Ruß, Qualm und Staub und die Haube aus dem fauligen Geruch von schlechter Gärung, verrottetem Mauerwerk, Lumpen, Kot und Urin, welche die Massen jahraus, jahrein bedecken, sperren nicht nur die erneuernden Wogen des Luftozeans aus, sondern lassen auch nur wenige Strahlen der Sonne, des Leben erweckenden Titans, hereindringen, und zu dem Verzicht auf Feuer und Luft tritt der auf die unmittelbare Berührung mit der Erde, die durch künstliche Platten, Röhren und Kanäle vom Menschen abgetrennt und gleichsam in die Unterwelt verbannt wurde. Aber nicht nur die Abwesenheit des Elementaren kennzeichnet das zusammengepferchte Zusammendasein, sondern in eins damit der

<sup>12</sup> Vgl. Hermann Rauschnig, *Time of Delirium*, New York/London 1946; ders., *Zeit des Deliriums*, Zürich 1947.

<sup>13</sup> Rudolf Pechel, *Deutschenspiegel*, Berlin 1946, S.47. Die Metapher der Krankheit ist nach dem Krieg äußerst gebräuchlich, siehe auch Thomas Aich, *Massenmensch und Massenwahn. Zur Psychologie des Kollektivismus*, München 1947, S.6; Wilhelm Hoffmann, *Nach der Katastrophe*, Tübingen 1946, S.10; Franz Joseph Hylander, *Universalismus und Föderalismus als Erbe und Aufgabe des christlichen Abendlandes und des deutschen Volkes*, München 1946, S.6; Röpke, *Die deutsche Frage*, S.9; Gerd Tellenbach, *Die deutsche Not als Schuld und Schicksal*, Stuttgart 1947, S.57 und Hans Windisch, *Führer und Verführte. Eine Analyse deutschen Schicksals*, Seebruck am Chiemsee 1946, S.86.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda, S.71; Zur Kritik an der Industrialisierung und ihrem beschleunigten Rhythmus siehe auch Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, S.20f.; Mueller-Graaf, *Irrweg und Umkehr*, S.42; Röpke, *Die deutsche Frage*, S.225–228; Adam Stegerwald, *Wo stehen wir?*, Würzburg 1946, S.11. Zum Bevölkerungswachstum in Europa siehe Aich, *Massenmensch und Massenwahn*, S.10; Robert Ingrim, *Von Talleyrand zu Molotoff. Die Auflösung Europas*, Stuttgart 1951, S.57–62; Meinecke, *Die deutsche Katastrophe*, S.11, 17; Gerhard Nebel, *Tyrannis und Freiheit*, Düsseldorf 1947, S.24.

Mangel des Friedens, den rauschende Wälder und bunte Wiesen, den die im schweren Golde leuchtenden Weizenfluren und die ihre Daseinslust in einem weißen Triumphgeschrei entladenden Obsthaine, kurz, den Pan und Demeter dem unruhigen Menschenherzen schenkten.“<sup>15</sup> Als Objekt einer grundlegend pessimistischen Kulturkritik wird die industrielle Revolution weniger um ihrer selbst willen studiert, als vielmehr in ihren geistigen und psychologischen Auswirkungen auf die Menschheit.

Das Paradigma der Vermassung reduzierte somit die äußerst komplexen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen auf die Entwurzelung, Nivellierung und Verrohung der Völker, die bis dahin in ein festes Netz von Normen und Traditionen eingebunden waren. Carl Hermann Mueller-Graaf beklagte, daß „Millionen von Menschen aus den Bindungen eines natürlichen Lebens gelöst“ und aus „warmen und schützenden menschlichen Zusammenhängen herausgerissen wurden“<sup>16</sup>. Die wirtschaftliche Entwicklung habe einen Bruch mit den altüberlieferten Bindungen der Gemeinschaft herbeigeführt und dadurch einen tiefgreifenden Prozeß der „gesellschaftlichen Zersetzung“ bewirkt<sup>17</sup>. Durch diese Auflösung des Gemeinschaftslebens sei also die „Masse“ entstanden, eine beunruhigende Verwandlung der Menschheit in eine Ansammlung entpersonalisierter Individuen, eigenen Gesetzen folgend, deren genaue Kenntnis zum Verständnis moderner Gesellschaften unabdingbar sei. In vieler Hinsicht gleichen diese konservativen Schriften über den Nationalsozialismus einer Soziologie und Psychologie der Massen<sup>18</sup>.

Nach 1945 prangerten die Konservativen das politische Verhalten der modernen Massen an, das als von Grund auf krankhaft angesehen wurde. Zu eigenständigen Urteilen nicht fähig, seien die Massen dem verderblichen Einfluß von Demagogen ausgeliefert. Der Erfolg der Nationalsozialisten wurde somit als Machtergreifung der Massen interpretiert. Die NSDAP erschien dabei als vollkommene Verkörperung einer neuen politischen Organisation, der Massenpartei, jener bevorzugten Form des modernen politischen Kampfes<sup>19</sup>. Hinter der Maske der nationalsozialistischen Propaganda verbargen sich demzufolge in Wirklichkeit die Wunschkonstruktionen der

<sup>15</sup> Ebenda, S. 46 f.; siehe auch Hoffmann, *Nach der Katastrophe*, S. 75; Ingram, *Von Talleyrand zu Molotoff*, S. 12; Alfred Müller-Armack, *Das Jahrhundert ohne Gott. Zur Kulturosoziologie unserer Zeit*, Münster 1948, S. 135; Alexander Rüstow, *Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem*, Istanbul 1945, S. 71.

<sup>16</sup> Mueller-Graaf, *Irrweg und Umkehr*, S. 94; siehe auch Alfred Müller-Armack, *Diagnose unserer Gegenwart. Zur Bestimmung unseres geistesgeschichtlichen Standorts*, Gütersloh 1949, S. 258–262; Wilhelm Röpke, *Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*, Erlenbach/Zürich 1944, S. 243 f.

<sup>17</sup> Aich, *Massenmensch und Massenwahn*, S. 25.

<sup>18</sup> Zur Anklage der Massen und der dadurch ausgelösten Desintegration der Persönlichkeit vgl. ebenda, S. 12; Hermann Kapphan, *Wo liegt Deutschlands Zukunft? Vom Sinn der Katastrophe*, Seebuck am Chiemsee, 1947, S. 38; Windisch, *Führer und Verführte*, S. 70, 77 f.; Alois Winkelhofer, *Die abendländische Schuld und ihre Auswirkung in der Gegenwart*, Stuttgart 1947, S. 54.

<sup>19</sup> Vgl. Georg Schulz, *In der Zange des Schicksals. Ein Beitrag zur Klärung der deutschen Lage*, Hamburg 1946, S. 12.



Massen. Aus diesem Grund hätten die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme die Gesellschaft durch „Gleichschaltung“ zu nivellieren versucht, was der Rechtsanwalt Hermann Kapphan sehr aufschlußreich formulierte: „Die ganze Nation wurde ‚gleichgeschaltet‘, d.h. bewußt und systematisch zur Masse gemacht.“<sup>20</sup> Die Errichtung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sei also in der Eingliederung aller Individuen in die Massenorganisation der Partei zum Ausdruck gekommen<sup>21</sup>. Der Politologe Otto Heinrich von der Gablentz sprach vielen Konservativen aus der Seele, wenn er den Betrug des Nationalsozialismus anprangerte, der genau das gefördert hätte, was zu bekämpfen er versprochen hatte: die Vermassung. Für die Umsetzung dieser noch nie dagewesenen Vermassung aller Gesellschaftsschichten machten die konservativen Intellektuellen einerseits Robert Ley verantwortlich, der sich an die Arbeiter gewandt, andererseits Joseph Goebbels, der die gebildeten und intellektuellen Kreise der Bevölkerung angesprochen hatte<sup>22</sup>. Darüber hinaus forderten die konservativen Intellektuellen jedoch, sich nicht mit Erklärungen zufrieden zu geben, die sich zu ausschließlich auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sowie die Auswüchse der Moderne bezogen. Neben der Vermassung wurde die Säkularisierung als der zweite Vorgang angesehen, der die Verbreitung des Nationalsozialismus in Deutschland zu erklären in der Lage war.

#### *Der Nationalsozialismus als Produkt der Säkularisierung*

So wesentlich die Feststellung der Vermassung auch sein mag, so ist sie doch in einen größeren Zusammenhang eingebunden, den einer umfassenden Säkularisierung, die als Folge der schrecklichen geistigen Krise der modernen Welt seit dem Aufkommen von Dampfmaschine und Verstärkerung gilt. „Die Vermassung ist in erster Linie das Korrelat der seelischen Säkularisation, nicht der Technisierung“, bekräftigt Alfred Müller-Armack, einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft<sup>23</sup>. Auch wenn der Primat des Geistes gegenüber dem Materiellen nicht immer ausdrücklich erwähnt wird, stellt er doch die Leitidee im Denken aller konservativen Theoretiker dar, so sehr ist er wesentlicher Bestandteil der konservativen Identität. Unter diesem Blickwinkel bilden der Verlust des Glaubens und die Abwendung von Gott den eigentlichen Auslöser für die deutsche Katastrophe.

Die Verzweiflung der dechristianisierten Massen, die sich schmerzhaft der geistigen Leere ihrer Existenz bewußt sind, wird somit ebenfalls zum Untersuchungsgegenstand der Konservativen. In einer Welt ohne erkennbare Normen, Werte und Au-

<sup>20</sup> Kapphan, *Wo liegt Deutschlands Zukunft?*, S. 88.

<sup>21</sup> Vgl. Aich, *Massenmensch und Massenwahn*, S. 83.

<sup>22</sup> Otto Heinrich von der Gablentz, *Geschichtliche Verantwortung. Zum christlichen Verständnis der deutschen Geschichte*, Stuttgart 1949, S. 151. Vgl. auch ders., *Um die „Idee“ des Nationalsozialismus*, in: *Deutsche Rundschau* 5 (1946), S. 100–104.

<sup>23</sup> Müller-Armack, *Diagnose unserer Gegenwart*, S. 261. Vgl. auch Walter Künneht, *Der große Abfall. Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum*, Hamburg 1947, S. 102.

toritäten sind die Massen auf der Suche nach Ersatzreligionen, die im Zuge der Dechristianisierung entstehen und die imstande sind, dem Leben wieder einen Sinn zu geben. Denn auch wenn der Mensch zwischen Glauben und Unglauben entscheiden kann, so ist es ihm doch nicht möglich, sich ganz auf die rein irdische Existenz zurückzuziehen und auf jegliche Transzendenz zu verzichten: „Seine Freiheit, Gott zu leugnen, erkaufte der Mensch mit dem Zwang, seine Welt mit Götzen und Gespenstern zu bevölkern.“<sup>24</sup> Mithin findet eine „Idolbildung“ statt, also die Übertragung von Eigenschaften, die gewöhnlich ausschließlich der göttlichen Sphäre zugeschrieben werden, auf eine weltliche Bezugsgröße<sup>25</sup>.

Von den konservativen Intellektuellen solcherart definiert, ist diese Ära der Idole durch eine tiefgreifende Unbeständigkeit gekennzeichnet. Denn die Enttäuschung der Massen, die in ihrem Verlangen nach Vollkommenheit und Glück ein neues Idol an die Stelle der gestürzten Gottheit gesetzt haben, sei unvermeidbar. So werde in einem zunehmend beschleunigten Rhythmus ein Idol durch das nächste ersetzt. Der Zusammenbruch der Wert- und Moralvorstellungen sei somit nur die Folge dieser permanenten Instabilität. Auf lange Sicht enthülle sich jedoch das Zerstörungspotential, das diesem ständigen Wechsel der Idole zu eigen sei. Die Ersatzreligionen würden von zunehmend groberem Zuschnitt und entfernten sich immer weiter von ihrem ursprünglichen Bezug auf das Geistige, um in einem zunehmend stärker ausgeprägten Materialismus zu versinken. Das Politische, das Wirtschaftliche und das Biologische stünden somit im Vordergrund. Und die Menschheit gehe am Ende dieser Entwicklung, nachdem ein Idol nach dem anderen abgewirtschaftet habe, in völligem Nihilismus unter.

Diese so kritisierten Idole seien in unterschiedlichen Formen aufgetreten: Der Nominalismus, dieses „Kind mittelalterlicher Aufklärung“, wurde von dem ultra-konservativen Katholiken Alois Winkelhofer genannt<sup>26</sup>. Aber auch der Humanismus der Renaissance, die Aufklärung, die „materialistischen“ Philosophien, der „Kult“ der Vernunft und des technischen Fortschritts oder sogar der moderne Roman wurden ebenfalls zur Zielscheibe zahlreicher Kritiker, wobei sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die politischen Konzepte der Pseudoreligionen richtete. Wurde der konservativ-christliche Liberalismus noch mit Nachsicht betrachtet, so galt dies nicht für die anderen Ideologien der Moderne. Dabei spielte es keine Rolle, ob es sich um eine bestimmte Spielart des Liberalismus handelte, der beschuldigt wurde, in Individualismus, „Psychologismus“ oder „Relativismus“ auszuarten<sup>27</sup>, um den „modernen, religiösen“ Nationalismus, der als „eine aggressive Massenidee“ bezeichnet wurde<sup>28</sup>,

<sup>24</sup> Müller-Armack, *Das Jahrhundert ohne Gott*, S. 54–65, Zitat S. 55.

<sup>25</sup> Zur „Idolbildung“ siehe auch Kapphan, *Wo liegt Deutschlands Zukunft?*, S. 66; Künneth, *Der große Abfall*, S. 24; Rauschnig, *Zeit des Deliriums*, S. 213–215.

<sup>26</sup> Winkelhofer, *Die abendländische Schuld*, S. 36–39.

<sup>27</sup> Wilhelm Röpke, *Das Kulturideal des Liberalismus*, Frankfurt a. M. 1947, S. 23.

<sup>28</sup> Eugen Gürster, *Volk im Dunkel. Die geistige Tragödie des deutschen Volkes*, Luzern 1946, S. 51; zur Kritik am modernen Nationalismus vgl. besonders Kapphan, *Wo liegt Deutschlands Zukunft?*, S. 31; Fritz Koberg, *Zur Dämonie des Nationalismus*, in: *Neues Abendland* 7 (1949), S. 210–212;

oder um den Marxismus: „Die Rolle des Marxismus als Religionsersatz ist unverkennbar, und so begegnen wir auch in ihm Ausdrucksformen der Kirche, wie etwa den Dogmen, der Bibel, der Orthodoxie oder der Zweiteilung der Menschen in Gläubige und Ungläubige.“<sup>29</sup>

Neben diesen ständig wiederholten Anklagen des Liberalismus, Nationalismus und Sozialismus beschuldigten die Konservativen vor allem den Nationalsozialismus, der nur in seiner Funktion als Ersatzreligion erklärbar zu sein scheint: „Die religiöse Rassenidee des Nationalsozialismus findet ihre Durchsetzung in der Imitation der missionarischen Tendenzen aller großen Weltreligionen. Auch dieser Tatbestand bestätigt die Erkenntnis, daß die tiefste Wurzel der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht politisch, sondern nur religiös zu verstehen ist.“<sup>30</sup> Zahlreiche Intellektuelle bemühten sich folglich, die geistigen Grundlagen des neuen Glaubens zu beschreiben und zu untersuchen. Sie wiesen insbesondere darauf hin, daß die Nationalsozialisten ihre „Machtergreifung“ nachgerade zu einer religiösen Offenbarung stilisiert hatten: Weit mehr als ein gewöhnlicher Vorsitzender einer Partei sei Adolf Hitler der Überbringer eines neuen Evangeliums gewesen, als Verkörperung der nordischen Seele und der erwählten Rasse. So habe er sich als mit allen Eigenschaften ausgestattet gesehen, die gewöhnlich göttlichen Wesen vorbehalten blieben: Weisheit, Macht, Unfehlbarkeit<sup>31</sup>. In den Augen des Publizisten Franz G. Grosse verstand sich die nationalsozialistische Pseudoreligion selbst als neue Dreifaltigkeit: Adolf Hitler als alleinige Gottheit verkörperte gleichzeitig Volk, Partei und Führer<sup>32</sup>. Thomas Aich sah in „Mein Kampf“ und dem Parteiprogramm der 25 Punkte die Bibel und den Katechismus der neuen Religion<sup>33</sup>. Nachdem die alten Gesetzestafeln von Nietzsche zerstört worden seien, hätten sich die nationalsozialistischen Ideologen mit der Schaffung eines neuen Dekalogs beschäftigt, in dem Mitleid und Nächstenliebe durch Härte und Rassenbewußtsein ersetzt wurden<sup>34</sup>. Denn der Glaube an die Rassereinheit mache das eigentliche Wesen der nationalsozialistischen Pseudoreligion aus, nur dieser Glaube allein eröffne der sündigen Menschheit eine wirkliche Heilsperspektive: „Der gesunde rassengebundene Mensch erlöst sich selbst kraft der Reinheit seines Blutes.“<sup>35</sup> Thomas Aich betonte, daß es sich bei dieser Rassenlehre jedoch auch um eine Prädestinationslehre handle, die zwischen Auserwählten und Verstoßenen unter-

Nebel, Tyrannis und Freiheit, S. 219; Max Pribilla, Deutschland nach dem Zusammenbruch, Frankfurt a.M. 1947, S. 51.

<sup>29</sup> Aich, Massenmensch und Massenwahn, S. 18; zur Kritik am „Materialismus“ der SPD vgl. Mueller-Graaf, Irrweg und Umkehr, S. 46.

<sup>30</sup> Künneth, Der große Abfall, S. 148.

<sup>31</sup> Vgl. Aich, Massenmensch und Massenwahn, S. 212; Walter Hagemann, Der Weg in den Abgrund, München 1946, S. 42f.; Künneth, Der große Abfall, S. 122.

<sup>32</sup> Vgl. Franz G. Grosse, Die falschen Götter. Vom Wesen des Nationalsozialismus, Heidelberg 1946, S. 53.

<sup>33</sup> Vgl. Aich, Massenmensch und Massenwahn, S. 189.

<sup>34</sup> Vgl. Hagemann, Der Weg in den Abgrund, S. 42.

<sup>35</sup> Künneth, Der große Abfall, S. 126; siehe auch Grosse, Die falschen Götter, S. 23.

scheide und entschieden die Ungleichheit zwischen den Menschen behauptete<sup>36</sup>. Während Deutschland von einer fürchterlichen Krise aller Werte erfaßt sei, werde von den Nationalsozialisten eine neue Eschatologie angeboten: die Lehre vom tausend-jährigen Reich<sup>37</sup>.

Als Ersatzreligion konnte sich demzufolge der Nationalsozialismus in der Gesellschaft ausbreiten, da er vielfältige kultische Feierlichkeiten entwickelte, die den Raum einnahmen, der bis dahin den christlichen Religionen vorbehalten war. Die zahlreichen Versammlungen der NSDAP und ihrer angeschlossenen Organisationen erscheinen somit als Feiern des neuen Kultes und folgen einer wirklichen Liturgie<sup>38</sup>. Die Ortsgruppenleiter übernehmen dabei die Rolle der Priester der neuen Religion<sup>39</sup>. Der jährliche Parteitag in Nürnberg ist „das Pfingsten des Nationalsozialismus – eine modernisierte Form der Ausgießung des Heiligen Geistes“<sup>40</sup>. Die Verehrung des nationalsozialistischen Diktators steht im Mittelpunkt dieser Kulthandlungen und ist zu einem wesentlichen Bestandteil im Alltag der Deutschen geworden, noch über den bereits sehr großen Einfluszbereich der Partei hinaus: Der Hitlergruß ist an die Stelle christlicher Begrüßungsformeln getreten, das propagandistische Geschwätz an die Stelle des Gebets und das Bild Hitlers an die Stelle des Kreuzifixes<sup>41</sup>. Um die propagandistische Indoktrination der nachfolgenden Generation besorgt, haben die Propagandisten der Partei der Zeremonie der Eidesleistung an Adolf Hitler ganz bewußt eine religiöse Form verliehen, die in Konkurrenz zu Erstkommunion und Konfirmation treten sollte<sup>42</sup>. Musik, bildliche Darstellung, räumliche Gestaltung und Parolen sind gleichfalls Bestandteile des liturgischen Arsenal der Nationalsozialisten, die bestrebt sind, den Hunger ihrer Landsleute nach dem Absoluten für sich zu vereinnahmen. Mit seiner starken Suggestionskraft und seiner Allgegenwart symbolisiert das Hakenkreuz für sich allein die religiöse Dimension des Nationalsozialismus<sup>43</sup>. Das wissenschaftliche Leitmotiv von der Ersatzreligion ist ein eher soziologischer als historischer Ansatz und ermöglicht manchmal überraschende Vergleiche. Thomas Aich stellt beispielsweise die „Alten Kämpfer“ der Partei den ersten Christen in den Katakomben gleich. Der Schriftsteller und Essayist Karl Heyer verzichtet dagegen auf den Bezug zum Christentum und zieht es vor, den Kult um die Opfer des „Hitlerputsches“ von 1923 als „eine Art seelischer Mumifizierung“ zu bezeichnen<sup>44</sup>.

<sup>36</sup> Vgl. Aich, *Massenmensch und Massenwahn*, S. 190.

<sup>37</sup> Vgl. Grosse, *Die falschen Götter*, S. 20–22.

<sup>38</sup> Vgl. ebenda, S. 48.

<sup>39</sup> Vgl. Aich, *Massenmensch und Massenwahn*, S. 187.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 190.

<sup>41</sup> Vgl. Hagemann, *Der Weg in den Abgrund*, S. 43; zur Kritik am „Hitlerkult“ vgl. auch Grosse, *Die falschen Götter*, S. 47, und Karl Heyer, *Wenn die Götter den Tempel verlassen . . . Wesen und Wollen des Nationalsozialismus und das Schicksal des deutschen Volkes*, Freiburg im Breisgau 1947, S. 67.

<sup>42</sup> Vgl. Grosse, *Die falschen Götter*, S. 102.

<sup>43</sup> Vgl. ebenda und Karl Heyer, *Wenn die Götter den Tempel verlassen*, S. 66f.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 70. Zum Kult um die „Helden“ von 1923 siehe auch Aich, *Massenmensch und Massenwahn*, S. 24f., 182.

*Der Antitotalitarismus: Träger einer fortschreitenden Demokratisierung konservativen Denkens*

Durch die Konzentration auf die Kritik an Vermassung und Säkularisierung scheinen die Untersuchungen den antimodernistischen Kulturpessimismus zu bekräftigen, der seit langem ein fester Bestandteil des deutschen Konservativismus war. Bereits in der Zwischenkriegszeit hatten die konservativen Eliten gegenüber einer Welt, deren Entwicklung als äußerst beunruhigend beurteilt wurde, ihre Verwirrung und Ängste zum Ausdruck gebracht. Zahlreiche Konservative, durch die Niederlage von 1918 traumatisiert, begegneten der Moderne mit wachsendem Abscheu und kritisierten seine als typisch angesehenen Kennzeichen: die Großstadt, die Fabriken und Maschinen. Selbst ein so gemäßigter Intellektueller wie Karl Jaspers wurde vom Fieber des Antimodernismus und der Massenphobie ergriffen: „Sie [die Masse] kann alles zertreten, hat die Tendenz, keine Selbständigkeit, zu dulden und keine Größe, aber die Menschen zu züchten, daß sie zu Ameisen werden.“<sup>45</sup> Ebenso verbreitete sich die Verdammung der Säkularisierung in den liberalen und konservativen Kreisen und wurde durch den Antimodernismus der Kirchen verstärkt<sup>46</sup>.

Die konservativen Analysen der unmittelbaren Nachkriegszeit bezeugen in ihrem Kern die außerordentliche Beständigkeit eines rückwärtsgewandten Gesellschaftsbildes, das einerseits auf einem schwärmerisch überhöhten Kulturverständnis aufbaut, andererseits die Spezialisierung des Wissens, den technischen Fortschritt und die Industrialisierung ablehnt. Es wird ein Weltbild kolportiert, dessen Wurzeln bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückreichen, in die Zeit der großen, vom Neohumanismus geprägten Universitätsreformen<sup>47</sup>. Nach 1945 beklagten zahlreiche Intellektuelle den Niedergang der Bildung, dieses zentralen Begriffes der bildungsbürgerlichen Welt<sup>48</sup>. So wird der Nationalsozialismus schließlich häufig als beginnende Herrschaft der Halbbildung interpretiert, die in Adolf Hitler, der zum Autodidakten gewordenen gescheiterten Existenz, verkörpert sei: „Die meisten führenden National-

<sup>45</sup> Karl Jaspers, *Die geistige Situation der Zeit*, Berlin 1923, Zitat <sup>5</sup>1931, S. 36. Siehe auch Helmut Berking, *Masse und Geist. Studien zur Soziologie der Weimarer Republik*, Berlin 1984.

<sup>46</sup> Zur Verwendung des Säkularisationsbegriffes vgl. Hermann Lübke, *Säkularisierung. Geschichte eines ideenpolitischen Begriffs*, Freiburg im Breisgau 1965. Zum Antimodernismus des deutschen Protestantismus siehe Kurt Nowak, „Entartete Gegenwart“? Antimodernismus als Interpretament für die Begegnung von Protestantismus und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, in: *Theologische Zeitschrift* 1979, S. 102–119.

<sup>47</sup> Zur Vorstellungswelt der deutschen Professoren siehe Fritz K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1914*, München 1987. Eine Zusammenfassung seiner Thesen findet sich unter dem Titel *Fields of Knowledge. French Academic Culture in Comparative Perspective*, Paris/Cambridge 1992, S. 95–108 und S. 196–207.

<sup>48</sup> Über die Krise von Bildung und humanistischer Kultur vgl. vor allem Kapchan, *Wo liegt Deutschlands Zukunft?*, S. 19; Müller-Armack, *Das Jahrhundert ohne Gott*, S. 19; Tellenbach, *Die deutsche Not als Schuld und Schicksal*, S. 34–36. Zur Kritik an den Realschulen und Technischen Hochschulen vgl. Hoffmann, *Nach der Katastrophe*, S. 81.

sozialisten, Hitler voran, waren ungebildete Menschen mit dem alltäglichen Ressentiment solcher Köpfe gegen die Forderung nach wissenschaftlicher und gedanklicher Vertiefung der Persönlichkeit im Sinne idealen Menschentums. Hitlers Buch „Mein Kampf“ ist ein typisches Produkt angelesener Halbbildung und forciertes Leidenschaftlichkeit.<sup>49</sup> Und es ist auch kein Zufall, daß die Hochschullehrer als die Hüter des humanistischen Bildungsideals besonders stark unter jenen Konservativen vertreten sind, die den verschiedenen Formen des Antimodernismus in den ersten Nachkriegsjahren Ausdruck verliehen<sup>50</sup>.

Es wäre indes eine zu starke Vereinfachung, wollte man in diesen Untersuchungen des Nationalsozialismus nur die einfache Wiederholung traditioneller Abneigungen im Lager des deutschen Konservatismus sehen. Zwar stellen die Lehren, die man aus der „Katastrophe“ zog, eine Fortführung ihrer antimodernistischen Weltanschauung dar. Das Mißtrauen, das man dem Liberalismus und der Demokratie entgegenbrachte<sup>51</sup>, die Utopie der Gemeinschaft, kurz die Sehnsucht nach einer „entmassten“ Gesellschaft, aufgebaut auf christlichen Werten und abendländischer Kulturtradition, durchzieht eine Vielzahl der Analysen. Das Nachdenken in der „Stunde Null“ spiegelt jedoch ebenfalls einen deutlich erkennbaren Wandel des konservativen Denkens wider, eine Folge des „intellektuellen Schocks“, der durch den Zusammenbruch von 1945 verursacht wurde.

Mit unterschiedlicher Intensität wird allgemein das nationalistische Prinzip zurückgewiesen, das durch die nationalsozialistischen Grausamkeiten und die Judenvernichtung ebenso wie durch das Fiasko des nationalsozialistischen Unternehmens vollständig kompromittiert war. Diese Entwicklung stellt im Vergleich mit der Vorkriegszeit einen grundsätzlichen Wandel dar. Denn auch wenn zahlreiche Konservative mehr oder weniger deutlich die Theorie vom deutschen Irrweg ablehnten, so war ihre Zurückhaltung deswegen kein Beweis für den unterschweligen Fortbestand eines gleichbleibend heftigen Nationalismus, der bis dahin von entscheidender, identitätsstiftender Bedeutung gewesen war. In Deutschland wurde er in der ersten Nachkriegszeit nicht nur deshalb abgelehnt, um der Zensur zu entgehen oder sich schlicht die politische Weste reinzuwaschen: Er hatte tatsächlich seinen dogmatischen Wert eingebüßt und stellte nicht mehr wie früher einen unumgänglichen Bestandteil aller Überlegungen zur Vergangenheit und Zukunft Deutschlands dar. Selbst bei den schärfsten Gegnern der Irrwegstheorie wie den Historikern Siegfried A. Kaehler, Gerhard Ritter oder dem Theologen Walter Künneth kann man eine gewisse Kritik an der nationalistischen Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit

<sup>49</sup> Paul Rohrbach, *Unser Weg. Betrachtungen zum letzten Jahrhundert deutscher Geschichte*, Köln 1949, S. 93.

<sup>50</sup> Zu nennen sind vor allem Ludwig Dehio, Constantin von Dietze, Fritz von Hippel, Walter Künneth, Alfred von Martin, Friedrich Meinecke, Alfred Müller-Armack, Gerhard Ritter, Wilhelm Röpke, Gerd Tellenbach und ferner Alois Winkelhofer.

<sup>51</sup> Siehe zum Beispiel Heinz Holldack, *Die Gefahr der demokratischen Kultur*, in: *Hochland* 1949/50, S. 548–561 und Rudolf Pechel, *Gefahren der Demokratie*, in: *Deutsche Rundschau* 10 (1947), S. 1–6.

erkennen<sup>52</sup>. Andere wie Otto Heinrich von der Gablentz, Rudolf Pechel oder Wilhelm Röpke legten gegenüber den großen „Nationalhelden“ – Luther, Friedrich II. oder Bismarck – noch sehr viel mehr Strenge an den Tag<sup>53</sup>. Die katholischen Konservativen ihrerseits ergingen sich häufig in erbarmungsloser Kritik am Preußentum<sup>54</sup>.

Tatsächlich hat das Nachdenken in der „Stunde Null“ einen Paradigmenwechsel in der Vorstellungswelt der Konservativen hervorgebracht: An Stelle einer nationalistischen Perzeption der durch die Niederlage in Verruf geratenen Vergangenheit wurde das Erklärungsmuster vom Zeitalter der Massen zur neuen politisch-kulturellen Basis des Konservativismus. Der Vergleich zwischen der Situation nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg läßt das Ausmaß dieser Veränderung erkennen. Nach 1918 hatten sich die durch die Niederlage aus der Fassung gebrachten Konservativen nicht von ihrem Geschichtsbild losgesagt, das in der Überhöhung der deutschen Nation gründete. In dieser Perspektive wurde der Vertrag von Versailles als historischer Wahnsinn wahrgenommen und die Weimarer Republik als eine widernatürliche Staatsform, die unfähig war, den Erfordernissen deutscher Größe Genüge zu leisten. Die Krise Deutschlands schien nur durch die Rückkehr zu einem starken Staat und betontem Nationalismus überwindbar zu sein. Die Ausgangslage nach 1945 war davon grundlegend verschieden. Der Zusammenbruch Deutschlands, der im Vergleich zu 1918 tatsächlich als endgültig erschien, wurde nicht mehr als eine Ungerechtigkeit oder ein historischer Irrtum begriffen, sondern als die Folge der Barbarei und der Maßlosigkeit der Nationalsozialisten. Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit eignete sich die Befragung der Vergangenheit nicht mehr dazu, auf ähnliche einfache Weise die durch die Niederlage aufgeworfenen Probleme zu lösen. Statt beruhigende Sicherheiten zu bieten, machte sie die Tragweite der Katastrophe deutlich, deren Wurzeln noch weit in die Zeit vor 1933 zurückzureichen schienen. Die Rolle Deutschlands und des deutschen Konservativismus wurde damit unmittelbar in Frage gestellt. Um über den Nationalsozialismus Rechenschaft abzulegen, griffen die

<sup>52</sup> Vgl. Siegfried A. Kaehler, Neuere Geschichtslegenden und ihre Widerlegung, in: Die Sammlung 3 (1948), S. 71–89 und S. 139–150; Künneht, Der große Abfall; Gerhard Ritter, Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens, München 1948. Zur deutschen Geschichtsschreibung in der Zwischenkriegszeit siehe Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

<sup>53</sup> Vgl. Gablentz, Geschichtliche Verantwortung; ders., Die Tragik des Preußentums, München 1948 (der Text wurde zuerst in der Deutschen Rundschau veröffentlicht); Pechel, Deutschem Spiegel; Röpke, Die deutsche Frage.

<sup>54</sup> Siehe dazu Hagemann, Der Weg in den Abgrund, vor allem S. 8; Franz Albert Kramer, Vor den Ruinen Deutschlands. Ein Aufruf zur geschichtlichen Selbstbestimmung, Berlin 1946, vor allem S. 84–86; Karl Thieme, Das Schicksal der Deutschen. Ein Versuch seiner geschichtlichen Erklärung, Basel 1945, vor allem S. 12–28. In dem beschränkten Rahmen dieser Studie ist es nicht möglich, die konservative Sicht des „Sonderweges“ darzustellen. Zum besonderen Fall der Fachhistoriker siehe Jean Solchany, Le nazisme: déviance allemande ou mal de la modernité? La réflexion des historiens dans l'Allemagne des années zéro (1945–1949), in: Vingtième siècle, April–Juni 1992, S. 145–156.

Konservativen deshalb auf einen anderen Problemkreis zurück, der zwar ebenso geläufig, bis zu diesem Zeitpunkt aber deutlich weniger hervorgehoben worden war, zumindest bei der Betrachtung der Geschichte. Sie entschieden sich, die Theorie vom Sonderweg, deren Signifikanz sich ins Gegenteil verkehrt hatte, zugunsten der Modernitätskritik aufzugeben, die von einer zuvor bloß unbestimmten Angst nun zu einem historischen Erklärungsmuster wurde. Die Häufigkeit, mit der auf Jacob Burckhardt Bezug genommen wird, der als bedeutendster Denker der Moderne mit ihrer Widersprüchlichkeit dargestellt wird, ist durchaus bezeichnend für diese Neuorientierung des konservativen Gedankengutes nach 1945. Neben Ranke und Goethe gehört der Autor der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ zu den drei großen Autoritäten, auf die sich die Konservativen berufen.

Die Totalitarismustheorie als aktualisierte Fassung der Modernitätskritik ist die Ausprägung dieser Wende im konservativen Diskurs, die sich unter dem Eindruck der Niederlage vollzieht. In dieser neuartigen Formulierung dienen Vermassung und Säkularisierung als integrative ideologische Grundmuster des deutschen Konservatismus in der neuen demokratischen Grundordnung, die nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes errichtet wurde. Die Vorstellung, daß das zwanzigste Jahrhundert durch das Auftreten eines völlig neuen Typs politischer Herrschaft gekennzeichnet sei, ist ein häufiger Topos in der konservativen Literatur der unmittelbaren Nachkriegszeit. So bemerkt Otto Heinrich von der Gablentz, daß die Demokratie als neue politische Grundordnung „einem ganz neuen Feind der Freiheit“<sup>55</sup> ins Auge blickt: dem „totalen“ Staat. Der Historiker Ludwig Dehio steht auf demselben Standpunkt und beschwört das tragische Schicksal der Weimarer Republik, die von der „totalitären Überflutung“ hinweggespült worden sei<sup>56</sup>. In demselben Zusammenhang verurteilt Wilhelm Röpke den Staat Hitlers als die deutsche Form des Totalitarismus, während Thomas Aich im NS-Regime ein Beispiel für einen kollektivistischen Staat sieht<sup>57</sup>. Die Französische Revolution, der Faschismus, der Nationalsozialismus und der Kommunismus stellen in der Nachkriegszeit die vier wesentlichen Bezugsgrößen des antitotalitären Diskurses dar.

Diese Zuflucht zu der neuartigen Problematik des Totalitarismus bedeutet keinen wirklichen Bruch mit der traditionelleren Kritik an der Vermassung, der Idolbildung und dem Verfall der Werte. Es war den konservativen Intellektuellen durchaus möglich, die Totalitarismustheorie, also die vergleichende Betrachtung faschistischer und kommunistischer Regime, zu entwickeln und sich gleichzeitig auf die klassischere Redeweise von Säkularisierung und Pseudoreligiosität zu berufen. Dies ist die Vorgehensweise von Gerhard Nebel bei der Untersuchung der kommunistischen

<sup>55</sup> Gablentz, *Geschichtliche Verantwortung*, S.55; siehe auch Heyer, *Wenn die Götter den Tempel verlassen*, S.154f.

<sup>56</sup> Ludwig Dehio, *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*, Krefeld 1948, S.221.

<sup>57</sup> Vgl. Röpke, *Die deutsche Frage*, S.36; Aich, *Massenmensch und Massenwahn*, S.99; siehe auch Wilhelm Röpke, *Auf der schiefen Ebene. Eine Warnung vor den Anfängen des totalitären Systems*, in: *Rheinischer Merkur*, Nr.29, 9.8.1947, S.3f.



und der nationalsozialistischen „Glaubenslehren“, manichäischer Weltbilder, in denen dem „Salz der Erde“, ganz gleich ob es sich dabei um den „Proletarier“ oder die „nordische Rasse“ handelt, ein ganz besonders heimtückischer Gegner gegenübergestellt werde, ein nihilistischer Ersatz für das Böse: „Bei dem einen nennt sich dieser Satan Kapitalist, bei den anderen Jude.“ In der eschatologischen Perspektive der Nationalsozialisten und der Kommunisten kann das Heil nur durch die Vernichtung ihrer jeweiligen Gegner erreicht werden<sup>58</sup>. Der Nationalökonom Constantin von Dietze kritisierte seinerseits am Totalitarismus die Herrschaft der Lüge, die Eroberung des Staates durch „eine solche im Kerne nihilistische, nur von der Gier nach Gewalt erfüllte Elite“, die sich darum bemühe, ihre Vorherrschaft durch politische Mythenbildung zu festigen, die wiederum nichts anderes sei als ein allgemeiner Betrug zur Ausnutzung der Massen<sup>59</sup>. Auch Wilhelm Röpke sah im Totalitarismus keine ausschließlich politische Erscheinung, er stellte in seinen Augen nicht nur eine neue Art diktatorischer Machtentfaltung dar, sondern den „Ausdruck des vollendeten Nihilismus und Satanismus“; der totalitäre Staat sei nicht denkbar ohne „die vollkommene Auflösung der Werte und Normen“; er betreffe letzten Endes ein Volk nur dann, „wenn es bereits einen äußersten Grad an innerer Zersetzung erreicht hat“<sup>60</sup>.

Auch wenn auf der konzeptuellen Ebene der Rekurs auf den Totalitarismus nur bedingt einen Bruch mit dem traditionellen Antimodernismus des deutschen Konservatismus in der Vorkriegszeit bedeutete, so bleibt festzustellen, daß das Totalitarismusmodell keine spezifisch deutsche Besonderheit bildete. Es bezeugt in Wirklichkeit, daß sich unter den deutschen Konservativen eine Idee festzusetzen begann, die in anderen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, schon verhältnismäßig lange im Umlauf war<sup>61</sup>. Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre entwickelten französische und amerikanische Intellektuelle, wie der Jurist Bertrand Lavergne oder der Historiker Carlton J. Hayes, Totalitarismusanalysen, die ebenfalls auf den Ideen von der Vermassung und der Säkularisierung aufbauten<sup>62</sup>.

<sup>58</sup> Nebel, Tyrannis und Freiheit, S. 131.

<sup>59</sup> Constantin von Dietze, *Der Zerfall der Wahrheit im Dritten Reich*, Freiburg im Breisgau 1946, S. 17–20, Zitat S. 18.

<sup>60</sup> Röpke, *Die deutsche Frage*, S. 39, 41.

<sup>61</sup> So spielten zahlreiche deutsche Emigranten unterschiedlicher politischer Überzeugung, wie beispielsweise Walter Gurian, Franz Borkenau oder Hannah Arendt, in den vierziger und fünfziger Jahren eine wichtige Rolle in der angelsächsischen Totalitarismuskonversation. Informationen dazu bei Joachim Radkau, *Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945*, Düsseldorf 1971; Klaus Hildebrand, *Stufen der Totalitarismus-Forschung*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 19 (1968), S. 397–422, und Walter Schlangen, *Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme*, Stuttgart 1976.

<sup>62</sup> Vgl. Bertrand Lavergne, *Les Etats totalitaires ou le retour de l'Europe au XVIe ou au XVIIe siècle*, in: *L'année Politique française et étrangère* 12 (1937), S. 1–19, und Carlton J. Hayes, *The Novelty of Totalitarianism in the History of the Western Civilization*, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 82 (1940). Siehe auch Max Lerner, *The Pattern of Dictatorship*, in: Guy Stanton Ford (Hrsg.), *Dictatorship in the Modern World*, Minneapolis 1932, S. 1–23. Alle diese Artikel als

Mit der Verbreitung der Totalitarismustheorie haben die konservativen Intellektuellen umfassend dazu beigetragen, den deutschen Konservatismus, der auf der Suche nach einer neuen Identität war, abzumildern. Hinter der scheinbaren Unveränderlichkeit der konservativen Aussagen zur Moderne verbarg sich in Wirklichkeit eine Veränderung im Verhalten gegenüber der Demokratie, die nun nicht mehr ausdrücklich verdammt wurde. Gewiß, ein gegenteiliges Verhalten war in Anwesenheit der Besatzungsmächte kaum in Betracht zu ziehen. Aber jenseits dieser Kontingenzen, deren Bedeutung freilich nicht zu unterschätzen ist, handelt es sich um einen tatsächlichen geistigen Wandel. Das antitotalitäre Paradigma ermöglichte nicht nur, der Anklage des deutschen Irrwegs entgegenzutreten. Es eröffnete auch eine neue Vision der Geschichte, in der sich eine Allianz abzeichnete zwischen den westlichen Demokratien, die man zuvor verachtet hatte, und einem deutschen Staat, der sich gegen die totalitäre Bedrohung, d. h. gegen den Kommunismus, zu wehren suchte. Mithin lud es dazu ein, über die Zukunft Deutschlands unter neuen Bedingungen nachzudenken. Basierend auf der Verurteilung von Nationalsozialismus und Kommunismus, vertritt die Totalitarismustheorie ein bipolares Weltbild. Auf der einen Seite steht der totalitäre Staat, auf der anderen Seite das politische System, das am ehesten dazu fähig ist, dem ideologischen und territorialen Expansionsdrang der Totalitarismen entgegenzutreten und die abendländische Zivilisation zu verteidigen. Wie hat man sich einen solchen antitotalitären Staat vorzustellen? Die Konservativen entscheiden sich in der Nachkriegszeit wohl oder übel dafür, sich einer „vernünftigen“, „gemäßigten“, in einem Wort: einer konservativen Demokratie anzunähern.

Zahlreiche Überlegungen zum Nationalsozialismus überbieten sich folglich in Betrachtungen über das Wesen dieses politischen Systems, das fähig ist, das Fortschreiten von Säkularisierung und Vermassung zu bremsen. Deshalb richteten die Konservativen ihren Blick auf den demokratischen Westen, der entschieden am wenigsten vom Übel des Totalitarismus heimgesucht worden war. Gewiß, die Zurückhaltung gegenüber dem Parlamentarismus und den politischen Parteien bleibt vielfach bestehen. Es steht auch nicht zur Diskussion, sich auf die jakobinische Tradition der Französischen Revolution zu beziehen, die man mehr oder weniger als eine Antizipation des modernen Totalitarismus betrachtet. Aber diese Zurückweisung der französischen Erfahrungen führt in keinem Fall zu einer Ablehnung der Demokratie im allgemeinen: Im Gegenteil, die Verteufelung der Revolution von 1789 ermöglicht es, andere Formen der Demokratie, die man für wesentlich anziehender hält, hervorzuheben. So erstellte Wilhelm Röpke eine Liste „gesunder Demokratien“, die im wesentlichen die Schweiz, die nordeuropäischen und angelsächsischen Demokratien umfaßte<sup>63</sup>. Der Soziologe Helmut Schelsky kritisierte die Französische Revolution, deren Forderung nach Freiheit ausschließlich auf dem Vernunftglauben beruht und somit „einen zerstörerischen Zwiespalt“ in sich getra-

Nachdrucke in: Bruno Seidel/Siegfried Jenkner (Hrsg.), *Wege der Totalitarismus-Forschung*, Darmstadt 1968.

<sup>63</sup> Wilhelm Röpke, *Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart*, Erlenbach/Zürich, 1943, S. 76.

gen habe; dagegen erkennt er in dem angelsächsischen Streben nach Freiheit eine konstruktive Dynamik, die durch das Verschmelzen der geistigen und schöpferischen Kraft der Menschen entstehe<sup>64</sup>. Der österreichische Monarchist Robert Ingrim führt ebenfalls eine klare Unterscheidung zwischen der französischen und der amerikanischen Revolution ein: Während erstere nur ein Aufstand des Pöbels gewesen sei, sei letztere von Menschen angeführt worden, die zu Recht als Aristokratie eines neuen Staatswesens betrachtet werden könnten; während erstere einen ungesunden Nationalismus entfesselt habe, habe sich letztere damit begnügt, einen gesunden Patriotismus zu pflegen; während sich die französischen Revolutionäre von ihren ersten Erfolgen mitreißen ließen, seien sich die Amerikaner ihrer Handlungen in vollem Umfang bewußt gewesen<sup>65</sup>. Die Konservativen bemühten sich also, eine Demokratie ins Leben zu rufen, die sich in eine geschichtliche Kontinuität einfügte und nicht als gewaltsamer, auf dem Altar der zerstörerischen Vernunft dargebrachter Bruch mit der Vergangenheit aufgefaßt wurde. Dem Schicksalsjahr 1789 stellte Wilhelm Röpke überdies andere Jahrestage von symbolischer Bedeutung entgegen, die keine Brüche, sondern Schritte auf dem harmonischen und stufenweise fortschreitenden Weg der Schweizer und der angelsächsischen Nationen zur Demokratie darstellen: die Magna Charta von 1215, der „Rütlischwur“ von 1291, die „Petition of Rights“ von 1628, die „Bill of Rights“ von 1688, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776, die amerikanische Verfassung von 1788 oder auch die Verfassungen der Schweiz von 1848 und 1874<sup>66</sup>. Diese von den Konservativen gerühmten Demokratien verdankten demzufolge ihr Heil der Bewahrung ihrer christlichen Grundlage. Die Schweiz stellte Hermann Rauschnig zufolge das schönste Beispiel für eine auf christlichen Werten beruhende Demokratie dar, die auf Normen „von einer im großen Umfange unerschütterten und unerschütterbaren christlichen Substanz“ beruhe<sup>67</sup>. Durch diese Verwurzelung im christlichen Glauben sei es bestimmten demokratischen Ländern gelungen, die dramatischen Ausprägungen des modernen politischen Lebens zu vermeiden. Georg Schulz erwähnt lobend die englischen, schwedischen und norwegischen Arbeiterparteien, die keineswegs Massenparteien darstellten, sondern politische Gruppierungen „im Zusammenhang mit der geistigen Überlieferung ihrer Völker“<sup>68</sup>. Auch erfährt die Schweiz eine äußerst zustimmende Beurteilung: Der Schweizer Bundesstaat wird um sein volksnahes politisches System und den Gemeinschaftsgeist beneidet, die es ermöglicht hätten, die modernen Massenphänomene zu vermeiden<sup>69</sup>.

<sup>64</sup> Helmut Schelsky, *Das Freiheitswollen der Völker und die Idee des Planstaates*, Karlsruhe 1946, S. 20.

<sup>65</sup> Vgl. Ingrim, *Von Talleyrand zu Molotoff*, S. 13, 15, 17.

<sup>66</sup> Röpke, *Gesellschaftskrisis*, S. 77.

<sup>67</sup> Rauschnig, *Zeit des Deliriums*, S. 374. Zur Bedeutung des religiösen Substrats der Demokratie siehe auch Müller-Armack, *Das Jahrhundert ohne Gott*, S. 106; Mueller-Graaf, *Irrweg und Umkehr*, S. 213; Nebel, *Tyrannis und Freiheit*, S. 57.

<sup>68</sup> Schulz, *In der Zange des Schicksals*, S. 9.

<sup>69</sup> Vgl. Rauschnig, *Zeit des Deliriums*, S. 376.

Die Aussicht auf eine konservative Demokratie, die allein als geeignet erschien, Deutschland vor dem Chaos zu bewahren, geriet somit ins Blickfeld. Wenn Wilhelm Röpke der Meinung war, daß eine „chemische reine Demokratie“ nicht lebbar sei und der Korrektur bedürfe, so rief er die Deutschen in gleicher Eindringlichkeit dazu auf, sich an der Schweiz oder an Amerika ein Beispiel zu nehmen<sup>70</sup>. Bei seiner Verteidigung der Wertvorstellungen innerhalb des konservativen Widerstandes schätzte seinerseits der Historiker Hans Rothfels die Antriebskräfte der Väter der amerikanischen Demokratie hoch ein: „Ihr System von Gewichten und Gegengewichten („checks and balances“) war anders als das der deutschen Opposition, aber es hatte gleichfalls Züge einer konservativen Demokratie, und der Nachdruck, der auf örtliche Verwaltung und Dezentralisierung gelegt wurde, war in beiden Fällen der gleiche.“<sup>71</sup>

Die Wahl des Präsidenten durch Wahlmänner und der Föderalismus sind die Merkmale der amerikanischen Verfassung, von denen die deutschen Konservativen in der Nachkriegszeit besonders angezogen wurden. Robert Ingrim betonte die visionäre Weitsicht eines Thomas Jefferson, der die von der Urbanisierung für das amerikanische Volk ausgehende Bedrohung hervorgehoben habe<sup>72</sup>. Schließlich verherrlichte Gerhard Nebel am Beispiel Cromwells, Washingtons und Mirabeaus die Werte der wahren Demokratie, einer „Volksdemokratie“, die nicht auf die „atomisierten, glaubenslosen, unschöpferischen [. . .] Massen“ gegründet sei, sondern auf „ein gegliedertes, kulturzeugendes Volk“<sup>73</sup>.

Insgesamt bemühten sich zahlreiche Konservative um eine Wiederbelebung der als „gesund“ betrachteten Werte der Demokratie. Allerdings darf man die Tragweite dieser demokratischen Glaubensbekenntnisse nicht überschätzen, die immer auf einer antimodernistischen Grundhaltung beruhten, deren Ausmaß und Verwurzelung bereits ausgeführt wurden. Es ist somit nicht möglich, auf eine plötzliche, allgemeine und tiefgreifende Demokratisierung des deutschen Konservativismus nach 1945 zu schließen. Während der fünfziger Jahre bezeugten einige konservative Kreise das Fortbestehen einer antidemokratischen Gesinnung, z. T. auch in den höchsten gesellschaftlichen Kreisen der Bundesrepublik. Das Beispiel der Abendländischen Akademie ist in diesem Zusammenhang ausgesprochen lehrreich<sup>74</sup>. Auch eine Minderheit

<sup>70</sup> Röpke, Gesellschaftskrisis, S. 165, 289.

<sup>71</sup> Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Krefeld 1949, S. 196.

<sup>72</sup> Vgl. Ingrim, Von Talleyrand zu Molotoff, S. 63.

<sup>73</sup> Nebel, Tyrannis und Freiheit, S. 56.

<sup>74</sup> Vgl. Imanuel Geiß, Auf dem Weg zum „Neuen Abendland“, in: Die neue Gesellschaft 2 (1955), H. 6, S. 41–46. Trotz seines grundlegenden antimodernistischen, ja sogar antidemokratischen Wesens hat das Ideal des christlichen Abendlandes – in seiner entschärften Version, nämlich als Verteidigung Westeuropas gegen die „kommunistische Bedrohung“ – einen Beitrag leisten können zur Annahme der „atlantischen“, also demokratischen Ordnung. Zur Entschärfung des Topos vom christlichen Abendland und seinen unterschiedlichen Bedeutungsgehalten in der Zeit nach 1945 siehe Heinz Hürten, Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen, in: Albrecht Lagner (Hrsg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn 1985, S. 131–154.

unter den Historikern, häufig Mitglieder der Ranke-Gesellschaft, verweigerte sich einer als ungerechtfertigt erachteten Revision ihres Geschichtsbildes<sup>75</sup>. Schließlich mußte man sich auch mit denjenigen Konservativen beschäftigen, die nach 1945 Zuflucht im Schweigen suchten. Denn für die Verfechter des durch die Niederlage diskreditierten Nationalismus, für all jene, die sich nicht von einem Tag auf den anderen von der Idee einer deutschen Vorherrschaft in Europa verabschieden konnten, war es nicht mehr opportun, ihre Überzeugungen, die durch Auschwitz in Mißkredit geraten waren, offen darzulegen.

Wenn der antidemokratische oder nationalistische Konservatismus also auch in einem bestimmten Umfeld bestehen blieb, besaß er doch nicht mehr die gleiche Zugkraft wie in der Vergangenheit. Zwar riefen die alten Zeiten immer noch Nostalgie hervor, aber die konservativen Eliten haben sehr schnell den christlich-demokratischen Parteien ihr Vertrauen geschenkt und damit zugleich die durch das Grundgesetz von 1949 etablierte demokratische Staatsform unterstützt. Ohne besondere Begeisterung hervorzurufen, hat dieses Verfassungswerk die Zustimmung zahlreicher Wähler gefunden, die früher extremere Positionen eingenommen hatten. Sähe man in der Akzeptanz der demokratischen Grundordnung unter den Konservativen in der Nachkriegszeit nur das Resultat des alliierten Drucks, der Angst vor dem Kommunismus und des „Wirtschaftswunders“, so ließe man die ganze Selbstbesinnung beiseite, der sich die deutschen konservativen Eliten unterzogen haben und die maßgeblich durch das Nachdenken über den Nationalsozialismus bestimmt war. Die Interpretationen des Nationalsozialismus, die um die „Krise“ der abendländischen Kultur kreisten, haben zweifelsohne zum Erfolg der Christdemokraten beigetragen. Sie haben dem „antimaterialistischen“ Diskurs der führenden Mitglieder von CDU und CSU eine profunde, weltanschauliche Grundlage gegeben. Zwischen Hitler und Adenauer bereiteten sich die Konservativen vorsichtig auf die Möglichkeit eines föderalen und christlichen, aber auch demokratischen und parlamentarischen Staates vor. Jenseits aller konzeptuellen Kontinuitäten ist mithin die Entradikalisierung des deutschen Konservatismus ein wesentlicher Aspekt in der Geschichte der politischen Kultur im Nachkriegsdeutschland<sup>76</sup>.

(Aus dem Französischen übersetzt von Claudia Moisel)

<sup>75</sup> Vgl. Winfried Schulze, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 1988, S. 203–205.

<sup>76</sup> Siehe auch Agnes Blänsdorf, Gerhard Ritter 1942–1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 42 (1991), S. 1–21 und S. 67–91; Jerry Z. Muller, *The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*, Princeton 1987.

FRANZ-JOSEF KOS

## POLITISCHE JUSTIZ IN DER DDR

### DER DESSAUER SCHAUPROZESS VOM APRIL 1950

Politische Schauprozesse, bei denen die Justiz zu politischen Zwecken mißbraucht wird<sup>1</sup>, sind keine Erfindung kommunistischer oder anderer totalitärer Staaten<sup>2</sup>; aber zusammen mit den Säuberungen bildeten sie in der Sowjetunion und nach dem 2. Weltkrieg in den sowjetischen Satellitenstaaten ein wichtiges Element zur Durchsetzung und Sicherung der Herrschaft, zunächst gegen die Opposition und dann auch gegen die Mitglieder der eigenen Partei selbst<sup>3</sup>. Da solche Gerichtsverfahren multifunktional<sup>4</sup> und auf die Gegebenheiten des Landes, in denen sie stattfinden, ausgerichtet sind, ergeben sich immer wieder Unterschiede. Die Grundstrukturen bleiben aber gleich. Obwohl es der DDR-Justiz nicht gelang, Schauprozesse gegen Kommunisten zu inszenieren, sondern lediglich gegen die Opposition, unterschieden sie sich sonst kaum von denen in den osteuropäischen Satellitenstaaten; viele Forscher betrachten allerdings die Verfahren gegen Kommunisten als Höhepunkt<sup>5</sup> bzw. sogar als einzige mögliche Form von Schauprozessen<sup>6</sup>. Dabei übernahmen die Machthaber in der DDR nicht einfach die sowjetischen Vorbilder, sondern paßten wie auch die kommunistischen Führungen in Ungarn, Bulgarien, Rumänien und in der Tschechoslowakei die wichtigsten Grundelemente der jeweiligen Situation an. Da selbst die führenden DDR-Juristen einige Zeit benötigten, um das Instrument der Schauprozesse effektiv einzusetzen, änderte sich

<sup>1</sup> Vgl. Jutta Limbach, Politische Justiz im Kalten Krieg, in: Neue Justiz (künftig: NJ) 48 (1994), S. 49.

<sup>2</sup> Vgl. allgemein zu politischen Prozessen Otto Kirchheimer, Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken, Hamburg 1993.

<sup>3</sup> Vgl. Wolfgang Maderthaner/Hans Schafranek/Berthold Unfried (Hrsg.), „Ich habe den Tod verdient“. Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956, Wien 1991; Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

<sup>4</sup> Vgl. Maderthaner/Schafranek/Unfried, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), „Ich habe den Tod verdient“, S. 9.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Hermann Weber, Politische Säuberungen und die Vorbereitungen eines Schauprozesses in der DDR 1948 bis 1956, und Wilfriede Otto, Zur stalinistischen Politik der SED Anfang der fünfziger Jahre, beide in: Ebenda, S. 113–128 und 129–137; Hermann Weber, Schauprozess-Vorbereitungen in der DDR, in: Ders./Staritz (Hrsg.), Kommunisten, S. 436–449.

<sup>6</sup> Vgl. Georg Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54, Berlin 1990, S. 14.

ihre Form im Laufe der Zeit; sie verliefen nicht immer nach dem gleichen Schema<sup>7</sup>.

### I. Eine SED-hörige Justiz als Voraussetzung

Um Verfahren gegen die Regimegegner inszenieren zu können, mußte die SED zunächst in der Lage sein, Richter und Staatsanwälte zu beeinflussen. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) hatte bereits durch ihren Befehl Nr.49 vom 4. September 1945 jene Personen aus dem Justizdienst ausgeschlossen, die Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen waren. Dies hatte ca. 80 % der Richter und 78 % der Staatsanwälte im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) betroffen<sup>8</sup>. Doch dies reichte der SED nicht, da nach ihrer Auffassung die „bürgerlichen“ Richter und Staatsanwälte nicht in der Lage waren, eine „fortschrittliche“ Justiz zu gewährleisten, sondern sich an die formalen Kriterien der überlieferten Gesetze hielten. Daher wurde die Gewaltenteilung, die der kommunistischen Ideologie ohnehin nicht entsprach, aufgehoben und die Arbeit der Justizorgane der Kontrolle durch die von der SED dominierten Parlamente unterworfen<sup>9</sup>. Einen noch wichtigeren Schritt stellte die Heranziehung neuer Eliten für den Justizdienst dar. Dies geschah durch die Ausbildung von sogenannten Volksrichtern, die in mehrmonatigen Kursen im Sinne des Systems geschult wurden. Aufnahme fanden vornehmlich Arbeiter; denn nach Auffassung der SED-Justizfunktionäre konnten nur Menschen, die die Arbeitswelt kennengelernt hatten, im Sinne der Arbeiterklasse urteilen<sup>10</sup>. Gleichwohl „funktionierten“ nicht alle Richter und Staatsanwälte so, wie es die SED erwartete, sei es, weil sie wegen der sehr kurzen Dauer der Unterweisung – anfänglich 6 Monate, später 2 Jahre – in der neuen Umgebung verunsichert waren und sich deshalb an den Urteilkriterien der bürgerlichen Juristen orientierten<sup>11</sup>, sei es, weil sie trotz des einseitigen Unterrichts sich ein gewisses Rechtsbewußtsein bewahrten, das sie vor offenkundigen Rechtsbeugungen zurückschrecken ließ. Eine solche mutige Haltung hatte indes gravierende Konsequenzen: Entlassung, wenn

<sup>7</sup> Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979, S. 274f., meint dagegen, daß sich nach dem ersten Schauprozess in der DDR nichts mehr an der Grundform geändert hat.

<sup>8</sup> Vgl. Hilde Benjamin, Der Volksrichter in der Sowjetzone, in: NJ 1 (1947), S. 14; Helga A. Welsh, Deutsche Zentralverwaltung für Justiz (DJV), in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat/Hermann Weber, München 21993, S. 224.

<sup>9</sup> Vgl. Ernst Melsheimer, Zu einer neuen Justiz, in: NJ 1 (1947), hier S. 26.

<sup>10</sup> Vgl. Benjamin, Der Volksrichter, S. 14; dies., Zur Heranbildung des neuen Richters: Zwei aktuelle Probleme (Ergebnisse einer Arbeitstagung bei der DJV), in: NJ 3 (1949), S. 130f.; Welsh, DJV, S. 225; Andrea Feth, Die Volksrichter, in: Hubert Rotleuthner (Hrsg.), Steuerung der Justiz in der DDR. Einflußnahme der Politik auf Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, Köln 1994, S. 351–377.

<sup>11</sup> Vgl. Hellmuth Rehse, Mit den Augen des Volksrichters . . ., in: NJ 2 (1948), S. 152.

nicht sogar Verhaftung und Verurteilung, oder die erzwungene Flucht in den Westen<sup>12</sup>.

Um diese Tendenzen zu unterbinden, strebte die SED eine Zentralisierung der Justiz an<sup>13</sup>. Um die Kontrolle über die Rechtsprechung zu wahren, verzichtete die SMAD auf die Einrichtung einer obersten Appellationsinstanz, wie es sie in der britischen Zone seit 1947 in Köln gab, und etablierte für die fünf Länder jeweils ein Oberlandesgericht und eine Oberste Staatsanwaltschaft<sup>14</sup>. Mit der Gründung der DDR wurden ein Oberstes Gericht (OG) und eine Oberste Staatsanwaltschaft aufgebaut. Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR konnte Strafsachen, die eine überragende Relevanz besaßen, an sich ziehen und zur Anklage vor das OG bringen. Gegen dessen Urteile gab es keine Revisionsmöglichkeit<sup>15</sup>.

Bis zu ihrer Ernennung zur Justizministerin 1953 spielte die Vizepräsidentin des OG, die langjährige Kommunistin Hilde Benjamin (SED), die eigentlich dominierende Rolle, da der Präsident, Kurt Schumann (NDPD), durch seine Tätigkeit als Kriegsgerichtsrat in der Sowjetunion auf ihr Wohlwollen angewiesen war. In wöchentlichen Dienstbesprechungen wurde die Rechtsprechung der Richter am OG von ihr im Sinne der SED beeinflusst<sup>16</sup>. Dies entsprach einer Forderung, die der spätere erste Justizminister der DDR, Max Fechner (SPD, SED), schon 1948 erhoben hatte, als er die Betriebsparteiorganisationen bei den Gerichten aufforderte, die SED-Mitglieder und auch die anderen Richter politisch zu betreuen, um die Justiz „volksnäher“ zu gestalten<sup>17</sup>.

Die SED-hörige Justiz begrüßte die Durchführung von Schauprozessen und verknüpfte damit mehrere Absichten. Fechner hatte schon frühzeitig die Aburteilung von Wirtschaftsverbrechern unmittelbar am Tatort, d. h. in den entsprechenden Firmen, gefordert, um der Bevölkerung das neue Recht näherzubringen<sup>18</sup>. Götz Berger (KPD/SED)<sup>19</sup>, Justizfunktionär und später häufig Verbindungsmann zwischen Politbüro und der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) bei spektakulären Verfahren, empfahl den Einsatz von Schauprozessen, da sie, technisch, politisch und juristisch gut vorbereitet und durchgeführt, große erzieherische Wirkung auf die

<sup>12</sup> Vgl. Gerhard Stoedtner, Die Justizreform in der Ostzone (II), Berlin, 2.1. 1950, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin (künftig: ACDP), I-238-002/2.

<sup>13</sup> Vor allem Ulbricht forderte am 4.1. 1948 vehement die Abschaffung des Föderalismus in der Justiz. Vgl. Walter Ulbricht, Zu den Aufgaben der Parteiorganisationen in der Justizverwaltung, in: Ders., Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. III: 1946-1950, Zusatzbd., Berlin 1971, S. 404f. und 409.

<sup>14</sup> Vgl. Welsh, DZJ, S. 221.

<sup>15</sup> Oberstes Gericht und Oberste Staatsanwaltschaft, in: „Thüringer Tageblatt“, 10.12. 1949, S. 1.

<sup>16</sup> Vgl. Hilde Benjamins Befehlsapparat vernichtet die Unabhängigkeit der Richter, o. D., o. U., in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (künftig: AdsD), Ostbüro der SPD, 48 D.

<sup>17</sup> Max Fechner, Gedanken zur Demokratisierung der Justiz, in: Einheit 3 (1948), S. 227.

<sup>18</sup> Vgl. ders., Aufgaben der weiteren Demokratisierung der Justiz, in: NJ 2 (1948), Sonderheft, S. 125 f.

<sup>19</sup> Berger wurde später durch die Verteidigung eines Sohnes von Robert Havemann bekannt. Vgl. Rottleuthner (Hrsg.), Steuerung, S. 536 f.



Bevölkerung ausüben würden<sup>20</sup>. Einerseits sollte Verständnis für die Notwendigkeit der Wirtschaftsplanung der SBZ/DDR erzielt und die antifaschistisch-demokratische Gesinnung der Bevölkerung gestärkt werden<sup>21</sup>, auf der anderen Seite sollten die Prozesse aber auch weitere „Täter“ abschrecken und so die Wirtschaft schützen. Aus diesen Gründen legten die Initiatoren bei den Wirtschaftsprozessen auch so viel Wert auf Information: Die Beweismittel sollten anschaulich und für die Zuhörer leicht verständlich sein<sup>22</sup>, um so die Justiz volkstümlicher zu machen. Nach dem Ideal dieser Vorstellung ging der Volksstaatsanwalt in die Betriebe und zu den Bauern und klärte sie über die Volkswirtschaft und die jeweiligen Wirtschaftspläne der Regierung auf<sup>23</sup>.

Bereits Anfang Dezember 1949 erinnerte das Zentralorgan der SED, das „Neue Deutschland“, an die Prozesse gegen Kardinal Mindszenty (Februar 1949), Rajk (September 1949) und gegen Kostov (Dezember 1949) und hob gleichzeitig hervor, daß auch die DDR sich vor ihren Feinden schützen müsse<sup>24</sup>. Eine Auswertung des bulgarischen Schauprozesses sei nicht notwendig, so der Beobachter des „Neuen Deutschland“ beim Kostov-Prozess, da in absehbarer Zeit in der DDR ähnliche Gerichtsverfahren durchgeführt werden würden<sup>25</sup>. Mit solchen Stellungnahmen wurde der Boden für entsprechende Prozesse in der DDR bereitet. Sie ließen tatsächlich nicht lange auf sich warten.

Als die DDR 1949 mit Erlaubnis Stalins gegründet wurde, befand sie sich sogleich in einer eklatanten Legitimitätskrise, sowohl gegenüber der Sowjetunion und den Volksdemokratien in Ost- und Südosteuropa wie auch gegenüber der eigenen Bevölkerung. Sie mußte nachweisen, daß ihr Gesellschaftssystem das bessere war und daß sie im Gegensatz zur Bundesrepublik ein antifaschistischer Staat war<sup>26</sup>, der von den anglo-amerikanischen Imperialisten und ihren Bonner Handlangern bedroht wurde. Obwohl sich Ulbricht bewußt war, daß durch die Gründung der DDR der Kalte Krieg angeheizt worden war<sup>27</sup>, verkündete er, um die eigenen Schwächen zu verdecken, daß die Imperialisten den Klassenkampf verschärft hätten. Denn sie sähen ein, daß mit der Gründung des neuen Staates ihre Position schwächer geworden sei. Dies mußte allerdings auch bewiesen werden. Hierzu boten sich Schauprozesse an, die sich gegen die sogenannten Agenten des amerikanischen Imperialismus in der

<sup>20</sup> Vgl. Götz Berger, Der Zweijahresplan und die Aufgaben der Justiz, in: Einheit 3 (1948), S. 813.

<sup>21</sup> Vgl. Ernst Melsheimer, Der Staatsanwalt in der Deutschen Demokratischen Republik, in: NJ 4 (1950), S. 7.

<sup>22</sup> Vgl. Hilde Benjamin, Erinnerungen an die Konzernprozesse im Jahre 1950, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (künftig: BzG) 11 (1969), S. 971.

<sup>23</sup> Vgl. Max Fechner, Volk und Justiz, in: Ders. (Hrsg.), Beiträge zur Demokratisierung der Justiz, Berlin 1948, S. 17.

<sup>24</sup> Im Namen des Volkes, in: „Neues Deutschland“, 8.12. 1949, S. 1.

<sup>25</sup> Gerhard Stoedtner, Veränderte Formen der Blockpolitik (III), 1.2. 1950, in: ACDP, I-238-002/2.

<sup>26</sup> Vgl. Falco Werkentin, Scheinjustiz in der frühen DDR. Aus den Regieheften der „Waldheimer Prozesse“ des Jahres 1950, in: Kritische Justiz 24 (1991), S. 335; der Autor bezieht dies zwar auf die Waldheimer Prozesse, es trifft aber auch auf die übrigen Prozesse zu.

<sup>27</sup> Die Aussage Ulbrichts zit. bei Günther Glaser, Errichtung des Machtmonopols der SED auf sicherheits- und militärpolitischem Gebiet (April bis Oktober 1948), in: BzG 33 (1991), S. 340.

DDR richteten, d. h. die Eigentümer bzw. leitenden Angestellten der großen Konzerne<sup>28</sup>. Bereits im Dezember 1948 hatte die SED-Führung gegenüber Stalin die Notwendigkeit betont, gegen die Konzernherren als angebliche Verursacher der Spaltung Deutschlands und als Kriegstreiber vorzugehen und sie aus dem Staats- und Verwaltungsapparat zu vertreiben<sup>29</sup>. Gleichzeitig sollte, wie Grotewohl bei der erweiterten Sitzung des Parteivorstands der SED am 9. Oktober 1949 verkündete, erneut gegen die „reaktionären“ Elemente im Staate eingeschritten werden, die nicht bereit waren, das Regime anzuerkennen<sup>30</sup>. Damit war die doppelte Stoßrichtung der Prozesse gegen Wirtschaftsverbrecher 1950 vorgegeben.

## II. Die ZKSK: Ermittler nach sowjetischem Vorbild

Am 28. Oktober 1949 verhaftete die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Sachsen-Anhalt mehrere Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates der Deutschen Continentalen Gas Gesellschaft (DCGG) mit Sitz in Dessau. Die Initiative dazu ging vom Vorsitzenden der ZKSK, Fritz Lange<sup>31</sup> (KPD, SED), aus. Die ZKSK, die in Gommern über ein eigenes Gefängnis verfügte, ging aus der am 29. Mai 1948 gegründeten Zentralen Kontrollkommission (ZKK) hervor, die direkt dem Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) verantwortlich war. Der ZKK unterstanden jeweils fünfköpfige Landeskontrollkommissionen (LKK), die sich wiederum auf die örtlichen Volkskontrollausschüsse stützen konnten. Ihr gegenüber waren sowohl private wie staatliche Stellen auskunftspflichtig. Da die ZKK und die verschiedenen LKK zudem nach der Durchführungsverordnung vom 1. September 1948 die Polizei und Staatsanwaltschaft beauftragen konnten, Personen festzunehmen, Beschlagnahmen durchzuführen und Strafverfolgungen einzuleiten<sup>32</sup>, verfügte die Parteileitung der SED über ein Exekutivorgan, das sonst keiner deutschen Kontrolle unterstand; lediglich die SMAD dürfte mehr oder weniger großes Mitspracherecht besessen haben<sup>33</sup>. Die ZKSK rühmte sich, auf die Erfahrungen der früheren Arbeiter- und Bau-

<sup>28</sup> Vgl. Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR, in: Deutschland Archiv 24 (1991), S. 691.

<sup>29</sup> Zur Besprechung am 18. 12. 1948 vgl. Thomas Friedrich, Antworten der SED-Führung auf Fragen Stalins 1948, in: BzG 33 (1991), S. 367f.

<sup>30</sup> Vgl. Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: VfZ 39 (1991), S. 170.

<sup>31</sup> Fritz Lange (1898–1981), Lehrer, 1919 USPD, 1920 KPD, zwischen 1933 und 1945 mehrfach verhaftet, 1945/46 KPD/SED, 1945 Bürgermeister von Brandenburg/Havel, 1948 Leiter der ZKK, 1949–58 Mitglied der Volkskammer, 1950–58 Kandidat des ZK der SED, 1954–58 Minister für Volksbildung.

<sup>32</sup> Vgl. Wolfgang Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: SBZ-Handbuch, S. 269 f.

<sup>33</sup> Der russische Einfluß auf die ZKK geht aus der Begrüßungsansprache Langes auf der 3. Arbeitstagung der ZKSK am 30. und 31. 1. 1950 hervor, da ohne den Rat der sowjetischen Kontrollkommission „... unsere Arbeit unendlich schwerer gewesen wäre. Mancher Fehler ist durch ihn [Ober-

ernausschüsse in der Sowjetunion zurückgreifen zu können<sup>34</sup>. Diese gingen auf eine Idee Lenins zurück und gehörten zu den Grundideen der sozialistischen Revolution, die auch in der DDR eingeführt werden mußten<sup>35</sup>. Da der Vorsitzende der ZKSK, Fritz Lange, als Mann Ulbrichts galt<sup>36</sup>, dürfte dessen Einfluß besonders groß gewesen sein. Bei Gründung der DDR wurde die Kontrollkommission als selbständiges Organ dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl (SPD, SED) unterstellt<sup>37</sup>. Ihr Vorsitzender wurde Mitglied des Ministerrates. Gleichzeitig verlagerte sich damit auch der Aufgabenschwerpunkt<sup>38</sup>: Die ZKSK verstand sich einerseits als Abwehrorgan gegen Angriffe der amerikanischen und westdeutschen „Imperialisten“ auf die DDR-Volkswirtschaft und andererseits als beratende Stelle für alle diejenigen Bürger, die bereit waren, mit dem Staat zusammenzuarbeiten, aber Schwierigkeiten mit der Planerfüllung hatten und daher Informationen benötigten<sup>39</sup>. Die leitenden Mitarbeiter sahen sich eher als Helfer beim Aufbau der Wirtschaft denn als Kontrollinstanz. Bei neuen Korruptions- und Sabotagefällen betonten sie ganz im leninistischen Sinne<sup>40</sup>, daß diese hätten verhindert werden können, wenn die verantwortlichen Stellen, von den Gewerkschaften bis zu den Parteien, rechtzeitig auf die Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen wären und nicht hochmütig auf deren Verfolgung verzichtet hätten.

Ihren ersten großen „Erfolg“ erzielte die ZKK in Glauchau-Meerane (Sachsen)<sup>41</sup>. Die zwischen Gera und Chemnitz gelegenen Städte waren seit der Mitte des 19. Jh. ein bedeutendes, vor allem exportorientiertes Zentrum der Textilindustrie. Da es sich um Mittelbetriebe mit durchschnittlich 100 bis 200 Beschäftigten handelte, war der größte Teil der Unternehmer nach 1945 nicht enteignet worden. Als im Juni 1948 die gerade errichtete ZKK Betriebsprüfer in diesen Raum schickte, stand die Absicht im Vordergrund, die Betriebe zu enteignen. Obwohl sie die notwendigen Vollmachten erst im September erhielt, ordnete die ZKK Hausdurchsuchungen und

---

leutnant Lulko, der Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission und offensichtlich der direkte Ansprechpartner] vermieden worden, mancher Erfolg ihm zu verdanken.“, in: Staatliche Kontrolle – Volkskontrolle. Bericht über die dritte Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle und ihrer Organe am 30. und 31. Januar 1950 in Berlin, Berlin 1950, S. 8.

<sup>34</sup> Referat Fritz Langes auf der 4. Arbeitstagung der ZKSK am 9.2. 1951 in Berlin, in: Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahresplan erfüllen. Bericht über die vierte Arbeitstagung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, ihrer Organe und der Volkskontrollausschüsse am 9.2. 1951 in Berlin, Berlin 1951, S. 30.

<sup>35</sup> Vgl. Renate Schultze, Der verschärfte Klassenkampf auf wirtschaftspolitischem Gebiet in der DDR unmittelbar nach ihrer Gründung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1977/II), S. 59.

<sup>36</sup> Tod den Tyrannen, in: „Der Spiegel“, 2.2. 1950, S. 11 f.; Frank Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Bonn <sup>2</sup>1990, S. 220.

<sup>37</sup> Vgl. Staatliche Kontrolle, S. 63 (wie Anm. 33).

<sup>38</sup> Vgl. Schultze, Klassenkampf, S. 60.

<sup>39</sup> Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle, S. 28 f. (wie Anm. 34). Der Titel der Broschüre, Staatliche Kontrolle und Volkskontrolle helfen den Fünfjahresplan erfüllen, ist auch als Programm zu verstehen.

<sup>40</sup> Nach Ansicht von Lenin beruhte der Erfolg der Arbeiterkontrolle darauf, daß sie vom ganzen Volk getragen wurde. Vgl. Schultze, Klassenkampf, S. 60.

<sup>41</sup> Referat Fritz Selbmanns auf der 3. Tagung, Staatliche Kontrolle, S. 14 f. (wie Anm. 33).

Verhaftungen an<sup>42</sup>. Offensichtlich wußte sogar der Generalstaatsanwalt von Sachsen, selbst ein SED-Mitglied, von den Kompetenzen der ZKK nichts. Deren Mitarbeiter führten die Verhöre brutal durch; einer der Beschuldigten beging in der Haft Selbstmord. Ein Mitglied der Staatsanwaltschaft in Glauchau, der Entlastungszeugen beizubringen versuchte, mußte fliehen und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Um genehme Richter zu bekommen, wurden beim zuständigen Landgericht Zwickau mehrere Personen, darunter der Landgerichtspräsident, verhaftet, andere, darunter der Oberstaatsanwalt, fühlten sich so unter Druck gesetzt, daß sie in den Westen flohen. Insgesamt verhängte das Gericht in zwei Prozessen zwischen dem 29. November und dem 10. Dezember 1948 sechsmal die Todesstrafe.

Diese Gerichtsverfahren wiesen bereits wichtige Elemente von Schauprozessen auf: So fanden aus Anlaß des Prozesses auf dem Marktplatz in Glauchau Kundgebungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) statt. Es wurde ein entsprechend großer Gerichtssaal gefunden, der annähernd 1000 Zuschauer faßte, und Vertreter der Presse und des Rundfunks nahmen teil. Obwohl die Prozesse auf die Bevölkerung angeblich großen Eindruck ausübten<sup>43</sup>, entsprach das Ergebnis nicht den Erwartungen, da das Gericht einen der Angeklagten freigesprochen hatte<sup>44</sup>. Dies widersprach der Logik von Schauprozessen, die besagt, daß einem Beschuldigten niemals der Prozeß gemacht werden dürfe, wenn nicht auch beabsichtigt sei, ihn zu verurteilen<sup>45</sup>.

### III. Die Vorwürfe gegen die DCGG

Als zweiter großer Erfolg fungierte die Aufdeckung der Sabotage bei der DCGG<sup>46</sup>. Aus der 1855 gegründeten Gesellschaft mit Sitz in Dessau entwickelte sich nach 1900 ein Konzern, der nicht nur Gas und Elektrizität produzierte, sondern auch Maschinen und Apparate für deren Erzeugung und Verbrauch herstellte. Hinzu kamen Bergwerks- und Handelsgesellschaften. Insgesamt besaß die DCGG 11 Gas-, 8 Elektrizitäts- und einige gemischte Versorgungsunternehmen, dazu Tochtergesellschaften und Beteiligungen an anderen Firmen. Der Schwerpunkt lag in Sachsen-Anhalt, aber ungefähr ein Drittel des Konzerns befand sich in den westlichen Besatzungszonen. Das Aktienkapital belief sich 1945 auf nominell 86 Millionen Reichsmark<sup>47</sup>.

<sup>42</sup> Vgl. Dietrich Grossmann, Darlegungen zu den Glauchau-Meeraner Schauprozessen, Dezember 1948, in: AdsD, Ostbüro, 48 C; ders., Strafverfolgung in der Ostzone, in: Frankfurter Hefte 4 (1949), S. 436 ff.

<sup>43</sup> Vgl. Hildegard Heinze, Glauchau-Meerane, in: NJ 3 (1949), S. 5 f.

<sup>44</sup> Vgl. Grossmann, Darlegungen, in: AdsD, Ostbüro, 48 C.

<sup>45</sup> Wie führt man Schauprozesse?, in: Der Monat 2 (1949/50), S. 217.

<sup>46</sup> Selbmann auf der 3. Tagung, Staatliche Kontrolle, S. 15 (wie Anm. 33).

<sup>47</sup> Der Generalstaatsanwalt der DDR, Anklage gegen Leo Herwegen, Willi Brundert und andere, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BA), Zentrales Parteiarchiv der SED (künftig: ZPA), Staat und Recht, IV 2/13/433; Russischer Schauprozeß in Mitteldeutschland, o.D., o.U., in: AdsD, Ostbüro, 48 C. Diese Denk-

Umstritten war, ob das Vermögen der DCGG unter den Befehl 124 der SMAD vom 30. Oktober 1945 fiel und enteignet werden mußte und ob dies auch den Teil des Besitzes betraf, der in den westlichen Besatzungszonen lag. Beschlagnahmt werden sollten u. a. das Vermögen des Deutschen Reichs, nationalsozialistischer Organisationen und deren führender Mitglieder sowie das Eigentum von Personen, die in einer besonderen Liste des sowjetischen Kommandanten erwähnt wurden<sup>48</sup>. Durch den sowjetischen Befehl stand die DCGG automatisch unter Sequester, wie ihr am 14. Januar 1946 mitgeteilt worden war. Der Vorstand wurde aufgelöst; von der alten Unternehmensleitung wurden am 14. Februar die Vorstandsmitglieder Friedrich Methfessel (CDU), bis 1945 kaufmännischer Direktor, und Hermann Müller (CDU), vormals technischer Direktor, als Treuhänder bestimmt. Unklar blieb die rechtliche Bedeutung solcher Anordnungen; zudem wurde versäumt, die Rechte und Pflichten der Treuhänder genau zu definieren. Der Leiter des Amtes für Brennstoffindustrie und Energiewirtschaft in der Provinzialverwaltung Sachsen, der spätere Minister für Arbeit und Sozialpolitik von Sachsen-Anhalt<sup>49</sup> und Vorsitzende der CDU des Landes, Dr. Leo Herwegen, der Direktor der Dessauer Zuckerraffinerie und Präsident der örtlichen Industrie- und Handelskammer, Dr. Leopold Kaatz (SPD, SED), und das Direktoriumsmitglied der Landeskreditbank Sachsen-Anhalt, Heinrich Scharf (CDU), wurden zu Aufsichtsräten bestellt<sup>50</sup>. Am 15. Juni des Jahres wurde die Treuhänderschaft auf die Energie-Betriebsverwaltungs-Gesellschaft m. b. H. (EVG) der Provinz Sachsen übertragen. Am 30. September wurde die DCGG davon unterrichtet, daß sie aufgrund der Verordnung der Provinz Sachsen vom 30. Juli 1946 entschädigungslos enteignet würde. Dagegen erhob die DCGG Einspruch mit dem Hinweis, daß die gesamte Gesellschaft als solche nicht auf der Liste der zu sequestrierenden Betriebe stand, sondern nur ein Teil der unselbständigen Betriebe<sup>51</sup>, so daß die erwähnte Verordnung formaljuristisch keine Anwendung finden könne. Zudem sei sie kein Konzern, sondern eine Fachgesellschaft. Der Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Willi Dieker (SPD, KPD, SED), akzeptierte dies und war damit einverstanden, daß die DCGG in Sachsen-Anhalt Energiebetriebe und Beteiligungen auf

schrift wurde Ende Dezember 1949 nach einer Besprechung mit Kurt Schumacher zum großen Teil von Ernst Thape, der vor seiner Flucht Volksbildungsminister in Sachsen-Anhalt gewesen war, konzipiert und als Denkschrift „Der Dessauer Schauprozess“ in Umlauf gesetzt. Vgl. Ernst Thape, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969, S. 275.

<sup>48</sup> Vgl. Ingo von Münch (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Stuttgart 1968, S. 287 f.

<sup>49</sup> Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1946 wurde aus der Provinz Sachsen das Land Sachsen-Anhalt ausgegliedert.

<sup>50</sup> Vgl. Karl Zimmer, Bemerkungen zu dem vor dem Obersten Gericht der Sowjetzone durchgeführten Prozeß gegen Dr. Herwegen, Dr. Brundert u. a., Berlin, 11. 1. 1951, in: ACDP, III-013-264/1, Marie Herwegen.

<sup>51</sup> Dieser Fehler war aufgrund von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kreis- und Landessequestrierungskommissionen entstanden.

aktienrechtlicher Basis in die PREVAG (Provinzialsächsische Energie-Versorgungs-AG) einbrachte, die 1945 aus zwei selbständigen Versorgungsbetrieben entstanden war. Durch den am 10. Dezember 1946 geschlossenen Einlieferungsvertrag, der am 1. Januar des folgenden Jahres wirksam werden sollte, besaß die DCGG ca. 62 % der Anteile der PREVAG. Am 29. April 1947 wurden alle Einsprüche der DCGG gegen die Enteignung abgewiesen, so daß das Land Sachsen-Anhalt mit Wirkung vom 1. Januar 1947 mit seinen eigenen Beteiligungen und weiteren enteigneten Betrieben über 81 % der PREVAG verfügte. Am 2. Juni 1947 teilte die PREVAG der DCGG mit, daß sie aufgrund der rechtswirksamen Enteignung die ihr gewährten PREVAG-Aktien im Nennwert von 35 Mill. Mark an die Provinz Sachsen-Anhalt abzugeben habe. Müller und Methfessel blieben weiter Treuhänder der Regierung<sup>52</sup>.

Am 13. Dezember 1946 schlug der Aufsichtsrat vor, zur Betreuung der in den Westzonen gelegenen Betriebe eine besondere Gesellschaft zu gründen, da die bis dahin erfolgte Verwaltung durch eine Stelle in Frankfurt/M. nicht mehr ausreichte. Der Vorstand griff am 6. März 1947 diese Anregung auf, die anfänglich nichts mit der anstehenden Enteignung zu tun hatte, sondern auf Anregung der Verwaltungsstelle zustande kam. Bei einer Besprechung am folgenden Tag erklärte der Stellvertreter des Wirtschaftsministers, Brundert<sup>53</sup>, daß sein Ministerium dagegen keine Bedenken erhebe. Am 13. Juni 1947 stimmte der Aufsichtsrat der DCGG dieser Gründung zu, die den Namen Deutsche Continentale Gas Gesellschaft m. b. H. mit Sitz in Hagen/Westfalen erhielt. Neben zwei Eigenbetrieben, je einem Gas- und Elektrizitätswerk in Singen/Hohentwiel und Hagen, bekam die neue Gesellschaft Anteile an vier weiteren Werken im Westen. Zudem schlossen die DCGG Dessau und die neu gegründete GmbH ein Abkommen, das letzterer für einen bestimmten Zeitraum die Ausübung von Aktienrechten an weiteren, in den Westzonen gelegenen Betrieben übertrug. Am 18. Juni erfolgte die Eintragung der Westgesellschaft mit einem Stammkapital von 6,8 Mill. RM in das Handelsregister in Hagen<sup>54</sup>.

Nach Auffassung der Generalstaatsanwaltschaft hatten damit die Angeklagten Vermögenswerte in den Westen verschoben<sup>55</sup>. Nach westlicher Auffassung war dies nicht

<sup>52</sup> Fritz Lange, Vorläufiges Ermittlungsergebnis, 26. 10. 1949, als Beilage zu Lange an Fischl, Berlin, 27. 10. 1949, in: Bundesarchiv, Abt. Potsdam (künftig: BAP), Bestand Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (künftig: DC 1) 266; Russischer Schauprozess, Anlage Nr. 2: Die Deutsche Continentale Gas-Gesellschaft (DCGG), in: AdsD, Ostbüro, 48 C; Willi Brundert, Bericht über die Entwicklung und Bedeutung der Prevag (Provinzialsächsische Energie-Versorgungs-A. G.), Halle, 16. 9. 1950, in: SAPMO-BA, NL 90, Otto Grotewohl 440.

<sup>53</sup> Prof. Dr. Willi Brundert (SPD, SED) gehörte zum Widerstand, geriet in englische Kriegsgefangenschaft, nach seiner Rückkehr 1946 Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. Brundert war zwischen dem 17. 6. und dem 25. 10. 1950 in Halle im Gefängnis. Nach neunwöchiger Isolierung verhörten ihn die Sowjets u. a. noch einmal über die Gründe, warum er die Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt sabotiert habe. Vgl. Willi Brundert, Es begann im Theater . . . „Volksjustiz“ hinter dem Eisernen Vorhang, Berlin/Hannover 1958, S. 54 f.

<sup>54</sup> Russischer Schauprozess, Anlage Nr. 2, in: AdsD, Ostbüro, 48 C.

<sup>55</sup> Anklage gegen Herwegen, Brundert u. a., in: SAPMO-BA, ZPA, Staat und Recht, IV 2/13/433.

möglich, da diese Betriebe nicht in der SBZ lagen und damit nicht von den Sowjets beschlagnahmt werden konnten. Das Oberlandesgericht Nürnberg bestätigte diese Anschauung im September 1949 in einem Grundsatzurteil: Danach konnte eine Enteignung in der Ostzone im Westen nicht anerkannt werden, weil dies sonst die Grundlagen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Westzonen gefährden würde<sup>56</sup>.

Bis Mitte 1947 wurden auf Anweisung der SMAD alle Vermögenswerte, die nicht eindeutig in der SBZ lagen, mit Vorsicht behandelt, einerseits, um sich auf diese Weise die Möglichkeit offen zu halten, für die Produktion dringend benötigtes Material aus den Westzonen in die eigene Zone zu bringen, da dies als interne Angelegenheit der Betriebe angesehen wurde. Dies war auch die ursprüngliche Absicht bei der Gründung der Verwaltungsstelle der DCGG im Westen gewesen<sup>57</sup>. Andererseits wollte die sowjetische Regierung die Teilung Deutschlands nicht präjudizieren, indem sie Firmen, die Betriebe sowohl im Westen wie im Osten Deutschlands hatten, enteignen und gegenteilige Reaktionen der westlichen Besatzungsmächte hervorrufen wollte. Die Regierung in Sachsen-Anhalt hatte die Aktivitäten der DCGG geduldet, weil sie eigene Pläne verfolgte.

In dem von Dieker geleiteten Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt gab es im Fall der DCGG von Beginn an zwei Linien: Der zuständige Abteilungsleiter für die Neuordnung der Wirtschaft, Dr. Fritze, der für die Sequestrierungen verantwortlich war, stützte sich auf den Befehl 124 und forderte die entschädigungslose Enteignung der Gesellschaft und die Zusammenführung dieser Betriebe in der dafür vorgesehenen Abteilung „Industriewerke“. Demgegenüber vertrat Dieker, der von Brundert<sup>58</sup> unterstützt wurde, die Auffassung, daß die Versorgungsunternehmen des Landes Sachsen-Anhalt möglichst in einer Gesellschaft zusammengefaßt werden sollten. Dabei nahm er auf die Eigentumsverhältnisse bewußt keine Rücksicht; er verzichtete sogar darauf, die enteigneten Betriebe in der ursprünglich geplanten Gruppe „Energie“ zusammenzufassen, da sonst nur die enteigneten Unternehmen beisammen wären. Das Land hätte damit zwar über eine Reihe von Betrieben verfügen können; die Kommunen und Kommunalverbände besaßen aber eigene Energieunternehmen, deren Enteignung zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich war. Ziel dieser Überlegung war es, möglichst alle Versorgungsunternehmen des Landes unter eine einheitliche Verwaltung zu bringen, um anstehende Probleme, etwa die Materialversorgung, besser regeln zu können. Dazu wurde zunächst die EVG und, da diese über keinen entsprechenden Verwaltungsapparat verfügte, die PRE-VAG gegründet. Um diesen Plan nicht zu gefährden, erklärte Dieker, nachdem der DCGG der Enteignungsbescheid im September 1946 zugegangen war und sie dagegen Einspruch erhoben hatte, die Entscheidung für schwebend wirksam.

<sup>56</sup> Harriman soll sterben, in: „Der Spiegel“, 4.5. 1950, S. 5 f.

<sup>57</sup> Russischer Schauprozeß, in: AdSD, Ostbüro, 48 C.

<sup>58</sup> Während eines Vortrages an der Universität Göttingen bekannte sich Brundert im Juli 1949 zum Gemeineigentum als Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft. Vgl. Hans Thieme, Der Fall Brundert, in: Deutsche Universitätszeitung 5 (1950), Nr. 9, S. 10.

So blieb bis zur endgültigen Regelung die DCGG als selbständige Rechtspersönlichkeit bestehen und konnte den erwähnten Vertrag mit der PREVAG schließen. Fritze forderte wiederholt die Enteignung der DCGG, während Dieker sich dem Standpunkt der Aufsichtsratsmitglieder und der Treuhänder bei der DCGG anschloß, die Enteignungsverordnung vom 30. Juli 1946 gelte nur für die Provinz Sachsen und nicht für das Land Sachsen-Anhalt. Obwohl Fritze nach einer scharfen Kritik der SMA Halle an der Gründung selbständiger Gesellschaften vom Wirtschaftsministerium forderte, daß nun die DCGG in die Industriewerke einzubringen sei, weigerten sich Dieker und Brundert, dies zu tun. Als am 1. Juni 1948 die PREVAG als „Energiebezirk West“ in die Hauptverwaltung Energie der DWK überführt wurde, war in keinem Land der SBZ die Energiewirtschaft so weit zentralisiert wie in Sachsen-Anhalt, was zunächst auch gelobt wurde, da dies noch nicht einmal den Nationalsozialisten gelungen war<sup>59</sup>.

Im Prinzip standen sich zwei entgegengesetzte Formen der Verstaatlichung gegenüber: Während Dieker und Brundert in Anlehnung an gewerkschaftliche Vorstellungen aus der Weimarer Republik dies mit rechtsstaatlichen Methoden durchführen wollten und dabei bereit waren, als Übergangslösungen auch staatliche Beteiligungen zuzulassen und mit den alten Fachleuten zusammenzuarbeiten, strebte Fritze ganz im Sinne kommunistischer Vorstellungen eine sofortige Enteignung an.

#### IV. Ein Schauprozeß wird vorbereitet

Die ersten Untersuchungen gegen die DCGG begannen bereits Ende 1948/Anfang 1949 und erstreckten sich zunächst auf die auch von dem „Energiebezirk West“ übernommenen Treuhänder Müller, den vor seiner Verhaftung geflohenen Methfessel sowie den ehemaligen Landgerichtsdirektor und Syndikus Ernst Simon, der beschuldigt wurde, beide bei der Unterschlagung von Aktien durch juristische Beratung unterstützt zu haben. Nachdem Müller und Simon<sup>60</sup> geständig waren, dehnten sich die Untersuchungen auf die Aufsichtsratsmitglieder Kaatz, Herwegen und Scharf aus. Sie wurden bezichtigt, die Enteignung der Gesellschaft hintertrieben zu haben, weil sie nicht auf die Tantiemen aus ihrer Tätigkeit verzichten wollten. Der Wirtschaftsbeauftragte beim Oberbürgermeister der Stadt Dessau und Abteilungsleiter bei der dortigen Industrie- und Handelskammer, Ernst Pauli (LDPD), hatte diese Taten unterstützt, da er der DCGG bescheinigte, sie sei nicht enteignet worden, und so die Verschiebung der Aktien in den Westen erst ermöglicht hatte.

<sup>59</sup> [Schriftsatz der Generalstaatsanwaltschaft in Sachsen-Anhalt, o.D., o.U.], als Beilage zu: Aktenvermerk, 3.2. 1950, in: BAP, DC 1 266. Aus dem Aktenvermerk geht hervor, daß das Schriftstück zu den Handakten des Generalstaatsanwalts Fischl gehörte. Vgl. Brundert, Bericht, 16.9. 1950, SAPMO-BA, NL 90, Otto Grotewohl 440. Ausführliches Protokoll der Sekretariatssitzung [der SED des Landes Sachsen-Anhalt] vom 4.5. 1950, in: Ebenda, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>60</sup> Müller und Simon befanden sich seit Januar 1949 in U-Haft. Vgl. Lange, Vorläufiges Ermittlungsergebnis, 26.10. 1949, als Beilage zu Lange an Fischl, 27.10. 1949, in: BAP, DC 1 266.



In diesem Stadium der Voruntersuchung hatte die ZKSK ihre Untersuchungen zwar bereits auf das Wirtschaftsministerium ausgedehnt, aber lediglich die Abt. Sicherung der Wirtschaft erfaßt, deren Angestellte beschuldigt wurden, ihre Aufsichtspflicht gröblichst vernachlässigt zu haben. Die Angeschuldigten konnten aber in den Westen fliehen. Zu diesem Zeitpunkt dachte Lange auch noch nicht an einen Schauprozeß, da die ZKSK vor dem zuständigen Landgericht ein Schnellverfahren beantragte<sup>61</sup>. Nachdem die vorgesehenen Verhaftungen gescheitert waren, erweiterte die ZKSK ihre Untersuchungen auf Brundert und den bereits aus politischen Gründen abgesetzten Dieker. Offensichtlich stellte dies auch den Übergang zur Vorbereitung eines Schauprozesses dar, da Fritz Lange für das Jahr 1949 einen größeren Prozeß anstrebte: „Der Fall der DCGG dürfte ein Schulbeispiel dafür sein, wie Verbrechen gegen das Volkseigentum und nationaler Verrat zu ahnden sind.“<sup>62</sup>

Als Lange am 27. Oktober die Verhaftung von Herwegen, Kaatz, Scharf, Pauli und des Notars Paul Heil anordnete, erwog er zwar auch ein Strafverfahren gegen Dieker, aber lediglich wegen Verletzung seiner Dienstaufsichtspflicht gegenüber Brundert, und weil er davon wußte, daß Methfessel aufgrund eines Entnazifizierungsbescheides eigentlich keinen leitenden Posten hätte übernehmen dürfen<sup>63</sup>. Warum Dieker nicht ebenfalls verhaftet und später verurteilt wurde, läßt sich nicht ermitteln; möglicherweise lag dies daran, daß er während des Krieges Kommunist geworden war und 1945 nicht wieder in die SPD eintrat, der er vor 1933 angehört hatte, sondern Mitglied der KPD wurde<sup>64</sup>. Pro forma sollte Brundert zunächst nur verhört und erst verhaftet werden, wenn sich seine Mittäterschaft erweisen sollte. Aus den Ermittlungsergebnissen ging hervor, daß der Vorsitzende der ZKSK keine Zweifel an dessen Schuld hegte. Allerdings gehörte Brundert noch nicht zu den Hauptbeschuldigten wie Herwegen. Diesem warf Lange sogar vor, bei einigen Verbrechen Hauptinitiator gewesen zu sein und seine Stellung als Minister für Arbeit und Sozialpolitik mißbraucht zu haben. Herwegen selbst war sich keiner Schuld bewußt und wies die ihm angebotene Fluchtmöglichkeit zurück<sup>65</sup>.

Um von den Beschuldigten Geständnisse zu erhalten, ordnete Lange eine strenge Isolationshaft in Gomern und Hausdurchsuchungen an. Zur Beschaffung der notwendigen Informationen für die Anklage, sollten auch deren Mitarbeiter (Sekretärinnen, persönliche Referenten) in die Ermittlungen einbezogen werden. Um die Anklage möglichst stringent erscheinen zu lassen, befahl der Vorsitzende der ZKSK, daß in einem zu-

<sup>61</sup> Dies geht aus einer siebenseitigen, undatierten und unsignierten Aufstellung hervor. Auch ist nicht ersichtlich, ob es sich um ein internes Schriftstück der ZKSK handelt oder um einen Antrag an die Staatsanwaltschaft. Das Schriftstück beginnt mit: „Der Kaufmann Methfessel, Friedrich“, in: Ebenda.

<sup>62</sup> Lange an den Generalstaatsanwalt des Landes Sachsen-Anhalt, Fischl, 27. 10. 1949, Anlage: Lange, Vorläufige Ermittlungsergebnisse der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle über die Angelegenheit Deutsche Continentale Gasgesellschaft, 26. 10. 1949, in: Ebenda.

<sup>63</sup> Ebenda.

<sup>64</sup> Vgl. Thape, Von Rot, S. 242f.

<sup>65</sup> Vgl. Wilhelm Rost, O Du mein Vaterland, o.D., in: ACDP, I-296, NL Wilhelm Rost.

künftigen Prozeß lediglich die Verfehlungen der Verhafteten im DCGG-Fall berücksichtigt werden sollten; zudem sollte ein amtlicher Bericht veröffentlicht werden<sup>66</sup>.

Dies geschah am 23. November<sup>67</sup>. Das „Neue Deutschland“ brachte den DCGG-Fall sofort in einem Kommentar in Verbindung mit der These vom verschärften Klassenkampf<sup>68</sup>. Die Vorwürfe beschränkten sich im wesentlichen auf die Gründung einer Parallelfirma in Hagen und die Verschiebung von Vermögenswerten. Lediglich bei Brundert kam ein zusätzlicher Aspekt hinzu. Er war während des Krieges in englische Gefangenschaft geraten und in Wilton Park, einem Umerziehungslager für deutsche Kriegsgefangene, auch als Dozent tätig gewesen. Lange machte daraus die Anwesenheit in einer britischen Agentenschule. Zudem sollte Brundert sich mit dem Leiter einer britischen Agentenschule und einem Wirtschaftsminister einer westdeutschen Landesregierung über die Behandlung enteigneter Betriebe verständigt haben. Damit wurde er, der bis dahin eher als zweitrangige Persönlichkeit betrachtet worden war – auf der Liste der Beschuldigten stand er an vorletzter Stelle – aufgewertet und die Untersuchung zugleich auf einen neuen Anklagepunkt ausgedehnt: auf die Agententätigkeit für die Imperialisten im Westen<sup>69</sup>. Eher am Rande wurde vermerkt, daß gegen die Beschuldigten sobald wie möglich ein Prozeß vor einer breiten Öffentlichkeit geführt werden sollte<sup>70</sup>.

Die Verhafteten wurden zwar offensichtlich nicht gefoltert, wohl aber den üblichen Verhörmethoden (lange nächtliche Vernehmungen und Schlafentzug) ausgesetzt. An den Untersuchungen beteiligten sich hauptsächlich die Mitarbeiter der ZKSK Toni Ruh und Rößteck, die bereits während der Vernehmungen im Fall Glauchau-Meerane durch ihre Brutalität hervorgetreten waren, und Lauffer, aber auch Vertreter der SMAD<sup>71</sup>. Vielleicht kam auch von dieser Seite der Hinweis auf Wilton-Park. Die „Rolle“ Brunderts als britischer Agent wurde immer weiter hervorgehoben. In einer Zusammenfassung der Ermittlungsergebnisse für die Generalstaatsanwaltschaft in Sachsen-Anhalt wurde es so dargestellt, als habe Brundert seine Tätigkeit im Wirtschaftsministerium im Auftrag britischer Agenten durchgeführt<sup>72</sup>. Auf der anderen Seite wurde bereits an der „Entlastung“ der Beschuldigten gearbeitet und der Kopf und Drahtzieher der Aktienverschiebungen in den Westen in Eduard Schalfjew (1898–1962) gesehen, der zwischen 1935 und 1945 Direktor der DCGG gewesen und Ende 1949 zum Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministe-

<sup>66</sup> Lange an Fischl, 27.10. 1949 und Beilage vom 26.10. 1949, in: BAP, DC 1 266.

<sup>67</sup> Fritz Lange, Amtlicher Bericht der ZKSK über Verbrechen am Volkseigentum, Berlin, 21.11. 1949, in: „Neues Deutschland“, 23.11. 1949, S.1f.

<sup>68</sup> Ein Signal, in: Ebenda, S.1.

<sup>69</sup> Lange, Amtlicher Bericht, in: Ebenda, S.1f.

<sup>70</sup> Prozeß vor breiter Öffentlichkeit, in: „Der Neue Weg“, 25.11. 1949, S.2. Die Notiz wurde neben den amtlichen Bericht Langes gesetzt, der in mehr oder weniger vollständiger Form in allen Zeitungen der DDR erschienen ist.

<sup>71</sup> Vgl. Brundert, Es begann, S.38 f.

<sup>72</sup> Strafsache Herwegen und Andere. Einführung für die Staatsanwaltschaft, o.D., o.U. (wahrscheinlich Anfang 1950), in: BAP, DC 1 266.

rium ernannt worden war. Das Presseorgan der SMAD in der DDR, die „Tägliche Rundschau“, unterstellte ihm, er habe mit den verschobenen Vermögenswerten einen Reptilienfonds gegründet, um so Spione, Saboteure und andere Verbrecher zu finanzieren, die gegen den Aufbau in der DDR eingesetzt werden sollten<sup>73</sup>. Diese Anschuldigung richtete sich natürlich gegen die Regierung Adenauer und sollte die These vom verschärften Klassenkampf unterstützen. Einige Tage vorher hatte die „Tägliche Rundschau“ auch den amerikanischen Sonderbeauftragten für den Marshallplan, Averell Harriman (1891–1986), als Kriegsverbrecher angegriffen, ohne allerdings eine Verbindung zur DCGG herzustellen<sup>74</sup>. Dies blieb Lange überlassen. Unklar ist, ob die Angriffe gegen Schalfew auf die Ergebnisse der Untersuchungen der ZKSK zurückzuführen sind oder ob die „Tägliche Rundschau“ mit der Nennung des Staatssekretärs die Ermittlungen in diese Richtung lenken wollte.

Die Bestrebungen Langes, einen Schauprozeß zu inszenieren, stießen auf den Widerstand des Generalstaatsanwalts in Sachsen-Anhalt, der parallel zur ZKSK Untersuchungen durchführen ließ. Fischl bestätigte zwar, daß es Vermögensverschiebungen gegeben hatte, aber er betonte in erster Linie die Schuld Diekers. Nach seiner Auffassung stammte die ursprüngliche Idee, die PREVAG zu gründen, vom Wirtschaftsminister; Brundert, der im Herbst 1946 aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt war, habe sie lediglich unterstützt, da sie seinen Vorstellungen entsprach. Die ZKSK war darüber entsetzt. Nach ihrer Auffassung erbrachten diese Ermittlungsergebnisse Fischls das genaue Gegenteil dessen, was sie beabsichtigte: nämlich eine Belastung Diekers und Material, auf dem Brundert seine Verteidigung aufbauen konnte<sup>75</sup>.

Wohl aus diesem Grunde wurde der Generalstaatsanwaltschaft in Sachsen-Anhalt der Prozeß gegen Herwegen und Brundert entzogen. Ganz im Sinne einer Forderung des Kleinen Sekretariats der SED, Vorgänge zu politischen Prozessen überprüfen zu können<sup>76</sup>, beschloß am 28. Februar 1950 das Politbüro unter Vorsitz Piecks in Abwesenheit Ulbrichts, aber mit dessen Einverständnis, den Prozeß der Generalstaatsanwaltschaft der DDR zu übertragen, die Anklage vor dem OG erheben sollte. Diese Anordnung zeigt die Abhängigkeit der Justiz von der SED. Gleichzeitig legte das Politbüro den Termin für die Gerichtsverhandlung auf Ende April in Dessau fest und bestimmte auch die politische Stoßrichtung: Der Prozeß sollte die Rolle des Monopolkapitalismus und seine Zersetzungsarbeit in der DDR mit Hilfe käuflicher Agenten herausarbeiten. Die Sekretariate der Massenorganisationen FDGB, FDJ und DFD sollten die Verantwortung für die Auswahl der Zuschauer übernehmen. Da das Politbüro offensichtlich auch dem Generalstaatsanwalt der DDR, Ernst Melsheimer (SPD, KPD, SED), nicht ganz traute, ordnete es an, daß die Anklageschrift

<sup>73</sup> Von Dessau nach Bonn, in: „Tägliche Rundschau“, 1. 12. 1949, S. 3.

<sup>74</sup> Die verhängnisvolle Rolle des Mister Harriman, in: Ebenda, 24. 11. 1949, S. 7.

<sup>75</sup> Aktenvermerk, 3. 2. 1950, mit Anlage aus den Handakten Fischls, o. D., in: BAP, DC 1 266.

<sup>76</sup> Vgl. Wilfriede Otto, Die „Waldheimer Prozesse“ – altes Erbe und neue Sichten, in: NJ 45 (1991), S. 357.

dem Sekretariat des Politbüros zur Begutachtung vorgelegt werden sollte<sup>77</sup>. Die Entscheidung zur Durchführung des Prozesses fiel nicht im Politbüro; dieses sanktionierte sie nur. Denn bereits vierzehn Tage zuvor hatte Lange weiteres Belastungsmaterial für den Prozeß an Melsheimer geschickt<sup>78</sup>. Da die Unterlagen schon seit Ende Januar/Anfang Februar von der Generalstaatsanwaltschaft in Sachsen-Anhalt zurückgefordert wurden<sup>79</sup>, dürfte der Vorsitzende der ZKSK bereits seit diesem Zeitpunkt, wahrscheinlich im Einvernehmen mit Ulbricht, den Prozeß vor dem OG der DDR geplant haben. Ulbricht hatte bei einer Rede am 4. Dezember 1949 den Fall Herwegen-Brundert als Angriff der Imperialisten im Westen gewertet und damit bereits Vorgaben für den Prozeß gemacht<sup>80</sup>. Lange blieb auch weiterhin mit dem Prozeß betraut; er war es, der die Anklageschrift gegen Herwegen, Brundert u. a. überprüfte und korrigierte.

Dies entsprach durchaus dem Selbstverständnis der ZKSK. Deren juristischer Berater, Max Masius, hatte auf der 3. Arbeitstagung der ZKSK in Berlin gefordert, daß die eigenen Mitarbeiter einen wichtigen Prozeß vom Beginn der Vernehmungen an über die Gerichtsverhandlung und sogar bis zur Vollstreckung des Urteils beobachten sollten. Er begründete dies damit, daß nur deren Untersuchungsbeamte über alle Besonderheiten der Materie unterrichtet seien und dem Staatsanwalt oder dem Gericht Hinweise geben könnten, in welche Richtung sie weiter nachforschen sollten. Zwar behauptete er, damit sei keine Beeinflussung von Staatsanwaltschaft und Gericht beabsichtigt, aber das genaue Gegenteil war der Fall<sup>81</sup>.

Lange machte von seinen Kompetenzen ausgiebig Gebrauch. Bereits am 27. Februar fand er Mängel in der Anklageschrift: Ihm war die Schuld der Angeklagten nicht deutlich genug herausgearbeitet, einzelne Aspekte der Beschuldigungen überhaupt nicht erwähnt, und die Charakteristik der Personen hielt er für zu positiv. Außerdem wollte der Vorsitzende der ZKSK die PREVAG-Angelegenheit nicht so breit dargestellt wissen. Offensichtlich geschah dies, um den Angeklagten jede Verteidigungsmöglichkeit zu nehmen<sup>82</sup>.

Auch mit der zweiten Fassung der Anklageschrift war Lange nicht einverstanden. Er forderte vor allem, daß herausgestellt werden sollte, wie die Angeklagten juristische Tricks angewandt hatten, um ihre Verschiebungen durchzuführen, und daß die DCGG bereits häufiger eine kriminelle Rolle gespielt habe. Aus ideologischen Gründen mußte erwähnt werden, daß die revolutionäre Arbeiterschaft schon immer gegen diese Manipulationen vorgegangen sei. Zudem vermißte er einen Hinweis darauf, daß Arbeiter und Angestellte deutliche Warnungen über die Verbrechen des Konzerns

<sup>77</sup> Protokoll Nr. 74 der Sitzung des Politbüros am 28. 2. 1950, in: SAPMO-BA, ZPA, Beschlüsse Politbüro, IV 2/2/74. Vgl. auch Karl Wilhelm Fricke, Politische Strafjustiz im SED-Staat, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 4/93, S. 15.

<sup>78</sup> Lange an Melsheimer, 16. 2. 1950, in: BAP, DC I 266.

<sup>79</sup> Vgl. Aktenvermerk, 3. 2. 1950, in: Ebenda.

<sup>80</sup> Aktuelle Fragen der Politik, in: „Neues Deutschland“, 8. 12. 1949, S. 4.

<sup>81</sup> Rede Max Masius auf der 3. Tagung der ZKSK, Staatliche Kontrolle, S. 113 ff. (wie Anm. 33).

<sup>82</sup> Fritz Lange, Mängel in der Anklageschrift Herwegen-Brundert, 27. 2. 1950, in: BAP, DC I 266.

weitergegeben hatten. Schließlich korrigierte Lange auch einzelne Wörter und Passagen im Text<sup>83</sup>.

In der endgültigen Fassung wurden die Angeklagten beschuldigt, seit Dezember 1945 fortgesetzt in Sabotageabsicht die wirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Selbstverwaltungsorgane durchkreuzt zu haben, wodurch dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands schwerster Schaden zugefügt worden sei. Grundlage der Anklage bildete der Befehl 160 der SMAD vom 3. Dezember 1945. Rechtlich stieß dies auf einige Probleme, da es bis zum Zeitpunkt der Anklageerhebung keine offizielle Übersetzung des russischen Textes gab, sondern nur voneinander abweichende Versionen in den einzelnen Ländern. Zudem waren diese Übertragungen so unklar, daß eine eindeutige Auslegung nicht möglich war. Es war nur deutlich, daß der Befehl sich gegen irgendwelche wirtschaftlichen Verbrechen richtete. Erst in dem DCGG-Urteil legte das OG eine endgültige Fassung vor. Es verstieß damit gegen das Gebot „nulla poena sine lege“<sup>84</sup>.

#### V. . . und durchgeführt

Die am 26. April 1950 eröffnete Verhandlung in Dessau fand unter der Leitung der Vizepräsidentin des OG, Hilde Benjamin, statt. Obwohl sie vorher nie einen Prozeß als Richterin geführt hatte – sie war in der Weimarer Republik als Verteidigerin in Kommunistenprozessen und 1945 für einige Monate als Anklägerin tätig gewesen<sup>85</sup> –, wurde ihr der Vorsitz in diesem für die DDR wichtigen Verfahren, das gleichzeitig der erste Prozeß vor dem OG war, übertragen.

Die Staatsanwaltschaft und das OG faßten die Angeklagten in drei Gruppen zusammen: a) die Treuhänder und Aufsichtsratsmitglieder (Methfessel, Müller, Herwegen, Kaatz und Scharf) als die Hauptschuldigen; b) die Hilfsorgane (Heil, Simon und Pauli) sowie c) Brundert<sup>86</sup>. Zeugen wurden auf Antrag Melsheimers nicht vernommen<sup>87</sup>, obwohl dies ursprünglich vorgesehen war<sup>88</sup>. Der Prozeß baute in erster Linie auf Dokumenten auf<sup>89</sup>. Dazu mußten die einzelnen Angeklagten Stellung nehmen. Falls sie sich

<sup>83</sup> Fritz Lange, Bemerkungen zu der Anklageschrift des Generalstaatsanwaltes der Deutschen Demokratischen Republik in Sachen Herwegen-Brundert und Andere, 21.3. 1950, in: Ebenda.

<sup>84</sup> Vgl. Wolfgang Schuller, Geschichte und Struktur des politischen Strafrechts der DDR bis 1968, Ebelsbach 1980, S. 8 ff. (mit den verschiedenen Übersetzungen der einzelnen Länder), S. 16, 237 f.

<sup>85</sup> Vgl. Benjamin, Erinnerungen, S. 968.

<sup>86</sup> Vgl. dies., Zum Dessauer Prozeß, in: NJ 4 (1950), S. 146. Zum Ablauf des Prozesses vgl. Rudi Beckert, Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR, Goldbach 1995, S. 76 ff.

<sup>87</sup> Abschluß der Vernehmungen im Dessauer Prozeß, in: „Der Morgen“, 28.4. 1950, S. 2.

<sup>88</sup> In der Anklageschrift werden einzelne Zeugen noch genannt. Anklage gegen Herwegen, Brundert u. a., in: SAPMO-BA, ZPA, Staat und Recht, IV 2/13/433. Auch hatte das Politbüro kurz vor Beginn des Prozesses der Einvernahme von Ministerpräsident Hübener als Zeuge zugestimmt. Vgl. Falco Werkentin, Strafjustiz im politischen System der DDR: Fundstücke zur Steuerungs- und Eingriffspraxis des zentralen Parteiapparates der SED, in: Rottleuthner (Hrsg.), Steuerung, S. 118.

<sup>89</sup> Zeugen werden in Dessau nicht gehört, in: „Die Welt“, 28.4. 1950, S. 1.

zu verteidigen suchten, wurden sie unterbrochen und ihre Aussagen als unerheblich oder, wenn sie den Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaft widersprachen, als Lügen angeprangert. Die Angeklagten galten als frech und wurden von der Richterin ermahnt, sich endlich ihrer Rolle als Angeklagte bewußt zu sein<sup>90</sup>. Melsheimer forderte Brundert unter Beifall der bestellten Zuhörer auf, „eine Sprache zu benutzen, die das Volk versteht“<sup>91</sup>. Den Angeklagten wurde jede Chance genommen, ihre Unschuld zu beweisen, da Entlastungszeugen oder -material nicht zugelassen worden war, wenn es nicht sogar bei den Voruntersuchungen unterdrückt wurde. Zudem erhielten sie die Anklageschrift erst kurze Zeit vor dem Prozeß<sup>92</sup>. Dies war um so gravierender, als die Angeklagten aus den Vernehmungen nicht immer herausfiltern konnten, wie die wichtigsten Anklagepunkte lauteten. Denn die Mitarbeiter der ZKSK hatten die Protokolle manipuliert<sup>93</sup> bzw. während der Voruntersuchung auch intensiv nach Punkten gefragt, die während der Verhandlung überhaupt nicht mehr vorkamen. So überprüften sie, ob die Beschuldigten im Dessauer Prozeß wegen der Wertpapierverschiebungen nicht auch gegen SMAD-Befehl Nr. 1 verstoßen hatten, da es den Banken verboten war, Geld oder Wertpapiere an ihre Kunden weiterzugeben<sup>94</sup>.

Die Angeklagten erhielten zumindest Pflichtverteidiger, um vor einer breiten Öffentlichkeit wenigstens einen Hauch von Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Aber selbst, wenn sie ihnen hätten vertrauen können, bestand kaum eine Möglichkeit, sich über eine angemessene Verteidigungsstrategie zu verständigen, da beide Seiten sich erst kurze Zeit vor Prozeßbeginn kennenlernten. Wenn die Pflichtverteidiger in die Verhandlung eingriffen, um auf Entlastungsmomente für ihre Mandanten hinzuweisen, wurden sie von Frau Benjamin mit der Bemerkung ermahnt, es werde noch nicht plädiert<sup>95</sup>, oder der Einwand wurde als unerheblich abgelehnt<sup>96</sup>. Lediglich beim Plädoyer erhielten sie begrenzte Möglichkeiten, etwas für ihre Mandanten zu tun: Sie konnten strafmildernde Aspekte vorbringen. Dies hatte jedoch keinen Einfluß auf das Urteil und diente lediglich dazu, eine nicht vorhandene Rechtsstaatlichkeit vorzutäuschen. Denn nach Auffassung der DDR-Justiz war ein Verteidiger überflüssig, da der Ankläger bei seiner Strafzumessung angeblich auch die mildernden Umstände berücksichtigte, die für einen Angeklagten sprachen<sup>97</sup>. Manche Rechtsanwälte hielten vor Prozeßbeginn Rücksprache mit der SED, um nach dem Verfahren selber keine Schwierigkeiten zu bekommen. Strafverteidigern, die bereit waren, sich für ihre Klienten einzusetzen, drohte bereits im Vorfeld von Schauprozessen die Verhaftung<sup>98</sup>.

<sup>90</sup> Entlarvung der Angeklagten im Dessauer Prozeß, in: „Der Neue Weg“, 28.4. 1950, S. 2.

<sup>91</sup> Brundert, Es begann, S. 47.

<sup>92</sup> Vgl. ebenda, S. 37.

<sup>93</sup> Stübbern an ZKSK, 14.2. 1950, in: BAR, DC 1 266.

<sup>94</sup> ZKSK, Zum Prozeß gegen Herwegen und Brundert, 22.3. 1950, in: Ebenda.

<sup>95</sup> Vgl. Brundert, Es begann, S. 47.

<sup>96</sup> Abschluß der Vernehmungen, in: „Der Morgen“, 28.4. 1950, S. 2.

<sup>97</sup> Im Namen des Volkes, in: „Thüringer Tageblatt“, 13.12. 1950; Karl Schultes, Rechtsschutz und Rechtssicherheit in der realen Demokratie, in: Fechner (Hrsg.), Beiträge, S. 93.

<sup>98</sup> Schauprozess, in: „Der Spiegel“, 3.8. 1950, S. 11.

Westliche Zeitungen stellten fest, daß die Zuhörer sehr gut als Resonanzboden für das Gericht funktionierten: Nach der Anklagerede Melsheimers klatschte das Publikum Beifall, der sofort auf einen Wink der Richterin aufhörte; es trat Unruhe im Gerichtssaal auf, wenn die Angeklagten versuchten, sich zu verteidigen<sup>99</sup>. Die Regie in dem Prozeß führte Fritz Lange, der in der Intendantenloge saß und über Zettel, die seine Mitarbeiter Ruh und Rößsteck weiterleiteten, Frau Benjamin und Melsheimer Anweisungen für den Verlauf des Prozesses gab<sup>100</sup>.

Der Generalstaatsanwalt hatte wohl in Abstimmung mit Lange die Anklage erweitert<sup>101</sup>. Bei den ersten Ermittlungen stellte lediglich die Verschiebung der Vermögenswerte Sabotage nach SMAD-Befehl 160 dar. Melsheimer erhob den Befehl zum „Unternehmensdelikt“: das bedeutete, das Gericht ahndete die Vollendung einer strafbaren Handlung genauso wie den Versuch<sup>102</sup>. Es gab auch keinen Unterschied mehr zwischen direkter Täterschaft und bloßer Teilnahme. Damit wurde nicht erst die angebliche Verschiebung der Aktien zum Verbrechen, wie dies noch im amtlichen Bericht vom 23. November 1949 geschehen war; vielmehr war nun bereits der Einspruch von Herwegen, Methfessel und Müller gegen die Enteignung Sabotage im Sinne von SMAD-Befehl 160, da nach Auffassung Melsheimers diese von der Regierung eingesetzt worden waren, um die Enteignung technisch abzuwickeln, und sie nicht mehr als Vertreter der DCGG dagegen arbeiten durften<sup>103</sup>. Dies gab dem Minister für Industrie, Fritz Selbmann (KPD, SED), der als Sachverständiger für die Anklage auftrat, auch eine bessere Möglichkeit, die angebliche Dreiphasenstrategie der Monopolkapitalisten gegen den gesellschaftlichen Aufbau der SBZ/DDR zu erläutern: Zunächst sollte durch Einsprüche und Beschwerden die Enteignung verhindert oder doch zumindest verzögert werden. Dann folgte nach Meinung des Sachverständigen die Bildung neuer Kapitalgesellschaften wie die PREVAG, an denen auch der Staat beteiligt war. Falls sich dadurch die Enteignung nicht umgehen ließ, stand als letzte Möglichkeit die Verschiebung der Vermögenswerte offen. Dies hatten nach Ansicht von Selbmann auch die Angeklagten versucht und sich der Sabotage schuldig gemacht<sup>104</sup>.

Für den Staatsanwalt und die Richterin waren die Angeklagten nur von untergeordneter Bedeutung und beliebig austauschbar. Die eigentlichen Drahtzieher lebten in ihren Augen im Westen und hatten Herwegen und die anderen zu ihren Taten angestiftet. Sie handelten aus Überzeugung, weil sie gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung der SBZ/DDR eingestellt waren. Aber selbst der noch im Dezember prominent herausgestellte Schalfewjew galt nun nur noch als zweitrangiger

<sup>99</sup> „Volks“-Gericht im Theater, in: „Der Tag“, 25. 4. 1950, S. 2.

<sup>100</sup> Vgl. Brundert, Es begann, S. 47.

<sup>101</sup> Entgegen der Ansicht von Karl Wilhelm Fricke, Zur politischen Strafrechtssprechung des Obersten Gerichts der DDR, Heidelberg 1994, S. 15, der Prozeß sei das Resultat einer Zusammenarbeit zwischen dem gerade erst Anfang des Jahres entstandenen Ministerium für Staatssicherheit (MfS), dem Politbüro und der Staatsanwaltschaft.

<sup>102</sup> Siehe dazu Schuller, Geschichte, S. 16 f., 334 f.

<sup>103</sup> Anklage gegen Herwegen, Brundert u. a., in: SAPMO-BA, ZPA, Staat und Recht, IV 2/13/433.

<sup>104</sup> Wie Herwegen & Co. die Kriegstreiber unterstützten, in: „Neues Deutschland“, 28. 4. 1950, S. 4.

Verbrecher. Im Mittelpunkt stand Harriman, dem die Anklage nachzuweisen versuchte, daß er Interesse an der DCGG besaß, da der Harriman-Konzern über verschiedene Firmen und Tochtergesellschaften an der Dessauer Gesellschaft beteiligt gewesen sei<sup>105</sup>. Auf diese Weise sollte natürlich der Marshallplan in Mißkredit gebracht werden. Daher forderte die Anklage für Herwegen, Brundert, Methfessel und Müller auch nicht die Todesstrafe, obwohl der Umfang des Schadens höher lag als in Glauchau-Meerane. Sie sollte Schalfjew und Harriman vorbehalten bleiben. Das Gericht verurteilte am 29. April 1950 Herwegen, Brundert und Methfessel zur zeitlichen Höchststrafe, die der Befehl 160 vorsah, nämlich 15 Jahre; Müller und Kaatz erhielten jeweils 12, Simon 4, Heil 8, Pauli 7 und Scharf zwei Jahre Zuchthaus<sup>106</sup>. Für die meisten Zuhörer kam der Verzicht auf die Todesstrafe überraschend, da selbst das „Neue Deutschland“ gefordert hatte, daß „... keine Strafe scharf genug sein [kann], um sie [die Angeklagten] unschädlich zu machen. Denn sie sind Feinde des Wohlstands Deutschlands. Sie sind Feinde des Friedens.“<sup>107</sup> Offensichtlich hatte selbst das Parteiorgan nicht verstanden, worum es bei dem Prozeß ging.

Die Urteile standen natürlich schon vorher fest. Die Prozeßführung, die nichts mit der Wahrheitsfindung zu tun hatte und jeder Rechtsstaatlichkeit entbehrte, diente lediglich dazu, die Thesen der Regierung gegen den Westen einem größeren Publikum zu demonstrieren. Nach dieser Auffassung trug die eigentliche Schuld am Ausbruch des 1. und des 2. Weltkriegs der Monopolkapitalismus, der auch Hitler an die Macht gebracht habe. Während nach 1945 im Westen der Monopolkapitalismus mit Hilfe der anglo-amerikanischen Imperialisten wieder an die Macht gekommen und es ihm gelungen sei, durch seine Agenten Vermögenswerte aus der SBZ/DDR in den Westen zu verschieben, um so Kapital für die Entfaltung eines dritten Weltkriegs zu erhalten, halte sich die SBZ/DDR an Punkt 12 des Potsdamer Abkommens und enteigne die wahren Schuldigen. Nach dieser Anschauung brach der Westen das Potsdamer Abkommen und betrieb damit die Spaltung Deutschlands. Mit diesem Abkommen sollte die wirtschaftliche und politische Einheit des besiegten Deutschland garantiert werden<sup>108</sup>. Daraus folgerte Selbmann während der Verhandlung, daß jede Enteignung eines Konzerns in der östlichen Besatzungszone auch dessen Teile im Westen treffen müsse<sup>109</sup>. Da dies aber in den Westzonen nicht akzeptiert werde, verletzen die dortigen Machthaber die wirtschaftliche und damit die politische Einheit Deutschlands.

1950 fanden noch zwei weitere Schauprozesse vor dem OG gegen angebliche Wirtschaftsverbrecher statt: vom 4.–8. Dezember der sogenannte Moog-Prozeß, der nach dem im Januar geflohenen LDPD-Politiker und Finanzminister Thüringens bezeichnet wurde, und vom 14.–20. Dezember das Gerichtsverfahren gegen Angestellte der

<sup>105</sup> Strafanträge gegen die Dessauer Wirtschaftsverbrecher, in: „Tägliche Rundschau“, 29.4. 1950, S. 4.

<sup>106</sup> OG der Deutschen Demokratischen Republik in der Strafsache gegen Herwegen, Brundert u. a., in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), B 137/1667/2.

<sup>107</sup> Die Warnung von Dessau, in: „Neues Deutschland“, 29.4. 1950, S. 1.

<sup>108</sup> Anklage gegen Herwegen, Brundert u. a., in: SAPMO-BA, ZPA, Staat und Recht, IV 2/13/433; Strafsache gegen Herwegen, Brundert u. a., in: BAK, B 137/1667/2.

<sup>109</sup> Herwegen & Co., in: „Neues Deutschland“, 28.4. 1950, S. 4.



Solvay-Werke in Bernburg<sup>110</sup>. Beide verliefen nach demselben Schema wie in Dessau. Das erste Gerichtsverfahren richtete sich vornehmlich gegen die LDPD und das Bankgewerbe in Thüringen, das zweite vor allem gegen die IG-Farben, die durch einen Aktienaustausch an der Firma in Bernburg beteiligt war. Auch die Akteure auf Seiten des Staates waren fast die gleichen: Die ZKSK lieferte das Material, Melsheimer vertrat in beiden Prozessen die Anklage, und den zweiten Prozeß leitete wieder Hilde Benjamin, während im ersten der Präsident des OG, Schumann, diese Aufgabe übernahm.

## VI. Propaganda, Botschaften und Lehren

Die Botschaft, die mit dem DCGG-Urteil verkündet werden sollte, lautete also: Der Westen bricht das Potsdamer Abkommen, betreibt Kriegsvorbereitungen und verfolgt die Spaltung Deutschlands, während die SBZ/DDR das Abkommen einhalte und versuche, durch die Enteignung der Konzerne das von der Sowjetunion geführte „Friedenslager“ zu stärken. Mit diesen Argumenten entsprachen Melsheimer in der Anklageschrift und Frau Benjamin in dem Urteil den Intentionen des Politbüros vom 28. Februar<sup>111</sup>. Da Sachsen-Anhalt die dichteste Konzentration an Konzernen in der SBZ/DDR besaß, konnte es nach Auffassung von Fritz Lange kein Zufall sein, daß gerade hier Verbrechen gegen das Volkseigentum begangen wurden, zumal die Amerikaner mit ihrer kurzfristigen Besetzung des Landes 1945 wesentliche Grundlagen für deren Weiterexistenz geschaffen hatten<sup>112</sup>. In diesem Sinne wurde der Dessauer Prozeß als Teil des Kampfes um den Frieden gefeiert<sup>113</sup>.

Der Prozeß bot der DDR auch die Chance, sich wie bei den Waldheimer Prozessen als antifaschistischer Staat darzustellen. Dies geschah einerseits, indem darauf hingewiesen wurde, daß Schalfejew bereits während der Hitlerdiktatur eine führende Stellung in der Wirtschaft eingenommen hatte und nun von der Regierung in Bonn erneut einen bedeutenden Posten im Wirtschaftsministerium erhalten hatte<sup>114</sup>, und andererseits die Angeklagten, die angeblich für den Westen gearbeitet hatten, als ehemalige Nationalsozialisten bezeichnet wurden. So wurde Brundert der Verherrlichung der nationalsozialistischen Ideologie beschuldigt: Er hatte während seines Studiums zwei Broschüren als Auftragsarbeit für die Nationalsozialisten geschrieben, um sich eine Tarnung zu verschaffen, da er als SPD-Mitglied bekannt war. Zugleich wurden positive Aspekte unterschlagen, so z. B. die Verhaftung Herwegens durch die Nationalsozialisten im Juli 1944. War ein Angeklagter nicht Mitglied der NSDAP

<sup>110</sup> Vgl. Beckert, Instanz, S. 86 ff.

<sup>111</sup> Anklage gegen Herwegen, Brundert u. a., in: SAPMO-BA, ZPA, Staat und Recht, IV 2/13/433; Strafsache gegen Herwegen, Brundert u. a., in: BAK, B 137/1667/2.

<sup>112</sup> Fritz Lange, Wie war so etwas möglich? Etliche Bemerkungen zum Fall DCGG/Dessau, in: *Einheit* 5 (1950), S. 113 f.

<sup>113</sup> Ders., Dessau – der Prozeß gegen Handlanger der Kriegsvorbereiter von heute, in: „Neues Deutschland“, 23. 4. 1950, S. 6.

<sup>114</sup> Angeklagt sind die deutschen Monopolkapitalisten, in: „Tägliche Rundschau“, 23. 4. 1950, S. 5.

gewesen, so konstatierte das OG doch zumindest eine Tätigkeit mit möglichst negativer Ausrichtung. Aus diesem Grund warf Melsheimer einem der Angeklagten vor, er habe in einer Fabrik gearbeitet, in der Zyklon-B hergestellt worden sei<sup>115</sup>. In diese Richtung zielte auch die Feststellung, daß der Konzern sich an den Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten beteiligt und davon profitiert habe<sup>116</sup>.

Diese Angriffe auf die einzelnen Angeklagten dienten dazu, sie vor dem Publikum moralisch zu diskreditieren. Auch untereinander sollten die Angeklagten aufgehetzt werden. So rief Melsheimer während des Dessauer Prozesses: „Müller ... welche Schande für Sie, auf einer Anklagebank zu sitzen mit einem Pauli! Scharf, sehen Sie die Schande, mit einem Brundert auf der Anklagebank zu sitzen.“<sup>117</sup> Um die Angeklagten herabzusetzen, beschuldigte sie Melsheimer, sich persönlich bereichert zu haben, indem er beispielsweise darauf hinwies, daß sie ungerechtfertigt Aufsichtsratsgelder erhalten hätten, daß sie Mitglieder der NSDAP gewesen seien oder ihr doch zumindest nahegestanden hätten. Außerdem wurden sie als mitschuldig an der wirtschaftlichen Lage der DDR bezeichnet<sup>118</sup>. Die Presse diffamierte die Angeklagten ebenfalls: Die „Neue Berliner Illustrierte“ verglich sie mit Ratten<sup>119</sup>, womit sie sich der nationalsozialistischen Propagandasprache annäherte.

Die SED war sich bewußt, daß ein Schauprozess nur dann Erfolg haben konnte, wenn möglichst viele davon erfuhren und so die Ziele, die damit verbunden waren, einem möglichst breiten Publikum vorgestellt werden konnten. Voraussetzung dafür war eine Presse, die im Sinne der SED berichtete und besonders die Lehren hervorhob, die die Öffentlichkeit aus dem Prozeß ziehen sollte<sup>120</sup>. Ganz in diesem Sinne begann die Agitation bereits mit der Präsentation des amtlichen Berichtes der ZKSK und den sie begleitenden Kommentaren. Aus ihnen ging hervor, daß kein Zweifel an der Schuld der Angeklagten bestand. Unmittelbar vor dem Prozeß veröffentlichten viele Zeitungen, besonders das „Neue Deutschland“ und die „Tägliche Rundschau“, Auszüge aus der Anklageschrift. Diese beiden Zeitungen brachten täglich Nachrichten über den Verlauf der Gerichtsverhandlung. Die SED verließ sich aber nicht auf die Printmedien. In ausführlichen Sondersendungen berichtete der Rundfunk über den Prozeß<sup>121</sup>, wobei, wohl in Absprache mit der ZKSK, charakteristische Auszüge aus dem Dialog zwischen Ankläger, Angeklagten und dem Gericht für die Sendung ausgewählt wurden<sup>122</sup>.

<sup>115</sup> Anklage gegen Herwegen, Brundert u. a., in: SAPMO-BA, ZPA, Staat und Recht, IV 2/13/433.

<sup>116</sup> Verbrechen am Volkseigentum vor Gericht, in: „Neues Deutschland“, 20.4. 1950, S.7; Die Zukunft unseres Volkes muß gesichert werden, in: Ebenda, 23.4. 1950, S.5 f.

<sup>117</sup> Entlarvt. Die Geschichte eines aufgedeckten Riesenbetrugs [Innentitel: Prozeß Herwegen Brundert und Komplizen], hrsg. vom Amt für Information der Regierung der DDR, Berlin [1950], S.53.

<sup>118</sup> Vgl. Brundert, Es begann, S.20.

<sup>119</sup> Donath, Ratten in der Falle, in: „Neue Berliner Illustrierte“, 2. Dezemberheft 1949.

<sup>120</sup> Vgl. Hilde Neumann, Die Aufgaben der Parteien und demokratischen Massenorganisationen bei der Demokratisierung der Justiz, in: Fechner (Hrsg.), Beiträge, S.161; Berger, Zweijahresplan, S.813f.

<sup>121</sup> Vgl. Brundert, Es begann, S.51.

<sup>122</sup> Fricke, Politik, S.278, führt zumindest ein späteres Beispiel der Absprache zwischen Staatsanwalt und Film- und Fernsehleuten an.

Die Veranstalter hatten sehr viel Wert auf äußere Effekte gelegt: In der Stadt hingen Plakate, die die Bewohner, vor allem aber die durch die Massenorganisationen ausgewählten Zuhörer – die Angaben schwanken zwischen 1200 bis 1500 täglich – durch entsprechende Parolen auf die Gerichtsverhandlung einstimmen sollten<sup>123</sup>. Gleichzeitig hatten die Organisatoren die Sicherheitsmaßnahmen enorm verstärkt. Der Showeffekt wurde besonders dadurch hervorgehoben, daß der Prozeß im Dessauer Landestheater stattfand und auf der Bühne Gericht, Angeklagte, Verteidiger und Staatsanwalt Melsheimer mit seinem Vertreter Kohn als „Akteure“ handelten. Dem gleichen Zweck dienten Neonröhren über dem Richtertisch an der Wand, die dann aufleuchteten, wenn die Beziehungen der DCGG zu einer Tochtergesellschaft erwähnt wurden, und wie eine riesige Spinne wirkten<sup>124</sup>, in deren Netz sich die Angeklagten verfangen sollten<sup>125</sup>.

Auf ihren Plätzen fanden die Zuhörer Aufklärungsmaterial vor, das das Amt für Information herausgab. Keiner der von den Massenorganisationen zu den Prozessen gebrachten Zuhörer blieb länger als einen Tag im Gerichtssaal. Daher waren sie auch nicht über den Verlauf der ganzen Verhandlung informiert und konnten sich kein eigenes Urteil bilden, was wohl auch bezweckt war. Hier boten die Informationsberichte mit einer Zusammenfassung des vorherigen Gerichtstages eine erste Einführung, aber auch eine gute Beeinflussungsmöglichkeit, da lediglich das für das DDR-Regime Positive aus dem Prozeß aufgenommen wurde. Daneben gab es die in den Zeitungen veröffentlichten Resolutionen der Betriebe und Massenorganisationen, in denen auf Bestellung Abscheu vor den Verbrechen der Angeklagten betont und eine strenge Bestrafung gefordert wurde<sup>126</sup>.

SED und ZKSK beurteilten während einer gemeinsamen Besprechung am 3. Mai 1950 den Verlauf des Prozesses positiv. Der Vertreter des ZK der SED, Götz Berger, bemängelte aber, daß die Zuhörer nicht verstanden hätten, warum der Generalstaatsanwalt zumindest nicht für einige Angeklagte die Todesstrafe gefordert hatte, da der Umfang der Verbrechen doch größer als in Glauchau-Meerane gewesen sei. Ruh als Vertreter der ZKSK griff die Anklageführung Melsheimers ebenfalls an, da er sich sachliche Unkorrektheiten und Übertreibungen erlaubt habe. Er legte Wert darauf, daß Prozesse zumindest keine formalen Mängel aufweisen sollten. Während sich die Richterin Benjamin wegen ihrer Prozeßleitung im Westen die Titel „rote Hexe“<sup>127</sup> oder „Freislerin der DDR“<sup>128</sup> eingehandelt hatte, lobte Ruh sie wegen ihrer geschickten Verhandlungsführung. Unter der Kontrolle der ZKSK fand die propagandistische Auswertung des Prozesses statt<sup>129</sup>.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Propagandakommission gehörte eine Broschüre mit dem Titel „Entlarvt – Die Geschichte eines aufgedeckten Riesenbetrugs“.

<sup>123</sup> „Volks“-Gericht im Theater, in: „Der Tag“, 25. 4. 1950, S. 2.

<sup>124</sup> Die Anklagerede im Herwegen-Prozeß, in: „Der Morgen“, 25. 4. 1950, S. 1.

<sup>125</sup> Den Vergleich brachte der „Stern“, zit. nach Brundert, Es begann, S. 45 f.

<sup>126</sup> Vgl. Benjamin, Erinnerungen, S. 971, 976.

<sup>127</sup> Moskau in Dessau, in: „Die Zeit“, 4. 5. 1950, S. 1.

<sup>128</sup> Vgl. Brundert, Es begann, S. 46, 51.

<sup>129</sup> Ruh, Aktenvermerk, 5. 5. 1950, in: BAP, DC 1 266.

Zunächst wurden dort zwei Briefe gegenübergestellt, die in den Westen geschickt worden waren: In dem einen drückte eine Frau ihre Hoffnung auf Frieden aus; in dem anderen teilte Methfessel Schalfjew mit, daß er den DCGG-Konzern zu retten versuche. Dann folgte eine fiktive Szene mit einem Vorsitzenden einer Betriebsgewerkschaft, der einen widerstrebenden Arbeiter davon zu überzeugen versucht, daß es für ihn wichtig sei, am Herwegen-Prozess teilzunehmen, und ihn über Konzerne und Trusts aufklärt. Diese relativ geschickte Einleitung diente dazu, Hintergrundinformationen für die daran anschließenden Auszüge aus dem Prozess zu liefern. Diese bestanden aus Dialogen zwischen den Angeklagten und dem Staatsanwalt oder der Richterin und aus Zusammenfassungen des Prozessverlaufs, wie ihn die SED verstanden wissen wollte. Vor allem wurde noch einmal ausführlich begründet, warum Melsheimer auf die Todesstrafe verzichtet hatte. Anschließend kommentierte Lange den gesamten Fall<sup>130</sup>. Während diese Broschüre für die Propagandaarbeit unter dem breiten Publikum und den einfachen Parteimitgliedern gedacht war, dienten der Auszug aus dem Gutachten von Selbmann im „Neuen Deutschland“ und ein Artikel Langes in der „Einheit“ als Grundlage für die Kaderarbeit<sup>131</sup>. Mit Hilfe dieser von der ZKSK teilweise vorbereiteten Materialien<sup>132</sup> konnten die Mitglieder der SED, der anderen Parteien und der Massenorganisationen geschult werden und die entsprechenden Lehren aus dem Prozess vorgestellt werden.

Eine der wichtigsten Lehren, die die SED aus den Prozessen zog und ihren Mitgliedern näherzubringen versuchte, war, daß die Wachsamkeit erhöht werden mußte. In den Berichten über die Prozesse, vor allem aber auch bei Fritz Lange<sup>133</sup> und Ulbricht<sup>134</sup>, wurde stets Wert darauf gelegt, daß es bei einer größeren Wachsamkeit zu den abgeurteilten Verbrechen überhaupt nicht gekommen wäre. Ziel war es, daß jeder jeden kontrollierte und jede Abteilung eines Betriebs die andere<sup>135</sup>. Der amtliche Bericht Langes über die DCGG lieferte der SED auch die Rechtfertigung für die Errichtung des MfS im Januar 1950<sup>136</sup>.

Neben diesen eher allgemein gehaltenen Ansprechpartnern war eine Gruppe besonders gemeint: die Arbeiter der Konzerne selbst, die sich aus der Sicht der SED nicht klassenbewußt verhielten und sich viel zu eng mit den Konzernen verbunden fühlten<sup>137</sup>. Dies lag z.T. daran, daß die Arbeit in diesen Konzernen besser bezahlt wurde als diejenige in den volkseigenen Betrieben. Aus diesem Grund versuchte die

<sup>130</sup> Entlarvt, passim (wie Anm. 117).

<sup>131</sup> Protokoll der Sekretariatssitzung vom 4. 5. 1950, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>132</sup> Staatliche Kontrolle, S. 78 f. (wie Anm. 33).

<sup>133</sup> Fritz Lange, „Rat der Götter“ und die Solvay-Bande, in: „Tägliche Rundschau“, 12. 12. 1950, S. 7.

<sup>134</sup> Staatliche Kontrolle, S. 79 (wie Anm. 33).

<sup>135</sup> Karl Steinhoff, Warum muß die Partei die Massen zur Wachsamkeit erziehen?, in: „Neues Deutschland“, 13. 7. 1950, S. 6.

<sup>136</sup> Selbmann auf der 3. Tagung, Staatliche Kontrolle, S. 11 (wie Anm. 33).

<sup>137</sup> Vgl. Angelika Klein, Die Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED in Sachsen-Anhalt 1951, in: BzG 34 (1992), H. 1, S. 16.

Anklage nachzuweisen, daß die Arbeiter sich durch die Vergünstigungen nur bestechen ließen und nicht merkten, wie sie sich selber dadurch Schaden zufügten<sup>138</sup>. Letztlich stand dahinter für die SED das Problem, daß sich die Arbeiter nicht als einheitliche Klasse fühlten, sondern einem aus Parteisicht engstirnigen Betriebsegoismus huldigten.

## VII. Der Dessauer Schauprozeß als Auslöser von Säuberungen

Der Schauprozeß gegen Herwegen und Brundert richtete sich auch gegen die „reaktionären“ Elemente in den bürgerlichen Parteien und gegen den „Sozialdemokratismus“ in der SED. Bereits im Januar 1948 hatte Ulbricht einen verschärften Kampf gegen diese Personen in LDPD und CDU verlangt. Dies bezog sich zwar zunächst nur auf die Säuberungen in der Justiz<sup>139</sup>, aber es galt auch für die Parteien selbst. Anfang Oktober 1949 forderte Grotewohl, daß sich die bürgerlichen Parteien ihrer „reaktionären“ Elemente entledigen müßten. Falls dies nicht gelingen sollte, wollte die SED mit eigenen Mitteln nachhelfen<sup>140</sup>. Auch Fritz Lange wollte die „Schädlinge“ in der LDPD und der CDU vernichten<sup>141</sup>. Der Dessauer Prozeß war nur die Spitze des Eisberges. Gerade Sachsen-Anhalt war wieder ein guter Ansatzpunkt für ein Vorgehen gegen beide Parteien, da sie im Landtag über die Mehrheit der Stimmen verfügten und ehemalige Mitglieder der SPD in der SED sie z. T. sogar mit Informationen versorgten. So konnte die CDU bis Mitte 1949 ihr eigenständiges Profil wahren<sup>142</sup>.

Obwohl es nichts mit dem Prozeß zu tun hatte, fragte Melsheimer Herwegen über den Kurs der Ost-CDU und versuchte so, die „reaktionären“ Anhänger der Partei zu entlarven<sup>143</sup>. Bei der Auswertung des Prozesses stellte das Politbüro im Juni fest, daß die Konzernherren über Herwegen Einfluß auf die bürgerlichen Parteien in Sachsen-Anhalt nehmen konnten, während Brundert in der SED nur vereinzelt Unterstützung finden konnte<sup>144</sup>. Mit der Verhaftung Herwegens sollten vor allem jene Kräfte in der CDU getroffen werden, die zu einer begrenzten Zusammenarbeit mit dem SED-Regime bereit waren, aber gegen die Gründung der DDR und die Verschiebung der Wahlen auf 1950 protestiert hatten<sup>145</sup>. Für Ulbricht waren dies aber nur Handlanger des Westens, die im Auftrag der Imperialisten die Wirtschaft der DDR zu schädi-

<sup>138</sup> Anklage Nr. 22 gegen Bökelmann, Plünnecke u. a., in: SAPMO-BA, NL 136, Ernst Lange/8.

<sup>139</sup> Ulbricht, Zu den Aufgaben, S. 403.

<sup>140</sup> Suckut, Entscheidung, S. 173.

<sup>141</sup> Schauprozeß, in: „Der Spiegel“, 3. 8. 1950, S. 11.

<sup>142</sup> Vgl. Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 21991, S. 99.

<sup>143</sup> Beckert, Instanz, S. 79f.

<sup>144</sup> Einige Lehren für die Landesorganisation Sachsen-Anhalts aus der Entlarvung des Herwegen-Brundert-Komplots, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>145</sup> Vgl. Richter, Ost-CDU, S. 200f.

gen suchten<sup>146</sup>. Die Verhaftung des ehemaligen Vorsitzenden der CDU in Sachsen-Anhalt stellte den Beginn einer ausgedehnten Verhaftungswelle dar, die bereits unmittelbar nach der Festnahme Herwegens angekündigt worden war und der zahlreiche prominente Mitglieder der bürgerlichen Parteien zum Opfer fielen<sup>147</sup>. Die SED erachtete den Prozeß gegen Herwegens als notwendig, um die bürgerlichen Parteien und ihre Anhänger bis zu den Wahlen im Herbst 1950 einzuschüchtern. Zu diesem Zweck wurden weitere, nicht ganz so spektakuläre Prozesse gegen CDU- und LDPD-Mitglieder durchgeführt<sup>148</sup>. Rudolf Herrstadt (KPD, SED), der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, konstatierte im Januar 1950 eine Krise der CDU, die diese nur durch schonungslose Ausschaltung der „Feinde des Volkes“ in den eigenen Reihen überwinden könne<sup>149</sup>. So unter Druck gesetzt, stimmten LDPD und CDU im März 1950 den Einheitswahlen im Herbst zu<sup>150</sup>.

Noch stärker als gegen die bürgerlichen Politiker gestaltete die SED im Umfeld des Dessauer Prozesses ihre Angriffe gegen den „Sozialdemokratismus“. Die Parteileitung hatte immer bedauert, daß 1946 bei der Vereinigung von SPD und KPD zur SED der rechte Flügel der Sozialdemokraten nicht ausgeschaltet werden konnte<sup>151</sup>. Bereits unmittelbar nach der Vereinigung trachteten die ehemaligen KPD-Mitglieder die SPD-Anhänger aus den führenden Positionen zu verdrängen<sup>152</sup>. Mit der Verwirklichung der seit längerem angestrebten Vorstellung, die SED in eine „Partei neuen Typs“ nach stalinistischem Vorbild umzuwandeln, verstärkte sich diese Tendenz. Die Partei machte Jagd auf sogenannte „Schumacherleute“. Verbunden war dies mit der Abkehr vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Diese These sollte ursprünglich den Sozialdemokraten die Möglichkeit eröffnen, die Entwicklung zum Sozialismus mitzubestimmen, da nicht das sowjetische Vorbild nachgeahmt, sondern eine Form gefunden werden sollte, die den deutschen Gegebenheiten entsprach. Damit schien die Aussicht auf einen demokratischen Weg zum Sozialismus zu bestehen; doch dachten die führenden KPD-Mitglieder nie daran, dies zu verwirklichen<sup>153</sup>.

Der Dessauer Prozeß bot der SED daher eine gute Gelegenheit, gegen den „Sozialdemokratismus“ vorzugehen: Mit Brundert wurde ein ehemaliges SPD-Mitglied verurteilt, das zudem Verbindung zur Partei Schumachers unterhielt. Bereits am 4. De-

<sup>146</sup> Aktuelle Fragen der Politik, in: „Neues Deutschland“, 8.12.1949, S. 4.

<sup>147</sup> Vgl. Peter Bloch, Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950, hrsg. von Siegfried Suckut, Köln 1986, S. 175 f.; Wolfgang Schollwer, Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hrsg. von Monika Faßbender, München 1988, S. 160 ff.

<sup>148</sup> Stoedtner, Veränderte Formen, in: ACDP, I-238-002/2.

<sup>149</sup> Rudolf Herrstadt, Die Krise in der CDU, in: „Neues Deutschland“, 31.1.1950, S. 2.

<sup>150</sup> Vgl. Siegfried Suckut, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 376.

<sup>151</sup> Vgl. Friedrich, Antworten, S. 372.

<sup>152</sup> Vgl. Frank Thomas Stößel, Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954, Köln 1985, S. 192 ff.

<sup>153</sup> Moraw, Parole, S. 216; Andreas Malycha/Wladislaw Hedeler, Die Stalinisierung der SED, Mainz 1991, S. 5 ff., 17 ff.; Stößel, Positionen, S. 118 ff., 302 ff.

zember 1949 hatte Ulbricht in Brundert einen Vertreter dieser Richtung gesehen, die es zu bekämpfen galt<sup>154</sup>. In der Sekretariatsitzung der SED von Sachsen-Anhalt am 4. Mai 1950, in der nach Gründen für die Fehler der Partei im DCGG-Fall gesucht wurde, spielten neben den sachlichen Gegebenheiten<sup>155</sup> ideologische Gründe eine noch wichtigere Rolle. Die aus der KPD kommenden Teilnehmer warfen den ehemaligen Mitgliedern der SPD vor, sie hätten sich um Posten in der Wirtschaft gerissen und damit eine falsche Auffassung des historischen Materialismus vertreten. Zwar gaben sie die Hauptschuld am Versagen der Partei dem ehemaligen Vorsitzenden der SED in Sachsen-Anhalt, Bruno Böttge (SPD, KPD), der bereits im Zuge der ersten Säuberungen die SED verlassen mußte. Aber sie beschuldigten auch mehrere ehemalige SPD-Mitglieder, mit Brundert eine Fraktion gebildet zu haben: Dieker, Paul Wessel, der dem Landesvorstand der SED in Sachsen-Anhalt und 1949/50 dem Kleinen Sekretariat des Politbüros angehörte, und Adam Wolfram, der im Landesvorstand und im Sekretariat der SED in Sachsen-Anhalt und zweiter Landesvorsitzender des FDGB im Land war. Die beiden letzteren hatten früher der SPD angehört. Noch wesentlich schwerwiegender war der Vorwurf, daß darin eine Feindschaft zur Sowjetunion zu sehen sei. Damit wurden sie indirekt bereits beschuldigt, den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ verfolgt zu haben<sup>156</sup>.

Diese Ergebnisse reichten dem Politbüro nicht aus. Es beauftragte deshalb den Vorsitzenden der Partei in Sachsen-Anhalt, Wilhelm Koenen (KPD, SED), eine Klärung der innerparteilichen Situation einzuleiten. Als Grundlage sollte ein Entwurf des Politbüros zu den Lehren aus dem Dessauer Prozeß dienen, den Koenen lediglich umgestalten konnte. Auf Befehl des Politbüros mußte die SED Sachsen-Anhalts von der These ausgehen, daß es eine feindliche Agententruppe in ihren Reihen gegeben hatte, die versucht habe, den Monopolkapitalismus zu stützen. Neben Brundert wurden zu dieser Gruppe Thape, der Brundert in die Landesregierung gebracht hatte, und Gniffke<sup>157</sup> gerechnet, der versucht haben sollte, Brundert als Sekretär nach Berlin zu rufen. Diese Gruppe ehemaliger Sozialdemokraten konnte angeblich die opportunistische Einstellung Böttges, Diekers und anderer nutzen, um ihre eigenen Ziele durchzusetzen: die Schumacher-Politik der Stärkung des Monopolkapitalismus. Aus Mangel an Wachsamkeit hatten es Wessel, Wolfram und Dieker unterlassen, sich um die Aufnahme der DCGG in die Sequesterliste zu bemühen. Dieker wurde „Sozialdemokratismus“ vorgeworfen, da er sich zwar für eine Zentralverwaltung bei der Produktion eingesetzt hatte, aber den Kampf gegen die alten Machthaber ebenso vernachlässigt habe wie die Freundschaft zur Sowjetunion. Wessel wurde beschuldigt, über die Bildung einer Aktiengesellschaft das Kapital der DCGG auch im We-

<sup>154</sup> Aktuelle Fragen der Politik, in: „Neues Deutschland“, 8. 12. 1949, S. 4.

<sup>155</sup> Vgl. oben S. 405 f.

<sup>156</sup> Protokoll der Sekretariatsitzung vom 4. 5. 1950, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/ 202/60.

<sup>157</sup> Zu Thape siehe Anm. 47; Erich Gniffke (SPD, SED) gehörte dem Zentralsekretariat der SED an. Beide flohen in den Westen.

sten beeinflussen zu wollen. Aus Sicht der SED war dies der gleiche falsche Weg, den die Gewerkschaften schon in den 20er Jahren gewählt hatten. Innenminister Siewert (KPD, SED) mußte den Vorwurf der mangelnden Wachsamkeit und der Sorglosigkeit gegenüber dem Klassenfeind akzeptieren<sup>158</sup>.

Koenen hielt sich bei der Sekretariatssitzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt an diese vorgegebene Linie. Er warf den Beteiligten vor, daß sie, ohne das Sekretariat zu informieren, versucht hätten, den „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus zu verfolgen, indem sie mit Hilfe von Aktiengesellschaften den Einfluß des Monopolkapitalismus brechen wollten. Wessel, Wolfram und Dieker, die von Böttge unterstützt worden waren, wurden als Hauptverantwortliche angeprangert. Darüber hinaus warfen Koenen und die ehemaligen Mitglieder der KPD Wessel vor, eine zu selbständige Politik verfolgt und sich nicht an die Richtlinien der Partei gehalten zu haben – mit der Folge, daß es seinetwegen immer wieder zu Konflikten mit der SMAD gekommen sei. Als Grundlage dafür, daß sich der „Sozialdemokratismus“ überhaupt soweit durchsetzen konnte, sahen sie die nicht ausreichende Verankerung der stalinistischen Linie der SED in der Kommunalpolitik, wo die ehemaligen Mitglieder der SPD starke Hochburgen hatten.

Die angegriffenen Parteimitglieder wurden in der Sekretariatssitzung zu selbstkritischen Stellungnahmen genötigt. So gab Wolfram zu, den „besonderen Weg“ beschritten zu haben, da es nach seinen Vorstellungen nicht möglich gewesen sei, die Entwicklung in der Sowjetunion auf die gänzlich anders gelagerten Verhältnisse in der SBZ zu übertragen. Dieker gab als Fehler zu, daß er sich von Juristen auf den Weg der Kapitalgesellschaften habe bringen und sich von Brundert zur Gründung der PREVAG als Auffanggesellschaft habe überreden lassen und daß er dies nicht genügend kontrolliert habe. Er leugnete aber, etwas von einer Fraktionsbildung zu wissen. Der ehemalige Wirtschaftsminister führte seine Fehler auf seine Unkenntnis des Marxismus-Leninismus zurück und bat um Schulung, um seine theoretischen Lücken schließen zu können<sup>159</sup>.

Mit Duldung der Partei leugnete Dieker damit in einem wesentlichen Punkt seine „Hauptschuld“ bei der Gründung der PREVAG, da Brundert zu einem Zeitpunkt in die Regierung eingetreten war, an dem die Verhandlungen zwischen der DCGG und der Regierung über die PREVAG bereits begonnen hatten. Der Generalstaatsanwalt von Sachsen-Anhalt, Fischl, hatte seine Untersuchungen gerade darauf gelenkt; aus diesem Grund durfte er die Anklage im DCGG-Prozeß nicht führen. In der Sekretariatssitzung vom 4. Mai war er noch einmal darauf eingegangen<sup>160</sup>, in der am 14. Juni war er nicht mehr anwesend. Die Richtung, die Fritz Lange im Oktober vorgegeben

<sup>158</sup> Einige Lehren für den SED-Landesverband Sachsen-Anhalts nach der Entlarvung des Herwegen-Brundert-Komplots (Beschluß des Landessekretariats), in: SAPMO-BA, NL 182, Walter Ulbricht 1121.

<sup>159</sup> Ergänzung zum Protokoll Nr. 29 über die Sekretariatssitzung am 14. 6. 1950, in: Ebenda, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>160</sup> Protokoll der Sekretariatssitzung vom 4. 5. 1950, in: Ebenda.



hatte, Brundert zum Hauptschuldigen zu machen, wurde von der SED akzeptiert und zur Not mit Lügen kaschiert. Darin zeigt sich nicht nur die starke Stellung des Vorsitzenden der ZKSK, sondern auch die der hinter ihm stehenden Person, Ulbricht.

Während Wolfram für seine Selbstkritik gelobt wurde, warf Koenen Dieker vor, daß er über der Organisierung der Wirtschaft seine Arbeit als Minister vernachlässigt und so zwar nicht eine sozialdemokratische Richtung bewußt verfolgt habe, aber durch sein Versagen auf den „besonderen deutschen Weg“ eingeschwenkt sei. Er hielt ihm neben seinen ideologischen Fehlern in letzter Konsequenz auch Unfähigkeit vor: Statt die Macht seines Amtes zu nutzen, um die Konzerne zu enteignen, habe er sich zu sehr darum bemüht, sie mit Hilfe von Rechtskonstruktionen zu beherrschen. Brundert habe dann das Machtvakuum nutzen können, um seine politischen Vorstellungen durchzusetzen<sup>161</sup>. Dieker hatte bei seiner Politik einen entscheidenden Fehler gemacht: Er hatte – wie Ulbricht es forderte und wie es eigentlich von allen kommunistischen Parteien praktiziert wurde, wenn sie auf legale Weise in Regierungsämter gelangten – die Macht des Staatsapparates nicht genutzt, um die gegnerischen Kräfte zu vernichten<sup>162</sup>.

Am Ende der Sekretariatssitzung stellte Koenen fest, daß es zwar durch den Fall Herwegen-Brundert zur Aufdeckung von Opportunismus und „Sozialdemokratismus“ gekommen sei, daß dies aber nicht alleine ein Problem der Energiewirtschaft und des Wirtschaftsministeriums in Sachsen-Anhalt sei, sondern eine Angelegenheit der ganzen SED. Er kündigte im Hinblick auf die Landesdelegiertenkonferenz der Partei und die Wahlen im Herbst die Aufspürung weiterer „Schumacher-Leute“ an. Auf Veranlassung des Politbüros mußten Wessel, Dieker und Wolfram Stellungnahmen zum DCGG-Fall verfassen<sup>163</sup>. Wessel mußte eingestehen, daß er nur ungenügende Kenntnisse von Marx und Engels besaß und sie, was noch schlimmer war, nur in der Interpretation von Kautsky kannte, der die Theorie von der Diktatur des Proletariats unterschlagen habe. Die Lehren von Lenin und Stalin fehlten ihm ganz. Dadurch habe er auch die alte Idee vom friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus nicht überwinden können. Aus diesem Grund sei er auch der alten sozialdemokratischen Vorstellung nicht entgegengetreten, daß durch die Bildung von GmbHs die Macht der Monopole gebrochen werden könne<sup>164</sup>. Siewert versuchte, sich mit einer einfachen Selbstkritik aus der Affäre zu ziehen. Er gestand ein, daß er zu wenig Mitarbeiter angefordert hatte, wodurch nicht genügend Zeit für die Prüfung der Personalakten von Leuten wie Brundert bestanden habe, und daß er zu selten auf die Kritik von Untergebenen geachtet habe<sup>165</sup>. Doch dies reichte dem Landesvorstand der Partei nicht. Siewert mußte im Vorfeld des III. Parteitag der SED bekennen,

<sup>161</sup> Protokoll der Sekretariatssitzung vom 14. 6. 1950, in: Ebenda.

<sup>162</sup> Vgl. Günther Glaser, Sicherheits- und militärpolitisches Konzept der SED in der SBZ von 1948. Eine Dokumentation, in: BzG 34 (1992), H. 4, Dokument 1, S. 60.

<sup>163</sup> Sekretariatssitzung vom 14. 6. 1950, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>164</sup> Zum Beschluß des Landessekretariats Sachsen-Anhalts der SED über das Herwegen-Brundert-Komplott. Eine selbstkritische Stellungnahme von Genossen Paul Wessel, o. D, in: Ebenda.

<sup>165</sup> Robert Siewert, Selbstkritische Betrachtungen zum Fall Herwegen-Brundert, 25. 6. 1950, in: Ebenda.

daß es ihm an unversöhnlicher Klassenwachsamkeit gefehlt habe, da er sich in der Weimarer Republik den von der Kommunistischen Parteiopposition (KPO) vertretenen oppositionellen Ansichten angeschlossen habe und statt Marx und Lenin zu lesen, die Schriften Rosa Luxemburgs vorgezogen habe<sup>166</sup>.

In einem Zeitungsartikel anlässlich des III. Parteitags der SED im Juli 1950 griff der Chefideologe der Partei, Fred Oelßner (KPD, SED), sowohl rechte wie linke Abweichungen vom marxistisch-leninistischen Kurs an und wertete alle als feindliche Agenten: Während sich das Ostbüro der SPD an rechte Abweichler wende, versuche Tito ehemalige Trotzlisten zu erreichen, und die Anhänger Brandlers sähen die ehemaligen KPO-Mitglieder als ihre Ansprechpartner an. Hinter allen Gruppierungen stand natürlich der anglo-amerikanische Imperialismus<sup>167</sup>. Mit diesem Angriff gegen alle Abweichungen stellte Oelßner die ideologische Grundlage für die Verdammung des „Sozialdemokratismus“ dar, die auf dem III. Parteitag ihren Höhepunkt fand, als Pieck in seinem Rechenschaftsbericht anhand des „Schumacheragenten“ Brundert den negativen Einfluß dieser Abweichung auf den Staat zu zeigen versuchte und dessen Überwindung forderte<sup>168</sup>.

Der Artikel Oelßners hatte Brundert indirekt auf eine Ebene mit dem 2. Vorsitzenden der KPD in Westdeutschland, Kurt Müller, gestellt, gegen den als angeblichen trotzkistischen Agenten im Solde der Anglo-Amerikaner ein Schauprozeß nach Art des Rajk-Prozesses in Ungarn vorbereitet werden sollte<sup>169</sup>. Die Agententätigkeit Brunderts war eine Konstruktion Langes, die von Ulbricht begierig aufgegriffen wurde<sup>170</sup>. Obwohl sie für die Durchführung des Dessauer Prozesses ohne Belang war, wurde sie während der Gerichtsverhandlung durchgehalten und z. T. sogar noch erweitert<sup>171</sup>. Schließlich konstruierte das Politbüro sogar eine Verschwörergruppe Brundert-Thape-Gniffke. Lange dachte daran<sup>172</sup> – möglicherweise auf russische Anregung –, den Dessauer Prozeß ähnlich wie den Prozeß gegen die sogenannte Industriepartei (Prompartia) im November/Dezember 1930 in Moskau aufzuziehen. Brundert sollte die Rolle von Ramsin übernehmen, der als Führer dieser Gruppe gelobt und nur dank seiner „Aussagebereitschaft“ eine frühzeitige Amnestie erreicht hatte<sup>173</sup>. Da Brundert ablehnte, kam es nicht dazu. Allerdings blieben die Sowjets weiterhin an

<sup>166</sup> Ders., Lehren aus dem Herwegen-Brundert-Complot, 9.7. 1950, in: Ebenda.

<sup>167</sup> Fred Oelßner, Konkreter Kampf zur Überwindung des Sozialdemokratismus, in: „Neues Deutschland“, 19.7. 1950, S. 4.

<sup>168</sup> Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 20. bis 24. Juli 1950 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin, 1.-3. Verhandlungstag, Berlin 1951, S. 80f.

<sup>169</sup> Vgl. Weber, Schauprozeß-Vorbereitungen, S. 437f.

<sup>170</sup> Aktuelle Fragen der Politik, in: „Neues Deutschland“, 8.12. 1949, S. 4.

<sup>171</sup> Brundert – ein in England ausgebildeter Agent, in: Ebenda, 26.4. 1950, S. 1 und 2.

<sup>172</sup> Vgl. Brundert, Es begann, S. 33.

<sup>173</sup> Vgl. Roj Medwedew, Das Urteil der Geschichte. Stalin und der Stalinismus, 3 Bde., Berlin 1992, Bd. 1, S. 273ff.; Robert Conquest, Am Anfang starb Genosse Kirow. Säuberungen unter Stalin, Düsseldorf 1970, S. 196, 656f.; Theodor Pirker (Hrsg.), Die Moskauer Schauprozesse, München 1963, S. 55 ff.

ihm interessiert. Unter anderem wollten sie von ihm Informationen über die Komplexe „illegale SPD“ in Sachsen-Anhalt und Wilton Park haben<sup>174</sup>. Möglicherweise wurde in diese Richtung nicht weitergesucht, weil seit dem Sommer 1950 „bessere“ Kandidaten für einen Schauprozeß gegen Kommunisten zur Verfügung standen<sup>175</sup>.

Allerdings kam es vor und nach dem Dessauer Schauprozeß zu einer Säuberungswelle bei der SED in Sachsen-Anhalt, die besonders ehemalige Sozialdemokraten traf. Dieker war bereits 1949 aus seinem Amt entfernt worden; er wurde schließlich Leiter des Fischkombinats Rostock. Wessel verließ das Kleine Sekretariat des Politbüros im Februar 1950 und mußte sich mit der Position eines Handelsrates begnügen. Wolfram verlor im Dezember 1949 seine Stellung als 2. Landesvorsitzender des FDGB von Sachsen-Anhalt, 1950 seine Position im Landes- und Bundesvorstand der Massenorganisation und dadurch im September 1950 seine Sitze im Landtag und in der Volkskammer; im Juli 1951 floh er in die Bundesrepublik. Siewert mußte im Februar 1950 aus dem Sekretariat des Landesvorstandes der SED und aus seinem Amt als Innenminister ausscheiden. 1951 verlor er seine übrigen Ämter wegen seiner Mitgliedschaft in der KPD-Opposition; er wurde später „rehabilitiert“. Der Generalstaatsanwalt Sachsen-Anhalts, der nicht bereit gewesen war, allen Vorstellungen Langes nachzukommen, konnte zunächst sein Amt behaupten; in der Sekretariatssitzung vom 4. Mai durfte er sogar seine Angriffe gegen Dieker vorbringen<sup>176</sup>, aber im September 1952 wurde er zum Leiter der Rechtsstelle der Stadt Halle degradiert. Im Januar 1955 floh er in die Bundesrepublik<sup>177</sup>. Diese Säuberungen im Kader der Partei waren nur der Anfang: Im Laufe der ersten Hälfte von 1951 fand eine Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED in Sachsen-Anhalt statt<sup>178</sup>.

#### VIII. Praktische Ziele: Ausschaltung von Fachleuten und Erziehung der Justiz

Das OG hatte in allen Wirtschaftsprozessen Fachleute aus dem technischen Bereich oder Manager verurteilt. Melsheimer wies im Dessauer Prozeß darauf hin, daß von diesen, ganz dem bürgerlichen Denken verhafteten Experten keine Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus erwartet werden könne und sie daher auf keinen Fall eine leitende Position einnehmen dürften<sup>179</sup>. Nach 1945 hatten SMAD und SED solche Personen benötigt, um die Wirtschaft anzukurbeln und auf ein so hohes Niveau zu bringen, daß sowohl die Reparationen für die Sowjetunion aus der laufenden Produktion als auch die Versorgung der Bevölkerung in den Grundbereichen gesichert waren. Ob-

<sup>174</sup> Brundert, *Es begann*, S. 54 f.

<sup>175</sup> Weber, *Schauprozeß-Vorbereitungen*, S. 438 f.

<sup>176</sup> Protokoll der Sekretariatssitzung vom 4. 5. 1950, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>177</sup> Die Angaben in: SBZ-Handbuch, S. 887, 899, 1030, 1056, 1061.

<sup>178</sup> Vgl. Klein, *Überprüfung*, *passim*.

<sup>179</sup> Vgl. Beckert, *Inстанz*, S. 85.

wohl dies ideologisch immer verpönt war, mußte die SED auf Fachleute zurückgreifen, die aus dem bürgerlichen Lager kamen. Z. T. waren SED-Mitglieder, wenn sie höhere Verwaltungs- oder gar Ministerämter bekleideten, froh, sich auf solche Fachleute stützen zu können. Nachdem sich die Wirtschaft einigermaßen konsolidiert hatte, die SED selber über einige Fachleute verfügte und durch Umwandlung zur Partei neuen Typs noch stärker ideologisiert worden war, neigte sie dazu, bürgerliche Fachleute, die nicht bereit waren, sich voll hinter die marxistisch-leninistische Lehre zu stellen, aus ihren Stellungen zu entlassen und lieber einen Produktionsrückgang in Kauf zu nehmen, als die Fachleute alten Zuschnitts einzusetzen<sup>180</sup>. SED-Mitglieder, die sich zu stark auf ihre Fachleute gestützt hatten, wurden des „Sozialdemokratismus“ verdächtigt, da sie die Kraft der Arbeiterklasse unterschätzt hätten. In den Lehren, die das Landessekretariat Sachsen-Anhalts im Auftrag des Politbüros aus dem Dessauer Prozeß ziehen mußte, wurde der Einsatz von „Spezialisten“ bereits im ersten Satz auf das entschiedenste verurteilt<sup>181</sup>. Vor allem Dieker mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, zu sehr auf die Fachleute gesetzt zu haben; er mußte in diese Richtung Selbstkritik üben<sup>182</sup>. Wolfram gestand, daß er bei der Entscheidung, entweder die Produktion zu steigern und Fachleute dafür einzusetzen oder Arbeiter in gehobene Stellungen zu bringen, sich für die erste Alternative entschieden habe<sup>183</sup>. In seiner Selbstkritik äußerte Wessel, daß sein „Sozialdemokratismus“ unter anderem in der Belassung der unentbehrlichen Fachleute auf ihren Posten zum Ausdruck gekommen sei<sup>184</sup>. Fritz Lange betonte in einem Zeitungsartikel aus Anlaß des Solvay-Prozesses, daß die Spezialisten eher dazu neigten den früheren Konzernherren zu dienen als dem Volk<sup>185</sup>. Die Wirtschaftsprozesse boten der SED die Möglichkeit, der Bevölkerung die „Schädlichkeit“ der Fachleute zu demonstrieren und sie ihrer Posten zu entheben. So verkündete die SED stolz, daß nach dem Dessauer Prozeß 200 unzuverlässige Angestellte, also Fachleute, durch zuverlässige Arbeiter aus den Betrieben ersetzt worden waren<sup>186</sup>.

Die SED benutzte die Prozesse aber auch, die Gesetzgebung zu verschärfen oder neue Straftatbestände einzuführen. So wurde unmittelbar vor Eröffnung des Dessauer Prozesses das Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels in Kraft gesetzt und

<sup>180</sup> Vgl. Jörg Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978, S. 11 ff.; Eberhard Heinrich/Klaus Ullrich, Befehdet seit dem ersten Tag. Über drei Jahrzehnte Attentate gegen die DDR, Berlin 1986, S. 88 ff.

<sup>181</sup> Einige Lehren für die Landesorganisation, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>182</sup> Protokoll der Sekretariatssitzungen vom 4. 5. und 14. 6. 1950, in: Ebenda. Dies richtete sich auch gegen die Dominanz von Brundert im Wirtschaftsministerium, da weder Dieker noch die beiden anderen Ministerialdirektoren – ehemalige KPD-Anhänger – von Wirtschaftsfragen eine Ahnung hatten. Vgl. auch Thape, Von Rot, S. 272.

<sup>183</sup> Protokoll der Sekretariatssitzung vom 4. 5. 1950, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

<sup>184</sup> Kritische Stellungnahme von P. Wessel, o. D., in: Ebenda.

<sup>185</sup> Lange, „Rat der Götter“, in: „Tägliche Rundschau“, 12. 12. 1950, S. 7.

<sup>186</sup> Einige Lehren für die Landesorganisation, in: SAPMO-BA, ZPA, Büro Ulbricht, J IV 2/202/60.

zwischen Moog- und Solvay-Prozeß das Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs vom 15. Dezember 1950<sup>187</sup>. Die Wirtschaftsprozesse vor dem OG sollten auch beweisen, daß die bis dahin noch nicht enteigneten Firmen ihr Kapital nutzten, um den Aufbau der DDR zu stören, und daher sozialisiert werden mußten. Die drei Gerichtsverhandlungen vor dem OG der DDR bildeten nur den Auftakt einer Prozeßlawine gegen wirkliche oder vermeintliche Wirtschaftsverbrecher<sup>188</sup>, mit der die DDR-Justiz im Auftrag der SED ihre politischen Gegner auszuschalten versuchte. Der Höhepunkt der Enteignungskampagne setzte erst Mitte 1952 ein<sup>189</sup>.

Die Gerichtsverhandlungen sollten außerdem bei der Erziehung der Justiz helfen. Fechner hatte bereits 1948 darüber geklagt, daß viele Richter und Schöffen noch nicht die Gefahr der Wirtschaftsdelikte für die Planwirtschaft erkannt hatten und deswegen zu milde urteilten. Er warf ihnen mangelnde Einsicht in die gesellschaftliche Bedeutung des Wirtschaftsplanes vor<sup>190</sup>. In diesem Sinne stellten die Urteile im DCGG-, Moog- und Solvay-Prozeß Grundsatzurteile dar, an die sich die nachgeordneten Gerichte zu halten hatten: Vielfach wurde in nachfolgenden Prozessen Bezug auf diese Urteile genommen. Der Justizminister forderte auf der 3. Justiztagung in der DDR am 3. Mai 1950, daß das Dessauer Urteil den Richtern zugänglich gemacht werden müsse<sup>191</sup>. Aus diesem Grund wurden Auszüge aus den Entscheidungen des OG<sup>192</sup>, meist verbunden mit einem Kommentar des Vorsitzenden Richters, in der „Neuen Justiz“<sup>193</sup> veröffentlicht und später noch einmal in einem Band gesammelt den Richtern und Staatsanwälten vorgelegt, wobei die juristisch wichtigsten Punkte dem Urteil jeweils vorangestellt wurden<sup>194</sup>. Gleichzeitig wies das Ministerium der Justiz die Landgerichte an, die Entscheidungen des OG für ihre Urteile zu berücksichtigen. Dies war ein weiterer Weg zur Zentralisierung der Rechtsprechung<sup>195</sup>.

Die Gerichtsverhandlungen dienten aber auch dazu, Fehler der Planung zu verbergen und die Angeklagten als Sündenböcke dafür hinzustellen. So erschien im Dezember 1949 in der „Berliner Illustrierten“ ein Artikel, in dem demonstriert wurde, wie-

<sup>187</sup> Vgl. Hilde Benjamin u. a., *Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR 1949–1961*, Berlin 1980, S. 307.

<sup>188</sup> Fritz Lange, *Die Geschichte eines großen Betruges*, in: „Tägliche Rundschau“, 16. 9. 1950, S. 5.

<sup>189</sup> Vgl. Falco Werkentin, *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht*, Berlin 1995, S. 47 ff.

<sup>190</sup> Fechner, *Gedanken*, S. 227 f.

<sup>191</sup> Die dritte Justiztagung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: NJ 4 (1950), S. 138.

<sup>192</sup> Urteil in der Strafsache gegen Herwegen, Brundert u. a. vom 29. April 1950, in: NJ 4 (1950), S. 306–313; Urteil im Solvay-Prozeß, in: NJ 5 (1951), S. 78–87; Urteil des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik im Moog-Prozeß, in: Ebenda, S. 174–184.

<sup>193</sup> Vgl. Benjamin, *Zum Dessauer Prozeß*, S. 145–148; Kurt Schumann, *Zum Moog-Prozeß*, in: NJ 5 (1951), 111–114; beim Solvay-Prozeß wurde auf einen Kommentar verzichtet, dafür ein weiterer Auszug aus dem Urteil zur Geschichte des Konzerns abgedruckt, was eigentlich ungewöhnlich war für eine Justizzeitschrift: Ein Stück Konzerngeschichte, in: Ebenda, S. 65 ff.

<sup>194</sup> Entscheidungen des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Obersten Gericht, *Entscheidungen in Strafsachen*, Bd. 1, Berlin 1951, S. 7–33, 45–104, 104–184.

<sup>195</sup> Vgl. Werner Künzel, *Das Ministerium der Justiz im Mechanismus der Justizsteuerung 1949 bis 1976*, in: Rottleuthner (Hrsg.), *Steuerung*, S. 179 f.

viel Brot und Fleisch jeder Bewohner der DDR hätte essen können, wenn die 100 Millionen, die die Angeklagten angeblich veruntreut hatten, in der SBZ verblieben wären<sup>196</sup>. Auch dieses Vorgehen war nicht neu: Stalin hatte Ende der zwanziger Jahre die ersten Schauprozesse benutzt, um nachzuweisen, daß die Rückschläge beim Aufbau der sowjetischen Wirtschaft durch Agenten der Imperialisten verschuldet worden waren<sup>197</sup>. Dieselbe Methode wurde dann nach 1945 gegen bürgerliche Spezialisten in den Satellitenstaaten angewandt<sup>198</sup>.

### IX. Schlußbemerkung

Die Propagandawirkung eines Schauprozesses ist am größten, wenn der Angeklagte bereit ist, mit der Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten, und sich im Laufe des Verfahrens selbst beschuldigt<sup>199</sup>. Dies war zweifellos in den Wirtschaftsprozessen vor dem OG nicht der Fall, sei es, weil der Staatsanwalt und die Richter noch nicht in der Lage waren, mit diesem schwierigen Instrument umzugehen, sei es, weil es ihnen mit Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse sicherer schien, darauf zu verzichten, um glaubwürdiger zu erscheinen. Gerade die ZKSK legte viel Wert darauf<sup>200</sup>. Als zweite Möglichkeit bot sich an, daß wenigstens einer der Angeklagten, meist einer, der nur geringer Verbrechen beschuldigt wurde, sich selbst belastete und damit zwangsläufig auch die anderen<sup>201</sup>. Dies geschah in den drei Prozessen<sup>202</sup>, an deren Ende die Hauptangeklagten zumeist eine Teilschuld eingestanden, wenn auch nicht den Vorwurf der Sabotage<sup>203</sup>. Dies lag teilweise daran, daß ein Teil der Taten zum Zeitpunkt des Geschehens noch nicht als Verbrechen angesehen, z. T. sogar von der Regierung gefördert worden war. Nach außen machte dies aber den Eindruck, als seien sich die Angeklagten ihrer Schuld bewußt. Die Zeitungen konnten dann berichten, daß die Angeklagten unter der Last der Beweise zusammenbrachen und Schuldgeständnisse ablegten<sup>204</sup>. Dies erschien zumindest glaubwürdiger als sich selbst bezichtigende Angeklagte.

<sup>196</sup> Vgl. Donath, Ratten.

<sup>197</sup> Vgl. Pirker (Hrsg.), Moskauer Schauprozesse, S. 61.

<sup>198</sup> Vgl. Karel Kaplan, Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948–1954, München 1986, S. 170.

<sup>199</sup> Wie führt man Schauprozesse, S. 218 (wie Anm. 45).

<sup>200</sup> Ruh, Aktenvermerk, 5. 5. 1950, in: BAP, DC 1 266.

<sup>201</sup> Wie führt man Schauprozesse, S. 218 (wie Anm. 45).

<sup>202</sup> Schuldgeständnis im Dessauer-Schauprozess, in: „Die Welt“, 27. 4. 1950, S. 1; Portwich, Bericht über den Verlauf des Thüringischen Finanzprozesses in Erfurt, Berlin, 13. 12. 1950, in: BAK, B 137/1681; Konzernverbrecher werden überführt, in: „Tägliche Rundschau“, 17. 12. 1950, S. 2.

<sup>203</sup> Entlarvung der Angeklagten im Dessauer Prozeß, in: „Der Neue Weg“, 28. 4. 1950, S. 2; Portwich, Bericht, 13. 12. 1950, in: BAK, B 137/1681; Hohe Zuchthausstrafen im Solvayprozeß, in: Liberal-Demokratische Zeitung, 22. 12. 1950, S. 1 f.

<sup>204</sup> Konzernverbrecher werden überführt, in: „Tägliche Rundschau“, 17. 12. 1950, S. 2; Die Vernehmung der Angeklagten im Moog-Prozeß, in: „Thüringer Tageblatt“, 8. 12. 1950, S. 3; Herwegen windet sich wie ein Aal, in: „Neues Deutschland“, 25. 4. 1950, S. 1 f.

Schauprozesse in der DDR erfüllten wie gesagt mehrere Zwecke: Sie sollten helfen, den neuen Staat zu legitimieren, Krisen zu verdecken oder zumindest zu erklären und die Schuld dafür auf andere zu schieben. Die Bevölkerung sollte sich mit dem neuen gesellschaftlichen System identifizieren und bei der Ausschaltung oppositioneller Elemente behilflich sein. Das Instrument dazu übernahmen die SED und die von ihr abhängigen Justizorgane von der Sowjetunion, deren Berater mehr oder weniger deutlich die Vorbereitung solcher Prozesse beeinflussten<sup>205</sup>. Gekennzeichnet waren die Prozesse vor allem durch eine ausgesuchte, von Verhandlungstag zu Verhandlungstag wechselnde Öffentlichkeit und einem starken Anstieg der Propaganda vor, während und nach den Gerichtsverhandlungen. Sie begleiteten Säuberungen in Parteien oder bestimmten Schichten der Bevölkerung, konnten sie aber auch erst auslösen. Obwohl das SED-Regime im Gegensatz zum Nationalsozialismus, wo der Führerbefehl über dem Gesetz stand, zumindest theoretisch den Anschein von Gesetzlichkeit wahren wollte<sup>206</sup>, mußten die den Angeklagten von der Verfassung zustehenden grundlegenden Rechte ständig verletzt werden, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Allerdings war dies auch bei „normalen“ Gerichtsverhandlungen der Fall, bei den Schauprozessen trat es nur besonders deutlich hervor.

Damit ergaben sich Parallelen zu den Staaten Osteuropas. Auch dort benutzten die kommunistischen Parteien Schauprozesse nicht nur zu Säuberungen in der eigenen Partei, sondern auch, um politische Gegner auszuschalten<sup>207</sup>. Auch die Beschuldigungen waren ähnlich gelagert: Kontakte zu reaktionären und feindlichen Elementen im Ausland und Wirtschaftssabotage waren wesentliche Anklagepunkte, um die Opposition auszuschalten. Lediglich den ganz großen Prozeß gegen kommunistische Parteimitglieder hat es in der DDR nicht gegeben, aber auch hier sind Parallelen vorhanden: In der Tschechoslowakei brauchten die Justiz und ihre sowjetischen Berater wesentlich länger als in den übrigen Staaten für den Slánsky-Prozeß – ein halbes Jahr später, und es hätte ihn nach dem Tode Stalins wahrscheinlich auch nicht gegeben.

Damit politische Justiz wirksam werden kann, muß sie die Billigung zumindest eines größeren Teils der Bevölkerung finden. Tut sie dies nicht, bewirkt sie das Gegenteil von dem, was sie eigentlich erreichen will, nämlich die Bevölkerung für den neuen Staat zu gewinnen und ihm eine Legitimation zu verschaffen<sup>208</sup>. Das von der SED-hörigen Justiz eingesetzte Instrument der Schauprozesse war ein wichtiges Hilfsmittel, um die Opposition auszuschalten. Allerdings diente es nicht der Überzeugung, sondern als Terrorinstrument, dem sich die Bewohner der DDR entweder

<sup>205</sup> Die Justizorgane mußten die SMAD über die Strafverfahren informieren. Vgl. Otto, „Waldheimer Prozesse“, S. 356. Auf diese Weise war natürlich eine Beeinflussung durch die sowjetischen Organe möglich.

<sup>206</sup> Vgl. Falco Werkentin, Gelenkte Rechtsprechung – Zur Strafjustiz in den frühen Jahren der DDR, in: NJ 45 (1991), S. 480.

<sup>207</sup> Kaplan, Prozesse, S. 9, 28 ff., 34 ff., 170 ff., 186 ff.

<sup>208</sup> Kirchheimer, Politische Justiz, S. 14.

beugten oder den Staat verließen. Wie wenig das SED-Regime die Bevölkerung für ihre Ziele gewinnen konnte, zeigt der 17. Juni 1953 und hier besonders der Sturm auf die Gefängnisse<sup>209</sup>. Selbst die „fortschrittlichen“ Elemente der bürgerlichen Parteien waren nicht von der Justiz überzeugt. So reagierte etwa ein Funktionär auf die Kritik daran, daß Hilde Benjamin zur Justizministerin ernannt worden war, mit der Bemerkung, die Ernennung sei auch positiv zu sehen, da sie nun weniger Einfluß auf die Urteile habe<sup>210</sup>. Die politische Justiz in der DDR und speziell die der Schauprozesse trugen nicht zur Legitimität des Staates bei, sondern belasteten das Verhältnis der Bürger zur Justiz. Allerdings hat das SED-Regime dies nie verstanden, wohl auch, weil es ganz auf Repression ausgerichtet war, und niemand es wagen konnte, dies öffentlich auszusprechen.

<sup>209</sup> Karl Wilhelm Fricke, Juni-Aufstand und Justiz, in: Ilse Spittmann/Ders. (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1988, S. 70.

<sup>210</sup> Protokoll über die Arbeitskonferenz des Kreisverbandes Gera am 29. 8. 1953, in: ACDF, III-045-165/1.



## Dokumentation

HANS COPPI

### DIE „ROTE KAPELLE“ IM SPANNUNGSFELD VON WIDERSTAND UND NACHRICHTENDIENSTLICHER TÄTIGKEIT

Der Trepper-Report vom Juni 1943

#### *Die „Rote Kapelle“ – ein Konstrukt der Gestapo*

Nach dem 22. Juni 1941 war von der deutschen Funkabwehr eine verstärkte Tätigkeit einzelner Funkstationen in Westeuropa an eine sowjetische Empfangsstelle bemerkt worden. Ein im Äther ausgemachter Funker wurde in der Phraseologie der Spionageabwehr als „Pianist“ bezeichnet. Da es sich um mehrere „Musikanten“ handeln mußte, prägte die Abwehrstelle III F Belgien den Fahndungsnamen „Rote Kapelle“. Unter diesem Tarnbegriff ermittelte die Gestapo im Zeitraum 1941–1943 tatsächliche oder vermeintliche nachrichtendienstliche Kontakte zur Sowjetunion und schuf das Bild eines Westeuropa und Deutschland überziehenden sowjetischen Spionagenetzes<sup>1</sup>.

Aus widerstandsgeschichtlicher Perspektive handelt es sich bei der „Roten Kapelle“ um unterschiedliche Personen und Gruppen, die in den ersten Kriegsjahren mit sowjetischen Nachrichtendienstern in ständiger oder punktueller Verbindung standen und in den Jahren 1942/43 inhaftiert wurden. Es lassen sich folgende relativ autonome Gruppen und Einzelpersonen unterscheiden:

1. Die von Leopold Trepper – Deckname<sup>2</sup> Otto – im Auftrag des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes (GRU<sup>3</sup>) zuerst in Belgien und dann in Frankreich aufgebauten Stützpunkte. Dabei wurden über Handelsfirmen die Voraussetzungen für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit in den Jahren 1940 bis 1942 geschaffen. Bei auftreten-

<sup>1</sup> Die Gestapo konnte der NS-Führung in einem Mitte November 1942 übergebenen Bericht einen außergewöhnlichen Fall sowjetischer Verschwörung vorführen und damit auch die Wichtigkeit ihrer Arbeit unter Beweis stellen. Vgl. National Archives Washington (künftig: NA Washington), OSS-Archives, Record-Group 319, IRR-Box 5960, Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD über die Aufrollung der kommunistischen Spionage- und Hochverratsorganisation im Reich und in Westeuropa – „Rote Kapelle“, IV A 2 – B. Nr. 330/42 gRs, (künftig: Abschlußbericht der Gestapo). Jürgen Danyel konnte den nur in wenigen Exemplaren gefertigten Bericht erstmals 1991 in Washington einsehen. In deutschen Archiven existieren nur Abschriften. Vgl. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 58, Bd. 1131.

<sup>2</sup> Die genannten Decknamen finden sich in dem folgenden Bericht von Leopold Trepper wieder.

<sup>3</sup> GRU – Glavnoe Razvedivatel'noe Upravlenie – Hauptabteilung Aufklärung beim Generalstab der Roten Armee, die Zentrale des sowjetischen militärischen Nachrichtendienstes in Moskau.

- den Problemen, insbesondere der Funktätigkeit, kam es zu Kontakten zu anderen Männern, die ebenfalls im Dienst der GRU standen, und zu einer Zusammenarbeit mit Einzelpersonen aus den Reihen der kommunistischen Résistance in Frankreich<sup>4</sup>.
2. Der von Sommer 1940 bis Ende 1941 als Résident der GRU in Belgien tätige Anatoli Gurewitsch, der den Decknamen Kent trug<sup>5</sup>. Er übernahm im Sommer 1940 die von Trepper aufgebaute Gruppe und wurde im März 1941 Geschäftsführer einer Handelsfirma in Brüssel. Im Auftrag der GRU suchte er im März 1940 Sandor Rado in Genf und Ende Oktober 1941 Harro Schulze-Boysen sowie Kurt Schulze in Berlin auf. Nachdem seine Brüsseler Funkstelle entdeckt worden war, floh er Ende Dezember 1941 nach Marseille.
  3. Der seit 1939 in Belgien tätige Konstantin Jefremow – Deckname Charles – arbeitete eng mit dem Funker Johann Wenzel – Deckname Hermann – zusammen. Unabhängig von Trepper knüpfte er Verbindungen nach Holland, Deutschland und in die Schweiz. Anfang 1942 übergab Trepper im Auftrag der Moskauer Zentrale den Rest der Gruppe von „Kent“ an Jefremow.
  4. Die von Wenzel 1938/39 in Holland aufgebaute Gruppe um Anton Winterink – Deckname Tino. Sie war eine Reservegruppe von Jefremow, hatte ein eigenes Funkgerät und sollte als Anlaufpunkt dienen<sup>6</sup>.
  5. Das von Sandor Rado – Deckname Dora – in der Schweiz installierte Netz der GRU. Drei Funkstellen übermittelten in den Jahren 1941 bis 1943 weit über 2000 Meldungen in die Sowjetunion. Die militärisch brisanten Informationen stammten überwiegend aus zentralen deutschen Dienststellen<sup>7</sup>. Ende 1943 deckte die Schweizer Polizei unter Mithilfe der deutschen Abwehr und der Gestapo Teile des Netzes auf und verhaftete einige ihrer Mitglieder.
  6. Der aus dem Kominternapparat kommende und seit Ende der dreißiger Jahre für die GRU arbeitende Henry Robinson – Deckname Harry – hatte Informanten in französischen Regierungs- und Armeestellen sowie Verbindungen zur französischen Résistance und in die Schweiz. Er informierte die GRU detailliert über die deutschen Angriffsvorbereitungen im Frühjahr 1941<sup>8</sup>. Auf Anweisung der Zentrale stellte Trepper im September 1941 den Kontakt zu Robinson her.
  7. Die sich seit Mitte der dreißiger Jahre in Berlin formierenden Widerstandskreise um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen – Deckname Choro. Als „Kent“ im Auftrag der Moskauer Zentrale Schulze-Boysen kontaktierte, um Schwierigkeiten bei der Nachrichtenübermittlung zu beheben, erfolgte Ende Oktober 1941 eine ein-

<sup>4</sup> Vgl. Leopold Trepper, *Die Wahrheit*. Autobiographie, München 1975.

<sup>5</sup> Vgl. Anatoli Gourevitch, *Un certain monsieur Kent*, Paris 1995.

<sup>6</sup> Nähere Angaben zu Winterink und seine Verbindung zum holländischen Widerstand bei Ger Harmsen, *Rondom Daan Goulooze. Uit het leven van kommunisten*, Nijmegen 1980.

<sup>7</sup> Diese Gruppe wurde wegen der drei Funkstationen auch als „Rote Drei“ bezeichnet. Vgl. Wilhelm F. Flicke, *Agenten funken nach Moskau. Sendegruppe „Rote Drei“*, Kreuzlingen 1954. Authentischer sind die Erinnerungen von Sandor Rado, Dora meldet, Berlin 1971.

<sup>8</sup> Siehe Thierry Wolton, *Le grand recrutement*, Paris 1993. Das Buch ist umstritten. Robinson soll den früheren Minister der Volksfrontregierung Pierre Cot und dessen engen Mitarbeiter Jean Moulin Mitte der dreißiger Jahre für die GRU rekrutiert haben. Den Namen Moulin als Informanten von Robinson hat Trepper in einem Verhör bei der sowjetischen Spionageabwehr Smersch im Jahre 1946 angegeben. Er nennt diesen Namen in seinen Erinnerungen nicht.

malige Berührung mit der GRU. Die meisten der Beteiligten waren in losen Freundschafskreisen eingebunden und wußten nichts von den gelegentlichen Kontakten zu sowjetischen Stellen<sup>9</sup>.

8. Der Legationsrat im Auswärtigen Amt Rudolf von Scheliha und dessen Umfeld. Der für die GRU tätige Journalist Rudolf Herrstadt hatte Mitte der dreißiger Jahre Scheliha in Warschau dafür gewonnen, über interne Vorgänge im Auswärtigen Amt zu informieren. Dem Diplomaten, den eine enge Zusammenarbeit mit der Journalistin und zeitweiligen Mitarbeiterin der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ilse Stöbe, verband, war nicht klar, wen er belieferte; er dachte, er arbeite für den englischen Nachrichtendienst<sup>10</sup>.
9. Fallschirmspringer, die 1942 im Auftrage der GRU (Erna Eifler, Wilhelm Fellendorf, Heinrich Koenen) und des Auslandsnachrichtendienstes des NKWD (Robert Barth, Albert Hößler) nach Deutschland kamen und Kontakt zu deutschen Informanten (Ilse Stöbe, Hans Heinrich Kummerow, Harro Schulze-Boysen, Kurt Schulze, Adam Kuckhoff) aufnehmen sollten<sup>11</sup>.
10. Anlaufpartner der Fallschirmspringer, die schon länger in eine nachrichtendienstliche Tätigkeit der KPD bzw. der GRU eingebunden waren oder in der Moskauer KPD-Führung als vertrauenswürdig galten (Emil und Max Hübner, Frida, Johannes, Stanislaus, Walter Wesolek und Klara Schabbel, Else Imme, Kurt Schulze).

#### *Quellenlage, Rezeption und Forschungsstand*

Die meisten Untersuchungsakten der Gestapo und auch die Unterlagen aus den Prozessen vor dem Reichskriegsgericht in Berlin und dem Luftgaugericht in Paris und Brüssel galten als vernichtet oder verschollen. Überlebende und Angehörige der Widerstandskreise um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen stellten nach 1945 Erinnerungsberichte zusammen, die bei der Forschungsstelle der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gesammelt und in einer ersten historiographischen Darstellung zusammengefaßt wurden<sup>12</sup>. Neben diesen Akten kann sich die Forschung seit Mitte der achtziger Jahre auf die Unterlagen des Prozesses stützen, den Adolf Grimme, Greta Kuckhoff, Günther Weisenborn und andere 1947 gegen den früheren Chefankläger des Reichskriegsgerichtes, Manfred Roeder,

<sup>9</sup> Der Großteil der über 120 Personen, die in Berlin verhaftet wurden, ist in einem Fotoalbum der Gestapo enthalten. Vgl. Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel, *Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Fotodokumentation*, Halle 1992. Den aktuellen Forschungsstand zu den Berliner Widerstandskreisen bei Hans Coppi/Jürgen Danyel/Johannes Tüchel (Hrsg.), *Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994.

<sup>10</sup> Vgl. Ulrich Sahn, *Rudolf von Scheliha 1897–1942. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler*, München 1990.

<sup>11</sup> Vgl. Günther Nollau/Ludwig Zindel, *Gestapo ruft Moskau. Sowjetische Fallschirmagenten im 2. Weltkrieg*, München 1979.

<sup>12</sup> Vgl. Klaus Lehmann, *Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack. Männer und Frauen des illegalen antifaschistischen Kampfes*, Berlin 1948. Mit der Auflösung der VVN in der DDR im Jahre 1953 wurde auch die ihr angegliederte Forschungsstelle geschlossen. Der Bestand kam in das Zentrale Parteiarchiv der SED. Weitere Erinnerungsberichte zu Beteiligten aus den Berliner Widerstandskreisen befinden sich in den Nachlässen von Ricarda Huch und Walter Hammer im Institut für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ).

anstrengten<sup>13</sup>. Hinzu kommen die Papiere amerikanischer, französischer, englischer, belgischer und Schweizer Geheimdienste, die sich für die Struktur und die Vorgehensweise des sowjetischen Nachrichtendienstes interessierten<sup>14</sup>. Die „Rote Kapelle“ blieb in der Hochphase des Kalten Krieges ein Synonym für fortwährende sowjetische Spionage<sup>15</sup>.

1949 veröffentlichte Wilhelm Flicke, ein Mitarbeiter der Funkabwehr, erstmals quellenmäßig nicht belegte und der deutschen „Roten Kapelle“ willkürlich zugeordnete Funkprüche<sup>16</sup>, die sich später in anderen Veröffentlichungen wiederfinden. Der Amerikaner David J. Dallin benutzte in seiner Untersuchung über die sowjetische Spionage bereits Unterlagen des amerikanischen Geheimdienstes und interviewte ehemalige Mitarbeiter der Abwehr<sup>17</sup>. Für den Historiker Gerhard Ritter waren die Mitstreiter aus den Widerstandskreisen um Harnack und Schulze-Boysen Landesverräter<sup>18</sup>. Der Spiegelredakteur Heinz Höhne sah in ihnen Agenten Moskaus, auch wenn er sich gegen die Legenden von der kriegsentscheidenden Bedeutung der „Roten Kapelle“ wandte<sup>19</sup>.

Der französische Publizist und Schriftsteller Gilles Perrault vollzog 1967 einen Perspektivwechsel. Für ihn war die nachrichtendienstliche Tätigkeit der „Roten Kapelle“

<sup>13</sup> Über 100 Überlebende und Angehörige der Verhafteten sowie ehemalige Mitarbeiter der Gestapo, der Abwehr und des Reichskriegsgerichtes wurden befragt. Vgl. Akten der Staatsanwaltschaft Lüneburg (I Js 16/49), gegen den ehemaligen Generalrichter der Luftwaffe, Dr. Manfred Roeder, wegen Aussageerpressung, in: Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover. 1951 wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt und Roeder ein alles in allem „ordnungsgemäßes Verfahren“ bescheinigt.

<sup>14</sup> Frühere Mitarbeiter der Abwehr, Gestapobeamte und Richter des Reichskriegsgerichtes wurden eingehend befragt. Seit 1989 sind Dokumente in den National Archives zugänglich (OSS Archives, RG 319, ZA 020253, Box 59 und 60). Darauf basiert das Buch: *The Rote Kapelle. The CIA's History of Soviet Intelligence and Espionage Networks in Western Europe 1936–1945*, Washington D. C. 1979; in deutscher Übersetzung von Gert Sudholt (Hrsg.), *Das Geheimnis der Roten Kapelle. Das US-Dokument O/7708. Verrat und Verräter gegen Deutschland*, Leoni 1978.

<sup>15</sup> Reinhard Gehlen glaubte in den fünfziger Jahren, daß die „Rote Kapelle“ noch immer unerkannt leitende Positionen in der BRD innehatte. Vgl. Heinz Felfe, *Im Dienst des Gegners. 10 Jahre Moskau Mann im BND*, Hamburg/Zürich 1986, S. 264.

<sup>16</sup> Vgl. Wilhelm F. Flicke, *Spionagegruppe Rote Kapelle*. In freier Bearbeitung den Tatsachen nacherzählt, Kreuzlingen 1949. Im Klappentext der Ausgabe von 1957 wurde von 350 illegalen Funkstationen in Deutschland, Holland, Dänemark, Belgien, Frankreich und der Schweiz berichtet und von 35 000 Personen, die in irgendeiner Form an der „Roten Kapelle“ beteiligt gewesen waren. Ein großer Teil von ihnen sollen überzeugte Kommunisten gewesen sein.

<sup>17</sup> Vgl. David Dallin, *Die Sowjetspionage. Prinzipien und Praktiken*, Köln 1956. Die von ihm zitierten, aber keinem Archiv zugewiesenen D-Akten sind bisher nicht auffindbar.

<sup>18</sup> „Sie [die Rote Kapelle] stand ganz eindeutig im Dienst des feindlichen Auslands. Wer dazu im Stande war, mitten im Kampf um Leben und Tod, hat sich von der Sache seines Vaterlands losgelöst, er ist Landesverräter – nicht nur dem Buchstaben des Gesetzes nach.“ Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, München 1964, S. 109. Er stützte sich auf die Schmähschrift *Die Rote Kapelle. Aufzeichnungen des Generalrichters Dr. M. Roeder*, Hamburg 1952.

<sup>19</sup> Er konnte auf die für die Öffentlichkeit gesperrten Aktenbestände des Verfahrens gegen Roeder zurückgreifen. Siehe Heinz Höhne, „- ptx ruft moskau -“. Die Geschichte der Roten Kapelle, in: *Der Spiegel*, 1968, Nr. 23 bis 30; ders., *Kennwort Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle*, Frankfurt a. M. 1970; ders., *Der Krieg im Dunkeln. Macht und Einfluß des deutschen und russischen Geheimdienstes*, Gütersloh 1985.

ein Beitrag im Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht und zur Überwindung der Hitler-Diktatur<sup>20</sup>. 1978 erschien eine von der CIA verfaßte Studie über die „Rote Kapelle“, in der jeder Verweis auf benutzte Archivalien fehlt. Obwohl die „Rote Kapelle“ als organisatorischer Zusammenhang nie existiert hatte, begann das Konstrukt im zunehmenden Abstand zu den realen Geschehnissen zu wachsen. So wurden Gruppen aus dem Hamburger und Berliner kommunistischen Widerstand (Bernhard Bästlein, Anton Saefkow) hinzugezählt und weitere Länder (Dänemark, Portugal, Italien, Bulgarien) zum Operationsgebiet der „Rote Kapelle“ erklärt<sup>21</sup>. In der Nachkriegsgeschichtsschreibung, vor allem der sechziger Jahre, gerieten die Zusammenarbeit bzw. die punktuellen Kontakte des Widerstandes mit den Nachrichtendiensten der Anti-Hitlerkoalition immer wieder in eine Grauzone von moralisierenden Spionage- und Verratsklischees. Aber während die Verbindungen von Hans Oster, Helmuth James Graf von Moltke und anderer zu westlichen Nachrichtendiensten als Teil ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus interpretiert wurden, war die „Rote Kapelle“ in der Bundesrepublik wegen ihrer östlichen Kontakte lange mit dem Verdikt des Landesverrates belegt. Noch 1987 gab es eine heftige Kontroverse um die Einbeziehung der Berliner Widerstandskreise in die ständige Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

Die DDR-Geschichtsschreibung sah in der Schulze-Boysen/Harnack-Organisation, die erst in den siebziger Jahren unter dem Begriff „Rote Kapelle“ subsumiert wurde, zunächst einen Beweis für die erfolgreiche Volksfrontpolitik der Moskauer KPD-Führung. Zur „Kundschaftergruppe“ entwickelte sie sich nach der postumen Auszeichnung von 28 Frauen und Männern Ende 1969 mit Orden des Großen Vaterländischen Krieges durch die sowjetische Regierung. Eine wirkliche Forschung fand indes nicht statt. Archive in Ostberlin<sup>22</sup> und Moskau mit Überlieferungen zur „Roten Kapelle“ waren nicht zugänglich. Erst Ende der achtziger Jahre wurde auf Initiative des Historikers Heinrich Scheel, eines Mitstreiters aus den Berliner Widerstandskreisen, eine Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack an der Akademie der Wissenschaften der DDR aufgebaut<sup>23</sup>.

Anfang der neunziger Jahre entstanden Veröffentlichungen, die erstmals Überlieferungen aus bis dahin geschlossenen Archiven in Moskau nutzen konnten<sup>24</sup>. Die Ausstellung

<sup>20</sup> Vgl. Gilles Perrault, *Auf den Spuren der Roten Kapelle*, Frankfurt a. M./Wien 1992. Perrault interviewte erstmals Leopold Trepper und andere Überlebende sowie Angehörige aus dem Komplex „Rote Kapelle“ in Frankreich und Belgien, aber auch frühere Gestapo-Beamte und Mitarbeiter der Abwehr, die im Sonderkommando „Rote Kapelle“ tätig gewesen waren.

<sup>21</sup> Vgl. Sudholt (Hrsg.), *Das Geheimnis*.

<sup>22</sup> Das Archiv im Ministerium für Staatssicherheit hatte einen Sammlungsbestand „Rote Kapelle“ angelegt, der sich jetzt beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik befindet.

<sup>23</sup> Daraus entstanden u. a.: Hans Coppi/Jürgen Danyel, *Abschied von Feindbildern. Zum Umgang mit der Geschichte der „Roten Kapelle“*, in: Kurt Schilde (Hrsg.), *Eva Maria Buch und die „Rote Kapelle“*. Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1992; Griebel/Coburger/Scheel, *Erfasst?*; Hans Coppi, *Harro Schulze-Boysen – Wege in den Widerstand. Eine biographische Studie*, Koblenz 1993. Eine Sammlung „Rote Kapelle“ befindet sich jetzt in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin (künftig: GDW, Sammlung RK).

<sup>24</sup> Siehe auch das Nachwort von Andrej Galagan, Posleslovie, zu der russischen Ausgabe von Leopold Trepper, *Boľšaja Igra*, Moskva 1990. Der Militärhistoriker konnte auf Dokumente aus dem Archiv der GRU zurückgreifen. Vgl. auch Oleg Zarew/John Castello, *Die Einstimmung der*

„Rote Kapelle. Ein Portrait der Widerstandsgruppen um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen in Fotografien und Selbstzeugnissen“ und eine wissenschaftliche Tagung über die „Rote Kapelle“ an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin im November 1992 konnten sich ebenfalls auf bis dahin nicht zugängliche Bestände in Moskauer sowie in Washingtoner, Prager, Berliner und privaten Archiven sowie auf Befragungen von Zeitzeugen stützen<sup>25</sup>.

Die bisher erschlossenen Quellen ermöglichen neue Interpretationsansätze, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen: Die Berliner Widerstandskreise um Harnack und Schulze-Boysen – ein „Vergleichsfall für die Widerstandsgeschichte“<sup>26</sup> – waren weder eine sowjetische Spionagegruppe noch eine von der Moskauer KPD-Führung angeleitete Organisation. Der Widerstand der über 150 Frauen und Männer erwuchs aus dem Alltag im Dritten Reich, gegen den sie sich in unterschiedlichen Formen auflehnten. Bereits in den dreißiger Jahren entstanden aus einem Geflecht vielfältiger privater Beziehungen Freundschaftskreise, die sich 1941/42 durch persönliche Kontakte überschritten und gegenseitig beeinflussten. Auf diese Weise fanden Menschen aus unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus zusammen. Ihre wenigen Aktionen sollten ihre Mitbürger aufrütteln und dazu beitragen, den Krieg zu beenden. Der sowjetische Nachrichtendienst betrachtete den im Reichswirtschaftsministerium tätigen Arvid Harnack seit 1935 als einen interessanten Informanten. Ende der dreißiger Jahre setzte der mit einer Amerikanerin verheiratete Harnack auch Donald Heath, Sekretär der amerikanischen Botschaft, über Details aus seinem Arbeitsprozeß in Kenntnis<sup>27</sup>. Er sah sich nicht in der Rolle eines Agenten und betrachtete seine sowjetischen Kontaktmänner als Vertreter eines Landes, mit dem er sich ideell verbunden fühlte und von dem er Unterstützung erwartete<sup>28</sup>. Regelmäßig informierte er seit dem Herbst 1940 – ab Ende März 1941 wurde Harro Schulze-Boysen einbezogen – über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Sta-

Roten Kapelle, in: Dies., *Der Superagent. Der Mann der Stalin erpreßte*, Wien 1993, S.115–155. Zarew nutzt Dossiers zu Harnack, Schulze-Boysen, Kuckhoff und Karl Behrens aus dem Archiv des Auslandsnachrichtendienstes (vgl. Anm.28), ohne sie quellenkritisch mit anderen Veröffentlichungen zu vergleichen. Eine präzisere Darstellung bei Vladimir Pečerski, *Moskovskoje dosje „Krasnoj Kapelli“*, in: *Novoe Vremja*, 1994, Nr.12/13. Eine Übersicht zu in russischen Archiven vorhandenen Dokumenten zur „Roten Kapelle“ und den neuesten russischen Veröffentlichungen bei Boris Chawkin/Hans Coppi/Juri Zorja, *Russische Quellen zur Roten Kapelle*, in: Coppi/Danyel/Tuchel (Hrsg.), *Rote Kapelle*, S.104ff. Archive der GRU und des Föderativen Sicherheitsdienstes (FSB) in Moskau sind bisher nicht zugänglich.

<sup>25</sup> Die Ausstellung ist in Frankfurt a. M., Karlsruhe, Köln, Bremen und in Berliner Bezirken gezeigt worden. Die Beiträge der Tagung sind veröffentlicht in: Coppi/Danyel/Tuchel (Hrsg.), *Rote Kapelle*. Vgl. auch Johannes Tuchel, *Das Ende der Legenden. Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, in: Gerd R. Ueberschär, *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime*, Köln 1994, S.277ff.

<sup>26</sup> Siehe Peter Steinbach, *Widerstandsorganisation Harnack/Schulze-Boysen. Die „Rote Kapelle“ – ein Vergleichsfall für die Widerstandsgeschichte*, in: *GWU* 42 (1991), S.133–152.

<sup>27</sup> Vgl. Shareen Brysac, Mildred und Arvid Harnack. *The American Connection*, in: Coppi/Danyel/Tuchel (Hrsg.), *Rote Kapelle*, S.180–191.

<sup>28</sup> Diesen Eindruck gewann der Mitarbeiter des sowjetischen Nachrichtendienstes Alexander Korotkow aus Gesprächen mit Harnack, die er Ende 1940/Anfang 1941 führte. Vgl. *Archiv des Auslandsnachrichtendienstes Moskau*, Akte Nr.34118 (Dossier A.Harnack), Bd.1, Bl.113, Bericht über ein Treffen mit „Korsikaner“ [Deckname für Arvid Harnack] vom 17.1.1941 (russ.).

lin mißachtete jedoch diese wie auch andere Hinweise<sup>29</sup>. Mit ihren Warnungen wollten sie, ähnlich wie Hans Oster, der im April 1940 Holländer und Engländer über den Angriffstermin der Wehrmacht informiert hatte, die Sowjetunion in die Lage versetzen, den deutschen Angriff zurückzuschlagen, denn die militärische Niederlage – so ihre Auffassung – eröffnete die Chance, das Hitler-Regime zu überwinden. Dafür wurden Verbündete im Ausland benötigt<sup>30</sup>. Ein Funkkontakt kam nach dem 22. Juni 1941 nicht mehr zustande. Die Reichweite der kurz vor dem Einfall deutscher Truppen in die Sowjetunion übergebenen zwei Funkgeräte war zu gering und ausgebildete Funker standen nicht zur Verfügung. Im Mittelpunkt des Widerstands des Kreises um Harnack und Schulze-Boysen stand Ende 1941/Anfang 1942 die Dokumentation von NS-Verbrechen, das Verfassen und Verteilen von Flugschriften und eine Zettelklebeaktion. Diese Form der Aufklärungstätigkeit war für die von Moskau in Westeuropa installierten nachrichtendienstlichen Gruppen undenkbar, weil zu gefährlich. Leopold Trepper macht in seinen Erinnerungen die Widerstandsaktivitäten und die Kontakte mit dem kommunistischen Untergrund dafür verantwortlich, daß der Nachrichtentransfer gefährdet wurde<sup>31</sup>. Jedoch brachten nicht die Flugblätter, sondern der entschlüsselte Funkspruch der Moskauer Zentrale an den Agenten „Kent“ mit dem Auftrag, sich nach Berlin zu begeben, die Gestapo im August 1942 auf die Spur der Berliner Widerstandskreise<sup>32</sup>. Als Gesinnungsgenossen einer von außen gesteuerten Organisation angesehen, wurden die Verhafteten dem westeuropäischen Netz der „Roten Kapelle“ zugeordnet, auch wenn die meisten von ihnen mit dem sowjetischen Nachrichtendienst nichts zu tun hatten.

Quantität und Qualität der Funksprüche aus Frankreich, Belgien, Holland und Deutschland nach Moskau entsprechen nicht dem bisher angenommenen Umfang und Wert. Die von Trepper genannten 1500 Funksprüche der „Roten Kapelle“ von Mai 1940 bis November 1942 sind nicht zu verifizieren. Die Gestapo erwähnte in ihrem Abschlußbericht von Mitte November 1942, daß sie „im Reich und in den besetzten Westgebieten [...] etwa 500 Funksprüche einiger Geheimsender“ aufgefangen habe<sup>33</sup>. Mitte November 1942 waren 80 davon der „Roten Kapelle“ zugeordnet. Aus einem Gespräch mit Harro Schulze-Boysen notierte sich Anatolij Gurewitsch Ende Oktober 1941 wichtige Infor-

<sup>29</sup> Eine Übersicht über Meldungen von Harnack und Schulze-Boysen an die sowjetische Seite bei Chawkin/Coppi/Zorja, Russische Quellen, S.104–144. Eine umfassende Veröffentlichung über alle beim Auslandsnachrichtendienst des NKWD eingegangenen Meldungen über die Vorbereitungen des Angriffs gegen die Sowjetunion von März bis Juni 1941 in: Sekrety Gitlera na stole u Stalina. Razvedka i Kontrrazvedka o podgotovke germanskoj agressii protiv SSSR mart-ijun' 1941 g. Dokumenty iz Zentral'nogo archiva FSB Rossi, Moskva 1995.

<sup>30</sup> Vgl. Klemens von Klemperer, Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994. Während Klemperer die Beziehungen von Oster, Adam von Trott zu Solz, Helmuth James Graf von Moltke und anderen zu Vertretern westlicher Geheimdienste als „patriotische Pflicht“ umschreibt, geraten Harnack und Schulze-Boysen zu „Rädchen in der Maschinerie einer ausländischen Spionageorganisation“ (S.74).

<sup>31</sup> Vgl. Trepper, Die Wahrheit, S.150.

<sup>32</sup> Der Funkspruch, der zum Auffliegen der Gruppe führte, ist zum ersten Mal aus russischen Überlieferungen zitiert bei Zarew/Castello, Der Superagent, S.141. Eine dem russischen Original adäquatere Übersetzung bei Chawkin/Coppi/Zorja, Russische Quellen, S.138. Diese Fassung unterscheidet sich erheblich von bisherigen Veröffentlichungen, die zumeist die Version von Flicke, Spionagegruppe Rote Kapelle, S.233, wiedergegeben haben.

<sup>33</sup> Vgl. Abschlußbericht der Gestapo, S.3 (wie Anm.1).

mationen, die Johann Wenzel in sieben Funksprüchen im November aus Brüssel nach Moskau durchgab. Darin wurde über knappe Treibstoffvorräte und eine bevorstehende deutsche Offensive in Richtung sowjetischer Erdölgebiete im Nordkaukasus, über die angenommene Lage der Hauptquartiere von Hitler und Göring, über große Verluste an Truppen und Flugzeugen bei der Einnahme von Kreta, über die monatliche Zuführung neuer Flugzeuge an die Luftwaffe, über erbeutete Funkschlüssel berichtet<sup>34</sup>. Die Mehrzahl der von Heinz Höhne den Berliner Widerstandskreisen zugeschriebenen 500 nach Moskau gefunkten Meldungen vorwiegend militärischen Inhalts sind von deutschen Informanten über die Schweiz nach Moskau übermittelt worden<sup>35</sup>. Es handelt sich um dechiffrierte Funksprüche, die Sandor Rado gegeben oder empfangen hatte. Wilhelm Flicke fertigte von den ihm am wichtigsten oder am interessantesten erscheinenden Funksprüchen Abschriften an<sup>36</sup>. Der von Trepper in seinen Memoiren vermittelte Eindruck, daß ständig Informationen von Berlin über Funkstellen in Belgien und Holland nach Moskau flossen, widerspricht ebenso der Realität wie seine Feststellungen, daß in Berlin drei Funkstellen für die GRU gearbeitet haben und er die Gruppe Schulze-Boysen über die Verhaftungen Mitte Dezember 1941 in Brüssel informiert und gewarnt hat<sup>37</sup>.

Ein von Leopold Trepper geleitetes Netz der „Roten Kapelle“ in Westeuropa existierte also nicht. Die verschiedenen Gruppen in Belgien, Holland und Frankreich arbeiteten weitgehend unabhängig voneinander. Schwierigkeiten in der Funktätigkeit führten zu einer losen Zusammenarbeit mit K. Jefremow und Henry Robinson. Es bestanden weder direkte Verbindungen von Berlin zu Trepper, noch von Jefremow zu Schulze-Boysen<sup>38</sup>.

#### *Exkurs zu Leopold Trepper*

Der 1904 im polnischen Nowy Targ geborene Leopold Trepper engagierte sich zuerst in der jüdischen Jugendbewegung, dem Haschomer Hazair. Er beteiligte sich 1923 an Streiks in Oberschlesien und Krakau, wurde inhaftiert, kam auf die schwarze Liste und wanderte nach Palästina aus. Dort arbeitete er in der Landwirtschaft und als Maurer. 1925 trat er der Kommunistischen Partei Palästinas bei. In dieser Zeit gründete er eine Gruppierung mit dem programmatischen Namen „Einheit“, in der Juden und Araber in Aktionen gegen die englische Besatzungsmacht zusammenfanden. Zu seinen Mitstreitern gehörten Léon Großvogel (Deckname: André) und Hillel Katz (Deckname: René). Die Vereinigung wurde von der britischen Mandatsregierung verboten und ihre Führer, darunter Trepper, verhaftet. 1929 verließ er mit Luba Brojde, seiner späteren Frau, Palästina. Er arbeitete in Marseille und Paris als Vertreter der Sektion jüdischer Arbeiter in der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF). Mit Hilfe der KPF-Führung gründete er die in jiddischer Sprache erscheinende Wochenschrift „Der Morgen“. In dieser Zeit lernte er auch

<sup>34</sup> Vgl. Chawkin/Coppi/Zorja, *Russische Quellen*, S. 139ff.

<sup>35</sup> Vgl. Höhne, *Kennwort* Direktor, Frankfurt a. M. 1972, S. 296.

<sup>36</sup> Vgl. Bericht von Inspektor Schmid an die Schweizerische Bundesanwaltschaft vom 5. 6. 1950. 365 dieser Funksprüche liegen im Bundesarchiv Bern, Rote Kapelle, Akte Hamel et consorts, 4320 (B) 1975/40.

<sup>37</sup> Vgl. Trepper, *Die Wahrheit*, S. 117, 127, 150.

<sup>38</sup> Vgl. ebenda, S. 114, 150, 153.



Jacques Duclos und andere führende Vertreter der KPF kennen. Ende 1932 mußte er Frankreich verlassen. Er begab sich nach Moskau und studierte dort an der Kommunistischen Universität „Julian Marchlewski“. 1935 wurde er Kulturredakteur der in Moskau erscheinenden jiddischen Zeitung „Emeth“ (Die Wahrheit). Seit Dezember 1936 arbeitete Trepper für die GRU. Mitte 1938 ließ er sich als kanadischer Staatsbürger Adam Mickler mit seiner Frau Luba und seinem Sohn Edgar in Brüssel nieder. Er sollte Strukturen für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit in Westeuropa errichten, über die der sowjetische Generalstab im Kriegsfall wichtige Informationen erhalten konnte. Im Sommer 1939 trafen zu seiner Unterstützung zwei bereits im spanischen Bürgerkrieg eingesetzte und anschließend kurzzeitig in Moskau ausgebildete jüngere sowjetische Offiziere, Anatolij Gurewitsch (Deckname: Kent) und Michail Makarow (Deckname: Chemnitz), in Brüssel ein. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Belgien floh Trepper Mitte August 1940 in die unbesetzte Zone Frankreichs und kehrte als französischer Kaufmann Jean Gilbert Mitte September nach Paris zurück. Im März 1941 gründete er die Simex (Société importacion exportacion), ihr Hauptsitz war in Paris, eine Filiale in Marseille. Gleichzeitig entstand in Brüssel die Simexco mit Gurewitsch als Geschäftsführer. Diese Konstruktion ermöglichte ein Arbeiten unter den Bedingungen der deutschen Okkupation und band zugleich einen Hauptteil der nachrichtendienstlichen Tätigkeit.

Trepper hatte keine eigene Funkverbindung nach Moskau. Seine Informationen übermittelte er bis zum 22. Juni 1941 an die sowjetische Vertretung in Vichy. Sein Mitarbeiter Makarow wurde im Sommer 1941 von Wenzel ausgebildet und nahm dann von Brüssel aus die Funktätigkeit auf. Am 13. Dezember 1941 wurde Makarows Funkstelle von der Geheimen Feldpolizei ausgehoben. Gurewitsch mußte nach Marseille in die unbesetzte Zone fliehen. Trepper konnte eine Reserve-Funkverbindung der KPF, kurzzeitig eine eigene von Hersch und Miriam Sokol aufgebaute Funkstation und auch die Funkstelle von Wenzel in Brüssel nutzen. Die Verhaftungen von Hersch und Miriam Sokol, Wenzel, Jefremow und anderer im Sommer 1942, über die die GRU in Kenntnis gesetzt wurde, veranlaßten Trepper, noch vorsichtiger zu agieren. Er informierte am 22. November die Moskauer Zentrale, daß die Mitarbeiter der „Simex“ verhaftet worden seien und begab sich mit Léon Großvogel und Hillel Katz in die Illegalität. Am 24. November 1942 wurde er bei einem Zahnarzt festgenommen.

### *Das Funkspiel*

Unter Leitung von Kriminalrat Karl Giering versuchte ein Sonderkommando des RSHA, die sowjetische Seite zu desinformieren, die noch vorhandenen Gruppen und Agenten der GRU unter ihre Kontrolle und die Absichten der Moskauer Zentrale in Erfahrung zu bringen<sup>39</sup>. Wenzel sendete seit Mitte August, Winterink, Jefremow und Hermann Isbutzki (Deckname: Bob) arbeiteten seit Mitte Oktober, Trepper seit Ende Dezember 1942 und Gurewitsch ab Anfang März 1943 unter der Kontrolle der Gestapo. Von acht Funkstatio-

<sup>39</sup> Laut Vernehmung des Gestapobeamten Josef Reiser vor dem französischen Sicherheitsdienst 1949 soll das RSHA-Sonderkommando „Rote Kapelle“ im Juni 1942 entstanden sein. Vgl. Trepper, *Die Wahrheit*, S. 397. Es wurde bis August 1943 von den Gestapobeamten Karl Giering und dann von Heinz Pannwitz geleitet. Die Entstehungsgeschichte und die Zusammensetzung dieses RSHA-Sonderkommandos sind bisher nicht erforscht.

nen, die in den Jahren 1941/42 in Belgien, Frankreich und Holland von dem Sonderkommando requiriert wurden, blieben sechs Stationen weiter in Betrieb. Hitler hatte die Zustimmung erteilt, „mit dem Reichsaußenminister sowie dem OKW abgestimmte Nachrichten zur Erhaltung des Funkspiels weiterzugeben, auch wenn sie objektiv den Tatbestand des Landesverrates erfüllen“<sup>40</sup>. Die Gestapo wollte über diesen Weg die sowjetischen Verbindungen zur KPF aufdecken, in die französische Résistance und in die Schweizer Organisation von Sandor Rado eindringen. Der im August 1943 als Nachfolger von Giering eingesetzte Kriminalrat Heinz Pannwitz reduzierte den Anteil militärischer Informationen. Nun gingen verstärkt politische Meldungen aus der katholischen Kirche, aus der russischen Emigration, der Wirtschaft und anderen zivilen Bereichen nach Moskau. Als Quellen wurden existierende Personen ausgewiesen. Das von Pannwitz im Einvernehmen mit Gruppenführer Heinrich Müller aus dem RSHA geführte Funkspiel diente auch dazu, einen Kontakt der SS mit der sowjetischen Seite in Kriegszeiten aufrechtzuerhalten. Die Funkbrücke sollte schließlich im Rahmen der Aktion „Phönix“ genutzt werden, um „das sowjetische Mißtrauen zu den westlichen Alliierten zu vertiefen und den notwendigen Bruch zu ihnen zu beschleunigen“<sup>41</sup>. Eine Studie über das Verhalten der GRU in dem Funkspiel existiert nicht. Bezweifelt werden muß die Behauptung von Andrej Galagan, die GRU habe nach Auswertung des Trepper-Reports die Initiative im Funkspiel übernommen und es in ihrem Interesse geführt<sup>42</sup>.

#### *Die zwiespältige Haftsituation*

Leopold Trepper erkannte nach seiner Verhaftung sofort, daß das RSHA-Sonderkommando bereits umfassend über die verschiedenen Gruppen der GRU in Westeuropa unterrichtet war. Dementsprechend verhielt er sich bei den Verhören. Nach den ersten Vernehmungen vermerkte der Leiter des RSHA-Sonderkommandos, Karl Giering, daß die Erklärungen Treppers über einzelne Vorgänge den Tatsachen entsprachen<sup>43</sup>. Eine Koope-

<sup>40</sup> BAK, NS 19, Bd. 2002, Bl. 235, Mitteilung des Reichsführer SS an Gruppenführer Müller vom Dezember 1942. Im April und Mai 1943 wurden 15 Meldungen mit militärischen Angaben im Namen von „Otto“ nach Moskau gesandt. Die Zentrale wollte indes konkretere Angaben. Die Beantwortung der präzisen Fragen stieß jedoch auf Ablehnung bei den Militärs. Der Oberbefehlshaber West sah sich nicht mehr imstande, die Anfragen nach den Nummern von Divisionen und Namen von Kommandeuren in Form von Spielmaterial zu beantworten. Vgl. Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg (künftig: BA/MA Freiburg), Abwehrakten, RW 5/501.

<sup>41</sup> Zu den politischen Zielen des Funkspiels in den Jahren 1943–45 bei Heinz Pannwitz, Rote Kapelle, ohne Datumsangabe, Kopie im Besitz des Verfassers. Diesen Hinweis verdanke ich Stanislaw Berton, der diese Aufzeichnungen von Johannes Fiedler erhalten hat. Ihm stellte die Witwe von Pannwitz diese Erinnerungen zur Verfügung.

<sup>42</sup> Vgl. Galagan, Nachwort, S. 375. Diese Einschätzung steht im Widerspruch zu den Aufträgen, die von der Moskauer Zentrale auch weiterhin bis April 1945 an Gurewitsch gegeben worden sind.

<sup>43</sup> GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll der Gestapo mit Leopold Trepper (künftig: Verhörprotokoll Trepper) vom 26. 11. 1942 bis 8. 3. 1943. Karl Giering, Vermerk über das mündliche Verhör von Trepper am 25. und 26. 11. 1942 in Paris, S. 5. Die Abwehr vermerkte als Grund seiner Kooperationsbereitschaft, daß er um das Leben seiner Familie fürchte, wenn die GRU erführe, daß er verhaftet sei. Vgl. BA/MA Freiburg, Abschlußbericht der Abwehrstelle III F Belgien vom 24. 3. 1943 (künftig: Abschlußbericht III F), Bl. 26. Ähnliche Begründungen führte auch Gurewitsch in

ration mit dem Sonderkommando konnte Trepper die Möglichkeit eröffnen, zu überleben und die Ziele des Funkspiels zu durchschauen. Dafür mußte er eine gewisse Vertrauensbasis aufbauen und Zugeständnisse machen, was zur Verhaftung von Hillel Katz, Anna Maximowitsch (Deckname: Schwester), Basil Maximowitsch (Deckname: Professor), Isidor Springer (Deckname: Romeo) und Henry Robinson führte<sup>44</sup>. Trepper begann in der Haft eine Doppelrolle zu spielen. Er vermittelte in ausführlichen Aussagen über die Gruppen der GRU, zu einzelnen Personen und zu ihrer Tätigkeit das Bild einer weit verzweigten und zentralistisch gelenkten Organisation, in der alle wesentlichen Fäden bei ihm, dem „Grand Chef“ – wie er nun genannt wurde – zusammenliefen. So wurde er zu einem unentbehrlichen Partner im „Großen Spiel“ mit Moskau. Zugleich suchte er allerdings nach einer Gelegenheit, seinen Auftraggebern in Moskau die verzweifelte Situation, in der er sich befand, zu verdeutlichen und ihnen mitzuteilen, daß er trotz partieller Kollaboration einer der ihren geblieben war. Trepper kannte den Apparat der GRU und der Komintern und wußte, wie dort mit richtigen oder vermeintlichen Verrätern sowie ihren Angehörigen umgegangen wurde. Er wollte also nicht nur sich selbst, sondern auch seine Familie schützen, die sich noch in Moskau befand.

Die Moskauer Zentrale führte den Funkverkehr mit ihren Stationen weiter, obwohl sie über die Verhaftungen bis Mitte November 1942 mehrfach informiert worden war. Trepper wollte mit einer ausführlichen Information die Zentrale zum Handeln zwingen und weiteren Schaden abwenden. Er setzte alles auf eine Karte und schrieb nachts einen langen Bericht, der im folgenden abgedruckt wird. Bei einer Entdeckung durch die Gestapo riskierte er sein Leben.

Zu den Bedingungen der Gestapo-Haft gehörte, daß sich Trepper gelegentlich auf den Straßen von Paris zeigen und auch eine Kontaktstelle der KPF anlaufen konnte. Anfang Mai 1943<sup>45</sup> gelang es ihm, einer Verkäuferin in einem Schokoladengeschäft – eine Vertrau-

---

seinen Vernehmungen an. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll der Gestapo mit Vincente Sierra (künftig: Verhörprotokoll Sierra) vom 17.11.1942, S.1. Eine vorher abgestimmte Linie, wie sich bei einer Verhaftung zu verhalten sei, gab es nicht, erklärte Gurewitsch in einem Gespräch mit dem Verfasser im März 1995. Der frühere SS-Hauptsturmbannführer Joseph Reiser, zuständig im RSHA-Sonderkommando für Frankreich, bemerkte gegenüber Perrault, daß die Gestapo-Berichte über den „Grand Chef“ gefälscht seien. Perrault vermutet, Giering wollte Himmler das Bild eines echten Verräters vorgaukeln. Vgl. Perrault, Spuren, S.301. Diese Interpretation steht im Widerspruch zu Reisers Aussagen vor dem französischen Sicherheitsdienst im Jahre 1949. Vgl. Trepper, Die Wahrheit, S.395ff. Alle anderen Berichte überlebender Mitarbeiter der Gestapo und der Abwehr vermitteln, daß Trepper umfangreiche Aussagen machte, was nicht nur der Bericht der Abwehr vom 24.3.1943 hervorhebt, sondern auch das Verhörprotokoll der Gestapo von 280 Seiten mit Treppers Unterschriften bestätigt. In Treppers Erinnerungen, S.158ff., stellen sich die Ereignisse anders dar.

<sup>44</sup> Angaben Treppers zu den einzelnen Personen in: BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl.26ff. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper, Bericht über die mündliche Vernehmung des „Grand Chef“ v. 26./27.11., 29./30.11.1942 u. 5.12.1942 in Paris. Diese Berichte stehen gegen die Behauptung von Reiser, daß Trepper niemanden genannt habe, weil er nicht danach gefragt wurde. Vgl. Perrault, Spuren, S.300. In seinen Erinnerungen führt Trepper die Verhaftung seiner Mitstreiter auf andere Umstände und Personen zurück, die mit seinen Aussagen nichts zu tun haben. Vgl. ders., Die Wahrheit, S.176ff. Zur Verhaftung von Katz und Robinson siehe auch Fußnoten 44 und 45 im abgedruckten Dokument.

<sup>45</sup> Unverständlich bleibt, warum Trepper in seinen Erinnerungen die Abfassung und die Übergabe

te aus dem kommunistischen Untergrund – den in polnisch verfaßten Bericht unbemerkt zu übergeben. Jacques Duclos, ein führender Mann der illegalen KPF, erhielt eine französische Übersetzung und alarmierte Anfang Juni 1943 Georgi Dimitroff, daß Trepper bereits seit November 1942 in Gestapohaft sei<sup>46</sup>. Die französische Fassung wurde chiffriert und Ende Juni 1943 von einer Funkstelle der Komintern in Belgien abgesetzt<sup>47</sup>. Anfang

des Berichts bereits auf Ende Januar 1943 vordatiert und eine Antwort der GRU für Ende Februar einfliegt, die dann als Beweis dafür dient, daß nunmehr die Zentrale die Initiative in dem Funkspiel übernommen haben soll. Das Zitat aus den Erinnerungen ermöglicht einen Vergleich mit dem folgenden Dokument: „Ich mußte, um die Zentrale zu überzeugen, alle Vorfälle chronologisch seit dem 13. Dezember 1941 [Verhaftung der ersten Funkstelle in Brüssel] durchgehen. Ich stellte eine ausführliche Liste der Verhaftungen mit genauen Angaben der Daten, Orte und Umstände zusammen. Ich erzählte alles, was ich vom Verhalten der Mitglieder des Netzes nach ihrer Festnahme wußte. Ich zählte alle Sender auf, die dem Feind in die Hände gefallen waren, die enthüllten Funksprüche, die geknackten Codes. Ich gab eine möglichst vollständige Erklärung des Großen Spiels: die politischen und militärischen Ziele und die verwendeten Mittel. Am Schluß kam eine Liste der Personen, die von einer Verhaftung bedroht waren. Im zweiten Teil des Berichts schlug ich zwei mögliche Entgegnungen vor: Erster Fall: Die Zentrale hält es für vorteilhaft, das Große Spiel fortzusetzen und dabei die Initiative zu ergreifen. Der Direktor schickt am 23. Februar einen Funkspruch zum Fest der Roten Armee und zu meinem Geburtstag. Zweiter Fall: Die Zentrale findet es unnötig, das Große Spiel fortzusetzen. Sie schickt noch einen oder zwei Monate lang Funksprüche, um nicht zu zeigen, daß sie plötzlich auf meinen Bericht reagiert. Außerdem schrieb ich einen persönlichen Brief an Jacques Duclos, in dem ich den Ernst der Lage schilderte. Ich bat ihn, meinen Bericht an Dimitroff persönlich übergeben zu lassen, der ihn an die Leitung der KPdSU weiterbefördern würde. Ich schickte ihm auch eine Liste von zwanzig Personen, die man unverzüglich in Sicherheit bringen müsse.“, in: Trepper, *Die Wahrheit*, S. 193f. Trepper schildert weiter, daß am 23. 2. 1943 die Zentrale darauf reagiert und Kents Funkstation zwei Funksprüche erhalten habe. Vgl. ebenda, S. 198. Kent hat aber erst seit dem 3. 3. 1943 an dem Funkspiel teilgenommen. Galagan bezweifelt Treppers Version, gibt aber keine Interpretationshilfe. Vgl. Galagan, *Nachwort*, S. 375. Während seiner Vernehmungen nach 1945 in Moskau gab Trepper an, daß es ihm im April bzw. Anfang Mai 1943 über einen Vertreter der KPF gelang, die GRU darüber zu informieren, daß er und Gurewitsch verhaftet sind, daß Ozols gesucht wird und die Gestapo mit der Zentrale in Moskau ein Funkspiel durchführt. Vgl. Jurij Zorja/Boris Chawkin, *Tajna „Kenta“: Sud’ba sovetskogo razvedčika A.M. Gureviča*, in: *Novaja i Novejšaja Istorija*, 1993, Heft 5, S. 110.

<sup>46</sup> Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte der Russischen Föderation Moskau (künftig: ZADGR Moskau), Bestand Dimitroff, 495-184-15, Bl. 205. „Wir haben erfahren, daß LEO sich seit November in den Händen der Gestapo befindet, die seine Chiffre kennt und den Funkverkehr in seinem Namen führt. Die Gestapo schickte Meldungen von LEO für MICHEL, die dann an uns weitergeleitet wurden. Die Gestapo hat zweifellos die Chiffre aller Dienste in den besetzten Ländern und sie führt den Funkverkehr so, als ob die Dienste tatsächlich normal funktionieren. In Kürze teilen wir Ihnen die Einzelheiten zu dieser Angelegenheit mit. Duclos“. Leo war der frühere Deckname der Komintern für Trepper.

<sup>47</sup> Ebenda, 495-184-6, Bl. 154. In einem Funkspruch vom 12. 6. 1943 aus Belgien an Dimitroff heißt es: „Erhalten durch Ives [Deckname für Jaques Duclos] eine aus dem polnischen ins französische übersetzte Mitteilung von OTTO an seinen Direktor. Sie enthält über zweihundert Zeilen in Maschinenschrift mit vielen Namen und Details. Durchgabe erfordert 2-3 Wochen. In Unkenntnis der Sachlage kann ich keine Kürzungen vornehmen. Werde während dieser Zeit Mitteilungen von IVES und Belgien auf ein Minimum beschränken müssen. Clement“. Clement ist Eugen Fried (1900-1943), ein führender Mann der KPF, der 1939 nach Belgien floh und von dort aus die Ver-

Juli 1943 erhielt Georgi Dimitroff<sup>48</sup> die dechiffrierte französische Fassung und eine russische Übersetzung des von Duclos unterzeichneten Funkpruchs und leitete ihn an die GRU weiter.

Die französische Übersetzung<sup>49</sup> weist einige sprachliche Unzulänglichkeiten auf. Einiges im Text ist holprig, aber nicht unverständlich, so daß die Vermutung nahe liegt, eine Polin oder ein Pole, die oder der die französische Sprache gut, aber nicht perfekt beherrschte, habe die Übersetzung gemacht. Es gibt im Text auch einige orthographische und grammatikalische Fehler. Das in polnisch verfaßte Original ist nicht erhalten.

Der Bericht von Leopold Trepper befindet sich im Dimitroff-Bestand des ehemaligen Archivs der Komintern, dem heutigen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der Zeitgeschichte der Russischen Föderation in Moskau<sup>50</sup>.

---

bindung zur Komintern aufrechterhielt, bis er im August 1943 von der Gestapo bei einer Razzia in Brüssel aufgespürt und erschossen wurde.

<sup>48</sup> Obwohl im Mai 1943 die Kommunistische Internationale offiziell aufgelöst worden war, arbeitete ihr Apparat unter Leitung von Georgi Dimitroff weiter. Vgl. ZADGR Moskau, Bestand Dimitroff, insbesondere der Briefwechsel G. Dimitroffs, in 495-73 und 74, aber auch der Bestand Chiffrierte Telegramme 495-184.

<sup>49</sup> Die Übersetzung ins Deutsche stammt von Gerhard Leo.

<sup>50</sup> ZADGR Moskau, Bestand Dimitroff, 495-184-6 (eingehende Telegramme von Belgien), Bl. 169-178 v. 7.7. 1943 und Bl. 190-193 v. 10.7. 1943 mit Eingangsvermerk und Unterschrift von Georgi Dimitroff.

*Dokument*

An den Genossen Dimitroff G.M.<sup>1</sup>

Mitteilung von OTTO<sup>2</sup> an seinen Direktor<sup>3</sup>:

Infolge eines schrecklichen Komplotts der deutschen „Contra“<sup>4</sup> befinden wir uns, OTTO, ANDRE<sup>5</sup>, RENE<sup>6</sup>, GARI<sup>7</sup> und ein Teil unserer Männer seit fünf Monaten im Gefängnis. Auf der musikalischen Leitung<sup>8</sup> PASCAL<sup>9</sup> und GERMAN<sup>10</sup> – in Belgien, FINO<sup>11</sup> – in Holland, XONO<sup>12</sup> – in Deutschland, ANDRE und KENT<sup>13</sup> – in Frankreich und wahrscheinlich auch auf

<sup>1</sup> Im Vorgang ZADGR Moskau, Bestand Dimitroff, 495-184-6 befindet sich von Blatt 169–178 und 188–190 die entschlüsselte französische Fassung.

<sup>2</sup> Der Deckname der GRU für Leopold Trepper.

<sup>3</sup> Bezeichnet den militärischen Nachrichtendienst im Generalstab der Roten Armee.

<sup>4</sup> Damit wird das von der deutschen Abwehr und dem RSHA gebildete Sonderkommando bezeichnet.

<sup>5</sup> Léon Großvogel, geb. 27. 11. 1904 in Lodz, kannte Trepper seit 1925 aus Palästina, seit 1929 arbeitete er in der belgischen Gummifabrik „Le roi de caoutchouc“, avancierte zu einem der Direktoren, gründete Ende 1938 mit Trepper die Tochterfirma „Le Foreign excellente Reincote“, eine Exportfirma für gummierte Regenmäntel, die logistisch für die GRU genutzt werden sollte. Nach Einmarsch deutscher Truppen Flucht nach Frankreich, gründete mit Trepper im März 1941 die Simex in Paris, Ende 1941 ausgeschieden, da ein Geschäftspartner bei der Organisation Todt ihn als Jude verdächtigte, danach verantwortlich für technischen Apparat, engster Mitarbeiter von Trepper, am 16. 12. 1942 verhaftet, er soll von der Gestapo umgebracht worden sein.

<sup>6</sup> Hillel Katz, geb. 2. 12. 1905 in Tschensin, kannte Trepper aus Palästina, kam in den dreißiger Jahren aus Palästina nach Frankreich, wo er seine jüdische Herkunft verschwiegen und sich als Franzose unter dem Namen André Dubois legalisierte. Er wurde einer der engsten Vertrauten Treppers bei der Simex, zuständig dort für den technischen Apparat. Er war in der Haft für das RSHA-Sonderkommando tätig. Nach der Flucht Treppers im September 1943 verlieren sich die Spuren. Er soll von der Gestapo umgebracht worden sein.

<sup>7</sup> Deckname Harry, der in russischer Phonetik als „Gari“ ausgesprochen wird. Henry Robinson, geb. 8. 5. 1897 in Brüssel, hingerichtet 1944, französischer Staatsbürger, studierte in der Schweiz zunächst Medizin und dann Sozialwissenschaften. 1918 nach Frankreich repatriiert, nahm er Verbindungen zu linkssozialistischen Gruppen auf. Seit 1920 Mitglied der KPD, 1922 arbeitete er für die Kommunistische Jugendinternationale in Berlin, 1923 unter den französischen Truppen im Rheinland, 1924 in Moskau. 1926 war er in einer kommunistischen Zelle bei Renault tätig, danach begann seine Tätigkeit im illegalen Apparat der KP Italien; er hielt sich für die Komintern in der Schweiz und Frankreich auf. Seit 1935 war er für die GRU tätig.

<sup>8</sup> Bezeichnet die Funkstationen.

<sup>9</sup> Konstantin Jefremow, geb. 15. 5. 1914 in Sawotzki/Ukraine, sowjetischer Offizier, Chemiker, lebte seit 1939 als finnischer Student Eric Jernstroem in Belgien, arbeitete zunächst unabhängig von Trepper mit Verbindungen nach Holland, Deutschland und in die Schweiz, übernahm im Frühjahr 1942 die Restgruppe von Gurewitsch, am 7. 8. 1942 verhaftet, hat mit dem Sonderkommando „Rote Kapelle“ zusammengearbeitet. Sein Schicksal nach 1945 ist ungewiss. Er soll nach Südamerika gegangen sein.

<sup>10</sup> Deckname Hermann, der in russischer Phonetik als „German“ ausgesprochen wird. Johann Wenzel, geb. 9. 3. 1902 in Niedau, Schmied, 1920 Eintritt in den KJVD, 1922 Mitglied der KPD und der kommunistischen Sportbewegung, 1926 bis 1929 Politischer Leiter im RFB (Roter Frontkämpferbund) Berlin-Prenzlauer Berg, 1929/30 zu einem militärpolitischen Kurs in Moskau, Herbst 1930 Einsatz als Instrukteur für Militärfragen in Hamburg/Bremen unter dem Decknamen „Hermann“, nach kurzzeitiger Verhaftung ab Mai 1932 im Ruhrgebiet Funktionär des BB (Be-

(Fortsetzung der Fußnoten)

triebsberichterstattung)-Ressorts, in dem er bis zu seiner Reise nach Moskau 1935 illegal tätig war. In dieser Zeit arbeitete er mit dem Holländer Daan Goulooze zusammen. Von September 1935 bis Frühjahr 1936 Ausbildung als Funkler in der 4. Abteilung des sowjetischen Generalstabs, danach bis Februar 1937 als Funkausbilder tätig. Anschließend Einsatz in Holland und Belgien mit der Aufgabe, Verbindungen nach Deutschland herzustellen, was nur unzureichend gelang. Warb Anton Winterink und Adam Nagel für die GRU an. Ab Sommer 1939 Zusammenarbeit mit Jefremow, vom Herbst 1939 bis zum 30.6. 1942 beschäftigte er sich mit Funken, der Einrichtung von Funkstellen und der Beschaffung von Teilen zum Bau von Funkgeräten. Im Juli 1941 übernahm er die Ausbildung von Makarow und gab Meldungen von Gurewitsch, Trepper und Jefremow nach Moskau durch. Nach seiner Verhaftung am 30.6. 1942 wurde Wenzel in Breendonk schwer gefoltert, Ende Juli in das RSHA nach Berlin gebracht, willigte er dort ein, sich am Funkspiel zu beteiligen, nannte die Bücher, nach denen chiffriert wurde. Daraufhin wurde der Funkspruch mit der Adresse von Harro Schulze-Boysen entschlüsselt. Während des Funkspiels gelang ihm am 18.11. 1942 die Flucht. Seine Lebensgefährtin Margot Felix, eine jüdische Emigrantin, versteckte ihn bis Kriegsende. Er meldete sich bei der sowjetischen Militärmission, kam im Mai 1945 nach Moskau, wurde dort verhaftet und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Befragung Wenzel am 19.10. 1967. Er kehrte Ende Mai 1955 in die DDR zurück, arbeitete bis September 1956 auf einer Maschinen-Traktorenstation bei Strausberg und anschließend im funktechnischen Dienst bei der Nachrichtenagentur ADN. Er verstarb am 2.2. 1969 in Berlin.

- <sup>11</sup> Muß Tino heißen. Anton Winterink, geb. 5.11. 1914 in Arnheim, arbeitete seit 1939 in Holland für die GRU, zuerst unter Anleitung von Wenzel und ab Juni 1940 unter Jefremow. Maurice Peper war der Verbindungsmann. Nach der Verhaftung von Peper wurde Winterink am 18.8. 1942 festgenommen, nahm ab 22.9. 1942 am Funkspiel teil und soll am 6.7. 1944 erschossen worden sein.
- <sup>12</sup> Muß Choro heißen. In der russischen Phonetik wird das H als Rachenlaut oder G gesprochen, so ähnelt der Deckname dem Vornamen Harro. Harro Schulze-Boysen, geb. 2.9. 1909 in Kiel, verhaftet am 30.8. 1942 in Berlin, hingerichtet am 22.12. 1942 in Plötzensee. Vgl. Coppi/Schulze-Boysen, Wege. Der Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium hatte seit Ende März 1941 Kontakt zu einem Vertreter des NKWD-Auslandsnachrichtendienstes in Berlin. Der NKWD-Deckname lautete „Starschina“, in deutsch „Feldwibel“. Trepper nennt „Choro“, so habe ihn „Kent“ nach seiner Rückkehr aus Deutschland genannt. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper v. 4.2. bis 7.3. 1943, S.32.
- <sup>13</sup> Anatoli Gurewitsch, am 7.11. 1913 in einer jüdischen Familie in Charkow geboren, in Leningrad aufgewachsen, 1936 Besuch des Instituts für Tourismus, 1938 Dolmetscher im spanischen Bürgerkrieg, 1939 als Funkler und Kodierer ausgebildet, arbeitete seit dem Sommer 1939 für die GRU, legalisiert als uruguayischer Staatsbürger Vincente Sierra in Belgien, ab Sommer 1940 GRU-Resident. Traf im Auftrag der GRU im März 1940 Rado in Genf und Anfang November 1941 Schulze-Boysen in Berlin. Ab März 1941 Geschäftsführer der Simexco. Verließ zusammen mit Margarete Barcza nach dem Auffliegen der Funkstelle Ende Dezember 1941 Brüssel und begab sich nach Marseille. Am 9.11. 1942 wurden Gurewitsch und Barcza in Marseille von der französischen Polizei verhaftet und im Beisein eines deutschen Beamten nach Paris und danach in das „Gestapo-Anhaltelager“ Breendonk bei Brüssel gebracht. Gegenüberstellung mit Isbutzki, der ihn als „Kent“ und „Petit Chef“ bezeichnete, am 22. November in das RSHA nach Berlin überstellt und eingehend vernommen. Er nannte nie seinen richtigen Namen. Seit 3.3. 1943 am Funkspiel beteiligt. Anfang Juli 1943 wurden Gurewitsch, Trepper, Katz, Barcza und andere in einer Villa von der Gestapo in Paris-Neuilly untergebracht, 21.4. 1944 Geburt seines Sohnes Michel. Umzug in ein Spezialhaus des RSHA-Sonderkommandos in der Rue de Courcelle 63. In Paris will er mit Otto Bach und Waldemar Lenz den Leiter des Sonderkommandos Pannwitz Anfang 1944 überzeugt haben,

anderen Leitungen in Verbindung mit diesen Gruppen, unter welcher Bezeichnung sie auch auftreten mögen, ist es die deutsche „Contra“, die mit Ihnen arbeitet<sup>14</sup>, unsere Leute sind gefangen, ohne daß dies bekannt ist. Einige Tage nach meiner Gefangennahme war ich vor die schreckliche Tatsache gestellt, daß unsere ganze Arbeit verraten war. Im Mai 1942 durch CHEMNITZ<sup>15</sup>, im August von FRANTZ<sup>16</sup>, FABRYCANT<sup>17</sup> und MALVINA<sup>18</sup>, im Dezember durch den Direktor

nach Moskau zu gehen. Anfang Mai 1945 stellten sich Gurewitsch und Pannwitz, der Funker Hermann Stluka und die Sekretärin Helene Kempa in der Nähe von Bludenz/Österreich den französischen Truppen. Sie wurden in die sowjetische Militärmission nach Paris gebracht, Anfang Juni 1945 nach Moskau ausgeflogen und dort durch die Spionageabwehr des NKWD sofort verhaftet und in der Lubjanka inhaftiert. Nach zahlreichen Verhören wurde Gurewitsch im Januar 1947 durch ein Militärgericht zu 20 Jahren Gulag wegen Kollaboration mit der Gestapo verurteilt. Bis zur Amnestie im Jahre 1955 arbeitete er in Workuta. Nach seiner Rückkehr nach Leningrad kämpfte er um die Wiederaufnahme seines Verfahrens. Im Herbst 1958 wurde er erneut verhaftet, verbannt und 1960 amnestiert, unter der Voraussetzung, über seine Tätigkeit in der „Roten Kapelle“ zu schweigen. Im August 1991 wurde er von der Militärstaatsanwaltschaft in Moskau rehabilitiert. Anfang 1991 traf er mit seinem Sohn zusammen, der jetzt in Spanien lebt. Vgl. Gourevitch, Kent. Die Erinnerungen von Margarete Barcza vermitteln ein teilweise anderes Bild. Vgl. Luis T. Bonmati, Último acorde para la Orchestra Roja, Alicante 1990, S. 125–239. Russische Veröffentlichungen seit 1990: Vladimir Pečerski, Rasvedčik uznik Gestapo i EEK, in: Sovetskaja Rossija v. 16.12. 1990; Viktor Litowkin/Jurij Zorja: Čelovek, kotorogo zwali „Kent“, in: Nedelja, 1991, Nr. 40/41; Dimitri Jeschkow, Vozvraščenije k živym. Kto predal „Krasnuju Kapellu“?, in: Soveršennno sekretno, 1993, Nr. 9; Zorja/Chawkin, Tajna „Kenta“.

<sup>14</sup> Hier ist das Funkspiel gemeint.

<sup>15</sup> Michail Makarow, geb. 2.1. 1915 in Tatju/Tatarien, studierte am Moskauer Institut für neue Sprachen Französisch und Spanisch, im Oktober 1936 als Dolmetscher in der republikanischen Luftwaffe in Spanien eingesetzt, nahm auch an Kampfhandlungen teil, kehrte 1937 in die Sowjetunion zurück, 1938 von der GRU ausgebildet, Anfang 1939 nach Westeuropa geschickt, legalisierte sich 1939 in Belgien als uruguayischer Staatsbürger Carlos Alamo, arbeitete in einer Filiale der Tochterfirma „Le Foreign excellente Reincote“ in Ostende und nach dem Einmarsch der Deutschen in Brüssel. Nach einer Ausbildung im Sommer 1941 durch Wenzel arbeitete er als Funker. Am 13.12. 1941 in Brüssel verhaftet und in der Festung Breendonk inhaftiert, soll er im Mai 1942 in die Berliner Gestapo-Zentrale gebracht worden sein. Im März 1943 zum Tode verurteilt, soll ihn die Nachricht, ein Neffe von Molotow zu sein, gerettet haben. Vgl. Trepper, Die Wahrheit, S. 202. Sein weiteres Schicksal ist ungewiß.

<sup>16</sup> Franz Schneider, geb. 19.2. 1900 in Basel, Verbindungsmann zu Robinson und Jefremow, im Oktober 1942 in Brüssel verhaftet, im März 1943 zum Tode verurteilt, begnadigt aufgrund seiner Schweizer Staatsangehörigkeit, lebte bis 1956 in Brüssel, dann in der Schweiz.

<sup>17</sup> Abraham Raichmann, geb. 28.9. 1912 in Dziurkow/Polen, Graveur und Paßfälscher. Er arbeitete schon Anfang der dreißiger Jahre mit der Komintern zusammen. 1938 inhaftiert, kam er mit Hilfe von Isbutzki nach mehreren Monaten wieder frei. Die Anweisung der Zentrale, alle Beziehungen zu Raichmann abubrechen, wurde im Juli 1939 aufgehoben. Die Zusammenarbeit gestaltete sich noch enger. Sie wurde im September 1939 auf Gurewitsch, nach einer erneuten Verhaftung Raichmanns im Oktober/November 1939 auf Makarow und nach dessen Verhaftung Mitte Dezember 1941 auf Jefremow übertragen. Er hatte Kontakte zu dem belgischen Polizeiinspektor Mathieu, der für die Gestapo arbeitete. Nach seiner Verhaftung am 2.9. 1942 arbeitete Raichmann als V-Mann für die Gestapo. 1946 wurde er in Belgien verhaftet und 1948 von einem Militärgericht in Brüssel zu 12 Jahren Gefängnis wegen Kollaboration mit der Gestapo verurteilt.

<sup>18</sup> Malvina Gruber, geborene Hofstadtjerowa, am 6.12. 1900 geboren in Jamborkretz/Tschechoslowakei, Lebensgefährtin Raichmanns, reiste als Kurier zwischen Brüssel und Paris. Anfang 1942



„OMMERCAL“<sup>19</sup>. Ihr Verrat, die Liquidierung der Gruppe Pascal, doch die Contra glaubt das alles nicht ganz, sie hat den Verdacht, daß es geheime Pläne geben könnte, deshalb, um alle Maßnahmen zur Verteidigung ergreifen und meine Rettung organisieren zu können, müssen Sie unbedingt die Musik<sup>20</sup> auf allen Leitungen ohne Unterbrechung fortsetzen wie bisher.

Es ist der Contra gelungen, von den Männern den Kode und die musikalischen Programme<sup>21</sup> zu erhalten, durch Gewalt oder mit ihrer Zustimmung, mir wurde versprochen, ihre Verhaftung sollte geheimgehalten und sie später befreit werden. Bis jetzt hat nur GARI seinen Kode nicht preisgegeben, aus diesem Grund kann die Contra nicht auf dieser musikalischen Leitung arbeiten. Es ist der Contra durch raffinierte Mittel gelungen, alle Verhaftungen geheimzuhaltan, durch Machenschaften KENT<sup>22</sup> und PASCAL in ihr Spiel einzubeziehen und die Arbeit mit Ihnen im Namen aller unserer Leute fortzusetzen. So droht das Komplott, sich auf die Schweiz, Italien und andere Länder auszudehnen.

In dieser verheerenden Lage, konfrontiert mit der Drohung katastrophaler Ergebnisse für unsere ganze Arbeit, habe ich mich entschlossen, das Komplott von Innen her durch alle möglichen Mittel zu zerstören und um jeden Preis den Kontakt mit Ihnen zu suchen. Ich habe mich des letzten und einzig möglichen Kampfmittels bedient – Einverständnis mit den Vorschlägen der Contra vorzutauschen, meine Verhaftung geheimzuhaltan mit der Perspektive, nach dem Krieg für die Contra zu arbeiten, aber es ist mir gelungen, der Contra zu beweisen, daß meine Gefährten<sup>23</sup>, das heißt die Partei, von der Verhaftung meiner Männer weiß und auch meine Festnahme nicht ignoriert, und daß die Pläne der Contra zusammenbrechen, wenn nicht eine Begegnung zwischen einem Gefährten und mir stattfindet. Die Verhaftung von Kent nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die u.b.<sup>24</sup> Zone hat es schließlich der Contra erlaubt, bis zu mir und meinen Männern vorzudringen<sup>25</sup>. Obgleich sowohl

wurde sie in Brüssel verhaftet und von der Gestapo als Agentin benutzt. Nach 1945 zeitweise verhaftet, angeklagt, aber nicht verurteilt.

<sup>19</sup> Heißt „Commercial“. Alfred Corbin – Deckname kommerzieller Direktor – geb. 1916 in Paris. Hillel Katz hatte ihn 1940 kennengelernt und für die Simex empfohlen. Nach dem offiziellen Ausscheiden von Großvogel wurde Corbin Geschäftsführer der Simex, war in die nachrichtendienstliche Tätigkeit nicht einbezogen. Ihm wurde bedeutet, daß Einnahmen aus dem Geschäft zur Unterstützung der Résistance verwendet würden. Am 19.11.1942 verhaftet, am 8.3.1943 zum Tode verurteilt und am 28.7.1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

<sup>20</sup> Gemeint ist die Funktätigkeit.

<sup>21</sup> Die Chiffre und die Funkschlüssel.

<sup>22</sup> Die bei der Gestapo tätige Stenotypistin Griese erinnerte sich in einer Aussage vom 15.11.1945 an die Vernehmungen mit „Kent“: „Folgender Einzelfall ist mir noch in Erinnerung: Ein Funker, der mit Hilfe der Peilgeräte in Frankreich festgestellt und verhaftet werden konnte, mußte folgende Rolle spielen: Nach Festnahme in Frankreich wurde er zum Verhör nach Berlin verbracht und hier einigen Verhören unterzogen. Da sich herausgestellt hatte, daß er an die Leitstelle London funkte und auch nach Moskau, wurde er unter Druck gesetzt und gezwungen, weiter zu funkeln und zwar in solchem Sinne, als wäre er noch auf freiem Fuße. Wie mir immerlich ist, waren seine Namen: Sierra, Kent und von der Gestapo erhielt er den Spitznamen „Fritz oder Fritzchen“. Es handelt sich bei ihm um einen ca. 30-jährigen Mann von kleiner Figur, mit auffallend starker Unterlippe, blond und blauäugig. Wie ich aus leise geführten Gesprächen der Beamten vernommen habe, hat er wohl den Versuch unternommen, der Leitstelle London durch nicht verabredete Zeichen in seinen von uns gegebenen Funkaufträgen sich bemerkbar zu machen, resp. darauf aufmerksam zu machen, daß er aufgefliegen ist.“ Vgl. BAK, Zwischenarchiv (künftig: ZWA) Dahlwitz-Hoppegarten, Z-C 14 162 A.4.

<sup>23</sup> Im französischen Text heißt es „corporants“. Dieses Wort gibt es im Französischen nicht. Aber corporation heißt so viel wie Zunft, Gilde, Gemeinschaft. Der Text läßt keinen Zweifel daran, daß es sich um die Führung der KPF handelt.

<sup>24</sup> Das ist die einzige Anmerkung im Text selbst: die Abkürzung wird mit „unbesetzte“ erklärt.

<sup>25</sup> Gurewitsch wurde am 9.11.1942 in Marseille inhaftiert. Die Beobachtung der Simex war schon im

ich als auch ANDRE Ihnen im Sommer 1942 mehrmals mitgeteilt haben, daß Pascal, German, Fino und ihre Männer verhaftet sind, ist es der Contra gelungen, in ihrem Namen die Arbeit mit Ihnen fortzusetzen.

Der geringste Verdacht der Contra, daß ein Kontakt zwischen mir und den Gefährten besteht, würde nicht nur meine sofortige Exekution zur Folge haben, sondern auch die der anderen Männer. Ich gebe Ihnen die Einzelheiten des Komplotts

2<sup>6</sup>. Mit allen möglichen Mitteln und auch auf Grund der Ermittlung gegen mich, die sich auf Aussagen anderer Festgenommener stützt, ist es mir gelungen, folgendes festzustellen:

a) Bei den Verhaftungen vom Dezember 1941<sup>27</sup> ist es der Polizei bis Mai 1942 nicht gelungen, den Charakter unserer Arbeit zu aufzudecken.

b) Im Mai 42 hat Chemnitz kapituliert, er wurde nach Berlin überführt und dort der Contra zu Verfügung gestellt. Dort hat er den Charakter unserer Arbeit völlig enthüllt, die Rolle von E.K.S.<sup>28</sup>, die Arbeit von André, Kent, Otto, Fabrycant und Bob<sup>29</sup>, er hat auch den Kode von Kent und die musikalischen Programme der Station Oskol<sup>30</sup> und German preisgegeben.

vollen Gänge. Am 19. November wurden die Geschäftsräume in Paris besetzt. Die Verhaftung von Trepper vollzog sich aufgrund eines Hinweises von Corbin über einen Zahnarzttermin am 24.11. 1942. Siehe auch 2m) des Berichtes.

<sup>26</sup> Die Aufzählung beginnt mit 2.

<sup>27</sup> Zu den Verhaftungen am 13.12. 1941: „Im Zusammenwirken der Abwehrstelle und der Kurzwellenüberwachungsstelle West – Paris – in Brüssel wurde ein Geheimsender festgestellt und ausgehoben, der mit der UdSSR in Verbindung stand. Im Hause Rue des Atrébates 101 bzw. auf der Flucht wurden festgenommen: Albert Desmets, Sophie Poznanska, Rita Arnould, Carlos Alamo, Marcel Vrankx, Susanne Schmitz. Eine unmittelbar vor der Verhaftung genutzte Sende- und Empfangsanlage amerikanischen Fabrikats wurde beschlagnahmt. Albert Desmets hatte die Anlage bedient, während Sophie Poznanska die Telegramme entschlüsselte bzw. verschlüsselte. Carlos Alamo ist der Chef der Funkstelle. Er gab in den Vernehmungen an, richtig Michail Makarow zu heißen, am 20.9. 1915 in Kasan geboren, Oberleutnant der Roten Armee und vom russischen Generalstab als Geheimagent nach Brüssel geschickt worden zu sein. In der Wohnung befanden sich ca. 500 Telegramme sowie Schriftstücke, die mit Geheimtinte beschrieben waren.“, in: IfZ München, T 501 R 108, Tätigkeitsbericht des Leitenden Direktors der Geheimen Feldpolizei Belgien/Frankreich vom 3.1. 1942, S.17–19.

<sup>28</sup> Deckname für die im März 1941 von Trepper, Großvogel und Gurewitsch gegründeten Handelsgesellschaften Simex in Paris und Marseille sowie Simexco in Brüssel, die Ende November 1942 von der Gestapo besetzt und unter treuhänderische Verwaltung gestellt wurden. Siebzehn Gesellschafter und Mitarbeiter der Simexco und zehn Mitarbeiter der Simex wurden verhaftet. Zehn von ihnen wurden im März 1943 in Paris zum Tode verurteilt oder starben in Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Die meisten von ihnen wußten nichts von den nachrichtendienstlichen Hintergründen der Firmen, in denen sie gearbeitet hatten oder für die sie als Gesellschafter tätig gewesen waren.

<sup>29</sup> Hermann Isbutzki, geb. 19.5. 1914 in Antwerpen, gehörte in den dreißiger Jahren der kommunistischen Jugend und später der KP Belgiens an, arbeitete seit 1939 mit Trepper und seit 1940 mit Gurewitsch zusammen, wurde von Wenzel als Funker ausgebildet, seit 1942 mit Jefremow verbunden. Am 13.8. 1942 bei einem von Jefremow organisierten Treff verhaftet, wurde er in das Gestapo-Gefängnis Breendonk eingeliefert, gefoltert und 1943 zum Tode verurteilt. Er soll bis zu seiner Hinrichtung am 6.7. 1944 in Berlin für das Funkspiel eingesetzt worden sein.

<sup>30</sup> Die Funkstation des Ehepaars Hersch und Miriam Sokol, die am 9.6. 1942 in Paris verhaftet worden sind. Sokol, geb. 25.10. 1908 in Bichitok/Polen, war Arzt. Er wurde mit seiner Frau 1938 aus Belgien ausgewiesen. Vom sowjetischen Militärattaché in Frankreich erfuhr Trepper im Frühjahr 1941, daß Sokols in die Sowjetunion übersiedeln wollten. Er überzeugte sie, sich als Funker ausbilden zu lassen und in Frankreich zu bleiben. Ihre Meldungen sollen wegen der schwachen

c) Infolge dieser Enthüllungen hat die Zentrale der deutschen Contra ein Sonderkommando organisiert, das die Aufgabe hat, unsere Gruppen aufzudecken, unsere Männer unter Geheimhaltung zu verhaften und die Arbeit mit Ihnen fortzusetzen.

d) Der Verrat der musikalischen Programme führte am 9. Juni zum Scheitern der Station Oskol und am 30. Juni der Station German<sup>31</sup>.

e) Ich meine, daß das musikalische Programm von Kent der Contra seit längerer Zeit bekannt war, denn die Contra verfügt über etwa tausend Telegramme, die auf dieser Leitung vor dem 13. Dezember 1941 gesendet und empfangen wurden<sup>32</sup>. Alle diese Telegramme, auch die der Leitungen Oskol und German von Mai bis Juni 1942 wurden nach dem Verrat der Kodes dechiffriert. Ausgenommen davon sind die Telegramme, die von uns auf der Leitung Oskol im April gesandt wurden, und alle, die wir durch Vermittlung der Gefährten und durch L.<sup>33</sup> gesandt haben.

f) Im August wurde Pascal verhaftet, er war von einem mit Fabrycant befreundeten Inspektor<sup>34</sup> in eine Falle gelockt worden, als er einen Paß bekommen wollte. Der Inspektor ist ein sehr alter Agent der Contra. Wenige Tage danach sind Fabrycant, Malvina, Bob und der Musiker<sup>35</sup> von Ostende aufgefliegen.

g) Im September haben Fabrycant und Malvina eingewilligt, mit der Contra zusammenzuarbeiten, und sie wurden entlassen. Die Contra hat im November Fabrycant nach Frankreich geschickt.

h) Es ist möglich, daß Pascal, der am 15. September aus dem Gefängnis gelassen wurde, um ein Treffen mit Frantz wahrzunehmen, uns vor den Gefahren warnen wollte, die uns bedrohen, und daß seine Musik und sein Kode in den Händen der Contra sind. Doch Frantz war schon im Netz der Contra und die Informationen von Pascal haben uns entstellt erreicht. Pascal war so naiv zu glauben, daß er entlassen würde, doch die Contra, die ihn im Gefängnis beließ, hat ihn in ihre Pläne einbezogen, um die Arbeit in seinem Namen fortzusetzen.

i) Weil die Contra befürchtete, daß Sie durch mich oder durch André die Verhaftung von Pascal erfahren würden, hat sie Ihnen die Version übermittelt, Pascal sei wegen einer Devisenaffäre festgenommen und dann wieder freigelassen worden. Pascal, German und ihre Leute befinden sich immer noch isoliert in der Festung in der Umgebung von Antwerpen<sup>36</sup>.

---

Sendeleistung des Funkgeräts an die sowjetische Botschaft nach London gefunkt worden sein, weshalb sie die Gestapo zunächst für englische Agenten hielt. Der Funker in London hat zwei Funkprüche aufgenommen. Diesen Hinweis verdanke ich A. Galagan. Hersch Sokol ist im Januar 1943 während Folterungen in Breendonk ermordet worden. Miriam Sokol wurde 1943 nach Deutschland gebracht und ist in der Haft verstorben. Eine Oskol-Gruppe soll in Prag bestanden haben. Am 3. 10. 1942 hob die Gestapo eine Funkstation in Prag aus und nahm 73 Personen fest. Vgl. Sudholt, Das Geheimnis, S. 226.

<sup>31</sup> Die Funkstationen wurden angepeilt und dann ausgehoben. Außerdem hatte die Gestapo über Inhaftierte Hinweise zu Wenzel und über V-Leute bereits Informationen über die Existenz der Funkstation. Vgl. BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 16.

<sup>32</sup> Von Kent (Gurewitsch) sind ca. 60 Funkprüche aufgefangen worden. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Sierra v. 25./26. 11. 1942.

<sup>33</sup> Wahrscheinlich Leo, weiterer Deckname für Henry Robinson.

<sup>34</sup> Charles Mathieu war Inspektor der belgischen Staatspolizei. Von der Gestapo wurde er als V-Mann Carlos geführt. Über seinen Kontakt zu Raichmann erhielt er Verbindungen zu Jefremow und die Gestapo Einblick in die Arbeit der Gruppe in Belgien.

<sup>35</sup> Musiker ist ein Funker. Es handelt sich um Auguste Sésée, geboren in Antwerpen, erlernte bei der belgischen Handelsmarine das Funken, arbeitete mit Makarow zusammen, dann Reservefunker für Jefremow. Am 25. 8. 1942 verhaftet, kam er nach Breendonk, wurde im April 1943 zum Tode verurteilt, in ein Berliner Militärgefängnis verlegt und am 28. 7. 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

<sup>36</sup> Wenzel (German) war bereits am 18. 11. 1942 geflohen. Die Festung Breendonk wurde als königlich belgische Festung 1906 an der Hauptstraße von Antwerpen und Brüssel errichtet. 1940 nutzte

j) Im September und im Oktober fahndete man sehr intensiv nach André, Otto, Kent. Ich habe Kent davon benachrichtigt, habe ihm Papiere zukommen lassen und ihm geraten, in die Illegalität zu gehen<sup>37</sup>.

k) Am 9. November ist Kent, der immer noch unter seinen alten Papieren lebt, verhaftet und von der Schweiz nach Berlin überführt worden<sup>38</sup>. Unter dem Eindruck der Enthüllung des Komplotts hat Kent kapituliert und verschiedene Aussagen gemacht über die Männer und seine Reisen nach Berlin, Prag und in die Schweiz, die bis zu seiner Verhaftung der Contra nur teilweise bekannt waren<sup>39</sup>. Gegenwärtig arbeitet Kent mit der Contra zusammen, um Telegramme zu verfassen, die Ihnen unter seinem Namen gesandt werden.

l) Etwa am 20. November ist parallel dazu die Krankheit von E.K.S. eingetreten<sup>40</sup>.

m) Am 24. November wurde ich während meines Besuches beim Zahnarzt<sup>41</sup> verhaftet. Ich bin durch den kommerziellen Direktor verraten worden, der zwei Tage vor mir festgenommen worden war.

---

der belgische König Leopold III. diesen massiven Bau als Hauptquartier. Im September 1940 wurde die Festung Auffanglager für Gefangene der Gestapo. 27 Frauen und Männer, vom Sonderkommando „Rote Kapelle“ verhaftet, wurden nach Breendonk verbracht, viele von ihnen gefoltert und mißhandelt.

<sup>37</sup> Gurewitsch bestätigt diese Version nicht. Er erklärte gegenüber dem Verfasser, daß er Barcza und ihren Sohn nicht allein lassen konnte. Außerdem ging er davon aus, daß sein uruguayischer Paß ihm einen größeren Schutz bieten könnte als andere Papiere.

<sup>38</sup> Am 9. 11. 1942 wurden Gurewitsch und Barcza durch französische Polizisten in Marseille verhaftet. In Lyon wurden sie von Carl Boemelburg, Leiter der Gestapo in Paris, und Karl Giering übernommen und nach Paris gebracht. In der Nacht vom 11. zum 12. 11. 1942 ist der südliche Teil von Frankreich durch deutsche Truppen besetzt worden. Die Vernehmungen begannen am 15. November in Brüssel im Beisein Gierings. Am 20. November wurden Gurewitsch und Barcza nach Berlin verlegt; Gurewitsch in die Gestapo-Zentrale, Prinz-Albrecht-Straße 8, Barcza in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Anfang Januar wurden sie nach Paris in das Gefängnis Fresnes zurückgebracht. Anfang März 1943 wurde Gurewitsch für das Funkspiel eingesetzt. Vgl. BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 55.

<sup>39</sup> Die Gestapo hatte bereits Kenntnisse von seiner Reise nach Berlin durch die Vernehmungen von Libertas und Harro Schulze-Boysen, aber auch von Schulze. Vgl. Reichskriegsgericht, 2. Senat Feldurteil gegen den Oberleutnant Harro Schulze-Boysen und andere vom 19. 12. 1942, veröffentlicht in: Norbert Haase, *Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft*, Berlin 1993, S. 103 ff. Zu seiner Reise in die Schweiz machte Gurewitsch allgemeine Bemerkungen, auch nannte er während der Verhöre meist nur Decknamen. Bei einem Vergleich der Gestapo-Verhörprotokolle fällt auf, daß Trepper umfangreichere Aussagen zu einzelnen Personen und zu den organisatorischen Zusammenhängen gemacht hat als Gurewitsch, der viele Details nicht kannte. Im Januar 1943 hatte Trepper dem Hauptmann der deutschen Abwehr Wilhelm Piepe zugesagt, den Organisationsaufbau offenzulegen. Vgl. Bericht der Abwehrstelle Belgien, undatiert, wahrscheinlich Januar 1943, im Faksimile in: Nollau/Zindel, *Gestapo*, S. 291 ff. Dies erfolgte in der Zeit vom 4. 2. bis 8. 3. 1943. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper, mit Inhaltsverzeichnis und Namensregister auf 228 Seiten mit Unterschriften Treppers nach jedem Verhör. Der offensichtlich von Piepe erarbeitete Abschlußbericht „Rote Kapelle“ der Abwehrstelle III F Belgien vom 24. 3. 1943 bezieht sich auf diese Aussagen.

<sup>40</sup> Hieraus entsteht der Eindruck, als ob durch die Aussagen Gurewitschs die Liquidierung der Firmen Simex und Simexco eingeleitet wurde. Die Firmen standen jedoch schon länger unter Beobachtung des RSHA-Sonderkommandos.

<sup>41</sup> Die Zahnarztpraxis von Dr. Albert Maleplate befand sich in der Rue de Rivoli 13.

n) Gleichzeitig hat man der Sekretärin der belgischen Handelskammer in Paris<sup>42</sup>, die insgeheim verhaftet worden war, damit gedroht, ihre Familie zu erschließen, um sie zu zwingen, André zu einem Treff zu bestellen, bei dem er verhaftet wurde<sup>43</sup>.

o) Infolge der Aussagen des kommerziellen Direktors und von Fabrycant ist auch René hochgegangen<sup>44</sup>.

p) Nach Aussagen von Frantz sind durch Fabrycant zunächst Gari<sup>45</sup>, dann Griolo und seine

<sup>42</sup> Simone Pheter, geb. 1917, soll die Freundin von Großvogel gewesen sein. Er gab ihr gelegentlich Post für die belgische Gruppe mit. Vgl. BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 32. Sie wurde im März 1943 in Paris zum Tode verurteilt und am 20. 8. 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

<sup>43</sup> Léon Großvogel soll am 16. 12. 1942 in Brüssel verhaftet worden sein, als er seine Frau aufsuchte. Vgl. Trepper, Die Wahrheit, S. 177. In den Dossiers des CIC wird angegeben, daß Großvogel bei einem Treff mit Raichmann, Malwine Gruber und Anna Griotto im Café de la Paix auf dem Boulevard Hausmann festgenommen worden ist. Vgl. NA Washington, The case of the „Rote Kapelle“, III, space Rg 165 space ZR 02020253, Part Personalities Index, Bl. 945. Gurewitsch nannte den Namen Großvogel erstmals in der Vernehmung am 18. 11. 1942, die Adresse Paris Haus Madrid, Boulevard Madrid Nr. 14 am 27. 11. 1942. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Sierra, S. 5, 7. Dort wohnte er bis 1941. Trepper gab ihn erstmals am 28. 11. 1942 an, S. 1, die aktuelle Pariser Adresse Avenue Wagram 78 bei einem Zahnarzt am 5. 12. 1942, S. 3. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper.

<sup>44</sup> Trepper führte unter Kontrolle der Gestapo mit Hillel Katz zwei Telefongespräche. Katz ging davon aus, daß Trepper sich in Freiheit befand. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper, Vermerk über das mündliche Verhör des G. Ch. (Grand Chef) am 26./27. u. 28. 11. 1942 und Bericht über die Vernehmung des G. Ch. am 1. 12. 1942 durch Kriminalrat Giering. Dies bestätigt auch die deutsche Abwehr: „Ein in unserer Gegenwart aus dem Gefängnis heraus mit dem kleinen André geführtes Telefongespräch ergab die Glaubwürdigkeit seiner Angaben.“, in: BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 26. „Um sein Leben zu retten, bot uns Trepper seine Hilfe an, die wir annahmen. Er begann damit, uns seinen Verbindungsmann zur Kommunistischen Partei Frankreichs auszuliefern, einen gewissen Katz, André ... durch Treppers Hinweise konnte die Verhaftung vorgenommen werden.“ Aussage Josef Reiser gegenüber dem französischen Sicherheitsdienst im Jahre 1949, abgedruckt in: Trepper, Die Wahrheit, S. 398. Nach Trepper wurde Katz in der Wohnung von Modeste Ehrlich, die von Raichmann verraten und unter Beobachtung der Gestapo stand, in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember festgenommen. Reiser führte persönlich die Verhaftung von Katz und Ehrlich durch, in: Ebenda, S. 408. So stellte auch Reiser in den sechziger Jahren dann den Sachverhalt dar. Vgl. Perrault, Spuren, S. 300. Während seiner Vernehmungen in Moskau im Jahre 1946 berichtete Trepper, daß Giering ihn aufforderte, in der Wohnung von Ehrlich anzurufen, wo sich Katz aufhielt. Er schlug Katz vor, in Paris zu bleiben und seine Anweisungen abzuwarten. Nach diesem Gespräch wurden am nächsten Morgen Katz und Ehrlich verhaftet. Diesen Hinweis verdanke ich Jurij Zorja. Anders die Schilderung in Treppers Erinnerungen, S. 176f. Danach wählte er Katz in einem sicheren Versteck.

<sup>45</sup> Gurewitsch berichtete am 18. 11. 1942 von der Existenz eines „Harry“ und nannte am 2. 12. 1942 die „Gruppe Harry“. „Harry“ leite eine selbständige Gruppe mit Verbindungen in die Schweiz und harte Kontakte zu Trepper. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Sierra, S. 7. Trepper nannte am 5. 12. 1942 die Untergruppe Harry und den nächsten Treff am 11. 12. 1942 vor dem Bahnhof Pereire. Dort erschien „Harry“ nicht. Der Gestapobeamte Wilhelm Berg vermerkte in einem Bericht vom 28. 12. 1942: „Dem Grand Chef war bekannt, daß ‚Harry‘ mit dem Italiener Griotto, Paris, Rue Tiencen 21, ständig Verbindung unterhielt und jeden Sonntag bei den Eheleuten G. das Mittagessen einnahm. Auf Grund dieser Tatsachen wurde der V-Mann Adler [A. Raichmann], der inzwischen aus Brüssel nach Paris beordert wurde, an die Eheleute angesetzt. Von der Existenz des Adler als Fabrikant von falschen Pässen und Identifikationskarten war ‚Harry‘ von dem Grand Chef unterrichtet worden. V-Mann Adler wurde mit der Begründung zu den Eheleu-

Frau<sup>46</sup>, vor einigen Tagen dann Hanslin<sup>47</sup>, der Mann, mit dem Gari die Geldsendung aus Schweiz organisieren sollte, in eine Falle gelockt worden.

r) Um meine Verhaftung und die von André geheimzuhalten, hat man in Belgien und in Frankreich etwa 60 Personen<sup>48</sup> verhaftet, die keine Verbindung zu unserer Arbeit hatten, die aber möglicherweise von unserer Verhaftung erfahren und das weiterverbreiten konnten. Zu dieser Anzahl gehören alle Verwandten unserer Männer.

s) Von unseren Männern sind 11 hochgegangen, 4 auf der Leitung E.K.S.<sup>49</sup>, 4 des technischen Apparates<sup>50</sup> und 3 Quellen: der Professor<sup>51</sup>, Schwester<sup>52</sup> und die blonde Ketty<sup>53</sup>.

ten Griotto angesetzt, dass der Grand Chef unbedingt einen Treff mit ‚Harry‘ wahrnehmen muß, da er ihm wichtige Nachrichten zu übermitteln habe. Am 20.12. 1942 in den Mittagsstunden sprach der V-Mann Adler bei den Eheleuten Griotto vor. Griotto verabredete mit Adler für den nächsten Tag einen weiteren Treff in der Nähe seiner Wohnung. Er wollte sich am gleichen Tage mit ‚Harry‘ treffen und ihm nähere Mitteilung über die von ‚Harry‘ getroffene Entscheidung geben. Am nächsten Tage, Montag, dem 21.12. 1942 teilte Griotto bei der verabredeten Zusammenkunft mit, daß ‚Harry‘ den Adler um 14.30 an der Metro-Station Ségur sehen und sprechen will. Dieser Treff wurde durch Beamte des Sonderkommandos beobachtet. Zur Vorsicht wurde auch der Grand Chef in einem PKW, der in der Nähe der Metro-Station Aufstellung nahm, mitgenommen. . . Im Rückspiegel bemerkte Grand Chef den ‚Harry‘, der an der Ecke Av. de Suffren und Rue Perignon stand und von hier aus die Metro-Station beobachtete. . . Zusammen mit dem Kraftfahrer des Wagens wurde nunmehr ‚Harry‘ überraschend festgenommen.“ Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper, S.21 f. Ferner: „Im Vorbeifahren bezeichnete der G. Ch. eine Person als den Harry. . . An der gelungenen Festnahme des Harry, der wie sich herausstellte, ein sehr wichtiger Funktionär in der kommunistischen Partei seit mindestens zwei Jahrzehnten war, war die ehrliche Mitarbeit des G. Ch. zu erkennen.“ Vgl. BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl.27. Robinson war bis März 1943 nicht bereit auszusagen und gab nur das zu, wo er vermuten mußte, daß es durch die Ermittlungen bereits aufgedeckt worden war; ebenda, Bl.35. Der Gestapobeamte Reiser will Robinson verhaftet haben, „den Trepper, der mich begleitete, mir bezeichnete.“ Vgl. Befragung von Joseph Reiser vor dem französischen Sicherheitsdienst aus dem Jahre 1949, abgedruckt in: Trepper, Die Wahrheit, S.401.

<sup>46</sup> Medardo und Anna Griotto. Medardo, geb. 1901 in Paris, war gelernter Graveur und hat Ausweise für Trepper und Robinson geliefert, die sich in Griottos Wohnung trafen. Er wurde am 21.12. 1942 verhaftet, im März 1943 zum Tode verurteilt und am 28.7. 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

<sup>47</sup> Maurice Aenis-Haenslin, alias Maurice, geb. 20.2. 1893 in Denis, war der Verbindungsmann zwischen Robinson und Rahel Dübendorfer, alias Sissy, in Genf. Er wurde am 12.4. 1943 verhaftet, aber bereits in dem Abschlußbericht der Abwehrstelle III F Belgien vom 24.3. 1942 als jemand erwähnt, dessen Festnahme noch nicht vorgenommen wurde, um über ihn die Verbindungen von Robinson in die Schweiz aufklären zu können. Vgl. BA/MA Freiburg Abschlußbericht III F, Bl.35. Am 10.5. 1943 teilte Rado nach Moskau die Verhaftung von „Maurice“ mit. Vgl. Rado, Dora meldet, S.308. Der Funkspruch ist abgedruckt in: Wilhelm Ritter von Schramm, Verrat im Zweiten Weltkrieg. Kampf und Doppelspiel europäischer Geheimdienste, Düsseldorf 1967, S.258.

<sup>48</sup> Es sind ungefähr 100 Personen in Frankreich, Belgien und Holland verhaftet worden, von denen circa 40 nachrichtendienstlich für die Sowjetunion tätig gewesen sind. Der Abschlußbericht der Abwehr nennt keine Anzahl der Verhafteten. Galagan erwähnt 100 Verhaftete, von denen 70 mit der nachrichtendienstlichen Tätigkeit verbunden gewesen sein sollen. Vgl. Galagan, Nachwort, S.376.

<sup>49</sup> Könnte sich um Corbin, Großvogel, Katz, Trepper handeln.

<sup>50</sup> Trepper nennt in den Gestapo-Verhören Personen, die im Laufe der Zeit zum technischen Apparat gehörten, den Großvogel führte: 2 Spanier, Eheleute Sokol, Marcel [Mitarbeiter von Robinson], Eheleute Giraud, Roger [Otto Schumacher] und Odette [Germaine Schneider]. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper v. 4.2. bis 8.3. 1943, S.91.

t) Im Februar sind in Lyon [im Original Loyoyn, H. C.] auf den Spuren von Belgien verhaftet worden: Romeo<sup>54</sup>, seine Frau<sup>55</sup>, Camill<sup>56</sup> und Paula<sup>57</sup>. Alle Männer werden in Fresnes völlig isoliert unter Nummern gefangen gehalten: ich und Kent, wir befinden uns im Gebäude der deutschen Polizei im

- <sup>51</sup> Basil Maximowitsch, geb. 22.7. 1902 in Tschernigow/Rußland, floh 1918 mit seiner Schwester Anna zunächst nach Konstantinopel, seit 1920 in Paris, studierte Chemie und Bergbau. 1940 wurde er kurz vor dem Einmarsch der Deutschen in Paris verhaftet, weil er sich geweigert hatte, gegen die Deutschen zu kämpfen. Im Frühjahr 1941 wurde er von dem Militärbefehlshaber Paris aus dem Lager Vernet befreit. Mitarbeiter an der Sorbonne und beim Militärbefehlshaber in Paris. Verlobter von Margarete Hoffmann-Scholz, Nichte des Kommandeurs von Paris, General Heinrich von Stülpnagel, verhaftet am 15.12. 1942 in Paris, im März 1943 vom Feldgericht der Luftwaffe in Paris zum Tode verurteilt, soll er am 6.7. 1944 in Plötzensee hingerichtet worden sein. Vgl. IfZ München, Nachlaß Walter Hammer, ED 106, Bd. 54, Schriftwechsel Maximowitsch. Trepper nannte Maximowitsch und die „Untergruppe Professor“. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper v. 5.12. 1942, S.3, sowie BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 27. In den Erinnerungen, S. 179, erwähnt Trepper, daß Maximowitsch durch die entschlüsselten Funkgespräche „endgültig verraten“ und seit Oktober 1942 überwacht wurde. Der Abschlußbericht der Gestapo von Mitte November 1942 erwähnt Maximowitsch nicht.
- <sup>52</sup> Anna Maximowitsch, geb. 8.5. 1901 in Tschernigow, Nervenärztin, leitete eine Klinik im Schloß Billeron. Sie wurde am 12.12. 1942 in Paris verhaftet, im März 1943 zum Tode verurteilt, am 20.8. 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Trepper nannte die „Untergruppe Ärztin“. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper v. 5.12. 1942, S.4, sowie BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 27. Trepper schreibt, daß Anna Maximowitsch bereits im Juni 1942 eine Vorladung zur Polizei erhalten haben soll. Ihr wurde bedeutet, daß Beweise für ihre und ihres Bruders Beteiligung an einem sowjetischen Spionageunternehmen vorlägen und ihr angeboten wurde, ein Treffen mit ihrem Chef zu organisieren. Trepper hätte dies abgelehnt. Vgl. Trepper, Die Wahrheit, S. 179. Die vorliegenden Dokumente bestätigen diese Behauptung nicht.
- <sup>53</sup> Käthe Völkner, geb. 12.4. 1906 in Danzig, Artistin, Sekretärin in der Gruppe Arbeitseinsatz der deutschen Kommandantur. Dort lernte sie Maximowitsch kennen, der sie mit seiner Schwester Anna bekanntmachte. Sie informierte Maximowitsch über Erkenntnisse aus ihrem Arbeitsprozeß. Am 31.1. 1943 wurde sie verhaftet, im März zum Tode verurteilt und am 28.7. 1943 mit ihrem Lebensgefährten, dem Artisten Johann Podsiadlo, in Berlin-Plötzensee hingerichtet.
- <sup>54</sup> Isidor Springer, geb. 23.7. 1912 in Antwerpen, lernte in Palästina Trepper kennen, 1940/41 Diamantenhändler in Brüssel, Verbindungsmann zwischen Trepper und Gurewitsch, Ende 1941 Flucht nach Lyon, dort am 19.12. 1942 verhaftet, Freitod am 24.12. 1942 im Gefängnis Fresnes bei Paris. Gurewitsch erwähnte in der Vernehmung erstmals den Namen Springer für Romeo, ohne seinen Aufenthaltsort anzugeben. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Sierra v. 25.11. 1942, S.8. Später nannte er Lyon, vgl. ebenda, 10.12. 1942, S.15. Trepper präzierte am 5.12. 1942 die „Gruppe Lyon“: Wichtigster Funktionär ist „Romeo“ (Isidor Springer). Romeo wohnt in der Umgebung von Lyon. Frau des Romeo hat früher im USA-Konsulat in Lyon als Sekretärin gearbeitet. Bis zur Auflösung des Konsulats bestand Verbindung zu Romeo über seine Frau. Jetzt kann Romeo durch einen Bruder des André [Joseph Katz] in Lyon jederzeit erreicht werden. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper v. 5.12. 1942, S.4. Dies bestätigt auch der Bericht der Abwehr: „Der G. Ch., der einige Anlaufadressen preisgegeben hatte, trug mit dazu bei, daß ein überraschender Zugriff in Lyon zur Festnahme des Romeo und der Charlotte führte.“ Vgl. auch BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 47. Trepper bezeichnet Otto Schumacher als Agenten der Gestapo, der die Gruppe in Lyon verraten haben soll. Vgl. Trepper, Die Wahrheit, S. 183. Der belgische Historiker Gotovitch bezeichnet Springer als eine zentrale Figur in der belgischen „Roten Kapelle“. Vgl. José Gotovitch, Du Rouge au Tricolore. Les Communistes belges de 1939 à 1944, Bruxelles 1992, S. 561.

Erdgeschoß des ehemaligen Sitzes der Nationalen französischen Sicherheitspolizei in den Zellen des Hafttraumes Nummer 600<sup>58</sup>. In Holland sind sofort nach der Verhaftung von Pascal Fino und sein Freund hochgegangen.

v) Betreffend Schweiz. Die Contra hat genaue Angaben über Anna<sup>59</sup> und den Mann, den Kent 1939 aufgesucht hatte<sup>60</sup>. Sie kennen das Programm von zwei musikalischen Leitungen, aber nicht den Kode<sup>61</sup>.

w) Anzunehmen, daß Xoro und seine Leute<sup>62</sup> hochgegangen sind nach den Enthüllungen von Chemnitz, der gemeinsam mit Kent dessen Bericht über seine Reise nach Berlin chiffriert hat<sup>63</sup>. Contra verfügt über sehr präzise Angaben über die Arbeit von Xoro. Der Sitz des Sonderkommandos der Contra-3. Stock des Gebäudes der Nationalen Sicherheitspolizei. Leiter der Dienststelle Rat Gerien<sup>64</sup>. Kommis-

<sup>55</sup> Flora Springer, geb. 1909, verhaftet am 19. 12. 1942 bei Lyon, im März 1943 zum Tode verurteilt, hingerichtet am 20. 8. 1943 in Berlin-Plötzensee.

<sup>56</sup> Hesekil Schreiber, alias Georges Kiefer, geb. 30. 10. 1899 in Powozier/Polen, lernte Trepper 1925 in Palästina kennen, 1940 im französischen Konzentrationslager Lager Vernet interniert, arbeitete 1942 mit Springer in Lyon zusammen, am 5. 3. 1943 in Lyon verhaftet, am 28. 7. 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

<sup>57</sup> Germaine Schneider, geb. 17. 3. 1903 in Brüssel, 1925 heiratete sie den Schweizer Franz Schneider, Kurier von Robinson, wurde von Wenzel im Funken ausgebildet, war als Kurier zwischen Jefremow und Trepper tätig, der sie im Herbst 1942 nach Lyon zu Springer schickte. Sie floh nach der Verhaftung Springers am 19. 12. 1942 nach Paris und wurde mit Schumacher Anfang Januar 1943 festgenommen. Im März 1943 zum Tode verurteilt, war sie bis 19. 4. 1943 in Fresnes inhaftiert, bis 30. 11. 1944 im Gefängnis Berlin-Moabit. Sie starb am 12. 11. 1945 in Zürich.

<sup>58</sup> In der Rue de Saussaies 11 befand sich die Dienststelle des SD-Kommandos Paris.

<sup>59</sup> Anna Müller, geb. 9. 4. 1880 in Basel, stellte die Verbindung zwischen Dübendorfer und Robinson her. Sie wurde im Juni 1943 zu ihrem Bruder Hans nach Freiburg gelockt und dort von der Gestapo verhaftet. Vgl. Nollau/Zindel, Gestapo, S. 55–57. Es kam im Juni 1943 zu einer Gegenüberstellung mit Robinson.

<sup>60</sup> Gurewitsch suchte im März 1940 Rado auf, geb. 5. 11. 1899 in Ujpest/Ungarn, als Student Mitglied der KP Ungarn, floh nach Niederlage der Ungarischen Räterepublik nach Wien, dann Geographie-Studium in Jena, Arbeit als Geograph und Mitarbeiter an kommunistischen Zeitungen, 1933 Flucht nach Frankreich, 1935 Aufenthalt in Moskau, seit Sommer 1936 für die GRU in Genf, wo er das kartographische Institut „Geopress“ gründete. Seit 1941, verstärkt aber von Mitte 1942 bis Ende 1943, schickte Rado über drei Funkstationen Tausende Funksprüche nach Moskau. Die für die Sowjetunion militärisch äußerst wertvollen Informationen kamen aus dem Auswärtigen Amt, dem OKH, dem Reichsluftfahrtministerium und von anderen Quellen. Die Gestapo versuchte, in die Gruppe einzudringen und sie zu liquidieren. Aus der Vielzahl der Literatur nur die der Beteiligten: Rado, Dora meldet; Alexander Foote, Handbuch für Spione, Darmstadt 1954; Otto Pünter, Der Anschluß fand nicht statt, Bern 1967.

<sup>61</sup> Im französischen Original steht „lome“ statt „code“.

<sup>62</sup> Gemeint sind die Berliner Widerstandskreise um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen.

<sup>63</sup> Gurewitsch chiffrierte nach seiner Rückkehr aus Berlin Anfang November 1941 seine Eindrücke aus dem Gespräch mit Schulze-Boysen in acht Funksprüchen. Wenzel gab sie im Laufe des Monats November 1941 nach Moskau durch. Er gab Ende Juli 1942 den Code preis, so daß der Entzifferungsdienst beim OKH den Funkspruch von Ende August 1941 an „Kent“, sich nach Berlin zu begeben, und die Adresse von Schulze-Boysen entschlüsseln konnte.

<sup>64</sup> Kriminalrat und SS-Hauptsturmführer Karl Giering, geb. 17. 8. 1900 in Pechluge bei Schwerin an der Warthe, 1918 Soldat, schloß sich 1919 dem Freikorps Lüttwitz an, wechselte 1920 ins Reichswehrministerium, 1924/25 gehörte er dem „Wikingbund“ an, seit 1925 zunächst bei der Kriminalpolizei und später bei der politischen Polizei, 1933 von der Gestapo übernommen. Nach Besuch der Führerschule der Sicherheitspolizei ab Juni 1938 Kriminalkommissar. Aus Anlaß der Aufklärung des Münchener Attentats wurde Giering Ende 1939 Hitler vorgestellt und zum SS-Untersturm-



sar Raiser<sup>65</sup>, Hauptmann Berg<sup>66</sup>, Dr. Roper und Fuchs<sup>67</sup>. Im Büro des Leiters – Zimmer 335 – befinden sich alle Dokumente des Komplotts. Es ist mir gelungen, folgende Ergebnisse zu erreichen:

3. Indem ich vorgab, als Folge des Verrats meiner Mitarbeiter auf die Seite der Contra zu treten und mit einer deutsch-russischen Verständigung einverstanden zu sein, ist es mir gelungen, ihren Plan des Komplotts zu durchschauen und ihr Vorhaben gehörig durcheinanderzubringen.

a) Der Contra war durch das dechiffrierte Telegramm der Kontakt mit den Gefährten bekannt. Durch die vollständigen Aussagen des Kuriers Robert<sup>68</sup> hat sie detaillierte Angaben erhalten. Sie haben beschlossen, unsere Männer durch ihre Agenten zu ersetzen, um so zur Musik und dem Apparat der Gefährten vorzudringen. Mit Hilfe von René ist es mir gelungen, der Contra völlig den Weg zu den Gefährten zu versperren<sup>69</sup>.

b) Es ist mir gelungen, einige unserer Männer vor der sofortigen Exekution zu bewahren.

c) Die Gefahr einer Krankheit für etwa 15 Personen, fast alles Musiker, abzuwenden<sup>70</sup>.

d) Indem ich eine Gegenüberstellung mit Gari herbeiführte, ist es mir gelungen, die Gefährten aus unserer Angelegenheit herauszuhalten<sup>71</sup>. Durch Gegenüberstellung mit dem Professor konnte ich die

bannführer ernannt, 1940 Mitglied der NSDAP. Im Amt IV, Abteilung II des RSHA, tätig, seit Sommer 1941 ermittelte er gemeinsam mit Piepe in Belgien und 1942 in Paris, wurde Leiter im RSHA-Sonderkommando „Rote Kapelle“ in Paris, im November 1942 zum Kriminalrat befördert, im August 1943 aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden. Er starb 1944 an Krebs. Sein Nachfolger im Sonderkommando wurde im August 1943 Heinz Pannwitz, Kriminalrat und SS-Hauptsturmführer, geb. 28.7.1911 in Berlin, Maschinenschlosser, 1931 arbeitslos, holte das Abitur nach, studierte fünf Semester Philosophie und Theologie, im August 1933 Eintritt in die SA, 1938 Übernahme in die SS, 1935 ein Jahr bei der Wehrmacht, nach Reserveübung Unteroffizier. Pannwitz bewarb sich 1936 beim Polizeipräsidium in Berlin. Eintritt in die NSDAP am 1.5.1937. Schneller Aufstieg: Kriminalkommissar-Anwärter 10.9.1938, Untersturmbannführer 1.7.1939, Kommandierung zur Gestapo Prag Juli 1939, Obersturmbannführer am 1.9.1940, führend beteiligt an den Untersuchungen zum Attentat auf Heydrich, daraufhin im September 1942 Beförderung zum Kriminalrat, am 9.11.1942 zum SS-Hauptsturmbannführer, im Mai 1943 Abordnung zur Stapoleitstelle Berlin und im August zum RSHA-Sonderkommando nach Paris. Das von Pannwitz mit Gruppenführer Müller abgestimmte Funkspiel diente auch dazu, einen Kontakt mit der sowjetischen Seite in Kriegszeit aufrechtzuerhalten. Der Plan von Pannwitz, im September 1944 mit „Kent“ durch die Linien zu den Sowjets zu gehen, scheiterte an dem Einspruch Himmlers. Vgl. Pannwitz, Rote Kapelle. Am 7.6.1945 flog Pannwitz mit Gurewitsch nach Moskau und kam sofort in die Lubjanka, 1946 zu 20 Jahren Arbeitslager verurteilt, kam er 1955 frei, lebte bis 1975 in Ludwigsburg.

<sup>65</sup> Kriminalkommissar und SS-Hauptsturmführer Heinrich Joseph Reiser, geb. 1895, Soldat im Ersten Weltkrieg, Kriegsgefangener in England, nach der Besetzung Frankreichs im Mai 1940 Referatsleiter IV A (Bekämpfung des Kommunismus) beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei Frankreich, seit Ende November 1942 im Sonderkommando „Rote Kapelle“, zuständig für Frankreich.

<sup>66</sup> Kriminalsekretär Wilhelm Berg, geb. 1.3.1891 in Biesellen/Ostpfeußen, kam 1933 aus dem Polizeipräsidium Berlin zur Gestapo, Kriminalkommissar, arbeitete von 1942–1944 im Sonderkommando „Rote Kapelle“.

<sup>67</sup> Dr. Roper und Fuchs sind nicht zu identifizieren.

<sup>68</sup> Robert Giraud, geb. 1906, war mit Hillel Katz bekannt. Zusammen mit seiner Frau Lucien, war er Kurier von Trepper zur französischen KP. Vgl. BA/MA Freiburg, Abschlussbericht III F, S.54. Giraud wurde im Dezember 1942 verhaftet, im März 1943 zum Tode verurteilt und am 28.7.1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

<sup>69</sup> Trepper berichtete ausführlich über seine Beziehungen zur KPF. Siehe GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper v. 4.2. bis 8.3.1943, S.154, 176–179, sowie BA/MA Freiburg, Abschlussbericht III F, Bl.53 ff. Im Mai 1943 fand ein Treffen mit einem Kurier der KPF statt.

<sup>70</sup> Die meisten Funkerinnen und Funker sind jedoch verhaftet worden.

<sup>71</sup> Die Beziehungen zur KPF sind genannt worden.

Konzentration der Aufmerksamkeit auf Quellen, die den Kreisen der französischen und der deutschen Monarchisten nahestehen, verhindern<sup>72</sup>.

e) Durch verschiedene Manöver konnte ich die Contra bewegen, Ihnen einen Teil der Verhaftungen zu gestehen. Durch verschiedene Ratschläge habe ich Sie veranlaßt, Telegramme zu senden, die der Contra keinen Einblick in Hauptfragen der Organisation verschafften. Ich habe auch falsche und tendenziöse Informationen veranlaßt, damit Sie das Vertrauen in die von der Contra unter der Signatur von Otto und André gesandten Telegramme verlieren. Der Haltung der Contra glaube ich entnehmen zu können, daß dies nur teilweise gelungen ist. Ich gebe Ihnen auch den Plan, um meine Vorhaben zu verwirklichen. Warnen Sie sofort die Männer, die Adressen, an die Sie in Belgien die letzten Worte gesandt haben, da die Contra bereits begonnen hat, sie einzubeziehen<sup>73</sup>. Eine Gefahr schwebt über Poku in Italien. Sie kennen seinen Namen und seine Adresse von 1942 in Rom<sup>74</sup>.

f) Die Hauptsache ist, daß ich die Contra veranlaßt habe, mich nach draußen zu führen zu einem Rendezvous mit einem Mann der Gefährten. Dieses Rendezvous ist meine einzige Hoffnung, vor Ihnen das Komplott zu enthüllen. Treffen Sie sofort folgende Maßnahmen:

4. Ich übergebe den Gefährten eine Liste von Personen, die sie sofort von der Gefahr, die sie bedroht, informieren müssen.

In Frankreich fahndet die Contra nach dem weißrussischen Journalisten<sup>75</sup>, nach dem Ex-General aus Lettland<sup>76</sup> und nach den Männern von Kent in Marseille. Warnen Sie die Männer der Gruppe

<sup>72</sup> Trepper hat über die Verbindungen von Basil und Anna Maximowitsch zu französischen Monarchisten berichtet, darunter zu dem Bischof Chaptal aus Paris, dem Jesuitenpater Valensin aus Lyon, über den Arzt Darquier de Pellepoix, dem Bruder des Generalkommissars für die „Judenangelegenheiten“ bei der Vichy-Regierung, Graf de Brunel u. a. Vgl. GDW, Sammlung RK, Kopie Verhörprotokoll Trepper v. 4.2. bis 8.3. 1943, S. 141 ff.

<sup>73</sup> Für „einbeziehen“ steht im französischen Original „embocher“. Das Wort gibt es im Französischen nicht. Es heißt sicher embaucher, das heißt einstellen, anstellen, anwerben, anheuern, einbeziehen.

<sup>74</sup> Rado nennt „Paolo“, für den er im Juli 1942 auf Anweisung der Zentrale den Schweizer Paß verlängern helfen sollte. „Paolo“ war aber schon im Juni 1942 verhaftet worden. Bei seiner Verhaftung hatte der italienische Geheimdienst den Code und das Funkgerät beschlagnahmt. Nach dem Sturz Mussolinis und dem Einmarsch deutscher Truppen nach Italien holte die Gestapo „Paolo“ nach Deutschland. Vgl. Rado, Dorà meldet, S. 211 ff.

<sup>75</sup> Rado erinnert sich, daß im Mai 1943 ein weißrussischer Emigrant Nemanow auftauchte, der sich als russischer Patriot ausgab. Vgl. ebenda, S. 332. Nemanow hatte früher für die GRU gearbeitet. Diesen Hinweis verdanke ich Andrej Galagan.

<sup>76</sup> Die GRU hatte Anfang 1941 eine Residentur „Zolja“ in Frankreich geschaffen, die mit den anderen Gruppen nicht verbunden war. Leiter war Waldemar Ozols, geb. 1884, früherer Offizier der Lettischen Armee. Er hatte 1914 die Militärakademie beendet, war Chef eines Divisionsstabs und Stabschef des lettischen Schützenkorps, 1917 Vorsitzender des Rates der lettischen Schützen, Brigadekommissar 1918–1920. Vgl. auch Die Roten lettischen Schützen 1917–1920. Autorenkollektiv unter Leitung von A. Drizulis und J. Krastinš, Berlin 1985. 1921 trat Ozols in den Ruhestand, redigierte von 1926 bis 1934 die Zeitung „Nowy Den“. Im Mai 1934 wurde er inhaftiert und später aus Lettland ausgewiesen. Er emigrierte nach Frankreich, wurde 1936 Brigadegeneral in der republikanischen spanischen Armee, kehrte Ende 1937 nach Frankreich zurück. Als die Sowjets in Lettland die Macht übernahmen, hatte Ozols die Absicht, zurückzukehren. Auf Anraten der sowjetischen Militärmission blieb er in Frankreich, verpflichtete sich, für die Sowjetunion nachrichtendienstlich zu arbeiten. Er baute 1941 eine Gruppe auf und begann mit der Sammlung und Übermittlung von Informationen über die deutsche Wehrmacht in Frankreich. Nach dem 22. 6. 1941 bestanden keine Verbindungen nach Moskau. Im März 1943 entschied die Zentrale, den Kontakt wieder aufzunehmen. Über Trepper wurde „Kent“ beauftragt, sich mit Ozols in Verbindung zu setzen. Obwohl die GRU seit dem 12. 6. 1943 wußte, daß Trepper und seine Leute sich in Gestapo-Haft befanden,

Gari. Ändern Sie die Musikprogramme aus der Schweiz. Brechen Sie alle Kontaktversuche ab, die die Contra mit Ihnen auf den Leitungen von Kent, Pascal und anderen herstellen will, damit so die Contra in die Enge getrieben wird und ich mehr Möglichkeiten erhalte, meine Operationen durchzuführen. Fordern Sie, daß man Ihnen die Adressen von mir, von André, von René durchgibt, daß Otto Ihnen Reservetreffs übermittelt, und daß ich selbst zu diesen Treffs erscheine, geben Sie laufend Anweisungen zur Beschaffung neuer Informationen, zur Suche nach Männern mit fiktiven Namen, denn es ist entscheidend, daß die Contra bis zum Abschluß der Verteidigungsmaßnahmen nicht erfährt, daß Ihnen diese Dinge bekannt sind. Der Mann der Gefährten oder ein anderer, der zum Treff mit mir kommt, muß danach isoliert werden. Aber es besteht keine unmittelbare Gefahr für seine Person, er wird nicht festgenommen, weil die Contra durch seine Verhaftung die Grundlagen ihres Komplotts zerstören würde. Wenn die von mir vorgeschlagene Operation nicht sofort verwirklicht wird, besteht die Gefahr, daß ich in einiger Zeit nach Deutschland transportiert werde. Wenn meine Operation fehlschlägt, müssen Sie wissen, daß ich in diesen schrecklichen und tragischen Monaten bis zur letzten Minute mit allen Fibern meines Herzens an Ihrer Seite bin und übermitteln Sie meiner Familie und den Kindern meinen letzten Kuß. Immer der Ihre,

Otto<sup>77</sup>

P. S. 1. Um die Absage der Treffs in der Schweiz zu tarnen, teilen Sie über die Leitung von Otto mit, daß Ihr Mann nicht ganz gesund ist, daß Sie Instruktionen für einen neuen Treff geben werden.

2. In der Wohnung von René wohnt jetzt Fabrycant, Adresse rue de Mondroger, Nummer 3 oder 5 im 6. Stock. Das Haus, in dem sich das Sanatorium der Schwester des Professors, „Chateau Baillereau“ befindet, 6 Kilometer von der Station La Charité entfernt, wird durch die Contra überwacht. Dort befindet sich die Frau von René mit ihren Kindern, aber sie kennt die wirkliche Lage nicht.

---

wurde Ozols nicht gewarnt. Anfang August 1943 stellte sich der im RSHA-Sonderkommando tätige Waldemar Lentz als Mitarbeiter eines sowjetischen Residenten vor und brachte Ozols mit Gurwitsch zusammen, der ihn aufforderte, einen Bericht über seine Arbeit zu erstellen. So erfuhr die Gestapo über die Verbindungen zur französischen Résistance. Darüber wurde auch nach Moskau berichtet. Ozols und sein Verbindungsmann zur Résistance, Capitain Legendre, gingen davon aus, daß sie für die Moskauer Zentrale arbeiteten. Nach der Befreiung Frankreichs wurden beide von der französischen Polizei verhaftet und wegen Kollaboration mit Agenten der Gestapo angeklagt. Die sowjetische Militärmission setzte sich für ihre Freilassung ein. Ozols ging nach Moskau und kehrte nach Riga zurück, wo er als Dekan an der Universität tätig war.

<sup>77</sup> Trepper konnte am 13. 9. 1943 bei einer Ausfahrt in Paris mit Kriminalobersekretär Wilhelm Berg aus der Gestapo-Haft fliehen. Danach verbarg er sich bis zur Befreiung bei verschiedenen Personen, von denen einige, darunter Suzanne Spaak, Georgie de Winter und andere verhaftet und einzelne ermordet wurden. Nach Kriegsende meldete er sich in der sowjetischen Militärmission in Paris. Am 5. 1. 1945 flog er mit Rado über Kairo nach Moskau zurück. Er wurde sofort in die Lubjanka gebracht. Nach langen Verhören kam er Anfang 1946 in das Moskauer Militärgefängnis Lefortowo. Im Juni 1947 wurde er zu 15 Jahren Haft verurteilt, wogegen er Einspruch erhob. Nach dem Tode Berijas wurde sein Verfahren 1953 wieder aufgenommen. Am 23. 5. 1954 wurde Trepper rehabilitiert und freigelassen. Er lebte als Pensionär in Moskau, ging 1957 mit seiner Familie nach Warschau und arbeitete dort als Direktor in einem Verlag für jüdische Literatur, später wurde er Präsident des Kulturverbandes polnischer Juden in Warschau. 1968 trat er aus Protest gegen die antisemitische Politik der polnischen Partei- und Staatsführung zurück. 1970 stellte er den Antrag, nach Israel zu emigrieren, was ihm erst nach internationalen Protesten und der Androhung eines Hungerstreiks Ende November 1973 gelang. Bereits seit Ende der sechziger Jahre arbeitete er an seinen Erinnerungen – zunächst gemeinsam mit dem sowjetischen Schriftsteller Jurij Korolkow, der in Moskau für die Veröffentlichung jedoch keine Genehmigung erhielt, später mit Patrick Rotman –, die erst 1975 erschienen sind. Trepper lebte mit seiner Frau in Kopenhagen und in Israel. Er verstarb im Januar 1982 und wurde in Jerusalem beigesetzt.

3. Zusätzlich zu Fabrycant arbeiten noch zwei andere Agenten in unserer Sache: Roger, sein richtiger Name Schumacher<sup>78</sup>, und eine alte Agentin der Contra, die sich unter dem Namen Paula oder Madeleine vorstellt. Beide versuchen, auf unserer Leitung die Gefährten zu finden. Diese Frau war, so scheint es, eine der Sekretärinnen des letzten Kongresses der KI<sup>79</sup>.

4. Es ist mir gelungen, alle diese Angaben durch die verschiedensten Tricks zu erhalten. Natürlich wird das Thema damit nicht erschöpft. Die Contra achtet darauf, verschiedene Seiten des Komplotts geheimzuhalten.

5. Es ist verdächtig, daß die Männer der Contra sehr bestimmt, als ob sie ihn persönlich kennen würden, vom ehemaligen Konsul Kiselev in Paris sprechen. Sie behaupten zu wissen, daß er im November 1941 in Moskau verhaftet worden sei<sup>80</sup>.

Durch Vermittlung einer Händlerin<sup>81</sup>, zu der einer unserer Dienste Kontakt hatte, hat Otto diesen auf polnisch geschriebenen Bericht übermittelt, den wir übersetzen mußten, und in der Zwischenzeit ist das Datum für den Operationsplan verstrichen. Wir kennen die Einzelheiten und Bedingungen nicht, unter denen Otto dieses Dokument übermitteln konnte, ohne daß es die Wächter merkten. Wir haben diese Händlerin isoliert.

Duclos

<sup>78</sup> Otto Schumacher, geb. 12.9. 1909 in Speyer, Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg, arbeitete seit 1942 mit Jefremow zusammen. Wenzel wohnte in Schumachers Haus in Brüssel und wurde dort am 30.6. 1942 verhaftet. Schumacher entkam nach Frankreich, wandte sich an Katz, der ihn zu Springer nach Lyon schickte. Er konstruierte zwei Sende- und Empfangsgeräte, die aber nicht fertiggestellt wurden. Nach Springers Verhaftung floh er mit Germaine Schneider nach Paris. Ihre Anlaufstellen standen unter Beobachtung der Gestapo. Unter Mitwirkung von Raichmann wurde Schumacher Anfang Januar 1943 bei seiner Freundin Arlette Humbert-Laroche verhaftet. Er soll hingerichtet worden sein. Trepper bezeichnet ihn als Agenten der Gestapo, der die Gruppe in Lyon verraten haben soll. Vgl. Trepper, *Die Wahrheit*, S. 183. Der Bericht der deutschen Abwehr bestätigt diese Behauptung nicht. Vgl. BA/MA Freiburg, Abschlußbericht III F, Bl. 47.

<sup>79</sup> Möglicherweise Elsa Noffke, geb. 1905 in Rosenthal/ČSR, 1922 Mitglied der KPČ, von April 1932 bis März 1933 Mitglied der KPD, arbeitete von 1926 bis 1928 als Sekretärin im Verlag der Komintern in Moskau, bis 1932 im Apparat der KPČ, anschließend bis März 1933 als Referentin in der Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion in Berlin, Flucht nach Holland, wo sie die Arbeit für die Freundschaftsgesellschaft fortsetzte, 1934–1935 arbeitete sie in einem Verlag in Leningrad, anschließend in Moskau, verheiratet mit dem Emigranten Ernst Noffke. Seit August 1941 befand sie sich auf einer Kominternschule, dann wurde sie von der GRU übernommen, als Fallschirmspringerin und Funkerin ausgebildet, im Oktober 1942 mit einem Geleitzug nach England geschickt. Am 24. Februar 1943 sprang sie mit Georg Tietze aus einem britischen Flugzeug in der Nähe Freiburgs mit dem Fallschirm ab. Ende April 1943 wurde sie verhaftet. Die Gestapo versuchte, sie als Kontaktfrau und Lockvogel in die Schweiz zu schicken. Dieser Plan wurde dann aufgegeben. Biographische Angaben in: ZADGR Moskau, Bestand Dimitroff, 495-73-154, Bl. 185 f., *Auskunft der Kaderabteilung der Komintern vom 23.5. 1942*. Vgl. auch Nollau/Zindel, *Gestapo*, S. 54 f.

<sup>80</sup> Bis zu dem Satz „... verhaftet worden sei“ handelt es sich offensichtlich um ein Post scriptum von Trepper. Die zwei letzten Sätze können nur von Jacques Duclos stammen. Diese Sätze sind aber nicht im Text von „Ottos“ Schreiben in irgendeiner Weise abgesetzt.

<sup>81</sup> Juliette Moussier, die Verbindungsfrau zur KPF, bestritt dies später gegenüber der französischen Sicherheitspolizei; vgl. Trepper, *Die Wahrheit*, S. 425 f.

## Notizen

### KOLLOQUIUM ZUR GESCHICHTE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN KONZENTRATIONSLAGER

Im Institut für Zeitgeschichte in München fand vom 29. Februar bis zum 2. März 1996 ein Kolloquium junger Wissenschaftler zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager statt. Die von der Volkswagen-Stiftung geförderte Tagung war bereits das dritte in einer Reihe von Doktoranden-Treffen zum selben Themenbereich, die im Dezember 1994 an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg begann und im Juli 1995 in der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin fortgesetzt wurde. Dabei zeigte sich dreierlei: Gemessen am Forschungsverlauf der letzten beiden Jahrzehnte hat die Forschungsintensität auf diesem Feld stark zugenommen, eine erstaunlich große Zahl junger Wissenschaftler hat sich wieder zentralen Fragen der Konzentrationslagerforschung zugewandt. Außerdem kann dank der nunmehr zugänglichen Quellen aus den Archiven der ehemaligen Ostblockstaaten die Geschichte der Konzentrationslager und der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik auf eine breitere Faktengrundlage gestellt werden. Und schließlich kommen neue Forschungsperspektiven zum Tragen, die erwarten lassen, daß die Interdependenzen von politischer Gleichschaltung, rassistischer Ideologie, gesellschaftlicher Gleichgültigkeit und industrieller Vernichtungspolitik künftig klarer als bisher dargestellt werden können.

#### I.

Im Mittelpunkt der ersten Sektion stand das Thema „Lager und Umgebung“. Vorge stellt wurden vier Arbeiten zu Buchenwald, Groß-Rosen, Mauthausen und Auschwitz, deren Autoren übereinstimmend betonten, daß die Konzentrationslager nicht autark existieren konnten, sondern vielfältige Beziehungen zu ihrer unmittelbaren Umgebung unterhielten. Diese Feststellung mag auf den ersten Blick banal erscheinen, betrachtet man sie aber im Kontext der bis heute anzutreffenden Behauptung, die Deutschen „hätten von allem nichts gewußt“, tritt ihre Bedeutung jedoch unmittelbar zutage. Die Frage nach dem Lager als Teil der NS-Gesellschaft lenkt den Blick nicht zuletzt auf das Verhalten der Menschen innerhalb solcher „Nachbarschaften“. Resistenz oder Indifferenz der lokalen bzw. regionalen Gesellschaften hängen offenbar stark von der geographischen Lage der KL-Standorte ab: Während die SS in den Lagern im „Altreich“ mit der weitgehenden Gleichgültigkeit der Zivilbevölkerung rechnen konnte, hatte sie es hingegen in den besetzten Gebieten vorwiegend mit Anwohnern zu tun, die Häftlingen zu helfen versuchten.

So läßt sich am Beispiel von Auschwitz das Phänomen organisierten Widerstands in der unmittelbaren Umgebung des Lagers feststellen. Im Konzentrationslager Auschwitz, das im eingegliederten Ostoberschlesien nahe der Grenze zum „Generalgouvernement“ lag, waren anfangs fast ausschließlich Angehörige der polnischen Intelligenz inhaftiert, die sich auf die Solidarität der polnischen Anwohner verlassen konnten. In Nachrichtenaustausch, Lebensmittel- und Waffenschmuggel und Fluchthilfe manifestierte sich ihr Widerstand gegen die deutsche Besatzung. Hingegen bestimmte in der Umgebung der im „Altreich“ oder in Österreich gelegenen Lager Indifferenz das Verhalten gegenüber den Häftlingen. Viele Einheimische waren trotz konkreter Kenntnis von den unmenschlichen Lebensbedingungen in den KL auf ihren Vorteil bedacht und zugleich bemüht, nicht den Verdacht politischer Unzuverlässigkeit zu erregen.

Die intensivsten Kontakte zwischen Bevölkerung und Lager entstanden auf der ökonomischen Ebene: Die Ansiedlung von SS-Leuten und die Versorgung der Lager mit Lebensmitteln versprachen wirtschaftlichen Gewinn, und die Gefangenen selbst konnten als billige Arbeitskräfte dienen. Diese „positiven Erfahrungen“ minderten bei Verwaltungsbeamten, Geschäftsleuten und Bauern die anfangs häufig zu beobachtende Skepsis gegenüber den Lagern, so daß mancherorts bald nicht mehr von „Konzentrations-“, sondern von „Arbeits- und Erziehungslagern“ die Rede war. Dieser Sprachgebrauch zeugt von gesellschaftlicher Selbstberuhigung und partieller Zustimmung zur Ausgrenzungs- und Repressionspolitik des Regimes. In der Diskussion der Tagungsbeiträge wurden Zweifel am traditionellen Bild des in sich geschlossenen, dichten Lagerkosmos laut. Lager- und Außenwelt waren nicht hermetisch voneinander abriegelt, wie sich aus vielen Quellen belegen läßt, im Laufe der Jahre wurden die Lager mehr und mehr zu integralen Bestandteilen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems.

Wie eng der Kontakt zwischen Konzentrationslager und Stadt werden konnte, zeigte *Jens Schley* (Berlin) am Beispiel Buchenwald und Weimar. Die Einrichtung einer Buslinie von der Stadtmitte zum Lagergelände führt plastisch vor Augen, daß das Lager nicht aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt war. Protest erhoben Einwohner nur, als das Erholungsgebiet neben dem Lager gesperrt wurde und das Lager nach „Goethes Ettersberg“ benannt werden sollte. Die „Dichotomie von Kultur und Verbrechen“, wie sie sich im Begriffspaar Weimar und Buchenwald manifestiert, sei der Kern eines Konflikts, der die Stadt bis heute belaste. *Jens Schley* sprach denn auch vom „Betrug des Gewissens an einem von Symbolen der Aufklärung und des Humanismus zugeschütteten Ort“.

*Michel Fabréguet* (Paris) erörterte am Beispiel Mauthausen, wohin Indifferenz und Einverständnis mit der Behandlung von „Gemeinschaftsfremden“ führen konnten: Im Februar 1945 beteiligten sich dort Dorfbewohner an einer regelrechten Jagd auf 400 aus dem Lager geflohene sowjetische Gefangene. Der Bezug dieser Gewalteskalation zur militärischen Gesamtlage ist nicht zu übersehen: Aufgehetzt durch jahrelange rassistische Propaganda entlud sich die Angst der Einwohner vor der herannahenden Roten Armee in Brutalität gegenüber den „Feinden“, derer man habhaft werden konnte.

Genaueste Kenntnis von dem, was in einem Konzentrationslager vor sich ging, hatten auch die Einwohner des niederschlesischen Dorfes Groß-Rosen (unweit von Breslau). *Isabell Sprenger* (Stuttgart) zufolge konnten sie regelmäßig beobachten, wie Häftlinge unter SS-Aufsicht Granitsteine durch den Ort zum Bahnhof schleppen mußten. Der Standesbeamte registrierte die tödlichen Folgen der unmenschlichen Arbeitsverhältnisse: In den zwei Jahren bis zur Errichtung eines lagereigenen Standesamtes gab es im Lager vierzig Mal mehr Todesfälle als im Dorf.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen Stadt und Lager muß im Falle von Auschwitz vor dem Hintergrund der „Germanisierungspolitik“ Himmlers als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ gesehen werden, wie *Sybille Steinbacher* (München) darstellte. Juden mußten vor ihrer Aussiedlung aus der Stadt das Lager ausbauen. In ihre enteigneten Häuser zogen vorwiegend reichsdeutsche Umsiedler, die den einst jüdisch geprägten Ort zu einer „Musterstadt der deutschen Ostsiedlung“ umgestalten sollten. Der verbliebenen polnischen Bevölkerung gelang es, Kontakte zu Häftlingen zu knüpfen: Partisanenverbände aus der Gegend um Auschwitz konnten Widerstandsaktivitäten im Lager unterstützen.

## II.

Der Arbeitseinsatz und die ökonomische Ausbeutung von KL-Häftlingen durch die Industrie, die Mitwirkung privater Unternehmen an der NS-Vernichtungspolitik, die lenkende Funktion des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamts (WVHA) beim Häftlingseinsatz und darüber hinaus die Kooperation von Wirtschaft und Regime waren die Themen der zweiten Sektion.

In der Endphase der NS-Herrschaft wurden Zwangsarbeit, mörderische Arbeitsmethoden, Selektion und die Ermordung Arbeitsunfähiger zur gängigen Praxis in den KL. *Jan Erik Schulte* (Bochum) untersuchte die Entwicklung des WVHA und ging dabei der Frage nach, aus welchen Gründen die zunächst ideologisch und sicherheitspolitisch motivierten Konzentrationslager „ökonomisiert“ wurden. Hatte die SS die Häftlinge in der Anfangszeit der Lager noch mit ökonomisch sinnlosen Arbeiten schikaniert, so war dies im Zeichen der Vollbeschäftigung nach 1937/38 nicht mehr zu rechtfertigen. Mit dem Häftlingseinsatz für Neubaumaßnahmen in der Reichshauptstadt bot sich Himmler eine ideale Möglichkeit, die Kontrolle über die Lager zu behalten und zugleich „nützliche“ Arbeit verrichten zu lassen. Als der Reichsführer-SS 1941/42 nach dem Scheitern des „Blitzkrieges“ gegen die Sowjetunion ein weiteres Mal fürchten mußte, die Kontrolle über die Häftlinge zu verlieren, strebte er danach, mit Hilfe der Industrie in den Lagern SS-eigene Rüstungsbetriebe aufzubauen. Zur Ökonomisierung der Lager unterstellte Himmler am 16. März 1942 die Inspektion der KL dem WVHA. In beiden Fällen reagierte er auf eine politische Situation: Er instrumentalisierte die ökonomische Ausbeutung der Häftlinge, um seine eigene Macht zu erhalten, und löste damit neue Verhaftungswellen aus.

Am Beispiel des Außenlagerkomplexes des KL Mittelbau-Dora untersuchte *Jens-Christian Wagner* (Göttingen) den Funktionswandel des KL-Systems in der Endphase des Krieges. Die nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit hierarchisierten Häftlinge waren in den mehr als 40 Außenlagern extrem unterschiedlichen Bedingungen ausgesetzt: In den Untertage-Produktionskommandos zur Herstellung von V-Waffen hatten Häftlinge bessere Überlebenschancen als jene in den Baukommandos, die leicht ersetzbar schienen und deshalb wie auswechselbare Werkzeuge verwendet wurden. Der Vernichtungsdruck nahm zu, je niedriger ein Lager in der funktionalen Hierarchie angesiedelt war, d. h. je geringer die Notwendigkeit war, die Arbeitskraft von Häftlingen zu erhalten. Die ältere Forschungskontroverse um den Primat der Politik bzw. der Ökonomie und seine Bedeutung für die Existenzbedingungen der Häftlinge läßt Wagner zufolge außer acht, daß es keine klare Trennung von wirtschaftlichen und ideologisch-politischen Aspekten gab. Die Formel „Vernichtung durch Arbeit“ sei vorwiegend Ausdruck moralischer Entrüstung und bedürfe einer eingehenden Differenzierung, um als wissenschaftlicher Erklärungsansatz dienen zu können.

Das Bunawerk der IG Farben in der Nähe von Auschwitz setzte seit April 1941 als erstes Privatunternehmen in großem Maßstab Häftlinge als Arbeitskräfte ein und wurde damit zum Vorbild für andere Industriebetriebe. *Bernd Wagner* (München) geht der Frage nach, welche Interessen beim Zwangsarbeitseinsatz der Gefangenen ausschlaggebend waren, da die IG Farben den verfügbaren Quellen zufolge daraus keinen wirtschaftlichen Vorteil ziehen konnte. Die Absicht der Konzern-Leitung, den Häftlingen hohe Leistungen bei geringen Lohnkosten abzuverlangen, erwies sich vor dem Hintergrund der katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen schnell als illusorisch. Arbeitskräftemangel und der erhöhte Zeitdruck für die Inbetriebnahme des Bunawerks ließen die Firmenmanager jedoch am Arbeitseinsatz der Häftlinge festhalten. Dies und ihre Überzeugung, an der „Germanisierung“ des Ostens aktiv mitwirken zu müssen, machte die Leitung der IG Auschwitz in hohem Maße mitverantwortlich für die Verbrechen in Auschwitz.

*Manfred Grieger* (Bochum) stellte den Industrieinsatz von KL-Häftlingen am Beispiel der Volkswagenwerk GmbH in Wolfsburg vor und plädierte für einen Perspektivenwechsel: In seinen Augen sollte man sich nicht primär auf die Arbeitslenkungsbehörden, die SS und die Ministerien konzentrieren, sondern vor allem die Frage nach der Handlungsrationale der Unternehmen stellen, denn um die dynamische Ausweitung der Häftlingsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft verstehen zu können, müsse zunächst die Motivlage der Unternehmen in den Blick genommen werden. In dem 1938 gegründeten Volkswagenwerk wurde der Einsatz von Häftlingen und jüdischen Zwangsarbeitern schon im Februar 1941 erwogen. Scheiterte dies zunächst noch an Hitlers Verbot, jüdische Zwangsarbeiter ins Reich zu bringen, so gelang zur Jahreswende 1941/42 die Etablierung eines „KL-Arbeitsdorfes“ mit 600 bis 800 Häftlingen, die allerdings im Oktober 1942 bereits wieder abgezogen wurden. Vom Frühjahr 1944 an beschäftigte das Volkswagenwerk dann rund 4000 Häftlinge zur Fertigung von Rüstungsgütern, darunter 800 jüdische Frauen.



## III.

Die heterogene Struktur der Häftlingsgesellschaften und die Hierarchisierung der KL-Insassen im System der Häftlingsselbstverwaltung waren das Thema der dritten Sektion. Auf der Basis von unveröffentlichten Interviews mit sieben Überlebenden des Aufstands von Sobibor stellte *Peter Witte* (Hemer) erste Ergebnisse über die sozialen und psychischen Existenzbedingungen der Häftlinge in diesem Vernichtungslager vor, die noch der breiteren Quellenfundierung bedürfen. In der Ausnahmesituation permanenter Todesdrohung, angesichts der Ermordung von Familienmitgliedern und der ständigen Selektion der körperlich Schwachen konnte es nicht ausbleiben, daß in der Häftlingsgesellschaft von Sobibor starke Gegensätze entstanden. Die dort bereits arbeitenden Häftlinge sahen in den Neuankömmlingen aus Westeuropa eine Bedrohung: An die Vorgaben der SS besonders anpassungsfähig, besetzten die westeuropäischen Juden die Funktionsstellen im Lager und verdrängten die polnischen Juden. Diese Rivalitäten und die Tatsache, daß manche ihre Mithäftlinge verrieten, um die eigenen Überlebenschancen zu verbessern, führten zu einer vollständigen Entsolidarisierung, was das SS-System der hochgradig arbeitsteilig organisierten Vernichtungsfabrik zusätzlich stärkte.

Lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Häftlingen sind auch die Quellenbasis für die Rekonstruktion des Häftlingsalltags im KL Sachsenhausen, die Teil eines für Ende 1997 geplanten Ausstellungsprojekts über die ehemaligen „jüdischen Baracken“ werden soll, das *Eva Brückner* (Berlin) vorstellte. Nachfragen aus dem Zuhörerkreis ergaben, daß die Gedenkstätte Sachsenhausen wichtige Akten zur Lagergeschichte aus dem Sonderarchiv Moskau zwar in Kopie erhalten hat, diese Unterlagen aber bedauerlicherweise der Forschung nicht zugänglich sind.

Die Gedenkstätte Auschwitz arbeitet seit Jahren an der computergestützten Erfassung und Aufbereitung aller verfügbaren Häftlingsakten. *Jan Parcer* (Oswiecim), stellvertretender Leiter des Archivs der Gedenkstätte Auschwitz, entwickelte in Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen ein Verfahren, alle verfügbaren persönlichen Häftlingsdaten, einschließlich der Bildquellen, in einer Datenbank zu speichern. Auf der Basis dieses Materials lassen sich, wie *Parcer* darlegte, die Zusammensetzung von Opfergruppen und die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Häftlingsselbstverwaltung rekonstruieren. Auf erste Ergebnisse dieses Projekts konnte sich *Thomas Grotum* (Göttingen) stützen, der über die reichsdeutschen Häftlinge im Konzentrationslager Auschwitz arbeitet, die trotz ihres geringen Anteils von nur zwei bis sieben Prozent die einflußreichste nationale Gruppe im Lager waren und häufig zentrale Positionen besetzten. Reichsdeutsche besaßen aufgrund ihrer „rassischen Zugehörigkeit“ besondere Privilegien: Sie wurden z.B. nicht tätowiert und mußten auch keinen Nationalitätenbuchstaben auf ihren Häftlingsanzügen anbringen.

Einen quantitativen Ansatz verfolgt auch *Robert Sigel* (München), der an der EDV-gestützten Erfassung und Auswertung der Häftlingskarteien in Dachau arbeitet

und auf dieser Basis ein Kalendarium der Ereignisse im Lager und einen Überblick über Größe und Zusammensetzung, Mortalität und Überlebenschancen der Häftlingsgruppen erstellt. Im Konzentrationslager Dachau führten die Effektenkammer, der „Arbeitseinsatz“, die Politische Abteilung und die Lagerschreibstube parallele Karteien über sämtliche Häftlinge. Sieben weitere Stellen verwalteten Listen, die Teile der Häftlinge in Blockführermeldungen, Verrechnungskarteien oder Transportlisten erfaßten. Nicht zuletzt lassen sich durch diese Auswertungen die Transportwege rekonstruieren, auf denen zahllose Gefangene nach Dachau und von dort in andere Lager deportiert wurden.

Die aufwendigen Computerprojekte stießen in der Diskussion auf Anerkennung, aber auch auf Skepsis: Fragen nach dem Sinn eines solchen Perfektionismus und Mahnungen, retrospektiv „nicht akkurater zu sein als die SS“, standen den Hoffnungen auf bessere Quellenzugänglichkeit und direkteren Informationsaustausch gegenüber. Einig war man sich, daß bei einem eventuellen Anschluß solcher Datenbanken an das Internet Sicherheitsvorkehrungen gegen Mißbrauch und Manipulation geschaffen werden müssen.

*Sybille Steinbacher und Bernd Wagner*

## HISTORISCH RELEVANTE RESSOURCEN IN INTERNET UND WORLDWIDWEB

### ANGEBOT, BEWERTUNG UND AUSBLICK

*In the present historical era – the „Information Age“ – knowing how to find information is as important as being able to interpret it<sup>1</sup>.* Dieses Zitat weist darauf hin, daß bereits zur Zeit der Informationsangebote in Form von Datenbanken und vor der globalen Vernetzung von Wissen via Internet der Historiker sich nicht mehr ausschließlich auf die hermeneutische Interpretation von Quellen und konventionelle Recherchestrategien beschränken kann, sondern auch das informationelle Umfeld einbeziehen muß. Untersuchungen über das Informationsverhalten von amerikanischen Historikern<sup>2</sup> haben gezeigt, daß diese überwiegend konventionelle Informationsressourcen nutzen, elektronische Ressourcen, aber auch Mikrofilme dagegen kaum heranziehen. Infolge der weltweiten Vernetzung von Wissen wird sich diese Abstinenz aus politischen, ökonomischen, vor allem aber fachlichen Gründen nicht weiter aufrechterhalten lassen. Die digitale Revolution, die Popularität des Internet seit dem Jahr 1993, stellt auch die Geschichtsforschung vor neue Herausforderungen. Internet ist die Verknüpfung von verschiedenen Datennetzen zu einem einzigen, weltumspannenden Informations- und Kommunikationsmedium und in der Form des WorldWideWeb die Realisierung einer alten Utopie. WorldWideWeb ist die graphische Oberfläche des Internet. Mittels eines Browsers – einer Anzeigesoftware, die auf dem eigenen Rechner installiert sein muß – werden die hypertextuellen und multimedialen Daten des Internet dem Benutzer angezeigt.

Die Idee eines weltweit zugänglichen Hypertextes<sup>3</sup> wurde erstmals von Vannevar Bush, einem Berater des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, 1945 in dem berühmten Aufsatz „As we may think“<sup>4</sup> dargelegt. Eine der Hauptthesen Bushs war, daß die Erkenntnisse der Wissenschaft rationell organisiert und schnell publiziert werden müßten; der Zugriff auf dieses Wissen müsse weltweit und aktuell erfolgen. Die Relevanz sowie die effiziente Verwaltung von Wissen seien nur bei Nutzung modernster Technik gewährleistet<sup>5</sup>. Dazu

<sup>1</sup> Barbara Orbach, *The View from the Researcher's Desk. Historian Perception of Research and Repositories*, in: *American Archivist* 54 (1991), S. 28–43.

<sup>2</sup> Margaret F. Stieg, *The Information of Needs of Historians*, in: *College & Research Libraries* 42 (1981), H. 6, S. 549–560; Donald Owen Case, *The Collection and Use of Information by some American Historians. A Study of Motives and Methods*, in: *The Library Quarterly* 61 (1991), H. 1, S. 61–82.

<sup>3</sup> Hypertext ermöglicht im Unterschied zum „normalen“ Text, Verweisungen auf andere Texte oder Informationen „per Mausclick“, also durch vernetzte Computer, direkt zu verfolgen. Vgl. dazu das deutschsprachige Standardwerk Rainer Kuhlen, *Hypertext. Ein nicht-lineares Medium zwischen Buch und Wissensbank*, Berlin 1991.

<sup>4</sup> *Atlantic Monthly* 176 (1945), H. 1, S. 101–108; eine digitale Fassung ist unter der Adresse <http://astroww.phys.uvic.ca/a200/aswemaythink.html> erhältlich.

<sup>5</sup> Bush dachte damals – unter dem Eindruck der technischen Erfindungen des Zweiten Weltkrieges – primär an Mikrofilmtechnik.

müsse aber das Wissen von konventionellen Publikationsformen gelöst werden. Wissen müsse die Grenzen der herkömmlichen Publikationsformen überschreiten und inhaltlich Zusammengehöriges hypertextuell verknüpft werden.

Dieser Text von Vannevar Bush blieb lange Utopie, obwohl es kontinuierlich Ansätze zur Hypertext-Realisierung<sup>6</sup> gegeben hat. Erst den Physikern im Genfer Kernforschungszentrum CERN gelang der Durchbruch. Tim Berners-Lee entwickelte auf Telnet-Basis<sup>7</sup> den ersten Hypertext im Internet und nannte ihn WorldWideWeb. Die Verbreitung und Popularisierung gelang, als die zeichen-orientierte Fassung durch eine grafik-orientierte Fassung ersetzt wurde und vom National Center for Supercomputing Applications (NCSA) der erste sogenannte Browser, Mosaic für Microsoft-Windows, entwickelt wurde. Da das Schreiben und Publizieren von Informationen und Texten im HTML-Format (HyperTextMarkupLanguage) für diese Browser immer leichter wurde, hat sich auch das Angebot exponential erweitert. Heute kann jeder Historiker, der Zugriff auf einen Internet-Server<sup>8</sup> hat und über entsprechendes Know-how verfügt, Informationen weltweit publizieren<sup>9</sup>. Wieweit die globale, hypertextuelle und digitale Vernetzung historisch relevanter Quellen und Wissensbestände im Internet fortgeschritten ist und welche Qualität sie hat, soll im folgenden dargestellt werden.

### *E-mail*

Der erste und wichtigste Vorteil von Internet ist die Möglichkeit der Kommunikation via digitalem Brief (E-mail). Jeder Angehörige einer deutschen Hochschule, Wissenschaftler oder Student, hat das Recht, vom Deutschen Forschungsnetz (DFN, welches von der DFG verwaltet wird) durch seine Hochschule einen kostenlosen E-mail Zugang zu erhalten<sup>10</sup>. Wie in einem normalen Brief gibt es das Verhältnis Absender – Empfänger (1:1). Gegenüber Brief und Fax bietet aber E-mail den Vorteil der Schnelligkeit und die Möglichkeit zur Weiterverarbeitung. Die Übertragung einer E-mail von einem Absender zum Empfänger irgendwo in der Welt dauert normalerweise nur wenige Sekunden bis Minuten. Für Forschungsprojekte, an denen mehrere Personen an verschiedenen Orten

<sup>6</sup> Zur Geschichte der Hypertext-Realisierung vgl. z. B. Tony Cawkell; From Memex to MediaMaker, in: *The Electronic Library* 7 (1989), H. 5, S. 278–286.

<sup>7</sup> Telnet als Terminalemulationsprogramm im Internet ermöglicht es, den eigenen Computer so zu „emulieren“, daß er sich so verhält wie der ferne Computer. Damit sind Kenntnisse des fernen Computers und seine Programme nötig. Das ursprüngliche WWW ist zu konsultieren unter [telnet://info.cern.ch](http://telnet://info.cern.ch).

<sup>8</sup> Internet-Server sind leistungsstarke Computer, die im Internet mit einer eigenen Adresse registriert sind und Informationen im Internet speichern. Von dem Server-Verwalter zugelassene Personen können dort in eigener Verantwortung Informationen in das Internet einspeichern.

<sup>9</sup> Vgl. Stanley Roemaat, Hypertext als middel van kennisrepresentatie voor historici, in: *Cahiers, Vereniging voor Geschiedenis en Informatica* 7 (1994), S. 106–118; Andrew McMichael u. a., *Historians and the Web: A beginner's Guide*, in: *Perspectives of the American Historical Association*, Dec. 1995 (<http://web.gmu.edu/chnm/beginner.html>); Alex Gibson, *WWW and the Internet: new horizons for historical discourse*, in: *History and Computing* 7 (1995), H. 2, S. 13–21 ([http://www.ex.ac.uk/~ajgibson/papers/www\\_and\\_history.html](http://www.ex.ac.uk/~ajgibson/papers/www_and_history.html)); *WWW Sites for Historians* (<http://www.uc.edu/www/history/compl2.html>).

<sup>10</sup> Die Internet-Nutzung ist für Mitglieder deutscher Hochschulen kostenfrei. Die Internet-Kosten werden bisher von den Hochschulen als Jahrespauschale an das DFN gezahlt.

beteiligt sind, kann der Einsatz von E-mail eine erhebliche Zeitersparnis einbringen. Da die E-mail als Textdatei vorliegt, kann sie in der Textverarbeitung weiterverarbeitet werden.

E-mail im Internet bietet aber auch die Möglichkeit der Kommunikation zwischen einem Absender und einer großen Zahl von Empfängern (1:n). Die sogenannten „Diskussionslisten“ ermöglichen die Kommunikation zwischen mehreren Personen, die sich für ein Thema interessieren. Diese lassen einfach ihre E-mail Adresse in eine Liste eintragen und abonnieren so alle E-mails, die an diese Liste geschickt werden. Wenn ein Gruppenmitglied eine E-mail an diese Diskussionsliste schickt, bekommen alle Gruppenmitglieder diese Nachricht in ihren elektronischen Briefkasten: so ist gewährleistet, daß mit minimalem Aufwand eine sehr große Zahl von Personen erreicht werden kann.

Für Historiker sind die wichtigsten Diskussionslisten im History-Network (H-NET)<sup>11</sup> zusammengefaßt. H-NET begann 1991 als loser Zusammenschluß von E-mail nutzenden Historikern. Zur Zeit umfaßt H-NET mehr als 70 Diskussionslisten zu Themen der Geschichte. Für deutsche Historiker können wichtig sein: H-REVIEW (H-NET book reviews), H-GERMAN (German history), H-URBAN (urban history), H-HOLOCAUST (Holocaust studies), H-ANTIS (antisemitism), H-JUDAIC (Judaic, Jewish history), H-DEMOG (demographic history), H-DIPLO (diplomatic history), H-WOMEN (women's history), HABSBURG (Austro-Hungarian Empire), wie selbstverständlich auch H-FRANCE (French History), H-ITALY (Italian history and culture), H-RUSSIA (Russian history), H-AFRICA (African history), H-ASIA (Asian studies and history). Für Interessenten im Bereich Geschichte und Computer können die Diskussionsforen H-MEDIA (high tech teaching; multimedia; cd-rom), H-TEACH (teaching college history) und DATABASES (design and management of historical databases) wichtig sein. Weitere Diskussionslisten sind in H-NET in Vorbereitung. In den H-NET Diskussionslisten sorgen „Moderatoren“ für die Qualität. In den Beiträgen (täglich bis zu 20) werden Tagungen angekündigt, Call for Papers verteilt, Projekte vorgestellt, Vorlesungsverzeichnisse verteilt, Seminarprogramme vorgestellt, freie Stellen ausgeschrieben, es wird Literatur diskutiert, auf Software, CD-ROMs und neue Internetadressen hingewiesen und vieles mehr. Ein vollständiges Verzeichnis aller Diskussionslisten mit Beschreibung der Zugangsmodalitäten ist unter <http://h-net.msu.edu/about/hists-html> zu erreichen. Nach wie vor dominieren amerikanische und kanadische Historiker diese Diskussionen. Das Abonnement jeder Liste ist kostenlos.

### Newsgroups

Im Unterschied zu den moderierten und damit auch kontrollierten Diskussionslisten sind die Newsgroups digitale Schwarze Bretter, an die jeder Interessent von ihm für wichtig erachtete Information in Form einer E-mail hinterlegt. Im Unterschied zu den Diskussionslisten muß der Empfänger/Leser die Newsgroup regelmäßig konsultieren und nach neuen E-mails schauen, während er über die Diskussionsliste jede neue E-mail automatisch in sein Postfach bekommt. Für Historiker wichtige Newsgroups finden sich größ-

<sup>11</sup> „The History Network is an international collaborative effort by academic historians, graduate students and undergraduate interested in history to maximize the potential of Bitnet and Internet“ (E-mail von Ronald A. Spaeth, „Official Introduction of the History Network“, 24.2.1993).

tenteils in der Kategorie alt.soc oder soc. Wichtigste Newsgroup ist soc.history. Darüber hinaus können bit.listserv.history, soc.history.living, soc.history.moderated, soc.genealogy.german und soc.culture.nordic konsultiert werden.

Auf E-mail basierende Internetdienste sind auch heute noch der Kern des Internet. Die direkte Kommunikation<sup>12</sup> zwischen Gleichgesinnten, auch wenn sie geographisch sehr weit auseinanderliegen, hat die Nutzung von Internet populär gemacht<sup>13</sup>. Den Durchbruch hat aber das Informationsangebot im WorldWideWeb gebracht. Im folgenden können nur einige wenige Dienste und Adressen vorgestellt werden, die für die Arbeit des Historikers im Internet sinnvoll zu nutzen sind und gegenwärtig – im Frühjahr 1996 – unter der jeweiligen Adresse aktuell sind.

### *Bibliothekskataloge*

Die Bibliothekare waren eine der ersten Berufsgruppen in Deutschland, die die Relevanz des Internet erkannt haben. „Internet und WorldWideWeb lassen sich aus dem bibliothekarischen Alltag nicht mehr verdrängen“<sup>14</sup>. Bibliotheken haben frühzeitig angefangen, ihre OPACs (Online Public Access Catalogues) im Internet anzubieten. Die ersten Kataloge mußten mühevoll mit dem Internetprogramm Telnet konsultiert werden. Da der Benutzer spezielle Kenntnisse der Retrievalsprache des jeweiligen Bibliothekskatalogs haben mußte, war dies keine befriedigende Lösung. Heute haben bereits die meisten Bibliotheken ihre Kataloge auf ein komfortables WWW-Rechercheformular umgestellt. Der Benutzer kann sehr einfach und graphisch unterstützt relativ komplexe Rechercheformulierungen absenden.

Verzeichnisse von deutschen Bibliothekskatalogen im Internet finden sich als „Deutsche Bibliotheken online“ am HBZ in Köln<sup>15</sup> wie als „Bücher, Bibliotheken, Berichte“ an der Universität Hannover<sup>16</sup>.

Wird man bei der Suche in der lokalen Bibliothek nicht fündig, kann die Suche in regionalen Verbundkatalogen fortgesetzt werden: in Nordrhein-Westfalen bietet das Hochschulbibliothekszentrum in Köln den Katalog (HBZ-NRW) an. Die südwestdeutschen Bibliotheken haben sich zum SWB zusammengeschlossen<sup>17</sup>. Weitere Verbundkataloge sind der Bibliotheksverbund Bayern, der Katalog Berlin-Brandenburg, das Hessische Bibliotheksinformationssystem (HEBIS), der Katalog des Nordverbundes wie der Katalog Sachsen-Anhalt. Die Adressen finden sich auf der Seite (<http://www.geog.uni-hannover.de/Verbundkataloge.html#Verbund>).

<sup>12</sup> Im Internet gibt es auch die Möglichkeit des direkten on-line Gesprächs (sog. chat). Zwei und mehr Personen teilen sich einen Bildschirm und geben direkt ihre Mitteilungen über die Tastatur ein.

<sup>13</sup> Durch den Aufbau von Stadtinformationssystemen im Internet wird sich dies in Zukunft ändern: als Informationssystem der Stadt für den Bürger wie auch durch die Kommunikation der Bürger einer Stadt, eines Stadtteils, einer Straße, wird die nahe Information und Kommunikation verbessert werden.

<sup>14</sup> Uta Grothkopf, Die Homepage als Visitenkarte. Bibliotheksangebote auf dem WorldWideWeb am Beispiel einer Spezialbibliothek, in: Bibliotheksdienst 29 (1995), H. 1, S. 1811–1819.

<sup>15</sup> <http://www.hbz-nrw.de/hbz/germlst.html>.

<sup>16</sup> <http://www.laum.uni-hannover/bibliotheken/bibliotheken.html>.

<sup>17</sup> <http://www.uni-konstanz.de/ZE/Bib/swb/swb.html>.

Für den Historiker ist es nicht überraschend, daß Deutschland als föderalistischer Staat über keine Nationalbibliothek und damit auch über keinen nationalen Katalog verfügt. Ein gewisser Ersatz ist für Monographien der sogenannte „Verbundkatalog '94“, der in Berlin vom Deutschen Bibliotheksinstitut (DBI) publiziert wird. Leider kann dieser Katalog bisher nur via Telnet konsultiert werden<sup>18</sup>. Damit sind Grundkenntnisse in der verwendeten Retrievalsprache „GRIPS/DIRS“ notwendig. Einige europäische Nationalbibliotheken haben sich im Projekt „Gabriel“<sup>19</sup> zusammengeschlossen. Die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main ist in diesem Projekt auch vertreten. Die DB bietet nur allgemeine Informationen, keinen Katalog, an.

Im Internet ist selbstverständlich auch der Zugriff auf ausländische Bibliothekskataloge möglich: Die größte Bibliothek der Welt, die Library of Congress<sup>20</sup>, ist schon lange im Internet präsent. Das aktuelle Informationsangebot – wie die Online-Ausstellungen<sup>21</sup> – sind hervorragend im WWW realisiert. Allerdings ist für Katalogrecherchen an der LOC auch Telnet zu bemühen, und es ist daher eine relativ umfangreiche Vorbereitung nötig. Die British Library<sup>22</sup> ist im Internet ebenfalls präsent. Seit der Thatcher-Administration ist der Dienstleistungssektor im UK kommerzialisiert worden. Ein kostenfreier Zugriff auf die Kataloge der BL ist daher nicht möglich. Dies gilt leider auch für das bedeutendste Nachschlagewerk der Welt, die Encyclopaedia Britannica<sup>23</sup>.

Von den großen europäischen Nationalbibliotheken ist die Bibliothèque Nationale<sup>24</sup> eine der letzten, die sich im Internet präsentiert hat. Ein Zugriff auf den Katalog ist auch hier über Telnet möglich. Über den Stand der französischen Bibliotheken und Bibliothekskataloge im Internet informiert monatlich Jack Kessler mit „FYI France e-newsletter“<sup>25</sup>.

Die Bibliothekare sind eine der ganz wenigen Berufsgruppen in Deutschland, die für ihren Beruf eine Utopie formuliert haben: sie wollen die „Virtual Library“ realisieren. Sie haben erkannt, daß ihr traditionelles Informationsangebot, die Titelaufnahme als referentielle Information, nicht ausreicht. Der Verweis von der Bibliothekssignatur auf den (Voll-)Text im Bücherregal ist weder benutzerfreundlich, noch in den Zeiten teurer Publikationen uneingeschränkt zu vertreten. Im Internet können Bücher und Zeitschriften als Volltext hinterlegt werden<sup>26</sup> und die Beschaffung von nicht am Ort vorhandener Literatur kann nicht nur durch die Fernleihe, sondern schnell durch Document Delivery Services<sup>27</sup> erfolgen.

<sup>18</sup> telnet://dbi.x29-gw.dfn.de; das DBI ist unter <http://www.dbi-berlin.de/homepage.htm> zu erreichen. Über diese Seite ist auch eine hilfreiche Einführung in die Telnet-Recherche zu konsultieren.

<sup>19</sup> <http://konbib.nl/gabriel>.

<sup>20</sup> <http://www.loc.gov>.

<sup>21</sup> Die Thematik der digitalen Online-Ausstellungen im Internet kann hier nicht vertieft werden. Verweise sind zu finden unter <http://riceinfo.rice.edu/Exhibits>.

<sup>22</sup> Die Adresse von „PORTICO - online information about the British Library“ ist <http://portico-bl.uk>.

<sup>23</sup> (<http://www.eb.com>) Für Interessenten ist ein siebentägiger kostenloser Zugang möglich.

<sup>24</sup> <http://www.bnf.fr>.

<sup>25</sup> Die Zeitschrift kann per E-mail abonniert werden (E-mail: [kessler@well.sf.ca.us](mailto:kessler@well.sf.ca.us)). Das Archiv liegt auf einem Server in den USA (<http://infolib.berkeley.edu>).

<sup>26</sup> Weltweit die Vorreiterrolle im Aufbau digitaler Bibliotheken hat die „Lund University Electronic Library“ (<http://muin.ub2.lu.se/ub2.html>).

<sup>27</sup> Die Bestellung wird per E-mail verschickt, und der gewünschte Aufsatz kommt innerhalb von 24 bis 48 Stunden ebenfalls per E-mail in das eigene Postfach. Ein Verbund von nordrhein-westfälischen

*Textarchive*

„Project Gutenberg“<sup>28</sup> ist das weltweit bekannteste und größte Textarchiv. Der Gründer, Michael Hart – Professor für Electronic Texts –, möchte eine ähnliche Revolution einleiten wie Johannes Gutenberg: wie Gutenberg die Kosten für gedruckte Publikationen senkte und diese so weiten Bevölkerungsschichten zugänglich machte, möchte Hart durch die Digitalisierung der Weltliteratur jeden Text für den Preis von einem Cent zugänglich machen. Seit 1971 arbeitet Hart, mit vielen Helfern in der ganzen Welt, an der Realisierung dieser Utopie. Im „Project Gutenberg“ sind heute bereits mehr als 300 Texte deponiert. Bis zum Jahr 2001 sollen es mindestens 10 000 Texte sein. Da dies primär ein literarisch orientiertes Textarchiv ist, findet der Historiker dort nur eine begrenzte Auswahl von Quellen.

In „Wiretap“<sup>29</sup> dagegen sind Texte und Statistiken der amerikanischen Regierung, Texte aus der aktuellen Politik und Verfassungen fast aller Länder zu finden. Weitere wichtige Textarchive sind „CETH: Center for Electronic Texts in the Humanities“<sup>30</sup>, „Historical Text Archive“<sup>31</sup> und schließlich „Eurodocs: Primary Historical Documents From Western Europe“<sup>32</sup>.

Ein Suchinstrument für Textarchive ist „ALEX: A Catalogue of Electronic Texts on the Internet“<sup>33</sup>. Mit Alex – der Name spielt auf die legendäre Bibliothek von Alexandria an – können Texte aus vielen Textarchiven gefunden werden.

Das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim hat zum Zweck der linguistischen Datenverarbeitung Textkorpora aufgebaut und in der Datenbank COSMAS<sup>34</sup> zusammengeführt. COSMAS ist das größte deutschsprachige Textarchiv. Für Historiker, die die Wiedervereinigung untersuchen, können die Wendekorpora West und Ost von Interesse sein. Zugänglich ist in COSMAS auch die Marx-Engels Gesamtausgabe.

*E-Bücher und E-Zeitschriften*

Textarchive sammeln meist antiquarische Quellen und Informationen, die „out of copyright“ sind. Aktuelle Publikationen und Forschungsergebnisse werden neben den konventionellen Organen immer häufiger auch im Internet angeboten: Dies aber oft nicht nach der Publikation im Verlag, sondern schon im Vorfeld<sup>35</sup>. So kann im Kreis der Fach-

schen Bibliotheken betreibt seit dem Sommersemester 1995 mit JASON einen solchen Dienst (<http://www.ub.bielefeld.de/databases/jason>). Die Bestellung ist allerdings kostenpflichtig! Via JASON können direkt aus 70 000 laufenden Zeitschriften Artikel bestellt werden. In der darunterliegenden Datenbank JADE (Journals Articles Database) können aus 20 000 Zeitschriften ca. 5 Millionen Aufsätze recherchiert werden.

<sup>28</sup> <http://jg.cso.uiuc.edu/PG/welcome.html>.

<sup>29</sup> <http://www.spies.com>.

<sup>30</sup> <http://www.ceth.rutgers.edu>.

<sup>31</sup> <http://msstate.edu/Archives/History/index.html>.

<sup>32</sup> <http://www.lib.byu.edu/~rdh/eurodocs>. Dieses Textarchiv wird von Historikern an der Brigham Young University in Utah aufgebaut. Primärquellen zur deutschen Geschichte werden auch hier angeboten.

<sup>33</sup> <http://www.lib.ncsu.edu/stacks/alex-index.html>.

<sup>34</sup> <http://www.ids-mannheim.de/ldv/cosmas/corpora.html>.

<sup>35</sup> So ist z. B. der Text von Andrew McMichael u. a., „Historians and the Web: A beginner's Guide“



interessierten schon vorab der Beitrag diskutiert und die Qualität des Textes möglicherweise verbessert werden.

Zur Zeit gibt es im Internet sicher nicht weniger als fünfzig historisch relevante Zeitschriften. Ein Schwerpunkt liegt auf der Alten Geschichte und der Archäologie. Das Verzeichnis „Elektronische Zeitschriften in der Altertumswissenschaft“<sup>36</sup> weist allein 18 Titel nach. Für Mittelalter und Renaissance ist die Zeitschrift „Cahiers Élisabéthains: Late Medieval and Renaissance English Studies“<sup>37</sup> bereits einschlägig. Für die Zeitgeschichte haben die epochenübergreifenden Zeitschriften der American Historical Association „The American Historical Review“<sup>38</sup> und der Canadian Historical Association mit „The Canadian Journal of History“<sup>39</sup> international Maßstäbe gesetzt. Themen der deutschen Zeitgeschichte werden in „debatte: journal of contemporary german affairs“<sup>40</sup> besprochen. Allerdings ist hier ein Zugriff auf die Volltexte (noch) nicht möglich. Deutschsprachige Zeitschriften mit historischen Themen gibt es bisher im Internet nicht.

Die American Historical Association gibt auch als Rezensionsorgan die „History Reviews Online“<sup>41</sup> heraus, in denen aktuelle Publikationen der (amerikanischen) Geschichtswissenschaft besprochen werden. Rezensionen zu (meist englischsprachigen) Publikationen der Deutschen Geschichte werden (unregelmäßig) über das Diskussionsforum H-GERMAN per E-mail an die Abonnenten verteilt. Im WorldWideWeb Archiv von H-GERMAN<sup>42</sup> können diese Rezensionen auch von Nicht-Abonnenten eingesehen werden.

### Datenarchive

Datenarchive<sup>43</sup> haben von allen Institutionen in der Geschichtswissenschaft die längste Erfahrung im Umgang mit digitalen Quellen. Die Problematik der Digitalisierung ist mehrfach thematisiert worden<sup>44</sup>.

In Europa bietet das ESRC der University of Essex<sup>45</sup> den umfassendsten Zugang zu seinen Beständen. Das „Netherlands Historical Data Archive“ (NHDA) in

lange vor der Publikation im Dezember-Heft der „Perspectives der American Historical Association“ zugänglich (<http://web.gmu.edu/chnm/beginner.html>).

<sup>36</sup> <http://www.uni-konstanz.de/ZE/Bib/zs/zsant.html>.

<sup>37</sup> <http://serinf2.univ-montp3.fr/CERRA/Cont49.html>.

<sup>38</sup> <http://web.gmu.edu/chnm/aha>.

<sup>39</sup> <http://www.usak.ca/history/cjh>. Zu den einschlägigen Publikationen ist auch „Chronicon: an online journal of history“ (<http://www.ucc.ie/chronicon>) zu zählen.

<sup>40</sup> [http://sun1.bham.ac.uk/minnerhg/2\\_1995.html](http://sun1.bham.ac.uk/minnerhg/2_1995.html).

<sup>41</sup> Das Inhaltsverzeichnis der letzten Ausgabe ist unter <http://www.uc.edu/www/history/infall95.html> zugänglich.

<sup>42</sup> Das Diskussionsforum hat im WorldWideWeb eine eigene Seite: „H-GERMAN Homepage: Serving Historians of Germany around the World“ (<http://h-net.msu.edu/~german/>). Neben den Rezensionen sind über diese Seite auch einige primäre Quellen zur deutschen Geschichte zugänglich.

<sup>43</sup> Ein Verzeichnis von Datenarchiven im Internet bietet <http://www.uib.no/nsd/diverse/uteland.html>.

<sup>44</sup> Das Bundesarchiv ist intensiv mit Bearbeitung digitaler Archivbestände beschäftigt. Vgl. Michael Wettengel, Archivierung maschinenlesbarer Datenbestände im Bundesarchiv, in: *Historical Social Research* 20 (1995), H. 4, S. 123–127.

<sup>45</sup> Die „History Data Unit“ des „Economic and Social Research Council Data Archive“ (ESRC) an

Groningen<sup>46</sup> will – wie das ESRC – in der Forschung produzierte digitale Daten archivieren, dokumentieren und für die weitere Forschung lesbar bereit halten. Das NHDA bietet einen relativ guten Zugang zu seinen Katalogen und (ausgewählten) Datenbeständen. Für Fragen und Probleme im Bereich des OCR-Scannens, der Produktion historischer CD-ROMs und der Forschung in „History and Computing“ ist in den Niederlanden das NHDA das kompetente Dokumentationszentrum.

Für Deutschland ist das „Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung“ (ZA) in Köln für die Archivierung und Nutzbarmachung digitaler Quellen zuständig. Es bietet aber zur Zeit im Internet nur allgemeine Informationen über sich selbst an. Ein Online-Katalog der Bestände ist nicht verfügbar, ebensowenig der direkte Zugang zu Daten und Volltexten<sup>47</sup>. Auch hat sich in Deutschland bei Historikern, die digitale Daten und Materialien produzieren, noch kein angemessenes Bewußtsein für den – auch ökonomischen – Wert ihrer Daten eingestellt. Auch die Bereitschaft, diese Daten für Sekundärforschungen einer zentralen Stelle, etwa dem ZA, zur Verfügung zu stellen, fehlt. Daher ist das Datenmaterial des ZA nur eine kleine Auswahl der Daten, die in diesem Bereich in Deutschland wirklich entstehen und entstanden sind.

### *Bildarchive*

Online-Bild- und Photoarchive können im Internet erst seit kurzer Zeit, seit dem Durchbruch von WorldWideWeb, angeboten werden. Für Mediävisten stehen umfangreiche Bild- und Faksimilesammlungen zur Verfügung. Eines der ehrgeizigsten Projekte im Internet wird von der Bibliothek und dem Archiv des Vatikans durchgeführt: alle Bestände sollen bis zur Jahrtausendwende digitalisiert werden. Bereits jetzt können dort mehr als 1000 Bilder und Faksimiles von Handschriften eingesehen werden und auf den eigenen PC geladen werden<sup>48</sup>. Mittelalterliche Handschriften werden auch von der Bodleian Library der University of Oxford<sup>49</sup> angeboten. In Deutschland hat die Württembergische Landesbibliothek einige ihrer Schätze<sup>50</sup> im Internet präsentiert. Im Rahmen eines Projekts an der Rijksuniversiteit Groningen sind niederländische Karten des 16. und 17. Jahrhunderts<sup>51</sup> im Internet dokumentiert worden. Historisch relevante Photoarchive – so zum amerikanischen Bürgerkrieg<sup>52</sup> – sind für die amerikanische Geschichte aufgebaut worden.

---

der University of Sussex ist mit der Adresse <http://dawwww.essex.ac.uk> zu erreichen. ESRC kann als eines der am besten organisierten Datenarchive in Europa gelten. Es werden nicht nur historische Daten aus allen Epochen Europas gesammelt, nicht-numerische und numerische, sondern diese auch immer auf dem neuesten Stand der Technik gehalten, so daß sie immer computer-lesbar bleiben. ESRC bietet auch den umfassendsten Zugriff auf Kataloge und Daten via Internet: mit BIRON (The Archive's Online Catalogue and Subject Index), mit HASSET (Archive's Thesaurus) und mit dem Internet-Suchinstrument WAIS.

<sup>46</sup> <http://oasis.leidenuniv.nl/nhda/nhda-welcome-nl.html>.

<sup>47</sup> <http://www.social-science-geis.de/za/index.html>.

<sup>48</sup> <http://www.christusrex.org>.

<sup>49</sup> <http://rsl.ox.ac.uk/imacat.html>.

<sup>50</sup> <http://www.uni-stuttgart.de/UNIUser/wbinfo/fuerst-ico.html>.

<sup>51</sup> <http://grid.let.rug.nl/~welling/maps/maps.html>.

<sup>52</sup> <http://gopher.nara.gov/dvis/still/civwar.html> (NARA (National Archives and Record Administration) stellt das Quellenmaterial zur Verfügung).

### Sammlungen und Projekte

Die im folgenden vorzustellenden Sammlungen und Projekte zu Themen der Geschichte haben teilweise eine feste institutionelle Absicherung (z. B. an einer Universität), teilweise werden sie von engagierten Personen produziert.

Für die Antike ist im Internet (und auf CD-ROM) das Projekt Perseus<sup>53</sup> die vorbildliche Anwendung. Perseus ist überhaupt das älteste historisch relevante Projekt, welches hypertextuelle und multimediale Konzepte realisiert. Die vollständige Version von Perseus ist nur auf CD-ROM erhältlich. Perseus umfasst auf der CD-ROM die kompletten Werke von mehr als 30 antiken Autoren (von Aristoteles bis Xenophon) in englischer Übersetzung, 24 000 Bilder zu den Themen Architektur, Skulpturen, Münzen und Vasen, erläuternde und beschreibende Texte, einen Atlas mit schematischen, topographischen Karten sowie Satellitenaufnahmen, Sekundärliteratur, Wörterbücher und Lexika. Das Material ist hypertextuell erschlossen. Von diesem Korpus sind im Internet weniger als 50 Prozent zugänglich. – Eine weitere wichtige Quelle der Antike, die Bibel<sup>54</sup>, ist in verschiedenen Übersetzungen und Sprachen zugänglich.

Für das Mittelalter sind neben den bereits erwähnten Beständen des Vatikans die Sammlungen „Labyrinth“<sup>55</sup>, „DScriptorium“<sup>56</sup> und der Zugriff auf gregorianische Musik<sup>57</sup> zu erwähnen.

Was Perseus für die Antike, ist ARTFL<sup>58</sup> für die Frühe Neuzeit. Die französischen Archive und Bibliotheken haben Kopien aus ihren umfangreichen Beständen nach Nordamerika gegeben, um dort die Forschung zur französischen Geschichte, Kultur, Gesellschaft und Mentalität zu fördern. Das Material gelangte an die University of Chicago. Dort werden im Rahmen von „Project for American and French Research on the Treasury of the French Language“ (ARTFL) umfangreiche Datenbanken, Textarchive, Bilddatenbanken und Bibliographien aufgebaut. Wie am ESRC in Essex wird auch in Chicago das Quellenmaterial durch umfangreiche und intelligente Suchsysteme erschlossen. Zu diesem aufwendigen und teuren Projekt hat sich ein Konsortium von amerikanischen und kanadischen Universitäten zusammengeschlossen. Nur Mitglieder dieser Universitäten haben einen vollen Zugang zu den Beständen von ARTFL. Wissenschaftler aus Übersee und Europa müssen sich an die Originaldatenbank FRANTEXT in Frankreich wenden, die online nicht direkt zugänglich ist. Als sprachanalytische Datenbank ist sie mit der Erschließungstiefe und -breite von ARTFL nicht zu vergleichen.

Für die deutsche Frühe Neuzeit ist die Reformationsepoche von besonderer Bedeutung. Texte zu Martin Luther und der Reformationsbewegung sind im „Project Wittenberg“<sup>59</sup> zugänglich. Dieses Projekt wurde von amerikanischen Historikern initiiert, die

<sup>53</sup> <http://www.perseus.tufts.edu>.

<sup>54</sup> Eine deutsche Übersetzung, die „Elberfelder Bibel“, ist unter <http://www.isi.ee.ethz.ch/~stettbac/Elberfelder/> zugänglich. Von der erwähnten Homepage des Vatikans (vgl. Anm. 48) wird auch auf die lateinische Vulgata und fremdsprachige Übersetzungen verwiesen.

<sup>55</sup> <http://www.georgetown.edu/labyrinth/labyrinth-home.html>.

<sup>56</sup> <http://acsl.byu.edu/~hurlbutj/dSCRIPTORIUM/dSCRIPTORIUM.html>.

<sup>57</sup> [gopher://vmgopher.cua.edu](http://gopher://vmgopher.cua.edu).

<sup>58</sup> <http://humanities.uchicago.edu/ARTFL/ARTFL.html>.

<sup>59</sup> <http://www.iclnet.org/pub/resources/text/wittenberg/wittenberg-home.html>.

es wie folgt begründen: „Project Wittenberg is an ad hoc group of individuals dedicated to posting on the internet a cross-section of classic and historic texts written by Lutherans. The Project arose from the frustration felt by these librarians, archivists, scholars, pastors and others. A thorough search of the internet yielded few works by even Martin Luther, founder of Lutheranism, translator of the Bible, shaper of the German language, and a catalyst in the events that shaped the formation of modern western civilisation.“ Die Peinlichkeit, daß die deutsche Geschichtswissenschaft diese Texte im Internet nicht anbieten kann, dauert an. Die sich selbst so nennenden „Lutherstädte“ haben sich im Internet zusammengeschlossen<sup>60</sup>, und die „Lutherhalle“, als größtes reformationsgeschichtliches Museum, hat eine eigene Homepage<sup>61</sup> eingerichtet. Die Lutherhalle plant in Zusammenarbeit mit der Computerfirma IBM das Projekt „Luther digital“, in dem das Gesamtwerk Luthers digitalisiert werden soll. Aber eine Präsenz im Internet ist bisher nicht geplant.

Für die Zeitgeschichte seit 1918 laufen im Internet Projekte zum Ersten Weltkrieg<sup>62</sup>, zur Russischen Revolution<sup>63</sup>, zum Zweiten Weltkrieg<sup>64</sup>, zum Nationalsozialismus und zum Holocaust. In den von Amerikanern aufgebauten Ressourcen zur deutschen Geschichte dominieren eindeutig die zeitgeschichtlichen Themen Nationalsozialismus und Holocaust. Das Informationsangebot nutzt alle Internetdienste: die Diskussionen der Newsgroups werden im „The Holocaust Archive“<sup>65</sup> zusammengefaßt. Die Diskussionsliste H-NET (HOLOCAUST) bietet alle Diskussionsbeiträge<sup>66</sup> an. Das US Holocaust Memorial Museum in Washington<sup>67</sup> bietet Archiv-Information wie Musik aus den Konzentrationslagern an. WWW-Projekte wie „The Cybrary of the Holocaust“<sup>68</sup> wollen umfassend über den Holocaust dokumentieren und Universitätskurse wie „The Holocaust in Historical Context“<sup>69</sup> dieses Thema der deutschen Geschichte amerikanischen Studenten vermitteln.

#### *Aktuelle politische Informationen*

Aktuelle politische Information wird in Deutschland bereits von vielen Parteien und Institutionen angeboten. Von den im deutschen Bundestag vertretenen Parteien waren Bündnis '90/DIE GRÜNEN<sup>70</sup> die ersten, die sich im WorldWideWeb präsentierten. Es folgten SPD<sup>71</sup>, CDU<sup>72</sup>, FDP (<http://www.libera.de>) und PDS (<http://ourworld.compu->

<sup>60</sup> <http://www.luther.de>.

<sup>61</sup> <http://www.luther.de/lutherhalle>.

<sup>62</sup> <http://info.ox.ac.uk/departments/humanities/rose/chron.html>.

<sup>63</sup> Chadwyck-Healy Ltd. publiziert in Kooperation mit der russischen Archivverwaltung (Rosarchiv) Materialien aus dem Parteiarchiv (RCChIDNI) der KPdSU (<http://www.chadwyck.co.uk/mfcat/mf212.html>).

<sup>64</sup> <http://http://www.vuw.ac.nz/~m67wcv10/home.htm>.

<sup>65</sup> <http://www.jerl.co.il/gate/resource/hol2.html>.

<sup>66</sup> <http://h-net.msu.edu/~holoweb>.

<sup>67</sup> <http://www.ushmm.org>.

<sup>68</sup> <http://remember.org>. Die Cybrary (Kunstwort aus Cyber und Library) enthält Daten und Fakten, Berichte und Dokumentationen der Überlebenden sowie historische Texte und Einordnungen.

<sup>69</sup> Z. B.: <http://www.dsu.nodak.edu/course/artscience/socbehav/holocau.html>.

<sup>70</sup> <http://www.hrz.uni-oldenburg.de:81/~oliver/bg/bgindex.html>.

<sup>71</sup> <http://www.spd.de>.

<sup>72</sup> <http://www.cdu.de>.

serve.com:80/homepages/PDSPV). Die PDS ist bislang die einzige Partei, deren Bundestagsabgeordnete alle via E-mail erreichbar sind.

Die Internet-Informationen von Bündnis '90/DIE GRÜNEN sind keine „offiziellen“ Mitteilungen, sondern werden von einer sympathisierenden Privatperson zu Zwecken von Forschung und Lehre publiziert. Die SPD-Informationen hat Oskar Lafontaine abgezeichnet, und sie bieten einen relativ guten Einblick in die Parteiarbeit mit Hinweisen auf aktuelle Texte. Dagegen unterstützt das CDU-Angebot im Internet nur die tagesaktuelle politische Auseinandersetzung.

Der Deutsche Bundestag<sup>73</sup> bietet seit dem 31. Januar 1996 aktuelle Informationen wie Pressemeldungen, Tagesordnungen und Protokolle an. In einer Datenbank kann der Bürger den Abgeordneten finden, der in seinem Wahlkreis gewählt wurde. Zur Zeit sind nur 34 Bundestagsabgeordnete via E-mail zu erreichen. Wenige Abgeordnete aus allen Parteien berichten im Rahmen eines Pilotprojektes über ihre Arbeit und ermöglichen eine direkte Kommunikation. Dort wird auch die Parlamentskorrespondenz wib (Woche im Bundestag) im Volltext angeboten<sup>74</sup>.

Der Baden-Württembergische Landtag bietet allgemeine Informationen über sich und seine Arbeit an wie z. B. Wahlergebnisse in verschiedenen Analysestufen<sup>75</sup>. Eine Darstellung über den Bayerischen Landtag ist unter <http://www.bayern.de/Politik/Parlament/parlament.html> zugänglich. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen will im ersten Halbjahr 1996 im Internet ein umfangreiches Angebot anbieten.

Auf europäischer Ebene bietet die EU-Kommission die „Europa Homepage“<sup>76</sup> mit zahlreichen Verweisen wie Informationen über die eigene Arbeit an. Osteuropa ist auch im Internet präsent: „REESWeb: Russian and East European Studies“<sup>77</sup>. Weltweit bieten die UN<sup>78</sup> und ihre Unterorganisationen aktuelle Informationen im WorldWideWeb an.

Für politische Information ist der „Marketplace of Political Ideas“, mit Verweisen zu allen Parteien und Institutionen der amerikanischen Politik<sup>79</sup>, die zentrale Adresse wie der „Almanac of American Politics“<sup>80</sup>. Es ist nicht überraschend, daß der Kongreß die Maßstäbe für parlamentarische und politische Information mit dem Projekt „Thomas: Legislative Information on the Internet“<sup>81</sup> setzt. Die Parlamentspapiere (bills and proceedings) der aktuellen 104. Session wie die Parlamentaria der abgeschlossenen Session sind weltweit mit einer hohen Erschließungstiefe zu konsultieren. Der Volltext der Parlamentaria kann recherchiert werden nach Schlagwort, Nummer, „subject index“, Ausschuß, Abgeordneten und beschlossenen Gesetzen.

<sup>73</sup> <http://www.bundestag.de>.

<sup>74</sup> <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/mdb-projekt/index.html>.

<sup>75</sup> <http://www.mannheim.de/landtag/landtag.html>.

<sup>76</sup> <http://www.cec.lu>.

<sup>77</sup> <http://www.pitt.edu/~cjp/rees.html>.

<sup>78</sup> <http://www.undcp.or.at/unlinks.html>.

<sup>79</sup> <http://info.lib.uh.edu/politics/markind.html>.

<sup>80</sup> <http://politicsusa.com/PoliticsUSA/resources/almanac>.

<sup>81</sup> <http://thomas.loc.gov>. Der Name „Thomas“ ist eine Anspielung auf den US-Präsidenten Thomas Jefferson.

*Direkte Suche*

Abschließend sollen noch die Möglichkeiten der gezielten Informationssuche im Internet vorgestellt werden: für Historiker gibt es im Internet einige wenige Navigationsstellen, die primär bei Informationsrecherchen konsultiert werden können.

In der Heimat des WorldWideWeb, am CERN, sind die weltweiten Internetressourcen thematisch in sogenannte „subject trees“ zusammengefaßt und verweisen auf weltweite Ressourcen. Der „history tree“ verweist einerseits auf H-SOURCES der University of Kansas, das weltweit umfassendste Verzeichnis<sup>82</sup>, und „Deutsche Datenquellen“, Abteilung Geschichte<sup>83</sup>. Ein anderer – und oftmals aktuellerer – „history tree“ wird von Yahoo, einem intelligenten Internet-Suchsystem, auf der Seite <http://www.yahoo.com/Arts/Humanities/History> angeboten.

In Deutschland wird bereits seit der Zeit des Internet-Dienstes Gopher, einem Vorläufer von WWW, von der Universität Karlsruhe der Abschnitt Geschichte der „Deutschen Datenquellen“ betreut. Der dort gewählte Ansatz ist umfassend, da das Material auch inhaltlich klassifiziert wird. Gegenwärtig ist aber der Nachweis nicht mehr auf dem aktuellsten Stand. Nach dem Urteil vieler Nutzer ist momentan der Informationsdienst des Historischen Seminars der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit das Beste, was zur Zeit in Deutschland im Internet für Historiker angeboten wird<sup>84</sup>. Auf der Seite „Historische Informationsressourcen“ finden sich alle Verweise zu den in diesem Text angesprochenen Adressen. Im „Textarchiv“ ist dieser Aufsatz online zugänglich.

Allen diesen Nachweisen ist gemeinsam, daß sie nicht unbedingt alle historisch relevanten Ressourcen im Internet verzeichnen, da die Aktualisierung der WWW-Seiten jeweils manuell erfolgen muß. Eine weitgehend aktuelle Suche in dem Internet-Angebot kann über die sog. Search engines<sup>85</sup> erfolgen: ein Volltext-Retrieval über mehrere Millionen WWW-Seiten ist möglich. In der Search engine braucht nur ein Suchbegriff eingegeben werden, z. B. „Grundgesetz“. Die Search engine sucht aus allen ihr bekannten WWW-Seiten die Seiten heraus, in denen der Begriff „Grundgesetz“ vorkommt. Als Ergebnis wird die Liste der WWW-Seiten mit ihren Adressen und ein Abstract ausgegeben. Mit einem Mausclick gelangt man direkt zum Volltext des Grundgesetzes<sup>86</sup>.

*Bewertung und Ausblick*

Bei diesem kursorischen Überblick über die historisch relevanten Informationsangebote im Internet und im WorldWideWeb hat sich gezeigt: 1) E-Mail ist auch für Historiker eine Möglichkeit fachspezifischer Kommunikation; 2) das Angebot an historisch relevanten Ressourcen hat bereits einen erheblichen Umfang erreicht und sollte in der Forschung

<sup>82</sup> [http://kuhttp.cc.ukans.edu/history/WWW\\_history\\_main.html](http://kuhttp.cc.ukans.edu/history/WWW_history_main.html).

<sup>83</sup> <http://www.rz.uni-karlsruhe.de/Outerspace/VirtualLibrary>.

<sup>84</sup> <http://www.uni-duesseldorf.de/WWW/Geschichte/Welcome.html>.

<sup>85</sup> Die momentan leistungsfähigsten Search engines sind Altavista (<http://altavista.digital.com>) und Excite (<http://www.excite.com>); aber auch Yahoo (<http://www.yahoo.com>) und Lycos (<http://www.lycos.com>) können für die direkte Suche konsultiert werden.

<sup>86</sup> Es wurde die Textausgabe der Universität des Saarlandes ausgewählt (<http://www.jura.uni-sb.de/Gesetze/GG/gg.html>).

und Lehre für Recherchen konsultiert werden; 3) Umfang und Qualität der Geschichtsressourcen im Internet wechseln. Dies liegt auch daran, daß nicht immer eine institutionelle und professionelle Absicherung des WWW-Angebots erfolgt ist. Dies ist eine Konsequenz der Freiheit der Anfänge. In Zukunft sind die etablierten Qualitätskriterien (Zitierung<sup>87</sup>, Autopsie, Quellenkritik etc.) auf die neuen Medien zu übertragen. 4) Deutlich ist auch geworden, daß die deutsche Geschichtswissenschaft sich bisher im Internet wenig präsentiert. Jetzt schon besteht eine Abhängigkeit von amerikanischen Ressourcen für die deutsche Geschichte. Es ist sehr zu wünschen, daß deutsche Historiker und wissenschaftliche Institutionen sich stärker im Internet engagieren und das Netzwerk als Medium der Information und Kommunikation nutzen<sup>88</sup>. Nur so kann sich die Geschichtswissenschaft offensiv in die Diskussion und Nutzung neuer Medien einschalten. Denn: Wer zu spät kommt, muß sich mit dem zufrieden geben, was andere für ihn komponiert haben.

*Thomas A. Schröder*

<sup>87</sup> Dezierte Vorschläge von Melvin E. Page, „A Brief Citation Guide for Internet Sources in History and the Humanities“ ([http://www.uni-duesseldorf.de/WWW/Geschichte/\\_text/\\_zitate2.htm](http://www.uni-duesseldorf.de/WWW/Geschichte/_text/_zitate2.htm)).

<sup>88</sup> Vgl. dazu den Appell von Prof. Arthur E. Imhof von der FU Berlin, in: „Die nächste Generation wächst mit den neuen Technologien auf“ (<http://fub46.zedat.fu-berlin.de:8080/~aeimhoff/ppl.htm>).

## Abstracts

*Frank-Lotbar Kroll, History and Politics in Hitler's World Outlook.*

The first part of the article breaks down Hitler's concept of history into theoretical principles: the myth of so called Aryan *Kulturschöpfertum* and the corresponding myth of Jewish *Destruktionsstreben* both leading to the corollary that Jews and Aryans were involved in a *Rassenkampf*. Thus, because Aryans were a persecuted race, Hitler's messianic sense of the present, in terms of uplifting the Aryan race in the future, pervaded his concept of history. The article continues by discussing Hitler's assessment of history in relation to specific historical periods, events and figures. He was particularly interested in the Roman, British and German empires before 1806 and 1871 respectively, where history legitimized the extortion of power. Thus, Hitler found a means of justifying his imperious political ambitions as well as securing his own totalitarian claim to power.

*Horst Mühleisen, Paul von Hindenburg's Testament of May 11, 1934.*

Paul von Hindenburg's testament has been the subject of much speculation and countless misleading reports. The authorship of the document's controversial last section has never been fully established. Fact is that *Vizekanzler* von Papen wrote the preliminary version as well as the last paragraph, which begins with the words: „I thank providence ...“ He advised a monarchy be reinstated in Germany after Hindenburg's death. Hindenburg, in turn, lifted von Papen's recommendation and in a personal letter to Hitler, made the same recommendation. However, Hindenburg's political testament was not made public until thirteen days after his death. Apparently Hitler, Colonel von Hindenburg (the son) and von Papen had already privately agreed to forestall publication of the testament. The motivation for this intrigue was to ensure Paul von Hindenburg's proposal be part of the plebiscite to be held on August 19, 1934.

*Jean Solchany, From Anti-modernism to Anti-totalitarianism: Conservative Perspectives on National Socialism in Germany, 1945–1949.*

Immediately after the Second World War, when disarray and introspection prevailed in Germany, many intellectuals sought to understand the origins and nature of national socialism. Conservative thinkers also contemplated the past events and were unanimous in denouncing national socialism as one of the most devastating manifestations of modern civilisation. From this perspective, the ravages of an increasingly depersonalized and secularized mass society led the Germans into the arms of Hitler's „pseudo-religion“. This interpretation of national socialism came from a long established culture of anti-modernism. Yet, paradoxically, this view made equally possible the renewal of conservative political thinking in terms of



anti-totalitarianism. Thus, this change helped prepare the democratization of the conservative German elite.

*Franz-Josef Kos, The Show Trial of Dessau in April 1950.*

In February 1950, the *Politbüro* of the SED ordered the managers of the *Deutsche Continentale Gas Gesellschaft* be put on trial. The purpose of these proceedings was to legitimize the new state and to demonstrate three points, namely: 1. western imperialists were bent on destroying the GDR, 2. a good portion of former SPD members in the SED actually favored western *Sozialdemokratismus* and, thus, were enemies of the state, 3. specialists and managers in the manufacturing, banking and administrative sectors continued to adhere to the old system and had to be replaced by workers. Although instituted by the *Oberstes Gericht*, the proceedings had no legality whatsoever. Indeed, Fritz Lange (formerly president of the *Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle*), who led the prosecution, used the Moscow show trials of the thirties as a model. It was the first show trial in the history of the GDR.

*Hans Coppi, The Trepper Report of June 1943.*

In 1938, while residing in Belgium, Leopold Trepper, a Polish jew and communist, developed structural guidelines for an intelligence service operation in western Europe for the Soviet general staff. However, end of November 1942, Trepper was arrested in Paris. While in jail, he succeeded in filing a report on the arrests taking place and on the secret radio transmission going on between the Gestapo and Moscow. This report was passed on to an intermediary agent, who was a member of a communist resistance group. Eventually the information was received by a relay station in 1943 and given to Georgi Dimitroff. The document is published here for the first time. The introduction delineates the fanlike construct of intelligence and counterintelligence known as the *Rote Kapelle*. Based on the latest research, it offers new possibilities for interpretative analysis of this highly controversial grouping of European opposition to national socialism with its intelligence service affiliations. The article makes clear the conflicting situation Trepper was in while filing his report under arrest.

## MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Frank-Lotbar Kroll*, Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen (Institut für Geschichte, Kochstr. 4, 91054 Erlangen); veröffentlichte u. a. „Friedrich Wilhelm IV. und das Staatsdenken der deutschen Romantik“ (Berlin 1990), sowie zahlreiche Aufsätze zur Kunst- und Geschichtstheorie, und zur preußisch-deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert; edierte zusammen mit Manfred Nebelin „Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1952“ (2 Bde. München 1989/90). Seine Erlanger Habilitationsschrift „Utopie als Ideologie. Geschichtsbilder und Geschichtswelten des ‚Dritten Reiches‘“ erscheint 1997.

Dr. *Horst Mühleisen*, Archivar (Straßburger Allee 1, 54295 Trier); veröffentlichte u. a. „Kurt Freiherr v. Lersner. Diplomat im Umbruch der Zeiten 1918–1920. Eine Biographie“ (Göttingen/Zürich 1988), „Hellmuth Stieff. Briefe“ (als Herausgeber, Berlin 1991), „Bibliographie der Werke Ernst Jüngers 1920–1995“ Begründet von Hans Peter des Coudres (Neuausgabe Stuttgart 1996), schreibt zur Zeit eine größere Darstellung „Aufklärung, Staat und Gesellschaft in Preußen. Die Rechtsreform 1780–1798“.

Dr. *Jean Solchany*, Ancien élève Ecole Normale Supérieure de Fontenay-Saint-Cloud, ist gegenwärtig Maître de conférences am Institut d'Etudes Politiques an der Universität Lyon (9, rue de la Monnaie, F-69002 Lyon). Demnächst erscheint: Comprendre le nazisme dans l'Allemagne des années zero. La réflexion sur le national-socialisme dans l'Allemagne de l'immédiat après-guerre (1945–1949) (Presses Universitaires de France).

Dr. *Franz-Josef Kos*, Historiker (Broichstr. 2, 50170 Kerpen-Buir); veröffentlichte u. a.: „Die Politik Österreich-Ungarns während der Orientkrise 1874/75–1879“ (Köln/Wien 1984), „Die politischen und wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns und Deutschlands in Südosteuropa 1912/13“ (Wien/Köln/Weimar 1996), Arbeiten zur Politik Bismarcks während der Orientkrise 1875/79 und zur Vorgeschichte des Dreibundes, „Der Erfurter Schauprozeß und die beiden Nachfolgeprozesse“, in: Brigitte Kaff (Hrsg.), „Gefährliche politische Gegner“ (Düsseldorf 1995).

Dr. *Hans Coppi*, seit 1988 in einer Forschungsgruppe zur Geschichte der Berliner Widerstandskreise um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Mitarbeit im Projektverbund Widerstandsgeschichte an der FU Berlin (Wallstr. 90, 10179 Berlin); veröffentlichte u. a. „Harro Schulze-Boysen. Wege in den Widerstand. Eine biographische Studie“ (Koblenz 1993), „Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ (Berlin 1994) gemeinsam mit Jürgen Danyel und Johannes Tuchel.